

Mittelfristige Planung Niedersachsen 2010 — 2014

**Niedersächsische
Staatskanzlei**

**Niedersächsisches
Finanzministerium**

Die Mittelfristige Finanzplanung 2010 — 2014 wurde
am 1./2. August 2010 von der Landesregierung beschlossen



David McAllister

Hartmut Möllring

Politik heißt Prioritäten setzen

Mit der Mittelfristigen Finanzplanung legen wir Ihnen unser Regierungsprogramm bis 2014 – übersetzt in Zahlen und Daten – vor. Der frühzeitige und realistische Blick auf die Finanzlage des Landes ist die Basis einer verantwortungsvollen Regierungsarbeit. Denn wir sind der festen Überzeugung, dass jede Generation einen Anspruch darauf hat, die Zukunft und Gegenwart ihres Landes selbst zu gestalten. Das bedeutet jedoch auch, dass jede Generation nur das ausgeben darf, was sie selbst erwirtschaftet. Jeder Euro an aufgenommenen Schulden schränkt den Handlungsspielraum unserer Kinder und Enkel ein. Umso wichtiger ist es daher, dass wir mit der Mittelfristigen Finanzplanung sowohl dem Landtag als auch den Menschen in Niedersachsen den finanziellen Rahmen für die Regierungsarbeit der nächsten Jahre offen legen. Denn bei allem politisch oftmals Wünschenswerten darf die Zukunft unseres Landes nicht für kurzzeitige Erfolge aufs Spiel gesetzt werden.

Um Wachstum und Wohlstand dauerhaft in Niedersachsen zu sichern, setzen wir auf kluge Köpfe, unternehmerische Freiheit und verlässliche Rahmenbedingungen. Dafür arbeiten wir weiter an einem leistungsfähigen Bildungssystem, einer investitionsfreundlichen Wirtschaftspolitik und einer schlanken, modernen Verwaltung. Dass dieser Weg richtig war und ist, zeigte sich nicht zuletzt in den hinter uns liegenden Zeiten der jüngsten Wirtschaftskrise. Niedersachsen hatte im Krisenjahr 2009 im Vergleich zum Bundesdurchschnitt eine geringere Arbeitslosenquote. Die Konzentration der Landesregierung auf die schnelle und effiziente Durchführung von Konjunkturmaßnahmen wie die 1,4 Milliarden EUR umfassende „Initiative Niedersachsen“ war somit auch im Nachhinein betrachtet richtig und wichtig. Nur so konnten wir einen schlimmeren Verlauf der Krise vermeiden. Trotzdem hatte Niedersachsen mit einem empfindlichen Einbruch der Steuereinnahmen zu kämpfen, der bis heute nachwirkt.

Nach der Wirtschaftskrise – Der lange Weg zurück zur Normalität

Die Steuereinnahmen des Landes lagen im Jahr 2009 um 1,3 Milliarden EUR niedriger als bei der ursprünglichen Haushaltsaufstellung angenommen. Den aktuellen Prognosen zufolge wird Niedersachsen erst in 2013 das Einnahmenniveau des Jahres 2008 wieder erreichen. Dennoch haben wir bereits jetzt mit dem Haushaltsplanentwurf 2011 wieder mit der Absenkung der Neuverschuldung um 350 Millionen EUR begonnen. Es ist der erste Schritt, um den Haushalt wieder in Balance zu bringen. Ab dem 1.1.2020 greift das zum ersten Mal im Grundgesetz festgeschriebene Verschuldungsverbot für die Bundesländer. Spätestens zu diesem Zeitpunkt müssen wir die Landesfinanzen so geordnet haben, dass wir ohne neue Schulden auskommen – oder anders gesagt: Nur noch das ausgeben, was wir auch einnehmen. Dafür brauchen wir weitere dauerhafte Ausgabenkürzungen und ebenso dauerhafte Einnahmeverbesserungen.

Die gute Konsolidierungspolitik der vergangenen Jahre hat auf der Ausgabenseite wesentliche Grundlagen geschaffen. Gleichzeitig erhöht sie aber auch die Herausforderungen, da die Landesausgaben durch sieben Jahre entschlossene Konsolidierungspolitik bereits deutlich um rund 1,5 Milliarden EUR pro Jahr reduziert worden sind. Niedersachsen hat schon jetzt sehr niedrige Pro-Kopf-Ausgaben. Im Vergleich zu anderen Bundesländern stehen wir im Jahr 2010 auf Platz sechs. Der Gestaltungsspielraum auf der Ausgabenseite wird demzufolge immer enger. Eine besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang den personalgebundenen Ausgaben zu, die rund 50 Prozent der Gesamtausgaben ausmachen. Nach der Streichung von Weihnachts- und Urlaubsgeld können diese Ausgaben im Wesentlichen nur noch durch einen weiteren Abbau von Personal dauerhaft reduziert werden. Die Projekte der Verwaltungsmodernisierung leisten hierzu einen wichtigen Beitrag.

Um auf der anderen Seite die Landeseinnahmen dauerhaft zu stabilisieren, haben wir in den Beratungen zum Haushaltsplanentwurf 2011 beschlossen, die Grunderwerbsteuer um einen Prozentpunkt auf 4,5 Prozent anzuheben. Mit rund 65 Millionen EUR für den Landeshaushalt zu erwartenden Mehreinnahmen pro Jahr ist dies eine kleine, aber unerlässliche, weil nachhaltig wirkende Maßnahme. Hinsichtlich der dringend notwendigen wesentlichen Verbesserung der Einnahmesituation wird auch die konjunkturelle Entwicklung der kommenden Jahre eine wesentliche Rolle spielen. Die Aussichten hierfür sind derzeit positiv. Die von Niedersachsen zur Stützung der Konjunktur mitgetragenen Maßnahmen von Bund und Ländern haben sich in der Krise ausgezahlt. Der IHK-Konjunkturklimaindex für Niedersachsen stieg im zweiten Quartal 2010 zum fünften Mal in Folge und liegt damit wieder auf dem Vorkrisenniveau von Anfang 2008. Die Krise scheint somit überwunden, wobei jedoch nicht verschwiegen werden darf, dass die Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen weiteren Entwicklung insbesondere im europäischen Kontext derzeit noch schwierig ist. Wir werden auch in Zukunft alles dafür tun, um diese positive Entwicklung zu unterstützen, indem wir weiterhin optimale Rahmenbedingungen schaffen.

Es liegt viel Arbeit vor uns, der wir optimistisch und mit Entschlossenheit begegnen. Und deshalb werden wir unsere Ziele auch erreichen.



David McAllister
Niedersächsischer Ministerpräsident



Hartmut Möllring
Niedersächsischer Finanzminister

Inhaltsübersicht	Seite
Teil I: Mittelfristige Finanzplanung	09
1. Gesetzliche Grundlagen und Aufgabe der Mittelfristigen Planung	11
2. Gesamtwirtschaftliche Situation und wirtschaftliche Entwicklung in Niedersachsen	11
3. Finanzpolitische Ausgangslage und Konzeption	13
- 3.1 Einnahmeeinbruch wirkt nach	13
- 3.2 Den Haushalt wieder in Balance bringen –	15
Aktive Konsolidierungsphase nach der Krise wurde begonnen	15
Nachtrag 2010	15
Haushaltsbeschlüsse 2011: Dreiklang aus Ausgabenkürzungen,...	15
...Einnahmeverbesserungen ...	16
...und Veräußerungen zum Ausgleich des Haushalts	17
Konsolidierung „über den Tag hinaus“	17
Abbau der Nettokreditaufnahme in „350er-Schritten“	18
Überschreitung der Regelgrenze des Artikels 71 NV zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes	20
Ausgabenentwicklung bis 2014	22
Neue Verfassungslage – Stabilitätsrat	22
Umsetzung der „Schuldenbremse“ in Niedersachsen	25
- 3.3 Nachhaltige Finanzpolitik: Die Langfristperspektive im Blick	26
Versorgung	29
4. Finanzbeziehungen zwischen dem Land und den Gemeinden (GV)	33
5. Struktur der Einnahmen	36
- 5.1 Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen	36
- 5.2 Einnahmen vom Bund	37
- 5.3 Sonstige Einnahmen	37
- 5.4 Haushaltsdeckungskredite	38
6. Struktur der Ausgaben	39
- 6.1 Personalausgaben	39
- 6.2 Sachausgaben	42
- 6.3 Zinsausgaben	42
- 6.4 Übertragungsausgaben	43
- 6.5 Zahlungen an den kommunalen Bereich	44
- 6.5.1 Zuweisungen innerhalb des Steuerverbundes	44
- 6.5.2 Zahlungen außerhalb des Steuerverbundes	44
- 6.5.3 Zahlungen an den kommunalen Bereich insgesamt	45
- 6.6 Investitionsausgaben insgesamt	45
- 6.7 Gemeinschaftsaufgaben (GA)	47
- 6.8 Globale Minderausgaben	47

	Seite
Teil II: Mittelfristige Aufgabenplanung	49
1. Finanzpolitische Rahmenbedingungen der Aufgabenplanung	51
2. Verwaltungsmodernisierung	51
3. Schule, Bildung und Kultur	52
- 3.1 Schul- und Bildungspolitik verlässlich und zukunftstauglich gestalten	52
- 3.2 Wettbewerbsfähigkeit von Hochschulen und Forschung sichern	54
- 3.3 Kulturförderung	56
4. Förderung familienfreundlicher Infrastrukturen	56
5. Integration von Menschen mit Migrationshintergrund	57
- 5.1 Integration als Querschnittsaufgabe	57
- 5.2 Förderung der Integration in Bildung, Ausbildung und Arbeit	57
6. Sicherheit	58
- 6.1 Innere Sicherheit stärken I - Technische Innovation in der Polizei	58
- 6.2 Innere Sicherheit stärken II – Optimierung der zentralen Kriminalitätsbekämpfung	58
- 6.3 Einführung eines digitalen Sprech- und Datenfunksystems für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS)	58
- 6.4 Neuordnung der Leitstellenstruktur der niedersächsischen Gefahrenabwehrbehörden	59
7. EU-Förderperiode 2007 - 2013	59
8. Wichtige Infrastrukturmaßnahmen	62
- 8.1 Vorfinanzierung der Planungskosten Y-Trasse	62
- 8.2 Investitionen für die niedersächsischen Seehäfen	62
9. Küsten- und Hochwasserschutz	62
10. „Initiative Niedersachsen“ – Umsetzung der Konjunkturpakete I und II in Niedersachsen	63
- 10.1 Konjunkturpaket I	63
- 10.2 Konjunkturpaket II	63
11. Hochbau	64
 Untergliederung der Aufgabenplanung nach Aufgabenfeldern	
03 Aufgabenbereich des Ministeriums für Inneres und Sport	65
03.1 Polizei	65
03.2 Brandschutz, Katastrophenschutz, Zivile Verteidigung, Kampfmittelbeseitigung	65
03.3 Amtliche Statistik, Öffentliche Wahlen	66
03.4 Vermessungs- und Katasterverwaltung	66
03.5 Asylbewerber, Spätaussiedler, Flüchtlinge	67

	Seite	
03.6	Sport	67
03.8	Sonstige Aufgaben des MI	68
04	Aufgabenbereich des Finanzministeriums	69
04.1	Finanzverwaltung	69
04.2	Sonstige Aufgaben des MF	69
05	Aufgabenbereich des Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration	71
05.1	Gesundheit	71
05.2	Jugend und Familie	72
05.3	Besondere Hilfen für soziale Gruppen	74
05.4	Frauen	76
05.5	Städtebau und Wohnungswesen	76
05.6	Sonstige Aufgaben des MS	77
06	Aufgabenbereich des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur	78
06.1	Hochschulen	78
06.2	Hochschulnahe Forschung und überregionale Bibliotheken	79
06.3	Kunst und Kultur	80
06.4	Sonstige Aufgaben des MWK	81
07	Aufgabenbereich des Kultusministeriums	83
07.1	Elementarbereich	83
07.2	Schule und Berufsausbildung	83
07.4	Sonstige Aufgaben des MK	85
08	Aufgabenbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	86
08.1	Gewerbliche Wirtschaft, Technologie, wirtschaftsnahe Forschung, Wirtschaft und Umwelt	86
08.2	Arbeit und Qualifizierung	87
08.3	Bergbau, Energie und Geologie	88
08.4	Straßen	88
08.5	Öffentlicher Nahverkehr	89
08.6	Seehäfen und Binnenschifffahrt	90
08.7	Sonstige Aufgaben des MW	91
09	Aufgabenbereich des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung	93
09.1	Verbraucherschutz, Tiergesundheit und Tierschutz	93
09.2	Land-, Ernährungs- und Fischereiwirtschaft	93
09.3	Entwicklung des ländlichen Raumes	95
09.4	Fachverwaltungen	96
11	Aufgabenbereich des Justizministeriums	97
11.1	Gerichte und Staatsanwaltschaften	97
11.2	Justizvollzug	98
11.3	Sonstige Aufgaben des MJ	98
15	Aufgabenbereich des Ministeriums für Umwelt und Klimaschutz	99
15.1	Wasserwirtschaft	99
15.2	Abfälle und Altlasten, Energie	100
15.3	Naturschutz und Landschaftspflege, Natura 2000	100
15.4	Übergreifende Umweltschutzaufgaben und Verwaltung	101
29	Querschnittsaufgaben	102
29.1	Zentrale Institutionen	102
29.2	Kommunaler Finanzausgleich	103
29.3	Zinsausgaben	104
29.4	Beamtenversorgung	104
29.5	Sonstige Aufgaben der allgemeinen Finanzverwaltung	105
29.6	Konjunkturpaket II	106

	Seite
Teil III: Tabellen und Grafiken	107
1 Finanzierung der Ausgaberahmen	109
2 Entwicklung der Ausgaben und Ausgaberahmen	110
3 Struktur der Ausgaben	111
4 Grafik Struktur der Verpflichtungen und Ausgaberahmen	112
5 Übersichten über die Verpflichtungen	
5.1 Struktur der Verpflichtungen	113
5.2 Gemeinschaftsaufgaben	114
5.3 Verpflichtungen aufgrund von Bundesgesetzen	115
5.4 Verpflichtungen aufgrund von Landesgesetzen	117
5.5 Verpflichtungen aus Verträgen, VE usw.	119
5.6 Belastungen aus Verpflichtungsermächtigungen (VE) nach Einzelplänen	123
6 Struktur der Einnahmen	125
7A Grafik Kreditaufnahmen und Schuldendienst	128
7B Schuldenstand aus Kreditmarktmitteln	129
8 Steuerschätzung 2010 bis 2014	130
9 Einnahmen und Ausgaben nach Arten für 2010 bis 2014	131
10 Übersicht über die Gesamtausgaben	137
11 Zahlungen des Landes an den kommunalen Bereich	140
12 Übersicht über Personalausgaben, Beschäftigungsvolumen und Stellen	142
13 Ausgaben für Investitionen und investitionsfördernde Zuweisungen und Zuschüsse	157
14 Private Vorfinanzierung öffentlicher Baumaßnahmen und Projekte öffentlich privater Partnerschaften	159

Hinweis: Abweichungen der Summen in den Tabellen durch Rundungen

Abkürzungen:

- RV = bestehende rechtliche Ausgabeverpflichtungen ("Rechtsverpflichtungen")
- NV = durch den Haushaltsplanentwurf erstmalig begründete Ausgabeverpflichtungen ("Neue Verpflichtungen")
- P = Ausgaben ohne rechtliche Verpflichtung ("Prioritäten")
- 0,0 = Betrag unter 50 000 €

Teil I

Mittelfristige Finanzplanung

Teil I: Mittelfristige Finanzplanung

1. Gesetzliche Grundlagen und Aufgabe der Mittelfristigen Planung

Nach Artikel 64 der Niedersächsischen Verfassung ist "der Haushaltswirtschaft (des Landes) eine mehriährige Finanz- und Investitionsplanung zugrunde zu legen...". Die Landeshaushaltsordnung und die darin zitierten Vorschriften des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes (StWG) sowie des Haushaltsgrundsätzegesetzes sehen eine fünfjährige Finanzplanung vor. Aufgabe der Mittelfristigen Finanzplanung ist es, "Umfang und Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben und die Deckungsmöglichkeiten in ihren Wechselbeziehungen zu der mutmaßlichen Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Leistungsvermögens darzustellen...". Der Finanzplan ist jährlich der Entwicklung anzupassen und fortzuführen. Er ist von der Regierung zu beschließen und anschließend vorzulegen.

Die Mittelfristige Finanzplanung hat im Gegensatz zu dem förmlich durch Gesetz festgestellten Haushaltsplan ausschließlich Informations- und Programmcharakter. Durch Koppelung mit einer Aufgabenplanung (siehe Teil II) wird versucht, für den mittelfristigen Zeitraum die fach- und finanzpolitischen Zielsetzungen der Landesregierung aufeinander abzustimmen. Damit sollen Konflikte zwischen politisch Wünschenswertem und dem gesamt- und finanzwirtschaftlich Vertretbaren frühzeitig aufgezeigt werden, um rechtzeitig Konfliktlösungsmaßnahmen vorbereiten zu können.

Die Mittelfristige Planung schafft die Voraussetzungen dafür, dass dem Gebot des § 50 Abs. 7 Haushaltsgrundsätzegesetz entsprochen werden kann, wonach die Regierung rechtzeitig geeignete Maßnahmen treffen soll, die nach der Finanzplanung erforderlich sind, um eine geordnete Haushaltsentwicklung unter Berücksichtigung des voraussichtlichen gesamtwirtschaftlichen Leistungsvermögens in den einzelnen Planungsjahren zu sichern.

Bei der Bewertung der Finanzplanung muss berücksichtigt werden, dass es sich um eine Momentaufnahme der Finanzsituation des Landes handelt. So wirken sich Veränderungen im Basisjahr in der Regel auch auf die weiteren Planungsjahre aus. Insbesondere können Veränderungen der gesamtwirtschaftlichen Wachstumserwartungen einen Korrekturbedarf bei den Steuereinnahmeerwartungen und den angenommenen Preis- und Zinsentwicklungen auslösen.

2. Gesamtwirtschaftliche Situation und wirtschaftliche Entwicklung in Niedersachsen

Die den Finanzplanungen des Bundes und der Länder zugrunde gelegten gesamtwirtschaftlichen Eckwerte werden traditionell aus den jeweils aktuellsten Prognosen und Projektionen der Bundesregierung abgeleitet.

Wachstumsraten des BIP in %	2010	2011	2012 – 2014 (jahresdurchschnittlich)
nominal	1,8	2,4	2,9
real	1,4	1,6	1,7

Im Jahr 2009 fiel das Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zum Vorjahr preisbereinigt bundesweit um 4,7 %. Dies war der stärkste Rückgang in der Nachkriegszeit. Der wirtschaftliche Einbruch fand hauptsächlich im Winterhalbjahr 2008/2009 statt. Im Jahresverlauf zeichnete sich eine leichte Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung auf dem neuen, niedrigen Niveau ab. Bemerkenswert war, dass sowohl die Exporte als auch die Ausrüstungsinvestitionen stark einbrachen. Der Außenhandel, der in früheren Jahren ein wichtiger Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft war, bremste 2009 die wirtschaftliche Entwicklung. Der negative Wachstumsbeitrag des Außenhandels zum BIP betrug - 3,4 Prozentpunkte.

Nachdem in den Vorjahren die Arbeitslosigkeit zurückgegangen war, machte sich 2009 die wirtschaftliche Krise auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Im Jahresdurchschnitt waren in Deutschland 3.423.000 Menschen arbeitslos gemeldet, das sind 155.000 oder 4,8 % mehr als ein Jahr zuvor. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, stieg im Jahr 2009 auf 8,2 %. Die negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt wurden durch Kurzarbeit, Abbau von Arbeitszeitkonten, Verschiebungen zwischen Voll- und Teilzeitbeschäftigung, aber auch den Rückgang des Arbeitskräfteangebots gemildert. Entsprechend war ein leichter Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zu beobachten. Zum Stichtag 30.06.2009 waren 27,38 Mio. Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, 78.000 bzw. 0,3 % weniger als im Juni 2008.

Das Prognosespektrum der Konjunkturprognosen für das Jahr 2010 reicht derzeit von etwa 1 ½ bis 2 ½ %. Die im April vorgelegte Gemeinschaftsdiagnose der deutschen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute nimmt mit einer Wachstumsprognose von 1,5 % eine moderate Position ein. Die Bundesregierung bewegt sich mit einer Wachstumsprognose von 1,4 % in ihrer Frühjahrsprojektion am unteren Rand des Prognosespektrums.

Im ersten Halbjahr 2010 erholte sich die deutsche Wirtschaft bereits deutlich. Laut statistischem Bundesamt wuchs das preis-, saison- und kalenderbereinigte Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2010 um 0,5 % und im zweiten Quartal sogar um 2,2 % gegenüber dem Vorquartal.

Insbesondere wegen der europäischen Schuldenkrise ist die Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für das Jahr 2011 schwierig. Auf der einen Seite werden die deutschen Exporteure zwar von der Abwertung des Euro profitieren, auf der anderen Seite werden aber die Sparprogramme in vielen europäischen Ländern das Wachstum tendenziell dämpfen. Die Bundesregierung liegt mit ihrer Wachstumsprognose von 1,6 % für 2011 im Mittelfeld des Prognosespektrums.

Die Bundesregierung erwartet für die Mittelfristjahre eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Erholung mit + 1,7 % realem BIP-Zuwachs pro Jahr. Allerdings wird entsprechend der Projektion nach dem Einbruch der Wirtschaftsleistung 2009 erst zum Ende des Planungszeitraumes 2014 wieder eine Normalauslastung der Produktionsfaktoren erreicht werden.

Auch in Niedersachsen hat sich das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2009 um 4,7 % verringert. Entscheidend zum Rückgang beigetragen hat die stark negative Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe, dessen Bruttowertschöpfung um 18,1 % gegenüber dem Vorjahr einbrach. Die Arbeitslosenzahl lag mit 308.524 Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2009 um 4.177 Personen über dem Jahr 2008. Die Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, belief sich im Jahresdurchschnitt 2009 auf 7,8 % und lag damit leicht unter dem Bundesdurchschnitt. Niedersachsen hat im Vergleich der Bundesländer bei der Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt des Jahres 2009 einen 6. Platz erreicht. In 2002 war es noch Platz 8. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Niedersachsen stagnierte 2009. So waren zum Stichtag 30.06.2009 niedersachsenweit 2.416.282 Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, das sind 362 Beschäftigte mehr (+ 0,0 %) gegenüber dem Vorjahresstichtag 30.06.2008.

In Niedersachsen lag die Zahl der Arbeitslosen Ende Juli 2010 bei rund 302.000. Gegenüber dem Vorjahresmonat ist die Zahl der Arbeitslosen deutlich um rund 13.600 bzw. 4,3 % gesunken. Die Arbeitslosenquote lag bei 7,6 %. Vor einem Jahr lag sie noch bei 7,9 %. In Niedersachsen hat die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im letzten Jahr stärker zugenommen als im Bundesvergleich. Nach vorläufigen hochgerechneten Ergebnissen von Ende Mai 2010 stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gegenüber dem Vorjahresmonat um rund 32.500 bzw. 1,3 % auf rund 2,45 Millionen.

Die Erwartungen für das Jahr 2011 sind positiv. Der IHK-Konjunkturklimaindex für Niedersachsen stieg im 2. Quartal 2010 zum fünften Mal in Folge und erreichte 115 Punkte (von max. 200). Damit liegt er wieder auf dem Niveau, wie es vor der Krise Anfang 2008 erreicht wurde. Nach der IHK-Umfrage erfasste die konjunkturelle Erholung nahezu alle Branchen. Insbesondere zeigte sich eine äußerst positive Entwicklung bei den Exportgüterherstellern.

3. Finanzpolitische Ausgangslage und Konzeption

3.1 Einnahmeeinbruch wirkt nach

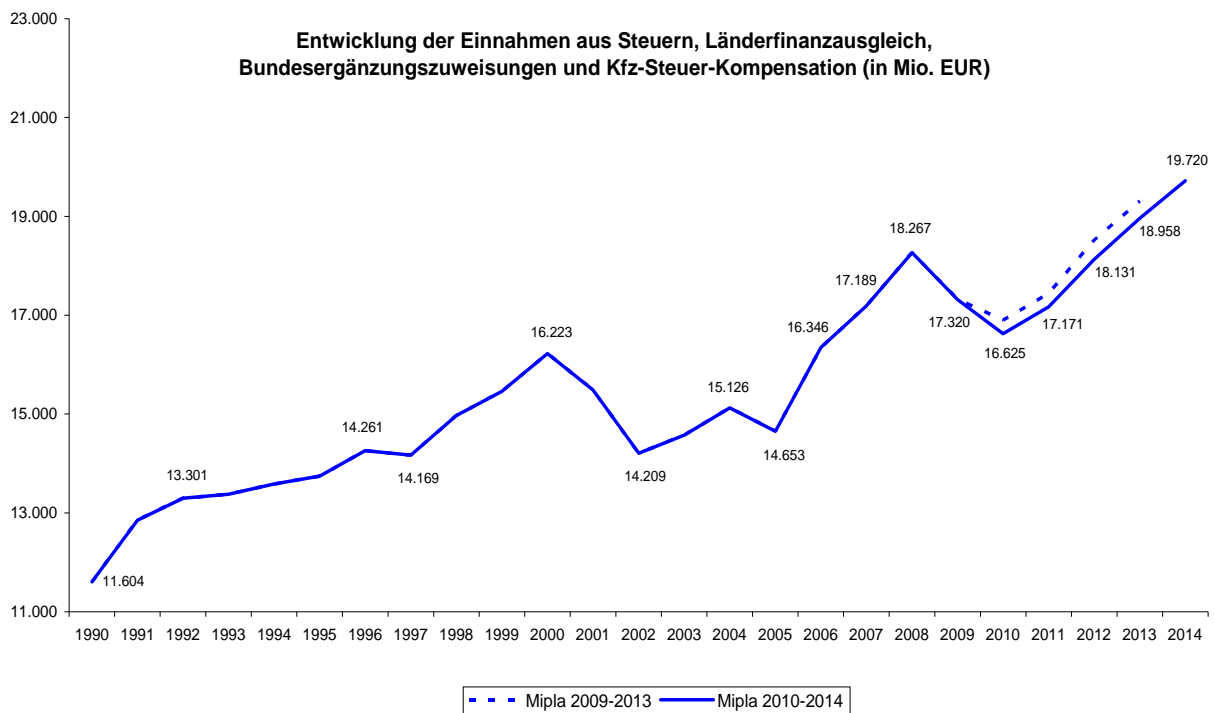
Die erwarteten drastischen Einbrüche auf der Einnahmeseite im Zuge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise sind eingetreten. Wie mit dem 3. Nachtragshaushalt 2009 veranschlagt, lagen die Steuereinnahmen in Niedersachsen für das Jahr 2009 um 1,3 Mrd. EUR unter den Ansätzen des Grundhaushaltes. 2009 wurde in Deutschland mit einem Rückgang des realen Bruttoinlandsproduktes um fast 5 % ein historisch negatives Ergebnis realisiert. Für 2010 waren bereits im vergangenen Jahr die Einnahmeerwartungen um 2,4 und für die Folgejahre um rd. 3 Mrd. EUR abgesenkt worden.

Zwar haben die staatlichen Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte und die aktiven konjunkturpolitischen Maßnahmen mit den beiden Konjunkturpaketen und den Regelungen zur Kurzarbeit dazu beigetragen, die Weichen wieder in Richtung einer wirtschaftlichen Erholung zu stellen: Gleichwohl ist die Haushaltsituation von Bund, Ländern und Gemeinden auf Jahre durch abgesenkte Einnahmehöheaus geprägt, die nach der Phase aktiver Konjunkturpolitik in 2009 / 2010 auch auf Jahre vermehrte Konsolidierungsanstrengungen erfordern. Niedersachsen wird das Einnahmehöheaus des Jahres 2008 nach der aktuellen Steuerschätzung erst im Jahre 2013 wieder erreichen.

Bei den Einnahmen aus Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen haben sich im Vergleich zur letzten Mittelfristigen Planung

weitere Mindereinnahmen ergeben, die auf folgende z.T. gegenläufige Faktoren zurückzuführen sind:

- Mit der Steuerschätzung vom Mai 2010 wurden die Einnahmeerwartungen für die Jahre 2011 ff weiter um 490 / 612 / 571 Mio. EUR gegenüber der „alten Mipla“ abgesenkt. Zum großen Teil gehen diese Mindereinnahmen auf Rechtsänderungen und hier insbesondere auf das Wachstumsbeschleunigungsgesetz zurück.
- Wegen der zwischenzeitlich um 150 Mio. EUR geringer erwarteten Einnahmen aus der Förderabgabe erhöhen sich die Einnahmeerwartungen aus dem bundesstaatlichen Finanzausgleich für 2011 ff um 121 Mio. EUR pro Jahr.
- Der Beschluss der Landesregierung zur Anhebung des Grunderwerbsteuersatzes um einen Prozentpunkt erhöht die Ansätze für Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen um 100 Mio. EUR p.a.. Davon fließt etwa ein Drittel den Kommunen zu.



Die Absenkung des Einnahmeniveaus 2009 und die weitere Reduzierung nach der Mai-Steuerschätzung 2010 sind in der Grafik zu erkennen. Neben den Wirkungen des Wirtschaftseinbruches haben Steuerrechtsänderungen wie das Bürgerentlastungsgesetz (volle Absetzbarkeit der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge), die Wiedereinführung der „Pendlerpauschale“ sowie die Steuererleichterungen im Rahmen der Konjunkturpakete und zuletzt das Wachstumsbeschleunigungsgesetz zu diesem Ergebnis beigetragen. Im Laufe der letzten 2 Jahre sind Entlastungen für Bürger und Unternehmen umgesetzt worden, die die Einnahmeseite des Landeshaushaltes im Jahr 2011 um rd. 1,4 Mrd. EUR mindern.

3.2 Den Haushalt wieder in Balance bringen – Aktive Konsolidierungsphase nach der Krise wurde begonnen

Das „Wirksam-Machen“ und „Wirken-Lassen“ der Konjunkturmaßnahmen hatte im Krisenjahr 2009 Priorität. Dementsprechend wurde die Umsetzung der Konjunkturpakete I und II für 2009 und 2010 haushaltsmäßig und administrativ schnellstmöglich ins Werk gesetzt. Die Haushalte 2009 und 2010 standen und stehen eindeutig unter dem Zeichen der Konjunkturmaßnahmen, was die Konsolidierungsmöglichkeiten in diesen beiden Jahren stark limitierte. In beiden Jahren war jeweils eine Nettokreditaufnahme von 2,3 Mrd. EUR erforderlich. Parallel erfolgte eine neue Zielstellung für einen Pfad zum Abbau der im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise entstandenen Defizite, eingebettet in eine auf die Null-Neuverschuldung ausgerichtete neue Verfassungslage nach der Föderalismusreform II.

Inzwischen haben die aktiven und passiven Maßnahmen zur konjunkturellen Stabilisierung ihre Wirkung entfaltet. Auch in das Haushaltsjahr 2011 wird das Konjunkturpaket mit der Restabwicklung und Abrechnung der Maßnahmen noch positiv hineinwirken. Es ist damit Zeit, in die Phase der aktiven Rückführung der Defizite einzutreten - auch damit das Vertrauen in stabile fiskal- und währungspolitische Rahmenbedingungen als langfristige Wachstumsvoraussetzung gesichert werden kann.

Nachtrag 2010

Die öffentlichen Haushalte müssen zahlreiche negative Folgewirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise verkraften. Zu den entlastenden Folgewirkungen gehören dagegen aktuell geringere Finanzierungskosten für die öffentliche Verschuldung. Für das Haushaltsjahr 2010 werden 386 Mio. EUR geringere Zinsausgaben realisiert werden als im HP 2010 veranschlagt.

Die Landesregierung hat am 1./2. August im Rahmen ihrer Haushaltsklausur den Nachtragshaushaltsplanentwurf 2010 beschlossen, der diese Ansatzänderung umsetzt. Damit ist es möglich im Jahre 2010 auf die Einnahmen aus der Veräußerung von Stammkapital der Nord/LB zu verzichten und sie für den Haushaltsausgleich 2011 zu verwenden.

Des Weiteren werden mit dem Nachtrag weitere technisch erforderliche Ansatzänderungen umgesetzt: Mehrausgaben entstehen beim Wohngeld (netto 25 Mio. EUR) und beim Wirtschaftsförderfonds (2 Mio. EUR). Auch aus der Abrechnung der nicht verbrauchten Pandemie-Impfstoffe werden sich Zahlungsverpflichtungen für das Land ergeben, die auf 20 Mio. EUR geschätzt werden. In Höhe von 45 Mio. EUR werden Entnahmen aus dem Landesliegenschaftsfonds und dem Agrarstrukturfonds ausgebucht, die inzwischen für diesen Zweck nicht mehr zur Verfügung stehen.

Haushaltsbeschlüsse 2011: Dreiklang aus Ausgabenkürzungen,

Mit den Vorarbeiten für die Haushaltsaufstellung 2011 wurde im Januar 2010 im Rahmen der „Zukunftsklausurtagung“ der Landesregierung eine neue Konsolidierungsphase begonnen. Klar war und ist: Ein Haushaltsausgleich ohne Nettokreditaufnahme bis 2020 wird nur mit dauerhaft wirkenden Haushaltsentlastungen möglich sein.

- Hierzu hat die Landesregierung in der Zukunftsklausur am 27./28. Januar 2010 den Weg einer 2-prozentigen Einsparauflage in Höhe von insgesamt 345 Mio. EUR mit haushaltsentlastender Wirkung für die Jahre 2011 bis 2014 für die Ressorthaushalte gewählt. Ausgangspunkt der Berechnungen war das jeweilige Ausgabeniveau der „alten Mipla“. Die Einsparauflage war von den Ressorts in eigener Verantwortung im

Rahmen des Aufstellungsverfahrens umzusetzen und wurde von der Landesregierung im Rahmen der Haushaltsklausurtagung beschlossen. Für das Jahr 2011 wurden die Einsparungen vollständig titelscharf umgesetzt; für die Planungsjahre verbleiben Restbeträge in Höhe von 32 / 84 / 97 Mio. EUR, die als ressortspezifische globale Minderausgabe im kommenden Aufstellungsverfahren noch abzarbeiten sind. Dem Charakter der in Ressortverantwortung umzusetzenden Einsparauflage entspricht es, dass die Summe der 345 Mio. EUR aus einer Vielzahl von einzelnen Haushaltsstellen zusammen kommt. Die Einsparungen reichen von der Kürzung im Einzelplan 02 (StK) im Budget des Landesarchivs um 0,2 Mio. EUR über Ansatzreduzierungen bei der Erwachsenenbildung im Einzelplan 06 (MWK) um 1,9 Mio. EUR bis zur Reduzierung der Beträge für die Bauunterhaltung im Einzelplan 20 (Allgemeiner Hochbau) um 20 Mio. EUR.

- Ein Teil der 345 Mio. EUR Einsparungen wird im Rahmen der dritten Phase der Verwaltungsmodernisierung erbracht: Die Landesregierung hatte im Januar auf ihrer Zukunftsklausur beschlossen, im Rahmen einer Zielvereinbarung III (ZV III) in der allgemeinen Landesverwaltung mindestens weitere 1.500 sogenannte Vollzeiteinheiten einzusparen. Nach zwischenzeitlicher Prüfung zahlreicher Einzelprojekte sollen nun 1.900 Vollzeiteinheiten in den nächsten 5 Jahren entbehrlich werden. Dieser Personalabbau ist auch erforderlich, um die Personalentwicklung dem demografischen Wandel anzupassen. Die monetären Auswirkungen des Personalabbaus werden haushaltsmäßig im Rahmen einer „Fünftelungsregelung“ umgesetzt. D.h. bis 2015 wird jeweils ein weiteres Fünftel des monetären Gegenwertes der Personaleinsparung abgesetzt werden.

Im Haushalt 2011 konnten bereits knapp 19 Mio. EUR aus der ZV III - und damit etwas mehr als es einem Fünftel (rd. 16 Mio. EUR) entspricht – umgesetzt werden.

- Für den Allgemeinen Hochbau (Einzelplan 20) hatte die Landesregierung im Januar im Rahmen der 345 Mio. EUR Einsparauflage eine Kürzung i. H. v. 50 Mio. EUR p. a. beschlossen. Konkret bedeutet dies einen Verzicht auf die Einplanung zusätzlicher neuer großer Baumaßnahmen im allgemeinen Hochbau über das Jahr 2012 hinaus auch für die Jahre 2013 und 2014. Die Erwirtschaftung der Einsparauflage bewirkt eine verzögerte Fertigstellung bereits laufender Baumaßnahmen. Gewährleistet ist aber eine - wenn auch zeitlich gestreckte - Realisierung der bislang veranschlagten, aber noch nicht begonnenen Vorhaben, incl. der Neukonzeption des Plenarbereichs des Niedersächsischen Landtages.

... Einnahmeverbesserungen ...

- Im Rahmen der Föderalismusreform I des Jahres 2006 wurde eine Steuersatzautonomie der Länder für die Grunderwerbsteuer eingeführt. Die Landesregierung hat im Rahmen dieser Gesetzgebungskompetenz beschlossen, den Grunderwerbsteuersatz um einen Prozentpunkt auf 4,5 % zu erhöhen. Die Erhöhung ist zur dauerhaften Verbesserung der Einnahmesituation des Landeshaushalts erforderlich und wird Mehreinnahmen von etwa 100 Mio. EUR pro Jahr bewirken. Im Hinblick auf die den Haushalt treffenden Mehrbelastungen stellt die Anhebung ein maßvolles und geeignetes Mittel der Einnahmensicherung dar. Andere Länder haben von dieser Möglichkeit ebenfalls bereits Gebrauch gemacht. So ist der Steuersatz in Berlin, Hamburg und Sachsen-Anhalt auf 4,5 % angehoben worden. Erhöhungen sind auch in Bremen, Brandenburg und Schleswig-Holstein geplant bzw. für spätere Haushaltsjahre vorgesehen. Andere Länder diskutieren derzeit ähnliche Schritte.

Von den Mehreinnahmen fließen in Niedersachsen 33 % über den Kommunalen Finanzausgleich den Kommunen zu. Die Landesregierung erreicht somit auch eine Verbesserung der ebenfalls angespannten Finanzsituation der Kommunen.

- Der Versorgungsrücklage können 2011 über die bereits im letzten Jahr beschlossenen Entnahmen hinaus weitere liquide Mittel in Höhe von 29 Mio. EUR entnommen werden (s. hierzu im einzelnen S. 32)
- Die öffentlich-rechtliche „Stiftung Zukunfts- und Innovationsfonds Niedersachsen“ wurde 2007 mit dem Ziel gegründet, wichtige Innovationsvorhaben mit Hilfe von Stiftungsgeldern, insbesondere dritter Zustifter, weitreichend zu unterstützen. Diese Drittmittel sind bisher nicht geflossen. Angesichts der derzeitigen Haushaltslage ist es nicht möglich, dass das Land weiteres Stiftungskapital zur Verfügung stellt. Die im Innovationsfonds enthaltenen Mittel in Höhe von 50 Mio. EUR werden zum Haushaltsausgleich entnommen. Die aus Zinseinnahmen des Fonds angestrebte Förderung kann im Rahmen des Wirtschaftsförderfonds durch eine zusätzliche Zuführung in Höhe von 2 Mio. EUR pro Jahr gewährleistet werden.
- Im Zusammenhang mit dem „Sparpaket“ der Bundesregierung wird eine globale Mehreinnahme von 50 Mio. EUR p.a veranschlagt.

... und Veräußerungen zum Ausgleich des Haushalts

Über die Verschiebung der Veräußerung des Stammkapitals der Nord/LB an die HanBG (280 Mio. EUR) in das Jahr 2011 hinaus hat die Landesregierung beschlossen, zur Deckung des Landeshaushalts weitere Erlöse aus Vermögensveräußerungen in Höhe von insgesamt 300 Mio. EUR vorzusehen. Für die Jahre 2012 - 2014 werden jeweils 150 Mio. EUR veranschlagt. Nach derzeitigem Stand wird eine Realisierung dieser Einnahmen durch Veräußerungen aus dem Gesamtportefeuille des Landes realisierbar sein.

Konsolidierung „über den Tag hinaus“

Soll der Ausgleich des Haushaltes ohne Nettokreditaufnahme im Laufe dieses Jahrzehnts möglich werden, müssen über 2011 hinaus langfristig die Weichen für eine sehr moderate Ausgabenentwicklung gestellt werden.

Da etwa die Hälfte der Ausgaben des Landes personalgebunden ist, kommt hier der Begrenzung der Zuwächse eine besondere Bedeutung zu; bewirken doch 2 % Personalausgabenwuchs bereits eine Zunahme der Gesamtausgaben um etwa 1 % .

Die Projekte der Verwaltungsmodernisierung von ZV I – ZV III leisten hierzu einen wichtigen Beitrag. Doch die moderate „Gangart“ der Ausgabenentwicklung insgesamt wird nur gelingen, wenn sich die linearen Personalausgabenwüchse in etwa im Gleichschritt mit dieser Ausgabenentwicklung bewegen. Die Landesregierung hat in ihre Planung für das Jahr 2011 für lineare Erhöhungen der Personalausgaben 50 Mio. EUR eingestellt. Für die Folgejahre bis 2014 wird eine Vorsorge für etwa jeweils 1-prozentige Erhöhungen getroffen.

Neben den Ausgabenwüchsen an zentraler Stelle bei Personal- und Versorgungsausgaben spielt eine wichtige Rolle, wie sich die sog. Zuschussbedarfe der Ressorthaushalte entwickeln. Nehmen die Zuschussbedarfe zu, steigt also die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben eines Ressorts, muss dieser zusätzliche Zuschussbedarf aus steigenden Einnahmen oder Einsparungen an anderer Stelle gedeckt werden.

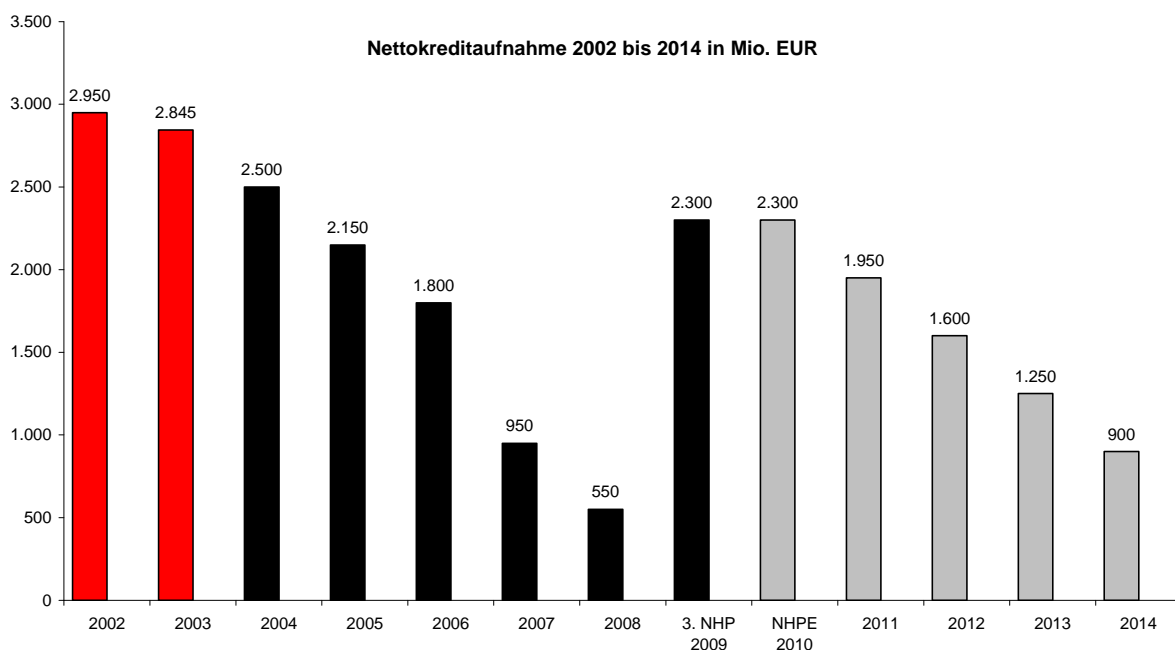
Für die Finanzierung aufwachsender Zuschussbedarfe aus steigenden allgemeinen Einnahmen besteht aber künftig kein Raum mehr. Sofern steigende Einnahmen zur Gesamtdeckung des Haushaltes erzielt werden, werden diese durch den Abbau der Nettokreditaufnahme oder durch wenig gestaltbare Ausgaben wie Zinsen, den Kommunalen Finanzausgleich oder Ausgaben für die wachsende Anzahl von Versorgungsempfängern etc. aufgezehrt. Steigende Zuschussbedarfe in den Ressorthaushalten sind durch Haushaltsentlastungen im jeweiligen Ressorthaushalt oder an anderer Stelle zu erwirtschaften. Ansonsten wären Einnahmen und Ausgaben bis spätestens 2020 nicht zur Deckung zu bringen.

Die Landesregierung verfolgt daher das Ziel, aufwachsende Zuschussbedarfe - soweit sie unabweisbar erscheinen - unter Berücksichtigung einer politischen Prioritätensetzung mittelfristig von allen Ressorts insgesamt zu erwirtschaften. Sie hat ein „Zuschussmoratorium“ beschlossen, womit die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben der Ressorthaushalte für die Jahre 2012 bis 2014 maximal auf das Niveau des Zuschussbedarfes 2011 begrenzt werden soll.

Technisch wird dies durch das Ausbringen einer Globalen Minderausgabe im Einzelplan 13 in Höhe von 190 / 310 / 380 Mio. EUR umgesetzt. Die Beträge entsprechen der Summe der aufwachsenden Zuschussbedarfe (nicht dem Saldo aufwachsender und abnehmender Zuschussbedarfe) und umreißen den Umfang künftiger Konsolidierungserfordernisse auf der Ausgabenseite.

Abbau der Nettokreditaufnahme in „350er-Schritten“

Die Landesregierung sieht vor, die Nettokreditaufnahme 2011 - 2014 auf 1.950 / 1.600 / 1.250 / 900 Mio. EUR festzusetzen. Damit wird die Nettokreditaufnahme, wie sie sich nach den Einnahmeeinbrüchen in Folge der Wirtschaftskrise ergibt, nach 2010 in „350er-Schritten“ abgebaut.

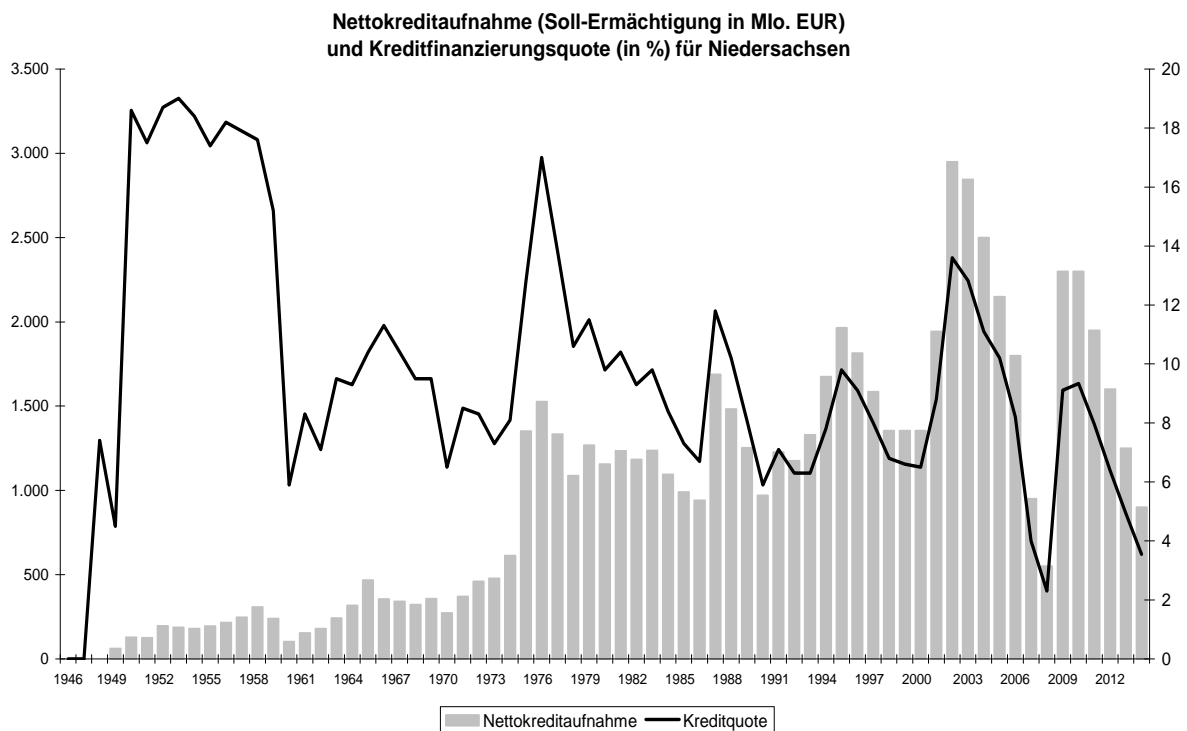


Die Höhe dieser Nettokreditaufnahme ist zur Abwehr einer nachhaltigen Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes nach Artikel 71 Satz 3 NV unumgänglich (s. unten).

Ebenso dringlich ist allerdings mittelfristig die Rückführung der ad hoc entstandenen Defizite unter die Regelgrenze des Artikels 71 Satz 3 NV und das Erreichen einer ausgeglichenen Haushaltssituation, wie es nach der Föderalismusreform II für die Länderhaushalte vorgesehen ist.

Die Kreditfinanzierungsquote des Haushalts 2008 betrug lediglich 2,3 %, im „Ist“ des Jahres waren es dann 2,8 %. Beide Ergebnisse können als historisch geringe Werte charakterisiert werden. Der kreditfinanzierte Teil des Landeshaushaltes pendelte in den vergangenen Jahrzehnten zwischen bestenfalls etwa 5 % und knapp 20 %.

Die Folgen der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise bewirkten ein Ansteigen der Kreditfinanzierungsquote auf gut 9 % in 2009; im langjährigen Vergleich war dies ein eher mittlerer Wert. Die Umsetzung des ambitionierten Abbaupfades der Landesregierung für die Nettokreditaufnahme würde eine Reduzierung auf rd. 3 ½ % bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums bewirken.

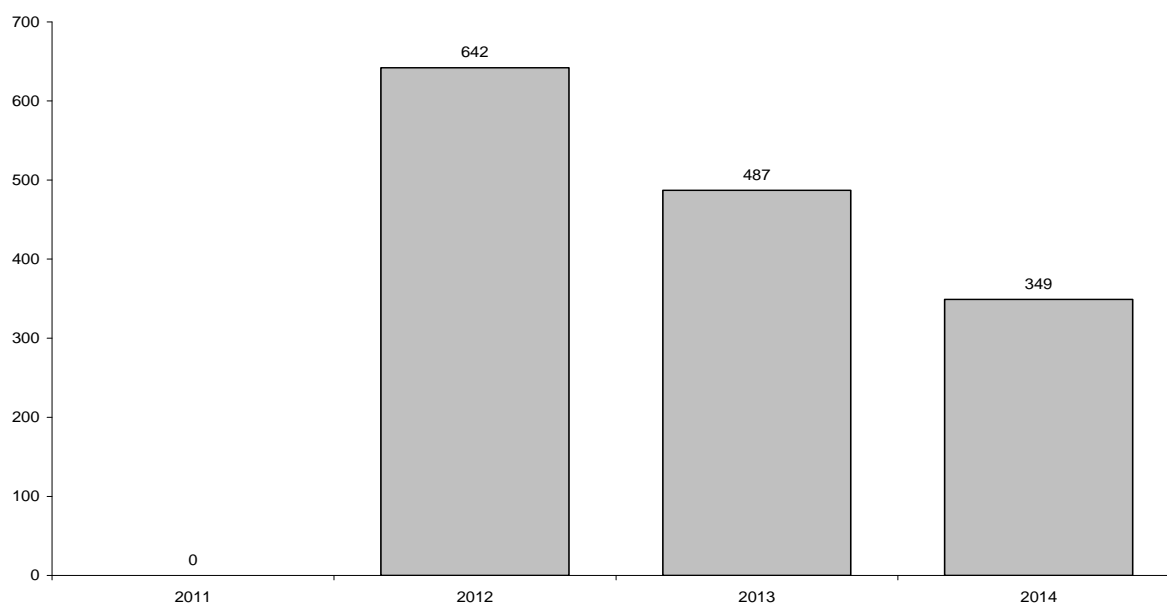


Ein Blick auf die lange Reihe der Kreditfinanzierungsquoten zeigt, dass es bisher in der Geschichte des Landes Niedersachsen keine länger anhaltende Phase auf dem 2008 erreichten Niveau gab. Neben dem eindeutigen politischen Willen dieses Niveau wieder zu erreichen bzw. es noch zu unterschreiten bedarf ein dauerhafter Haushaltsausgleich ohne Nettoneuverschuldung einer weiteren Voraussetzung: Die Rahmenbedingungen müssen im gesamtstaatlichen und gesamtwirtschaftlichen Kontext auch objektiv eine strukturell ausgeglichene Haushaltssituation zulassen.

Um die Zielsetzung des kontinuierlichen Abbaus des Defizits bzw. der Nettoneuverschuldung auf 1.600 / 1.250 / 900 Mio. EUR realisieren zu können, sind noch erhebliche Konsolidierungsentscheidungen erforderlich: Neben der Umsetzung der Beschlüsse der

Landesregierung vom 27./28. Januar und vom 1./2. August – wie z.B. des Zuschussmoratoriums - sind für das Jahr 2012 zusätzliche Haushaltsentlastungen in Höhe von rd. 640 Mio. EUR vonnöten, um eine in der Finanzplanung bestehende Deckungslücke zwischen Einnahmen incl. der geplanten Nettokreditaufnahme und den Ausgaben zu schließen. Für die Jahre 2013 und 2014 beträgt der erforderliche Entlastungsbetrag insgesamt rd. 490 bzw. 350 Mio. EUR.

In künftigen Aufstellungsverfahren abzuarbeitende Handlungsbedarfe 2012 - 2014 in Mio. EUR



Die Landesregierung strebt bis spätestens 2020 einen Haushaltsausgleich ohne Nettokreditaufnahme an, wie er nach Artikel 109 Absatz 3 GG vorgesehen ist. Dies ist eine äußerst ambitionierte Zielstellung, die nur mit zusätzlichen, über eine weitere Dekade umzusetzenden Konsolidierungsmaßnahmen erreichbar sein wird.

Überschreitung der Regelgrenze des Artikels 71 NV zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat Deutschland aufgrund der besonders ausgeprägten internationalen Verflechtungen stärker als andere getroffen. Das reale Bruttoinlandsprodukt sank im Jahre 2009 um fast 5 %. Diese Entwicklung ist in der Geschichte der Bundesrepublik ohne Beispiel. In ganz Deutschland sind weiterhin erhebliche Nachwehen der Finanzkrise festzustellen. So hält die geringe Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten nach den Feststellungen der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in der Gemeinschaftsdiagnose vom 15. April 2010 („Frühjahrsprognose“) weiter an. Insgesamt wird die wirtschaftliche Dynamik sowohl im Jahr 2010 wie auch im Jahr 2011 als eher gering eingeschätzt. Infolge der verhaltenen Aufwärtsentwicklung gehen die Institute und die Bundesregierung davon aus, dass das Bruttoinlandsprodukt erst im Jahre 2013 wieder das Niveau des Jahres 2008 erreichen wird. Folglich wird auch das Produktionspotenzial erst am Ende dieses Projektionszeitraums wieder normal ausgelastet werden können.

Auch nach Überzeugung der Bundesregierung wird der Ausnahmetatbestand eines gestörten gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes weiterhin gegeben sein. Die Bundesregierung hat - zuletzt mit den Beschlüssen über den Haushalt 2010

(Haushaltsgesetz 2010 vom 6. April 2010) - ebenfalls eine ernsthafte und anhaltende Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts festgestellt.

Substantielle Einnahmeverbesserungen sind nach Überzeugung der Landesregierung für Niedersachsen derzeit kaum erreichbar. Auch auf der Ausgabeseite werden - über die vorgenommenen Kürzungen hinaus - keine Möglichkeiten gesehen, die Überschreitung der verfassungsrechtlichen Verschuldensgrenze zu vermeiden oder weiter zu begrenzen.

Eine unverhältnismäßige Drosselung der staatlichen Nachfrage würde zudem die beginnende konjunkturelle Erholung gefährden und die nach § 1 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums bestehende Verpflichtung verletzen, bei wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen des Landes die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten.

Vor diesem Hintergrund ist es in Niedersachsen erforderlich, im Haushaltsplan 2011 eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 1.950 Mio. EUR zu veranschlagen, die um 994 Mio. EUR über der Grenze der eigenfinanzierten Investitionen nach Artikel 71 Satz 2 der Niedersächsischen Verfassung liegt. Diese erneute Überschreitung ist erforderlich, um die fortdauernde massive Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts im Rahmen des Artikels 71 Satz 3 der Niedersächsischen Verfassung abzuwehren. Die im Haushaltsplan 2011 vorgesehenen investiven wie konsumtiven Ausgabeermächtigungen werden die staatliche Nachfrage weiter stabilisieren. Damit wird ein wichtiger Beitrag geleistet, um möglichst bald zu einer konjunkturellen Normallage zurückzufinden.

in Mio. EUR	NHPE 2010	HPE 2011	Planung		
			2012	2013	2014
Eigenfinanzierte Investitionen (HGr. 7 und 8 abzüglich OGr. 33 und 34)	1.263	956	874	823	751
Nettokreditaufnahme (OGr. 31 und 32 abzüglich OGr. 58 und 59)	2.300	1.950	1.600	1.250	900
Überschreitung der Regelgrenze um	1.037	994	725	427	148

Das Absinken des Niveaus der eigenfinanzierten Investitionen nach 2010 ist auf das Auslaufen der Konjunkturmaßnahmen zurückzuführen. Im Übrigen spiegelt sich in der Reihe der Investitionsausgaben eine Niveauabsenkung durch den Wegfall der Investitionsbindung im Kommunalen Finanzausgleich ab 2009 zu Gunsten einer größeren Gestaltungsfreiheit für die niedersächsischen Kommunen wider.

Ausgabenentwicklung bis 2014

Insgesamt stellt sich das Zahlenwerk auf der Ausgabeseite der Mipla 2010 bis 2014 wie folgt dar:

in Mio. EUR	NHPE 2010	HPE 2011	Planung		
			2012	2013	2014
Gesamtausgaben (ohne besondere Finanzierungs- vorgänge)	24.627	24.507	25.021	25.349	25.387
Veränderung in %	-0,04 (Soll/Ist)	-0,5	2,1	1,3	0,2

nachrichtlich:

Formales Ausgabevolumen	24.843	24.724	25.229	25.546	25.584
Veränderung in % gegenüber Vorjahr	-1,1 (Soll/Ist)	-0,5	2,0	1,3	0,2
Formales Einnahmenvolumen	24.843	24.724	24.587	25.059	25.234
Differenz Einnahmen/Ausgaben	0	0	642	487	349

Die negative Steigerungsrate 2010 beruht zu einem guten Teil auf der Veranschlagung der systembedingt in 2010 abzurechnenden negativen Steuerverbundabrechnung im Kommunalen Finanzausgleich aufgrund der Steuermindereinnahmen des Jahres 2009 (-206 Mio. EUR). Das Ausgabeniveau 2011 sinkt gegenüber dem Vorjahr wegen der 2010 letztmalig veranschlagten Ausgaben für das Konjunkturpaket II.

Neue Verfassungslage - Stabilitätsrat

Durch Änderung des Grundgesetzes und Verabschiedung des Begleitgesetzes zur zweiten Föderalismusreform wurde im Sommer 2009 eine deutliche Weichenstellung für mehr Stabilität und Nachhaltigkeit an zentralen Punkten der deutschen Finanzverfassung vorgenommen.

- Der geänderte Artikel 109 Abs. 3 GG verpflichtet Bund und Länder, ihre Haushalte grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen.
- Für die Länder gilt nach einer Übergangsphase bis 2020 ein strukturelles Verschuldungsverbot (Artikel 143d GG). Fünf Ländern werden nach dem neuen Konsolidierungshilfengesetz von 2011 bis 2019 Hilfen zur Erreichung eines Haushaltsausgleiches ohne Nettokreditaufnahme gewährt.
- Zur Vermeidung von Haushaltsnotlagesituationen und zur fortlaufenden Überwachung der Haushalte von Bund und Ländern wird ein Stabilitätsrat eingerichtet (Artikel 109a GG, StabiRatG).

Die Niedersächsische Landesregierung bekennt sich nachdrücklich zu den Zielen der Föderalismusreform.

Die Haushaltsüberwachung der Haushalte von Bund und Ländern wurde inzwischen durch Beschlüsse auf der konstituierenden Sitzung des Stabilitätsrates am 28. April 2010 mit Leben erfüllt. Der Stabilitätsrat hat vier allgemein geltende Kennziffern zur regelmäßigen Haushaltsüberwachung beschlossen, die in jährlichen Berichten, erstmals zum 15. September diesen Jahres, darzustellen sind.

Für die einzelnen Kennziffern hat der Stabilitätsrat Schwellenwerte beschlossen, deren Überschreitung auf eine drohende Haushaltsnotlage hinweisen kann. Der Stabilitätsrat leitet eine Prüfung ein, ob beim Bund oder in einem Land eine Haushaltsnotlage droht, wenn bei der Mehrzahl der Kennziffern die Schwellenwerte überschritten sind.

Die Indikatoren und die Schwellenwerte für die Länder in der aktuellen Haushaltslage (2008/2009/2010) sind der folgenden Tabelle zu entnehmen. Die Schwellenwerte für die Finanzplanungsjahre werden z.T. mit Aufschlägen versehen. Für den Bund gelten eigene Schwellenwerte.

Indikator	Schwellenwerte für die aktuelle Haushaltslage
Zins-Steuerquote	140 % des Länderdurchschnitts für Flächenländer, 150 % für Stadtstaaten
Anteil der Zinsausgaben an den Steuereinnahmen. Zeigt, welcher Teil der aktuellen Steuereinnahmen durch Zinsen bereits gebunden ist.	
Schuldenstand je Einwohner	130 % des Länderdurchschnitts für Flächenländer, 220 % für Stadtstaaten
Zeigt Vorbelastung durch frühere Defizite gewichtet nach Einwohnerzahl	
Kreditfinanzierungsquote	Länderdurchschnitt plus 3 Prozentpunkte
Nettokreditaufnahme in Prozent der Ausgaben. Zeigt, welcher Anteil der Ausgaben im aktuellen Haushalt durch Nettokreditaufnahme finanziert wird.	
Struktureller Finanzierungssaldo je Einwohner	Länderdurchschnitt je Einwohner minus 200 EUR
Defizit des aktuellen Haushaltes. Rücklagenentnahmen und Beteiligungsverkäufe werden wie Nettokreditaufnahme behandelt. Der Indikator bildet daher die „strukturelle“ Haushaltssituation ab.	

Die Auswahl des Indikatorenbündels erfolgte unter der Zielstellung eine gewisse Balance zwischen vergangenheits- und gegenwartsbezogenen Indikatoren zu erreichen, damit das Indikatorenbündel Hinweise auf Haushaltsnotlagen geben kann. Bei der Definition der Abgrenzung der Indikatoren stand im Vordergrund, Verzerrungen beim Vergleich zwischen

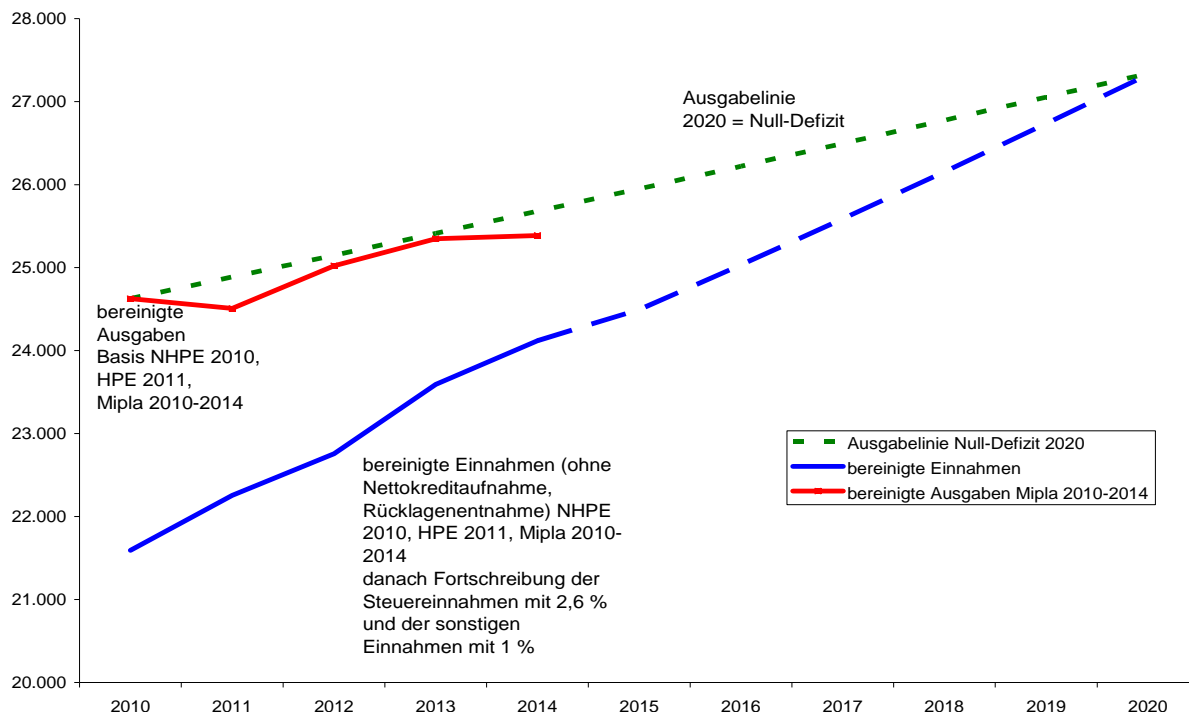
den Ländern in möglichst engem Rahmen zu halten. Mit der regelmäßigen Haushaltsüberwachung betreten Bund und Länder Neuland. Daher bedarf auch das neu entwickelte Instrumentarium der Überprüfung und Weiterentwicklung. Auch dies wird eine Aufgabe des Stabilitätsrates in den kommenden Jahren sein.

Über die konkreten Werte der Indikatoren für Niedersachsen, den Abstand zu den Schwellenwerten, Fragen der Definition der Indikatoren und vieles Mehr wird der in Kürze veröffentlichte erste Stabilitätsbericht Niedersachsen Auskunft geben.

Derzeit ist nach vorläufiger Datenlage zu erwarten, dass für vier Länder im Herbst bei der nächsten Sitzung des Stabilitätsrates ein Überschreiten der Indikatoren festgestellt wird. Für den niedersächsischen Landeshaushalt wird dagegen keine Auffälligkeit durch Überschreitung der Schwellenwerte des Kennziffernbündels eintreten.

Des Weiteren sieht das StabiRatG vor, dass für den Bund und jedes Land eine mittelfristige Projektion über den Finanzplanungshorizont hinaus auf Basis einheitlicher Annahmen angefertigt wird, um drohende Haushaltsnotlagen frühzeitig zu erkennen. Auch hierfür hat der Stabilitätsrat das Verfahren festgelegt. Das Ergebnis für Niedersachsen wird nach derzeitigem Stand ebenfalls keine Auffälligkeiten ausweisen. Allerdings zeigt diese Projektion auch, dass nur eine sehr moderate Ausgabeentwicklung mit einer Zuwachsrate von etwa 1 % pro Jahr zu einem Haushaltsausgleich ohne Nettokreditaufnahme bis 2020 führt.

Die Beschlüsse zur Ausgabenhöhe der Planungsjahre (Zuschussmoratorium, Vorsorge für lineare Tarif- und Besoldungserhöhung etc.) sind erforderlich, um die Finanzplanungsansätze mit einer Projektion in Einklang zu bringen, die einen Haushalt ohne Nettokreditaufnahme bis spätestens 2020 vorsieht. Diese Beschlüsse und ihre Umsetzung sind damit integraler Bestandteil einer konsistenten Konsolidierungsstrategie.



Die Darstellung der Einnahmen und Ausgabenentwicklung des Landeshaushaltes (oben) bedient sich grundsätzlich der gleichen Methodik, wie sie auch für die standardisierte Projektion des Stabilitätsrates angewendet wird.

Ausgangsposition ist die Einnahmeseite: Über den Planungszeitraum hinaus werden die Steuereinnahmen schematisch mit der Rate fortgeschrieben, wie sie die Bundesregierung im Rahmen ihrer Projektion für die Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen, nominalen Produktionspotenzials annimmt (aktuell nominal + 2,6 % p.a.) Die übrigen Einnahmen werden mit 1 % p.a. gesteigert. Für den niedersächsischen Landeshaushalt ergibt sich danach ein Einnahmeniveau (ohne Nettokreditaufnahme) von etwas mehr als 27 Mrd. EUR im Jahre 2020 (2009: 22,4 / 2010: 21,6 Mrd. EUR). Soll 2020 ein Haushaltsausgleich ohne Nettokreditaufnahme erreicht sein, dürfen die Ausgaben 2020 die Summe dieser projizierten Einnahmen von gut 27 Mrd. EUR nicht überschreiten. Nimmt man das Ausgabenniveau des NHPE 2010 als Ausgangsbasis, erfüllt eine Ausgabesteigerung von insgesamt rd. 1 % p.a. für den Zeitraum bis 2020 diese Bedingung. Bedenkt man, dass Kommunaler Finanzausgleich und auch die Zinsausgaben möglicherweise schon „systembedingt“ stärker wachsen, ist eine Beschränkung der Ausgabenzuwächse auf 1 % p.a. bereits eine außerordentlich harte Restriktion.

Die Ergebnisse einer derartigen rein schematischen Projektion reagieren sehr sensibel auf Veränderungen des jeweiligen Ausgangsniveaus: Einmaleffekte, Steuerrechtsänderungen, Entwicklungsbrüche oder abweichende gesamtwirtschaftliche Entwicklungen können auf der Einnahmeseite sprunghafte Veränderungen der Projektionsergebnisse bewirken.

Auch die Variation der Ausgabenbasis kann zu deutlichen Verzerrungen führen. Es empfiehlt sich daher, den Ergebnissen auf Basis eines einzelnen Jahres keine allzu große Bedeutung zuzumessen, sondern dieses Instrument über mehrere Jahre zu beobachten.

Nach derzeitigem Stand liegen die für den Zeitraum bis 2014 angestrebten Ausgabenansätze der Mipla in einem Korridor, der bis spätestens 2020 zu einem Null-Defizit führt (s. oben).

Unverrückbar bleibt allerdings das zunächst trivial anmutende Ergebnis, dass zur Erfüllung der Verfassungsvorgabe bei der Höhe des Ausgangsdefizits 2010 von etwa 3 Mrd. EUR in der Dekade bis 2020 die Ausgaben nur deutlich langsamer wachsen dürfen als die Einnahmen. Langfristig wird dies nur unter Nutzung der im Rahmen der demografischen Entwicklung sich öffnenden Entlastungspotenziale möglich sein. Politisch steht hinter einer derartigen Konsolidierungsstrategie nicht weniger als ein Paradigmenwechsel, nämlich auf Dauer Konflikte zwischen verschiedenen fachpolitischen Zielvorstellungen und ihrer Finanzierung nicht mehr durch die „Hintertür“ neuer Schulden zu Lasten der Zukunft zu lösen.

Voraussetzung für das Erreichen eines Haushaltsausgleichs ohne Nettokreditaufnahme ist natürlich auch, dass die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zeitnah wieder auf einen stabilen Wachstumspfad mit entsprechender Einnahmeentwicklung einschwenkt. Nachhaltiges Wachstum und nachhaltige Konsolidierung sind zwei Seiten einer Medaille.

Umsetzung der „Schuldenbremse“ in Niedersachsen

In Art. 109 GG wird festgeschrieben, dass Bund und Länder ihre Haushalte grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten ausgleichen müssen. Dabei wird beim Bund ein strukturelles Defizit von 0,35 % des Bruttoinlandprodukts zugelassen, den Ländern dagegen wird keine strukturelle Verschuldung erlaubt. Eine Ausnahmemöglichkeit besteht im Rahmen der sog. Konjunkturkomponente. Möglichen konjunkturbedingten Defiziten während einer wirtschaftlichen Abschwungphase soll eine "entsprechende Verpflichtung zur Einbeziehung konjunkturbedingter Überschüsse im Aufschwung gegenüberstehen". Damit soll mittel- bis langfristig gewährleistet werden, "dass Kreditaufnahmen im Abschwung durch Überschüsse im Aufschwung ausgeglichen werden" („Atmen mit der Konjunktur“). Darüber hinaus sieht

das Gesetz eine Ausnahmeregelung für den Fall von „Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen“ vor.

Die in Art. 109 GG neu eingeführte Schuldenregel für den Bund und die Länder bedarf der Umsetzung auf Landesebene, um von den fakultativ vorgesehenen Ausnahmemöglichkeiten Gebrauch machen zu können. Setzt ein Land die neuen Regeln nicht um, gilt dort automatisch ab 2020 ein absolutes Nettokreditaufnahmeverbot.

Die Landesregierung beabsichtigt, auf Grundlage der auf Bundesebene getroffenen Entscheidungen Vorschläge zur landesrechtlichen Umsetzung eines Neuverschuldungsverbotes vorzulegen. Die Landesregierung strebt dabei die Einführung eines in der Verfassung verankerten Neuverschuldungsverbotes mit Ausnahmeoptionen an. Dies wird vorrangig durch eine Änderung des Art. 71 der Niedersächsischen Verfassung angestrebt.

Die Landesregierung möchte mit diesem Ansatz dazu beitragen, dass auch auf Landesebene eine rechtlich verbindliche Regelung geschaffen wird, die nachhaltig dem weiteren Aufwuchs der Staatsverschuldung entgegenwirkt. Damit soll ein Beitrag zur mittelfristigen Gesundung der öffentlichen Finanzen geleistet und zugleich ein Beitrag zur Kohärenz des Landesfinanzverfassungsrechts mit den Vorgaben des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes geleistet werden.

3.3 Nachhaltige Finanzpolitik: Die Langfristperspektive im Blick

Zielsetzung der Finanzpolitik der Landesregierung ist es - eingebunden in die gesamtstaatliche und gesamtwirtschaftliche Entwicklung - die haushaltspolitische Handlungsfähigkeit des Landes dauerhaft zu sichern, insbesondere mit Blick auf die kommenden Herausforderungen im Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung und den zunehmenden Versorgungsausgaben des Landes.

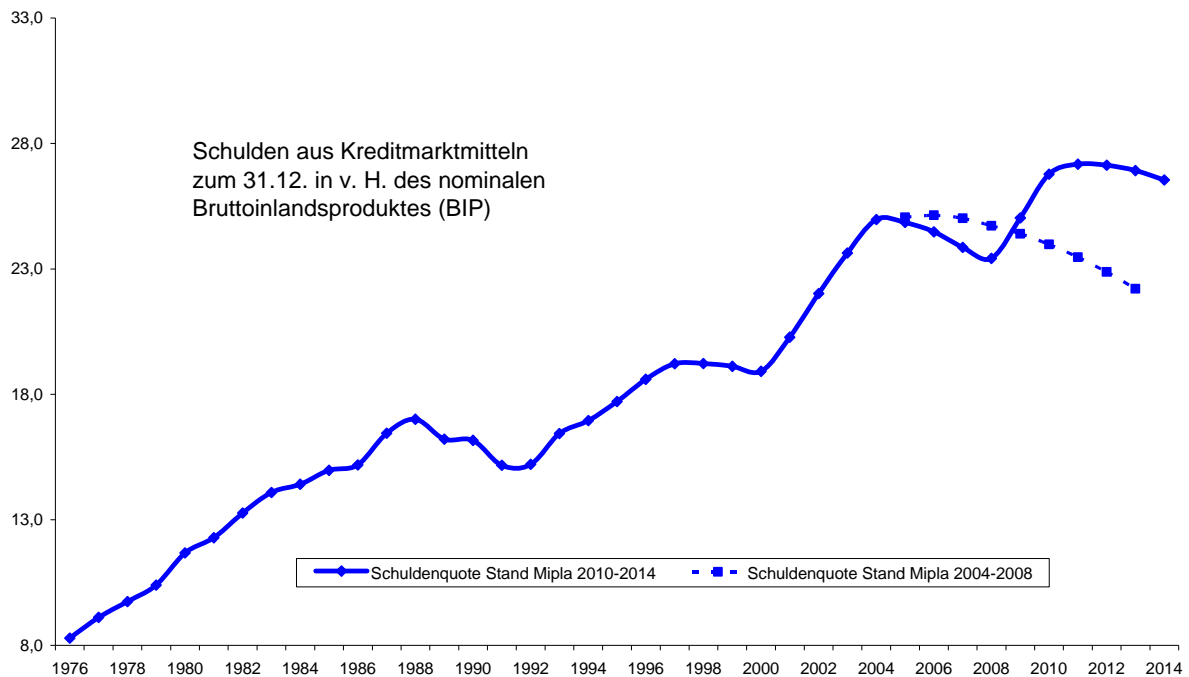
Im laufenden Jahr leitet sich daraus das Erfordernis einer zwischen Konsolidierung und Konjunkturstützung austarierten Haushaltspolitik ab, die in eine insgesamt auf Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit ausgerichtete Finanzpolitik eingebettet ist. Der sprunghafte Anstieg von Defiziten und Schulden zur Sicherung der künftigen Wachstumsbasis war im vergangenen Jahr nicht zu vermeiden; zukünftig dürfen Schulden und Zinslasten aber keinesfalls schneller wachsen als die Wirtschaftsleistung des Landes. Operationaler formuliert bedeutet dies, dass Indikatoren wie die Schuldenquote oder die Zins-Steuerquote nach Überwinden der Krise wieder deutlich in Richtung der Werte des Jahres 2008 zurückentwickelt werden müssen. Die finanzpolitische Handlungsfähigkeit würde ansonsten für die Zukunft noch weiter beschnitten.

Die Gefährdung, die von einer Haushaltssituation ausgeht, in der Schulden und Zinsausgaben schneller steigen als die Wirtschaftsleistung und die Einnahmen des Landes, lässt sich an der längerfristigen Entwicklung von Indikatoren wie Schuldenquote, Primärsaldo, Zins-Steuerquote, Finanzierungssaldo etc. ablesen, die in den folgenden Grafiken dargestellt sind. Steigen diese Quoten, reduziert dies die finanzpolitischen Handlungsmöglichkeiten. Denn letztlich muss der Schuldendienst der öffentlichen Haushalte aus dem Teil des Bruttoinlandsproduktes finanziert werden, der staatlicherseits in Anspruch genommen werden kann.

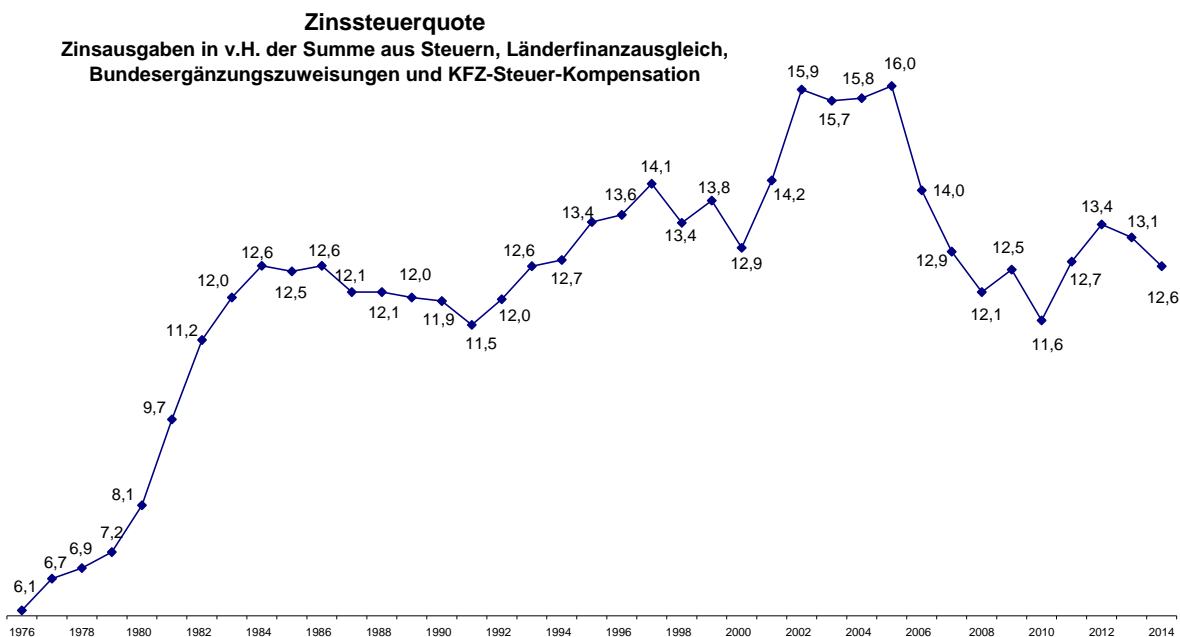
In den vergangenen Jahrzehnten führte die dauerhafte Defizitfinanzierung der öffentlichen Haushalte insgesamt und des niedersächsischen Landeshaushaltes im Besonderen dazu, dass der Schuldenstand des Landes schneller wuchs als seine Wirtschaftsleistung und die Steuereinnahmen des Landes. Dies führte im Ergebnis zu einer zunehmenden Einschnürung

der Finanzpolitik. Festmachen lässt sich diese Einschnürung an steigenden Schuldenquoten und steigenden Zins-Steuerquoten, die die zunehmende Haushaltsmittelbindung anzeigen.

Die Schuldenquote - also das Anteilsverhältnis von Schuldenstand und Bruttoinlandsprodukt - stieg von 18,9 % in 2000 auf 25 % in 2004. Danach konnte ein Rückgang der Schuldenquote auf 23,4 % in 2008 erreicht werden; immerhin ein deutlich stärkerer Rückgang als noch mit der Mipla 2004-2008 erwartet. Ausgaben- und einnahmeseitige Konsolidierung ermöglichten also bis ins Jahr 2008 die Rückführung der Schuldenquote auf das Niveau des Jahres 2003; von diesem erhöhten Sockel steigt die Schuldenquote nunmehr krisenbedingt um etwa 4 Prozentpunkte auf rd. 27 ½ %. Wie schwer die Lasten der Vergangenheit und der aktuellen Krisenbekämpfung wiegen, wird hieran besonders deutlich.



Ein Blick auf die Entwicklung der Zins-Steuerquote, also den Anteil der Steuereinnahmen, der für Zinsausgaben verwendet wird, zeigt deutlich, wie stark die hohen Defizite der Vergangenheit die Haushaltswirtschaft belasten: Im Jahr 2000 betrug die Zins-Steuerquote 12,9 %, bis 2005 stieg sie trotz aller Konsolidierungsmaßnahmen weiter auf 16,0 %. Im Jahre 2006 trat allerdings früher als erwartet die Kehrtwende ein und es konnte nach 14,0 % in 2006 mit 12,1 % in 2008 eine um rd. 4 Prozentpunkte geringere Zins-Steuerquote erreicht werden. Der sprunghafte Anstieg der Defizite und die Einnahmееinbrüche im Zuge der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise treffen aktuell auf eine Situation sehr geringer Finanzierungskosten für die öffentliche Hand. Das Absinken des Zinsniveaus überlagert derzeit (noch) den steigernden Effekt aus der Zunahme des Schuldenstandes auf die absoluten Zinsausgaben und die Zins-Steuerquote. Ein neuerliches Ansteigen der Zins-Steuerquote ist allerdings zu erwarten.

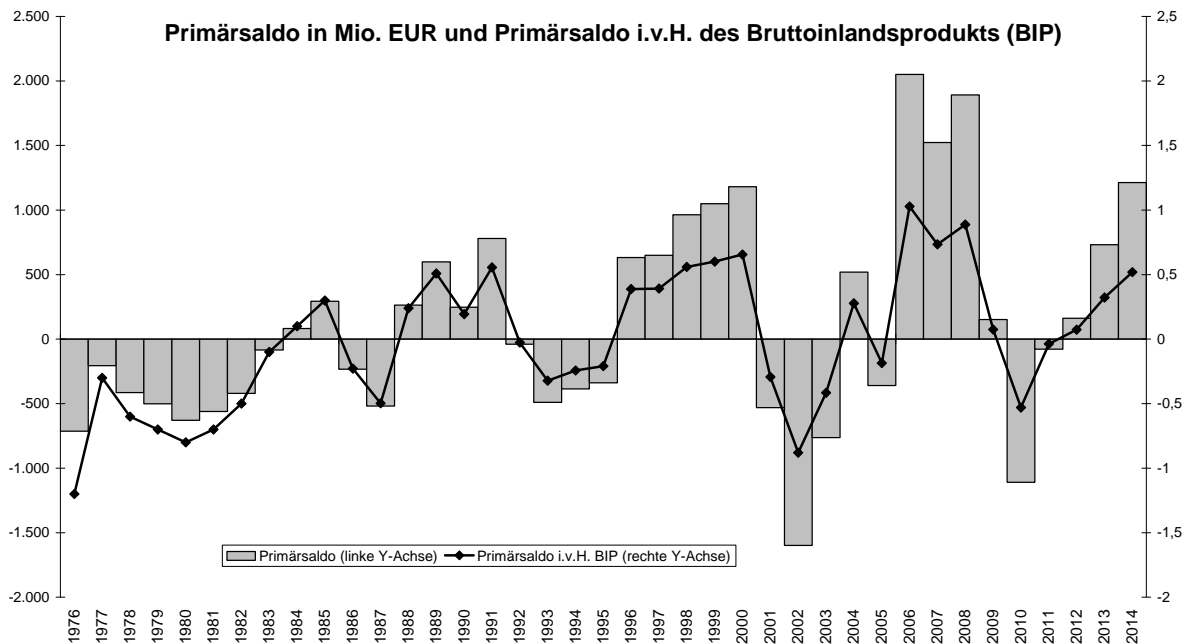


Ein Indikator für die Beurteilung der Haushaltssituation ist der sog. Primärsaldo (Primärüberschuss / Primärdefizit). Der Primärsaldo (bereinigte Einnahmen - also ohne Kreditaufnahme - minus bereinigte Ausgaben ohne Zinszahlungen) gibt einen Hinweis darauf, inwieweit die nicht kreditfinanzierten Einnahmen zur Deckung der Ausgaben ohne Zinsen ausreichen. Ein Primärdefizit bedeutet, dass rechnerisch neben den Zinszahlungen weitere Landesausgaben durch zusätzliche Kredite finanziert werden. Dies war die klassische Situation der 70er bis in die 80er Jahre hinein, was insbesondere an der Entwicklung der Primärsaldoquote (in % des Bruttoinlandsproduktes) deutlich wird. Primärdefizite über längere Zeiträume bedeuten grundsätzlich eine zunehmende Einschränkung der öffentlichen Haushalte über steigende Schuldenquoten oder steigende Zins-Steuerquoten.

Werden Primärüberschüsse erzielt, wird aus den "ordentlichen" Einnahmen rechnerisch ein Beitrag zu den Zinslasten geleistet bzw. Nettokreditaufnahmen stehen rechnerisch nicht zur Finanzierung landespolitischer Aufgaben zur Verfügung.

Dauerhafte Primärüberschüsse zu erzielen ist ein wichtiger Schritt auf dem Konsolidierungsweg; sie sind prinzipiell Voraussetzung dafür, dass die Schuldenquote des Landes nicht weiter steigt und damit die Handlungsfähigkeit der Finanzpolitik langfristig wiederhergestellt wird. Bereits ab 2012 weist das Zahlenwerk wieder Primärüberschüsse aus.

Da für die Jahre 2012 bis 2014 Einnahmen und Ausgaben noch nicht in Deckung gebracht wurden, überzeichnet das Zahlenwerk zunächst noch die Finanzierungsdefizite und unterzeichnet damit die Höhe der Primärüberschüsse. Werden die Handlungsbedarfe abgebaut, so werden deutlich höhere Primärüberschüsse erzielt werden können.



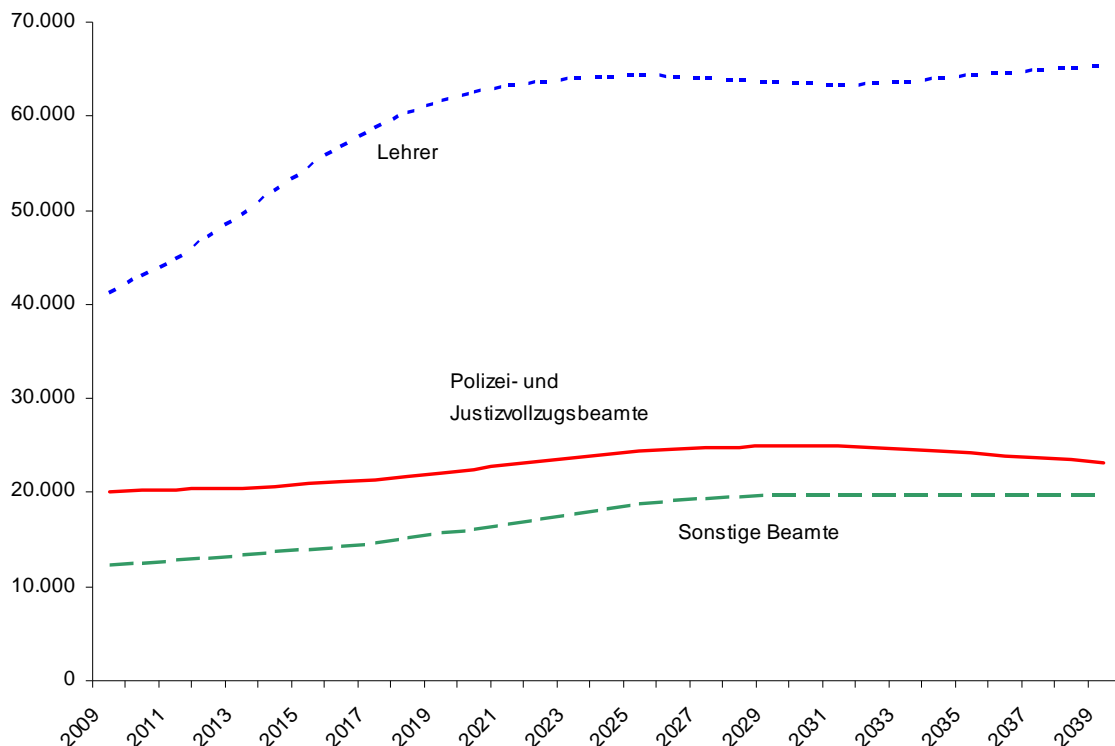
Der Blick auf lange Reihen zeigt aber auch, dass in der Vergangenheit nur über kürzere Perioden konstante oder sinkende Zins-Steuerquoten bzw. Schuldenquoten erreicht werden konnten. Eine nachhaltige Finanzpolitik wird aber gerade längerfristig hier zu einer dauerhaften Trendwende kommen müssen, damit die Belastungen aus der Demografie und aus den steigenden Versorgungsausgaben bewältigt werden können, ohne dass noch höhere Zins-Steuerquoten oder Schuldenquoten entstehen.

Versorgung

Den Versorgungsausgaben der Länder kommt unter dem Blickwinkel der langfristigen Tragfähigkeit der Finanzpolitik besondere Bedeutung zu, da diese Ausgabekategorie aufgrund der bereits heute für die nächsten Jahrzehnte weitgehend festgelegten Ausgabeverpflichtungen und des hohen Personalausgabenanteils der Länder die finanzwirtschaftliche Entwicklung auch des Landes Niedersachsen in den kommenden Jahrzehnten stark prägen wird.

In den Alterssicherungssystemen des Öffentlichen Dienstes treten grundsätzlich die gleichen Entwicklungen ein wie im System der Gesetzlichen Rentenversicherung. Neben der allgemeinen demografischen Entwicklung ist darüber hinaus wesentliche Ursache für das bevorstehende Ansteigen der Versorgungsausgaben die Erhöhung der Empfängerzahlen durch den Personalzuwachs in den 70er Jahren insbesondere in den Bereichen Bildung und innere Sicherheit als Folge geänderter Anforderungen an den Staat.

Entwicklung der Anzahl der Versorgungsempfänger nach Gruppen 2009 - 2039



Die Zunahme der Versorgungsausgaben wird dadurch verstärkt, dass es auch im Öffentlichen Dienst eine Tendenz zur Einstellung höher qualifizierter Bewerber gab und gibt (Ausdehnung des Lehrpersonals, zweigeteilte Laufbahn bei der Polizei) und damit Versorgungsempfänger aus den oberen Besoldungsgruppen in Zukunft prozentual stärker vertreten sein werden.

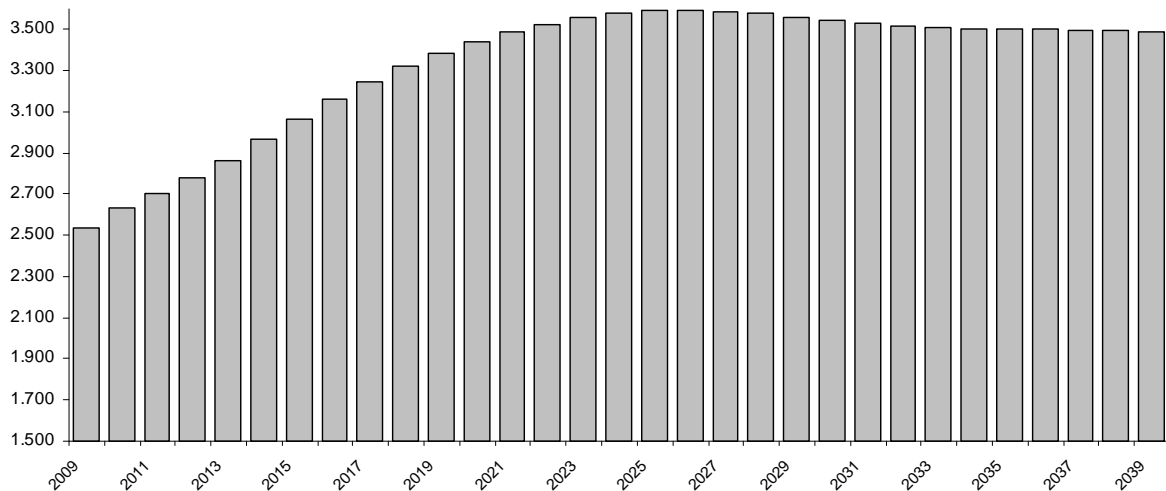
Nach einer von der Abteilung Landesweite Bezüge- und Versorgungsstelle (LBV) der Oberfinanzdirektion im Frühjahr 2010 erstellten Prognose werden die Versorgungsausgaben von zurzeit rd. 2,2 Mrd. EUR (Ist-Ausgabe 2009) ohne weitere lineare Anpassung auf rd. 3,1 Mrd. EUR im Jahr 2026 ansteigen. Ab 2027 ist im Prognosezeitraum (bis 2039) mit einem leichten Ausgabenrückgang zu rechnen.

Den Berechnungen wurden folgende Basisdaten (jeweils getrennt für die Bereiche Schule, Polizei- und Justizvollzug sowie Sonstige) zugrunde gelegt:

- Versorgungsempfängerzahlen (einschl. Hinterbliebene) am 31.12.2009,
- Ist-Ausgabe für Versorgung im Haushaltsjahr 2009,
- Anzahl und Altersstruktur der aktiven Beamtinnen und Beamten,
- Sterbetafel, die für den 3. Versorgungsbericht der Bundesregierung Anwendung fand.

Die Berechnungen gehen von der derzeitigen Rechtslage aus.

Entwicklung der Versorgungsausgaben einschließlich Beihilfen 2009 bis 2039
(in Mio. EUR)



Der Anteil der Versorgungsausgaben (einschl. Beihilfen) an den Ausgaben des Landeshaushalts betrug 2009 rd. 10,3 %. Die ohne Steigerungsraten gerechneten Werte für Versorgung und Beihilfe steigen bis 2026 auf rd. 14,6 % der Ausgaben des Jahres 2009. Diese Zahl verdeutlicht, welcher Anteil der Landesausgaben in 2009 für den Versorgungsbereich bereitzustellen gewesen wäre, wenn die für das Jahr 2026 prognostizierte Anzahl und Struktur der Versorgungsempfänger bereits im Jahr 2009 vorgelegen hätte. Die Differenz zwischen dem Anteil der aktuellen Versorgungsausgaben an den Landesausgaben (10,3 %) und den zu erwartenden Versorgungsausgaben „zu heutigen Preisen“ des Jahres 2019 (13,8 %) oder des Jahres 2026 (rd. 14,6 %) beschreibt den Konsolidierungsbedarf, der zur Finanzierung der entsprechenden Verpflichtungen in den nächsten Jahren entsteht, nämlich bis zu rd. 4,3 Prozentpunkten des aktuellen Haushaltsvolumens oder rd. 1 Mrd. EUR. In der ersten Hälfte dieses Zeitraumes dürften die realen Veränderungen der Haushaltsbelastungen deutlich stärker ausfallen als die reale Zunahme der Wirtschaftsleistung des Landes.

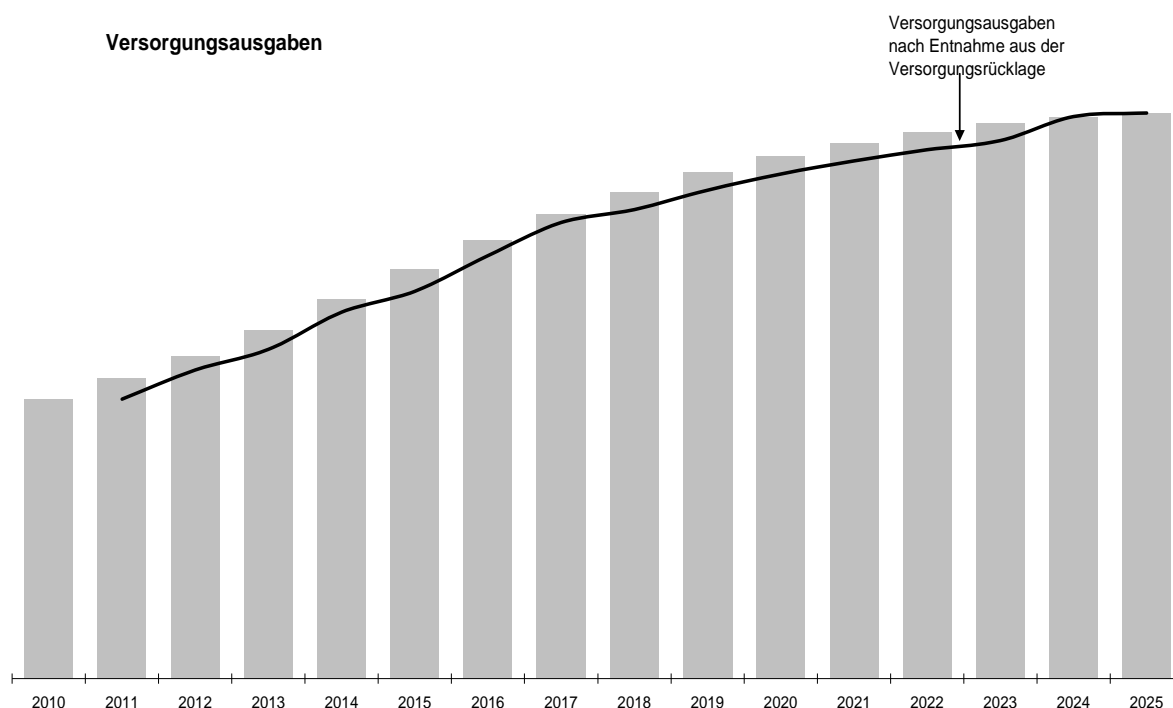
Neben den bisherigen bundesrechtlichen Änderungen des Versorgungsrechts hat die Landesregierung im Rahmen ihrer eigenen Zuständigkeit in den vergangenen Jahren eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, um den Anstieg der Versorgungsausgaben zu kompensieren. Hierzu gehören neben der Streichung des Urlaubs- und „Weihnachtsgeldes“ die im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung erfolgte Einsparung von 6.743 Stellen (ZV II) und die vorgesehene Einsparung von 1.900 Stellen im Rahmen der beschlossenen ZV III.

In den Jahren 1999 bis 2009 wurden zudem nach dem Niedersächsischen Versorgungsrücklagengesetz jährlich Beträge an ein Sondervermögen „Niedersächsische Versorgungsrücklage“ gezahlt. Die Zuführungen an das Sondervermögen sollten ursprünglich bis 2017 erfolgen und ab 2018 zur Abfederung der Steigerung der Versorgungsausgaben entnommen werden. Die stärksten jährlichen Aufwüchse der Versorgungsausgaben finden nach aktuellen Prognosen des LBV in den kommenden Jahren bis 2014 statt. Danach werden die Versorgungsausgaben (ohne Beihilfen) ab 2010 bis 2014 jährlich um rd. 60 – 90 Mio. EUR ansteigen. Dieser extreme Aufwuchs wird sich bereits ab 2015 und den Folgejahren wieder abflachen. Ab 2027 ist sogar ein Absinken der Versorgungsausgaben zu erwarten.

Da es nicht sinnvoll ist, im Zeitraum der stärksten Ausgabensteigerungen der Rücklage weitere Beträge zuzuführen, um sie erst nach Abflachen der Entwicklung zu entnehmen,

wurde das Versorgungsrücklagengesetz dahingehend geändert, dass die Entnahme von Mitteln aus dem Sondervermögen bereits ab dem Haushaltsjahr 2009 nach Maßgabe des Haushalts zur Deckung der Versorgungsausgaben möglich ist. Des Weiteren wurden die Zuführungen an das Sondervermögen ab dem Haushaltsjahr 2010 eingestellt.

Im Zahlenwerk der Mipla 2010 - 2014 ist für den Zeitraum ab 2011 eine Entnahme aus dem Bestand (31.12.2009: rd. 470 Mio. EUR) i. H. v. rd. 61 / 41 / 55 / 38 Mio. EUR vorgesehen, um die besonders starken Zuwächse der Versorgungsausgaben „zu untertunneln“. Damit ist eine - wenn auch nur sehr begrenzte - Abflachung der Versorgungsausgabenentwicklung entsprechend dem ursprünglichen Verwendungszweck der Rücklage möglich. Entnommen werden maximal die in den jeweiligen Jahren freiwerdenden Mittel.



Zwar liegen die Versorgungsverpflichtungen des Landes dem Grunde nach für die nächsten Jahrzehnte fest, gleichwohl stellt auch die Versorgungsprognose des LBV lediglich eine Momentaufnahme dar. Rechtsänderungen und veränderte Berechnungsparameter werden entsprechend zu neuen Ergebnissen führen.

So haben z.B. die Änderungen im Versorgungsrecht zu Veränderungen der Altersstruktur beigetragen:

Nach der Einführung des Versorgungsabschlages i. H. v. 3,6 % für jedes volle Jahr der Versetzung in den Ruhestand vor Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze (bei Dienstunfähigkeit bzw. Schwerbehinderung vor Vollendung des 63. Lebensjahres) hat sich der Anteil der Beamtinnen und Beamten, die erst mit Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand treten, kontinuierlich erhöht. Betrug dieser Anteil 1995 lediglich rd. 21,9 %, so hat er sich bis 2009 auf 35,4 % erhöht. Im gleichen Zeitraum sank der Anteil derjenigen, die wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt wurden, von rd. 45,4 % auf 24,2 %.

Nach den Feststellungen des LBV gibt es auch beim Eintrittsalter der neu eingestellten Beamten Veränderungen: Sie sind „jünger“ als dies früher der Fall war. Beide Faktoren zusammen haben zur Folge, dass sich die Verweildauer im aktiven Dienst erhöht und dadurch die Haushaltsbelastung für Versorgungsaufwendungen verringert.

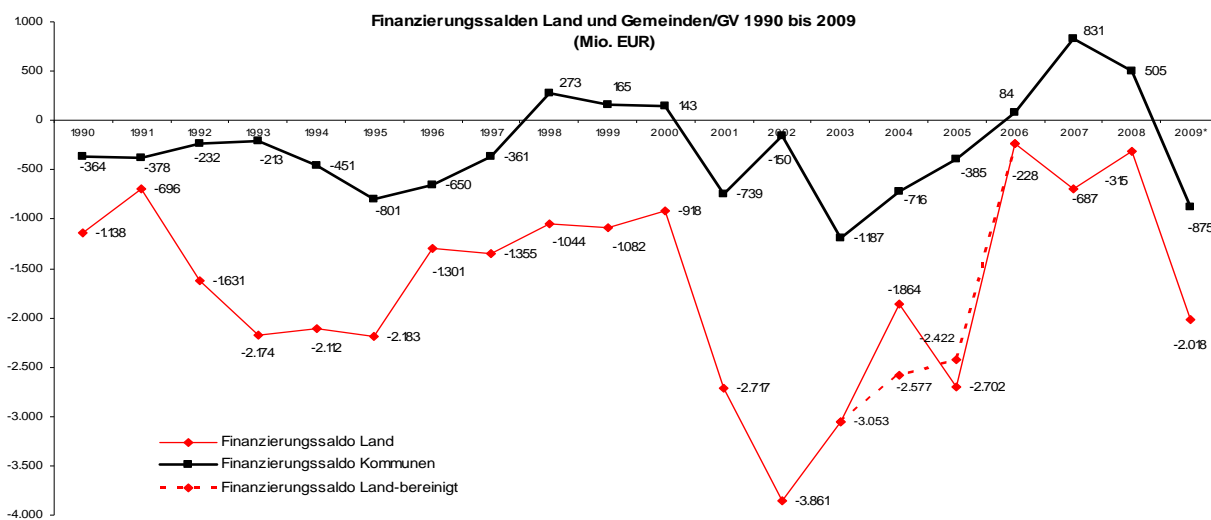
Des Weiteren wurde 2005 für Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte mit Wirkung vom 01.01.2009 die Altersgrenze für den Eintritt in den Ruhestand vom 60. auf das vollendete 61. Lebensjahr und mit Wirkung vom 01.01.2010 auf das vollendete 62. Lebensjahr angehoben. Daraus ergeben sich Einsparungen allein für den Zeitraum 2006 bis 2018 in Höhe von rd. 215 Mio. EUR, die als Beitrag für eine langfristig tragbare Finanzpolitik in Niedersachsen auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung zu sehen sind.

In ihrer Klausurtagung am 27./ 28.01.2010 hat sich die Landesregierung intensiv damit beschäftigt, welche Auswirkungen die finanzielle Situation des Landes mit den Herausforderungen der demografischen Entwicklung auf die Bediensteten des öffentlichen Dienstes in Niedersachsen haben. Das Finanzministerium und das Ministerium für Inneres und Sport wurden gebeten, einen Gesetzentwurf für eine stufenweise Anhebung der gesetzlichen Altersgrenze in der Zeit von 2012 bis 2029 auf das 67. Lebensjahr zu erarbeiten. Die Neuregelung soll sich an den rentenrechtlichen Regelungen orientieren. Parallel mit der Anhebung soll auch zur Flexibilisierung des Ruhestandsbeginns der zeitliche Korridor für einen Eintritt in den Ruhestand künftig zwischen dem 60. und 70. Lebensjahr liegen. Im Falle einer entsprechenden Verabschiedung durch den Nds. Landtag würden sich auch erhebliche Auswirkungen auf die Höhe der künftigen Versorgungsausgaben ergeben.

4. Finanzbeziehungen zwischen dem Land und den Gemeinden (GV)

Die Finanzbeziehungen zwischen dem Land und seinen Kommunen werden im Niedersächsischen Finanzverteilungsgesetz (NFVG) und im Niedersächsischen Gesetz über den Finanzausgleich (NFAG) geregelt. Im Rahmen der Haushaltsberatungen wird jährlich eine Analyse der „Entwicklung der Finanz- und Haushaltslage des Landes Niedersachsen und der niedersächsischen Kommunen“ vorgenommen, die als Bericht vorgelegt und Beschlüssen der Landesregierung, insbesondere der Festsetzung der Verbundquote im Kommunalen Finanzausgleich, zu Grunde gelegt wird.

In dem Bericht zur „Entwicklung der Finanz- und Haushaltslage des Landes Niedersachsen und der niedersächsischen Kommunen“ wird zur Beurteilung der Finanzsituation von Land und Kommunen neben zahlreichen Einzelindikatoren insbesondere der Finanzierungssaldo beider Ebenen als eine wichtige zusammenfassende Kennzahl betrachtet. Der Niedersächsische Staatsgerichtshof hat die in dem Bericht untersuchten Parameter – bereits zum wiederholten Male – ausdrücklich als entscheidungsrelevant eingestuft. Dies gilt besonders hinsichtlich der vergleichenden Betrachtung der Entwicklung der Finanzierungssalden von Land und Kommunen. Ein negativer Finanzierungssaldo gibt dabei das Defizit, ein positiver Finanzierungssaldo den Überschuss eines Haushalts in kameralistischer Rechnung für das jeweilige Jahr an.



Quelle: LSKN und eigene Berechnungen, 2009: Kassenstatistik für die Kommunen; 2007-2009: endg. Abschluss für das Land
 Land Niedersachsen: Werte für 2004 und 2005 jeweils bereinigt um Zahlungen in Folge eines EU-Beihilfeverfahrens sowie Kapitalmaßnahmen im Zusammenhang mit der Nord/LB

Der Abschluss des niedersächsischen Landeshaushalts weist für das Jahr 2009 einen Finanzierungssaldo in Höhe von -2.018 Mio. EUR aus. Nach drei Jahren in Folge mit positiven Finanzierungssalden konnten die Kommunen für das Jahr 2009 nur einen negativen Saldo von -875 Mio. EUR erreichen. Für beide Ebenen ergab sich damit nach den drei günstigen Jahren 2006 bis 2008 ein im längerjährigen Vergleich, den drastischen Einbrüchen auf der Einnahmeseite im Zuge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise geschuldetes schlechtes Gesamtergebnis.

Die drei Jahre 2006 bis 2008 schlossen für das Land mit Finanzierungsdefiziten von -228, -687 bzw. -315 Mio. EUR und für die Kommunen mit Finanzierungsüberschüssen von 84, 831 bzw. 505 Mio. EUR ab. Die gegenläufige Entwicklung der Salden in 2007 mit einer deutlichen Verbesserung für die Kommunen und einer Verschlechterung für das Land war Folge der „verzögerten Teilhabe“ der Kommunen an den Steuermehreinnahmen des Landes im Jahr 2006 durch die Mechanismen des Kommunalen Finanzausgleichs. 2008 schwenkte die Entwicklung der Finanzierungssalden auf einen den finanzpolitischen Rahmenbedingungen der jüngeren Vergangenheit entsprechenden gleichgerichteten, parallelen Verlauf ein. 2009 setzte sich diese parallele Entwicklung fort.

Als Ergebnis kann festgestellt werden, dass die Verteilungssymmetrie zwischen Land und Kommunen nach wie vor gewahrt ist und es somit keiner Änderung der Steuerverbundquote von 15,50 % im NFGV bedarf.

2009/2010 ergibt sich ein ähnlicher Effekt der „verzögerten Teilhabe“ für die Kommunen wie 2006/2007, nur dass dieser in die umgekehrte Richtung wirkt. Da die Steuermindereinnahmen des Landes die Kommunen systembedingt im Kommunalen Finanzausgleich mit einem Jahr Verzögerung treffen, wird die Negativentwicklung bei den Kommunen im Jahre 2010 besonders ausgeprägt sein.

Die Zuweisungen im Kommunalen Finanzausgleich werden sich 2011 gegenüber dem Ansatz von 2.715 Mio. EUR für das Jahr 2010 um rd. 45 Mio. EUR auf 2.760 Mio. EUR verbessern. Gegenüber dem Jahr 2010 werden die Kommunen in 2011 voraussichtlich aber

keine negative Steuerverbundabrechnung zu verkräften haben. Auf Basis der Steuerschätzung Mai 2010 und der Beschlüsse der Landesregierung zum Haushaltsplanentwurf 2011 und der Mittelfristigen Planung 2010 – 2014 wächst die Zuweisungsmasse des Kommunalen Finanzausgleiches perspektivisch 2012 ff auf 2.904 / 3.025 / 3.138 Mio. EUR.

Es war und ist erklärter Wille der Landesregierung, die kommunale Ebene fair an Ausgleichsleistungen des Landes für Steuermindereinnahmen aufgrund gesetzlicher Änderungen zu beteiligen, die das Land vom Bund erhält. Dies hat die Landesregierung in jüngster Vergangenheit z.B. beim Wechsel in der Ertragshoheit bei der Kraftfahrzeugsteuer durch eine Änderung des NFAG rückwirkend ab dem 01.07.2009 oder im Zusammenhang mit der Kindergelderhöhung ab dem Jahr 2009 nach dem Familienleistungsgesetz und der Zahlung eines einmaligen Kinderbonus im Jahr 2009 bewiesen und damit einen weiteren positiven Beitrag zur Finanzentwicklung der Kommunalebene geleistet.

Gleiches gilt für Steuermehreinnahmen des Landes. So profitieren auch die Kommunen von der im Rahmen der Haushaltsklausur zum Haushaltsplanentwurf 2011 und der Mittelfristigen Planung 2010 – 2014 von der Landesregierung beschlossenen Anhebung des Grunderwerbsteuersatzes von 3,5 auf 4,5 %. Von den Mehreinnahmen fließen 33 % oder anders ausgedrückt rd. 33 Mio. EUR im Jahr über den Kommunalen Finanzausgleich den Kommunen zu und verbessern somit die angespannte Finanzsituation der kommunalen Körperschaften.

Die „Gemeinsame Erklärung der Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Spitzenverbänden Niedersachsens und der Niedersächsischen Landesregierung zur Zukunftsfähigkeit der niedersächsischen Kommunen“ vom 17. Dezember 2009, der sog. Zukunftsvertrag, ist Beleg für den gemeinsamen Gestaltungswillen von Land und Kommunen im Rahmen einer konstruktiven Zusammenarbeit. Im Mittelpunkt steht dabei das Prinzip der bürgernahen Durchführung öffentlicher Aufgaben, die Intensivierung einer ressortübergreifenden Strukturpolitik mit den Kommunen und die Möglichkeit einer kommunalen Entschuldung als zentralen Baustein für eine zukunftsfähige Ausrichtung zahlreicher strukturschwacher Kommunen. Mit Hilfe des Entschuldungsfonds können einzelne Kommunen dauerhaft von ihrer finanziellen Belastung durch Zins und Tilgung der aufgelaufenen Liquiditätskredite in Höhe von bis zu 75 % freigestellt werden. Land und kommunale Körperschaften stellen dafür ab 2012 jeweils jährlich bis zu 35 Mio. EUR in einem Sondervermögen bereit. Die Entlastung der jeweiligen Kommunen erfolgt aber nicht ohne Gegenleistung. Sie selbst müssen Beiträge zu einer nachhaltigen Konsolidierung leisten.

Von besonderer Bedeutung für die zukünftigen Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen sind auch die zum Ende des Jahres 2010 erwarteten Ergebnisse der Gemeindefinanzkommission auf Bundesebene. Die Kommission soll Lösungsvorschläge erarbeiten, um eine nachhaltige Verbesserung der kommunalen Finanzsituation zu erreichen und damit die zukünftige Leistungsfähigkeit der Gemeinden zu gewährleisten. Der wichtigste Grund für die angespannte Haushaltslage der Kommunen ist der durch Finanz- und Wirtschaftskrise verursachte drastische Einbruch der Gewerbesteuer. Gleichzeitig sind die Ausgaben der kommunalen Gebietskörperschaften, insbesondere die sozialen Leistungen, kräftig gestiegen. Ziel von Bund, Länder und Kommunen ist daher insbesondere die Verstetigung der kommunalen Einnahmeseite und die Flexibilisierung von Standards, um so kommunale Gestaltungsspielräume zu erhalten. Auf Grundlage der von den drei Arbeitsgruppen Kommunalsteuern, Standards und Rechtsetzung bis Oktober 2010 zu erstellenden Berichte wird die Gemeindefinanzkommission dann Empfehlungen zu den behandelten Themenfeldern geben.

5. Struktur der Einnahmen

5.1 Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen

Die Haupteinnahmequelle des Landes bilden mit rd. drei Viertel der Gesamteinnahmen ohne Nettokreditaufnahme die Steuern und die steuerinduzierten Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich (LFA), den Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) und ab 1.7.2009 aus der Kfz-Steuer-Erstattung des Bundes.

Mit dem Gesetz zur Neuregelung der Kraftfahrzeugsteuer ist die Ertrags- und Verwaltungskompetenz für die Kfz-Steuer ab 1.7.2009 auf den Bund übergegangen. Die Länder erhalten im Gegenzug ab 1.7.2009 als Kompensation ihrer Einnahmeausfälle einen jährlichen Festbetrag aus dem Steueraufkommen des Bundes.

Die zu erwartenden Einnahmen setzen sich kurz- und mittelfristig wie folgt zusammen:

Ansätze - in Mio. EUR -	HP	HPE	Planung		
	2010	2011	2012	2013	2014
Steuern	15.496	15.885	16.774	17.540	18.253
LFA	169	260	304	342	373
BEZ	64	130	157	180	198
Kfz-Steuer-Kompensation	896	896	896	896	896
Summe	16.625	17.171	18.131	18.958	19.720
Veränderungsrate (2010: Soll/Ist)	-4,0	+3,3	+5,6	+4,6	+4,0

Die Ansätze für Steuern, LFA und BEZ in den Jahren 2010 bis 2014 sind insgesamt aus den Ergebnissen des Arbeitskreises Steuerschätzungen vom 04. bis 06. Mai 2010 abgeleitet. Zu den gesamtwirtschaftlichen Annahmen siehe 2. „Gesamtwirtschaftliche Situation und wirtschaftliche Entwicklung in Niedersachsen“.

Die Ansätze wurden auf der Basis geltenden Rechts geschätzt.

Neu berücksichtigt sind damit insbesondere das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, die Nichtanwendung des Gesetzes zur Modernisierung des Wagniskapitals, das EU-Umsetzungsgesetz sowie das Begleitgesetz zur zweiten Föderalismusreform. Ferner kam es aufgrund weiterer Rechtsanhängigkeit noch einmal zu einer Verschiebung der finanziellen Auswirkungen eines in der letzten Steuerschätzung berücksichtigten EuGH-Urteils.

Die finanziellen Auswirkungen des ebenfalls nach der letzten Mipla verabschiedeten Bürgerentlastungsgesetzes waren dagegen bereits in den Ansätzen der letzten Mipla 2009 bis 2013 enthalten.

Die Anhebung des Grunderwerbsteuersatzes um einen Prozentpunkt ist in den Ansätzen 2011 ff berücksichtigt.

Verglichen mit den Ansätzen der vorangegangenen Mipla 2009 bis 2013 stellt sich die Entwicklung der Steuern und steuerinduzierten Einnahmen danach wie folgt dar:

-Beträge in Mio. EUR-	2010	2011	2012	2013
Ansatz laut HP 2010	16.225			
Ansätze laut Mipla 2009- 2013		17.440	18.522	19.308
Schätzabweichung		-69	-158	-178
erstmals berücksichtigte Rechtsänderungen		-200	-233	-172
Ansätze laut HP2010/ HPE 2011	16.625	17.171		
Ansätze lt. Mipla 2010- 2014			18.131	18.958
Differenz		-269	-391	-350

5.2 Einnahmen vom Bund

Die Einnahmen vom Bund (ohne BEZ) weisen folgende Werte auf:

	NHPE	HPE	Planung		
	2010	2011	2012	2013	2014
in Mio. EUR	2.728	2.842	2.902	2.917	2.939
Veränderung in %	15,5 (Soll/Ist)	4,2	2,1	0,5	0,7

Der Anstieg der Einnahmen vom Ist 2009 zum Soll 2010 liegt in den Zahlungen für die Kfz-Steuer-Kompensation begründet. Wurden dafür 2009 durch die Umstellung der Ertragshöhe ab Mitte 2009 rd. 470 Mio. EUR vereinnahmt, so steigen diese Einnahmen ab 2010 auf 896 Mio. EUR pro Jahr.

Die Zuführungen von Baunebenkosten durch den Bund (rd. 69 Mio. EUR jährlich) wurden bis 2010 als sonstige Einnahmen veranschlagt, ab 2011 sind sie den Einnahmen vom Bund zugeordnet und bewirken dadurch einen Anstieg um 2,5 % von 2010 nach 2011. Ferner steigen neben den Einnahmen im Bereich ÖPNV auch die Einnahmen für den Hochschulpakt 2020 (rd. 24 / 44 / 59 / 68 / 75 Mio. EUR) in den Jahren von 2010 bis 2014 kontinuierlich an.

Eine genaue Aufgliederung ergibt sich aus Tabelle 6 (Ziff. 5) im Teil III (Tabellenanhang).

5.3 Sonstige Einnahmen

Die sonstigen Einnahmen (u. a. Gebühren und Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit) stellen sich wie folgt dar:

	NHPE 2010	HPE 2011	Planung		
			2012	2013	2014
in Mio. EUR	3.233	3.287	2.734	2.723	2.465
Veränderung in %	-10,3 (Soll/Ist)	1,7	-16,8	-0,4	-9,5

Die Einnahmen aus der Förderabgabe reduzieren sich im Soll 2010 gegenüber dem Ist 2009 um rd. 215 Mio. EUR (-6 Prozentpunkte) und nochmals von 2010 nach 2011 um 270 Mio. EUR. Diesen Rückgängen stehen Veräußerungserlöse aus Vermögensaktivierungen i.H.v. 580 Mio. EUR im Jahr 2011 und jeweils 150 Mio. EUR in den Folgejahren gegenüber.

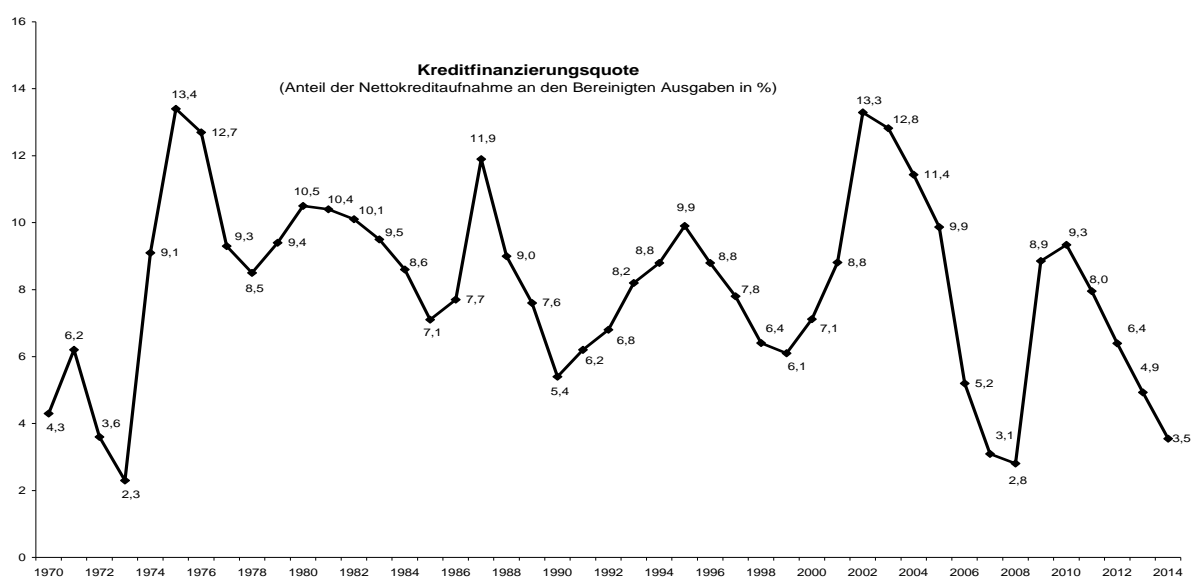
Ebenso sind in den Einnahmen der Jahre 2009 und 2010 die Zahlungen aus dem Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ für das Konjunkturpaket II enthalten (2009: 186 Mio. EUR und 2010: 369 Mio. EUR).

Zum Rückgang von 2011 nach 2012 trägt auch die Veranschlagung der Zuführungen von Baunebenkosten als Einnahmen vom Bund bei (s. Punkt 5.2).

5.4 Haushaltsdeckungskredite

Nach den von der Landesregierung getroffenen finanzpolitischen Beschlüssen ist vorgesehen, die Nettokreditaufnahme ab dem Jahr 2011 schrittweise um 350 Mio. EUR pro Jahr zu reduzieren:

	NHPE 2010	HPE 2011	Planung		
			2012	2013	2014
Allgemeine Haushaltsdeckungskredite in Mio. EUR	2.300	1.950	1.600	1.250	900
Kreditfinanzierungsquote	9,3	8,0	6,4	4,9	3,5



Voraussetzung dafür, dass die Absenkung der Kreditfinanzierungsquote in den Planungsjahren erreicht werden kann, ist eine Umsetzung der noch offenen Handlungsbedarfe.

6. Struktur der Ausgaben

6.1 Personalausgaben

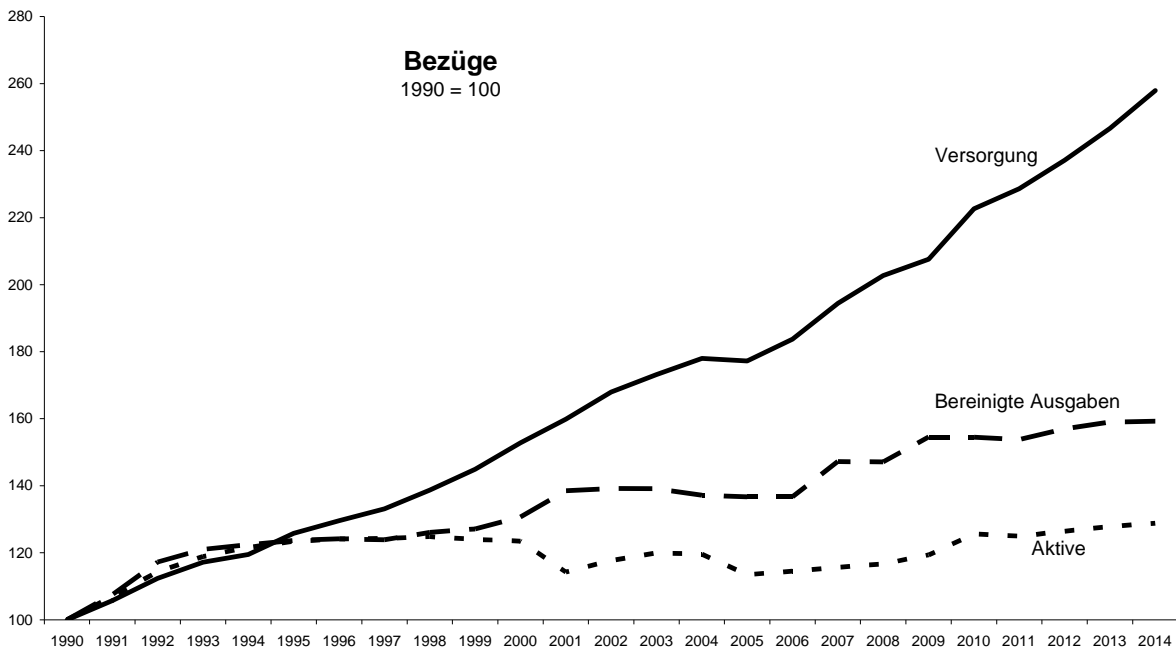
Als Folge der besonders personalintensiven Aufgabenstruktur der Länder – Stichworte: Lehrer, Finanz-/Justizverwaltung, Polizei – stellen die Personalausgaben unverändert den größten Ausgabenblock dar. Diesem kommt daher sowohl unter dem Aspekt der Haushaltskonsolidierung als auch im Hinblick auf die Zielsetzungen der Verwaltungsmodernisierung besondere Bedeutung zu.

Die nachfolgende Aufstellung gibt Auskunft über die im mittelfristigen Zeitraum vorgesehene Entwicklung der Personalausgaben. Der vorgesehene Stellenabbau ist im Rahmen der sog. Fünftelungsregelung berücksichtigt.

	NHPE	HPE	Planung		
	2010	2011	2012	2013	2014
HGr. 4 in Mio. EUR	9.548,02	9.606,02	9.804,95	10.013,91	10.214,92
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %	2,4	0,6	2,1	2,1	2,0
davon entfallen auf					
a) die aktiv Beschäftigten	6.904,79	6.877,72	6.964,02	7.047,86	7.104,28
Anteil in %	72,3%	71,6%	71,0%	70,4%	69,5%
b) Versorgungsempfänger	2.643,24	2.728,30	2.840,93	2.966,05	3.110,64
Anteil in %	27,7%	28,4%	29,0%	29,6%	30,5%

Die Steigerung der Personalausgaben in 2010 ist insbesondere auf die Auswirkungen des Tarifvertrages vom 01.03.2009 und des Nds. Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes 2009/2010 vom 14. Mai 2009 (Nds. GVBl. 2009; S. 203) – Ganzjahreswirkung der Abpassung zum 01.03.2009 (40/ 20 EUR Sockelbetrag sowie 3,0 %) und ab 01.03.2010 (Anpassung jeweils um 1,2 %) – sowie auf den weiteren Anstieg der Versorgungsausgaben zurückzuführen.

Die Entwicklung der Komponenten Versorgungsbezüge und Bezüge der aktiv Beschäftigten im Vergleich zu den Gesamtausgaben wird anhand der nachfolgenden Grafik deutlich. Die Kurve der Ausgaben für die aktiv Beschäftigten ist allerdings – insbesondere im Hinblick auf die Niveauabsenkung des Jahres 2001 – durch die Ausgliederung von Aufgaben in Landesbetriebe verzerrt. Des Weiteren werden die haushaltswirtschaftlichen Auswirkungen infolge der Streichung des Urlaubsgeldes und der Sonderzuwendung im Beamten- und Versorgungsbereich ab 2005 verdeutlicht.



Entwicklung des Stellenbestandes und des Beschäftigungsvolumens

Um das Nebeneinander von Personalausgaben aus dem Landeshaushalt und dem Ausgaberahmen für Landespersonal in Landesbetrieben transparent darzustellen, werden die Erläuterung der Personalausgaben und die dahinter stehenden Mengengerüste wie Beschäftigungsvolumina und Stellen im Anhang in der zusammenfassenden Tabelle 6 dargestellt. Hieraus lassen sich sowohl die Ausgaben der HGr. 4, das Beschäftigungsvolumen und die Stellen im Haushalt als auch der monetäre Ausgaberahmen und die Stellen der Landesbetriebe für Landespersonal ablesen.

Den Landesbetrieben steht insgesamt ein Volumen von rd. 1,5 Mrd. EUR zur Finanzierung von Landespersonal zur Verfügung. Bei den Landesbetrieben handelt es sich z. B. um die Niedersächsischen Hochschulen – soweit sie nicht als Stiftungshochschulen organisiert sind –, den Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen und den Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft und Küsten- und Naturschutz. Die hier abgebildeten Ausgaberahmen der Landesbetriebe schließen das von dritter Seite finanzierte Landespersonal ein, entsprechen aber aus systematischen Gründen nicht in vollem Umfang den in den Wirtschaftsplänen der Landesbetriebe dargestellten Personalaufwendungen. Sie wurden im Rahmen einer Ressortumfrage separat erhoben und stellen eine mit den klassischen kameralistischen Personalausgaben vergleichbare Ausgabenkategorie dar.

Finanziert wird der Ausgaberahmen der Landesbetriebe für Landespersonal aus verschiedenen Quellen: Zum einen wird ein erheblicher Teil der Personalausgaben der Landesbetriebe durch Zuweisungen aus dem Landeshaushalt (HGr. 6) gedeckt. Des Weiteren finanzieren sich die Landesbetriebe aus Entgelten, die sie aus dem Landeshaushalt (HGr. 5) erhalten oder aber durch Finanzierungsbeiträge Dritter.

Die Summe der Personalausgaben aus dem Landeshaushalt und der Ausgaberahmen der Landesbetriebe erreichen insgesamt einen Betrag von rd. 11,1 Mrd. EUR.

Haushaltsjahr	NHPE 2010	HPE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Personalausgaben in Mio. EUR	11.026,43	11.141,54	11.378,72	11.612,92	11.822,30
davon:					
Personalausgaben, HGr. 4	9.548,02	9.606,02	9.804,95	10.013,91	10.214,92
Personalausgaben Landesbetriebe	1.478,41	1.535,52	1.573,77	1.599,01	1.607,39
Beschäftigungsvolumen	131.332,16	130.681,97	130.459,38	130.308,50	130.111,15
Stellen ^{1) 2)}	128.727	128.422	128.417	128.168	127.898

1) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen (die Veranschlagung von Tarifstellen ist mit dem HP 2008 entfallen).

2) Die kw-Vermerke aufgrund der Stelleneinsparungen (ZV II) sind zum Teil noch im Stellenbestand enthalten. Das Beschäftigungsvolumen ist bereits um die sich aus der sog. Fünftelung ergebenden Werte reduziert.

Eine Aufgliederung über Personalausgaben, Beschäftigungsvolumen und Stellen nach Einzelplänen ergibt sich aus der Tabelle 12 - im Teil III im Anhang.

Umsetzung der im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung zu erzielenden Stelleneinsparungen

Nachdem bereits in der Mipla 2009 - 2013 festgestellt werden konnte, dass die Zielvereinbarungen zum Stellenabbau (ZV I) aus dem Jahre 1999 sowohl hinsichtlich des Abbaus der Stellen und Stellenäquivalente als auch hinsichtlich der daraus resultierenden dauerhaften monetären Haushaltsentlastung als vollzogen gelten kann, ist dies nunmehr weitestgehend auch für die 2003 beschlossenen Zielvorgaben zum Stellenabbau (ZV II) festzustellen.

Aus der ZV II sind noch restliche 19 mit einem persönlichen kw-Vermerk versehene Stellen und Stellenäquivalente samt zugehörigem Beschäftigungsvolumen und Budget bzw. Personalausgaben zu ggb. Zeit in Abgang zu stellen. Daneben sind noch 93 Stellen und Stellenäquivalente abzubauen, für die aber das zugehörige Beschäftigungsvolumen und Budget bzw. die Personalausgaben bereits im Rahmen der sog. Fünftelungsregelung abgezogen worden sind.

Am 01./02.08.2010 hat die Landesregierung die Fortsetzung der Verwaltungsmodernisierung in einer Phase 3 (VM 3) und daraus resultierend eine neue Zielvorgabe zum weiteren Stellenabbau (ZV III) in einer Größenordnung von 1.900 Stellen und Stellenäquivalenten mit einem monetären Gegenwert von 80,7 Mio. Euro für den Zeitraum von 2011 bis 2015 beschlossen. Davon werden im Haushaltsplanentwurf 2011 bereits rd. 400 Stellen und Stellenäquivalente mit einem monetären Gegenwert von 18,9 Mio. Euro in Abgang gestellt.

6.2 Sachausgaben

Für die Sachausgaben ergibt sich folgendes Bild:

	NHPE 2010	HPE 2011	Planung		
			2012	2013	2014
in Mio. EUR	1.422	1.342	1.347	1.355	1.343
Veränderung in %	-0,2 (Soll/Ist)	-5,6	0,3	0,6	-0,9

2009 wurden für Zuschüsse zur Unterstützung von Schülerinnen und Schülern in besonderen Notlagen rd. 50 Mio. EUR mehr gegenüber dem Sollansatz der Folgejahre verbucht, denen Einnahmen in gleicher Höhe gegenüberstehen. Ohne diese „Mehrausgaben“ in 2009 würden die Sachausgaben in den anderen Bereichen von 2009 zu 2010 um rd. 3,5 % steigen, insbesondere bei der Kommunikationstechnik, der Kampfmittelbeseitigung, der Seuchenbekämpfung, den SPNV-Betriebsleistungen und dem Straßenbau.

Der Rückgang der Aufwendungen für die Unterhaltung von Hochbauten und Landesstraßen, die Seuchenbekämpfung und SPNV-Betriebsleistungen bewirken die negative Veränderungsrate von 2010 zu 2011. In 2013 sind letztmalig rd. 13 Mio. EUR für die aus der Auftragsverwaltung erwachsenen Ingenieursleistungen für den beschleunigten Autobahneubau (insbesondere Anbindung des JadeWeser-Ports) veranschlagt.

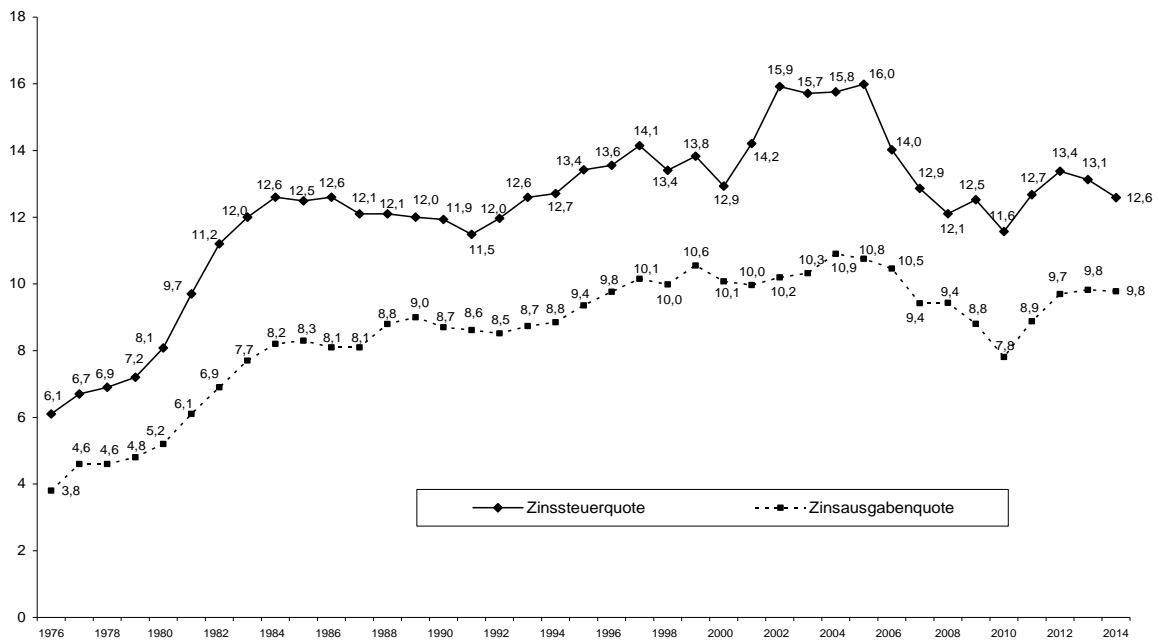
6.3 Zinsausgaben

Die Ansätze für Zinsausgaben konnten gegenüber der vorherigen Planung aufgrund der Seitwärtsentwicklung des historisch niedrigen Zinsniveaus deutlich gesenkt werden.

Die Entwicklung der Zinsausgaben (Obergruppen 56 und 57) im aktuellen Planungszeitraum stellt sich wie folgt dar:

	NHPE 2010	HPE 2011	Planung		
			2012	2013	2014
in Mio. EUR	1.923	2.177	2.425	2.489	2.483
Veränderung in %	-11,4 (Soll/Ist)	13,2	11,4	2,6	-0,3

Die Zins-Steuer- und Zins-Ausgabenquote zeigen folgende Entwicklung:



6.4 Übertragungsausgaben

Bei den Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse (HGr. 6) ergibt sich folgendes Bild:

	NHPE	HPE	Planung		
	2010	2011	2012	2013	2014
in Mio. EUR	9.546	9.865	10.263	10.530	10.685
Veränderung in %	-2,4 (Soll/Ist)	3,3	4,0	2,6	1,5

Die Schwankungen bei den Übertragungsausgaben beruhen zum großen Teil auf den Ausgaben für den kommunalen Finanzausgleich (s. auch Punkt 6.5); ohne diese Ausgaben betragen die Veränderungsraten 5,3 / 1,0 / 3,6 / 2,0 und 0,6 %.

Die Ausgaben für Sozialhilfe wachsen kontinuierlich vom Istergebnis 2009 bis zum Jahr 2014 um rd. 360 Mio. EUR an. Auch die Zuweisungen im Bereich der Kindertagesstätten und für den Hochschulpakt 2020 steigen im gesamten Betrachtungszeitraum jeweils um insgesamt rd. 100 Mio. EUR von 2010 bis 2014. Von 2011 nach 2012 ist außerdem ein starker Anstieg der Ausgaben für Ausbildungsförderung für Studierende (BAföG) zu verzeichnen.

6.5 Zahlungen an den kommunalen Bereich

6.5.1 Zuweisungen innerhalb des Steuerverbundes

Die Zuweisungen an die Gemeinden innerhalb des Steuerverbundes betragen einschließlich der Finanzausgleichsumlage:

	NHPE	HPE	Planung		
	2010	2011	2012	2013	2014
in Mio. EUR	2.510 ^{*)}	2.760	2.904	3.025	3.138
Veränderungsraten in v. H.	(Soll/Ist) -18,9	10,0	5,2	4,2	3,7

*) Dieser Betrag enthält die veranschlagte Steuerverbundabrechnung des Vorjahres in Höhe von -205,5 Mio. EUR; ohne die Steuerverbundabrechnung ergibt sich eine Veränderungsrate von -12,3 %.

Mit dem Absinken der Zuweisungen aus dem KFA um 18,9 % für das Jahr 2010 - als Folge des Einnahmeeinbruchs 2009 - ist die in der vorhergehenden Mittelfristigen Planung prognostizierte systembedingte Entwicklung eingetreten.

Mit der Mai-Steuerschätzung 2010 wurden die Einnahmeerwartungen für das Land zwar gegenüber den bisherigen Erwartungen nochmals reduziert, was sich wiederum systembedingt mit einem Jahr Verzögerung auf den kommunalen Finanzausgleich auswirkt. Bezogen auf den niedrigen Wert des Jahres 2010 liegt die Steigerungsrate für das Jahr 2011 jedoch mit 10 % immer noch überdurchschnittlich hoch. In den Zuweisungen an die Gemeinden ab 2011 sind auch Mehreinnahmen von 33 Mio. EUR aus der von der Landesregierung beschlossenen Anhebung des Grunderwerbsteuersatzes von 3,5 auf 4,5 % enthalten.

Für die Planungsjahre ist dann mit üblichen Steigerungsraten zu rechnen.

Das hohe Zuweisungsniveau der Jahre 2007 und 2008 von rd. 3 Mrd. EUR kann – parallel zur Entwicklung der Steuereinnahmen - aber erst im Jahre 2013 wieder erreicht werden.

6.5.2 Zahlungen außerhalb des Steuerverbundes

Außerhalb des Steuerverbundes fließen folgende Zahlungen an den kommunalen Bereich:

	NHPE	HPE	Planung		
	2010	2011	2012	2013	2014
in Mio. EUR	3.851	3.558	3.686	3.790	3.787
Veränderungsraten in v. H.	(Soll/Ist) 11,5	-6,7	3,6	2,8	0,1

Die Soll/Ist-Abweichung von mehr als 11 % zwischen dem Ansatz für das Haushaltsjahr 2010 und dem Ist des Jahres 2009 hat verschiedene Ursachen. Einen erheblichen Anteil an der Differenz nehmen beispielsweise die im Einzelplan 13 veranschlagten Mittel des zeitlich befristeten Konjunkturpaketes II ein.

Weitere Differenzen ergeben sich dadurch, dass aufgrund von durchschnittlichen Bedarfsberechnungen veranschlagte Ausgabeansätze teilweise zeitverzögert abgerufen werden (z.B. Krankenhausfinanzierung).

Die große Differenz von fast -7 % zwischen den Ansätzen für 2011 und 2010 hat dann folgerichtig wiederum zu einem großen Teil ihre Ursache in der zeitlichen Befristung des Konjunkturpaketes II, weil hierfür im Jahr 2011 keine Mittel mehr veranschlagt sind.

Für die Planungsjahre erreichen die Steigerungsraten wieder eine übliche Größenordnung.

6.5.3 Zahlungen an den kommunalen Bereich insgesamt

	NHPE	HPE	Planung		
	2010	2011	2012	2013	2014
in Mio. EUR	6.361	6.318	6.590	6.815	6.925
Veränderungsraten in v. H.	(Soll/Ist) -2,9	-0,1	4,3	3,4	1,6
<u>Nachrichtlich:</u> Zuwachsraten der bereinigten Ausgaben des Landeshaushalts in v. H.	-0,04	-0,5	2,1	1,3	0,2

Die Begründungen für die Entwicklung der Steigerungsraten sind den Tzn. 6.5.1 und 6.5.2 zu entnehmen.

6.6 Investitionsausgaben insgesamt

Die Investitionsausgaben des Landes (Hauptgruppen 7 und 8) zeigen folgende Entwicklung:

	NHPE	HPE	Planung		
	2010	2011	2012	2013	2014
in Mio. EUR	2.267	1.618	1.511	1.454	1.391
Anteil an den jeweiligen bereinigten Gesamtausgaben in % (Investitionsquote)	9,2	6,6	6,0	5,7	5,5

Die Schwerpunkte der Investitionen liegen in folgenden Bereichen:

in Mio. EUR	NHPE	HPE	Planung		
	2010	2011	2012	2013	2014
Brandschutz	26	26	26	26	26
Landespolizei	44	68	51	41	41
Städtebau und Wohnungswesen	74	74	75	76	70
Sonstige soziale Leistungen, insb. NPflegeG	38	34	35	36	37
Gesundheit, insb. Krankenhausbau	239	204	194	216	226
Investitionsprogramm des Bundes „Kinderbetreuungsfinanzierung“	36	35	35	34	0
Hochschulbau (Epl. 06)	159	150	159	148	160
Hochschulen (ohne Hochschulbau)	38	53	46	43	41
Gewerbliche Wirtschaft	270	246	230	205	163
Verkehr (Öffentlicher Nahverkehr und nichtbundeseigene Eisenbahnen)	123	185	187	196	199
Straßenbau	157	141	144	143	139
Häfen-Schifffahrt	117	53	35	20	23
Tiefwasserhafen	73	29	2	0	0
Konjunkturpaket II	491	0	0	0	0
Entwicklung des ländlichen Raumes	75	58	61	60	60
Wasserwirtschaft einschl. Hochwasserschutz	80	83	82	79	77
Landeseigener Hochbau	104	68	41	32	32

Die Ausgaben für Investitionen im Rahmen des Konjunkturpaketes II bewirken im Jahr 2010 eine hohe Investitionsquote; ohne diese Beträge würde die Investitionsquote rd. 7 % betragen. Die Investitionsausgaben sind insgesamt leicht rückläufig. Die Ausgaben für den „Tiefwasserhafen“ gehen von 73 Mio. EUR in 2010 auf 2 Mio. EUR im Jahr 2012 zurück. Die Investitionszuschüsse zur Weiterentwicklung und Substanzerhaltung der landeseigenen Häfen erreichen 2010 mit 117 Mio. EUR den Höchststand und gehen bis 2014 um 94 Mio. EUR zurück. Weiterhin mindert das in 2013 auslaufende Investitionsprogramm des Bundes „Kinderbetreuungsfinanzierung“ die Investitionsquote im Jahr 2014.

6.7 Gemeinschaftsaufgaben (GA)

Für die Gemeinschaftsaufgaben (GA) „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, „Agrarstruktur und Küstenschutz“ sowie „Aus- und Neubau von Hochschulen“ sind folgende Beträge angesetzt:

	NHPE	HPE	Planung		
	2010	2011	2012	2013	2014
in Mio. EUR	405	388	389	358	370

Eine Unterteilung in die einzelnen Aufgabenbereiche ist der Tabelle 5.2 im Teil III zu entnehmen.

6.8 Globale Minderausgaben

in Mio. EUR	NHPE	HPE	Planung		
	2010	2011	2012	2013	2014
Insgesamt *)	221	247	483	651	735
<u>davon:</u>					
Allgemeine globale Minderausgaben (1% des Ausgabevolumens)	133	153	250	250	250
- ressortspezifisch zugeordnet -	88	93			
Globale Minderausgabe – Zuschussmoratorium			190	310	380
Globale Minderausgabe – Erwirtschaftung der Einsparauflage			32	84	97
Weitere globale Minderausgaben	0	1	12	6	9

*) Abweichungen durch Runden der Zahlen.

Teil II

Mittelfristige Aufgabenplanung

1. Finanzpolitische Rahmenbedingungen der Aufgabenplanung

Die Aufgabenplanung steht neben den weiterhin spürbaren Folgen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise mit seinen drastischen Einbrüchen auf der Einnahmeseite bereits im Zeichen der grundgesetzlich verankerten Schuldenbremse. Nach der Phase aktiver Konjunkturpolitik in 2009 und 2010 mit zwei Konjunkturprogrammen und diversen Steuererleichterungen werden auf Jahre vermehrt Konsolidierungsanstrengungen erforderlich sein.

Die Landesregierung plant die Nettoneuverschuldung mittelfristig in 350 Mio. EUR-Schritten zu reduzieren. Für 2011 bedeutet dies eine Neuverschuldung von 1,950 Mrd. EUR. Die darüber hinaus bestehenden Handlungsbedarfe für die Jahre 2012 bis 2014 sind mit rd. 640 / 490 / 350 Mio. EUR weiterhin erheblich und bieten wenig Raum für neue ausgabeintensive Aufgaben.

Die Landesregierung hat im Bereich der Aufgabenplanung daher klare Prioritäten gesetzt. Forciert durch die Schuldenbremse wird dabei noch mehr als in den vergangenen Jahren die zentrale Gestaltungsaufgabe für den Planungszeitraum sein, eine weitere Optimierung des Mitteleinsatzes zu erreichen, um neben der mit Blick auf kommende Generationen wieder angestrebten schrittweisen Rückführung der Neuverschuldung ab dem Jahr 2011 noch Aufgabenschwerpunkte verwirklichen und Investitionen in die Zukunft des Landes ermöglichen zu können. Insbesondere durch eine Optimierung der Landesverwaltung in Form einer Fortführung der bereits in den letzten Jahren erfolgreich praktizierten Verwaltungsmodernisierung sollen dabei weitere Beiträge zur Haushaltskonsolidierung erzielt werden.

Die unter programmatischen Gesichtspunkten wesentlichen Schwerpunkte werden im Folgenden erläutert. Die mittelfristigen Entwicklungen der vom Land in den unterschiedlichen Aufgabenfeldern wahrgenommenen Aufgaben können den sich daran anschließenden tabellarischen Übersichten entnommen werden.

2. Verwaltungsmodernisierung

Im Anschluss an die beiden vorausgegangenen Einsparrunden mit Zielvereinbarungen und –vorgaben (ZV I und ZV II) zum Stellenabbau setzt die Landesregierung mit der dritten Stufe der Verwaltungsmodernisierung (VM 3) ihren Kurs einer kontinuierlichen Haushaltskonsolidierung im Personalbereich konsequent fort. In den Jahren 2011 bis 2015 werden in der Landesverwaltung weitere 1.900 Stellen bzw. Stellenäquivalente abgebaut. Durch diese ZV III wird der Personalhaushalt des Landes in der Endstufe um mehr als 80 Mio. EUR jährlich entlastet.

Mit Blick auf die Auswirkungen des demografischen Wandels wird die Verwaltungsmodernisierung zur Daueraufgabe. In den kommenden Jahren wird es verstärkt darauf ankommen, die Landesverwaltung auf den permanenten Wandel einzustellen und auf die Herausforderungen einer schrumpfenden und im Schnitt immer älter werdenden Bevölkerung vorzubereiten. Dieser Prozess hat nicht nur Einfluss auf die Nachwuchsrekrutierung für den Landesdienst, sondern schlägt auch auf die Aufbauorganisation der Landesverwaltung unmittelbar durch.

Schon heute spüren die Schulen den deutlichen Rückgang der Zahl an Kindern und Jugendlichen. Unmittelbar vom demografischen Wandel betroffen ist aber bereits auch die Vermessungs- und Katasterverwaltung. Nur noch wenige Kommunen in Niedersachsen weisen neue Baugebiete aus. Insgesamt wird die Zahl der nachfragerrelevanten Altersgruppe für den Bau von Eigenheimen in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren um rund ein Drittel zurückgehen. Mit der Bildung eines Landesamtes für Geoinformation, Liegenschaften und

Landentwicklung (GLL) hat die Landesregierung reagiert und bereits jetzt eine langfristig tragfähige Struktur für eine auch aus Gründen des technischen Fortschritts kontinuierlich schrumpfende Fachverwaltung geschaffen.

Um einer zahlenmäßig kleiner werdenden Zahl von Kunden in Niedersachsen auch mittel- und langfristig ein möglichst flächendeckendes Netz von Dienstleistungen der Landesverwaltung anbieten zu können, wird es notwendig sein, neue Angebotsformen zu entwickeln. In Frage kommen dafür – so weit sie sich als wirtschaftlich und finanzierbar erweisen - Anwendungen im Rahmen des eGovernment, aber auch Servicezentren, die ressortübergreifend ortsnahe notwendige Angebote vorhalten. Mehr denn je wird es künftig darauf ankommen, die Zusammenarbeit der Ministerien und ihrer nachgeordneten Behörden projektbezogen zu organisieren und dabei Strukturen einer atmenden Verwaltung zu etablieren.

Ein wichtiges Feld zur politischen Gestaltung des demografischen Wandels sind die durch den „Zukunftsvertrag“ gewährten Anreize zu Veränderungen auf Gemeinde- und Kreisebene. Mit ihrem Angebot, fusionswillige Kommunen, die durch einen Zusammenschluss zu dauerhaft wirtschaftlicheren Strukturen kommen, bis zu 75 Prozent der Finanzierungslasten ihrer Liquiditätskredite abzunehmen, hat die Landesregierung ein ebenso neues wie Erfolg versprechendes Instrument entwickelt.

Moderatoren und Antreiber dieser Entwicklung sowie jeglicher Form interkommunaler Zusammenarbeit sollen zukünftig mehr denn je die Regierungsvertretungen in Oldenburg, Braunschweig und Lüneburg sein. Mit dem Neuzuschnitt und der Beschränkung ihres Portfolios auf raum- und demografiebedeutsame Aufgaben bei gleichzeitiger Verlagerung der meisten hoheitlichen Tätigkeiten, verfügen die Regierungsvertretungen über einen geeigneten Instrumentenkoffer, den demografischen Wandel an der Schnittstelle von Landes- und Kommunalverwaltung zu gestalten.

3. Schule, Bildung und Kultur

3.1 Schul- und Bildungspolitik verlässlich und zukunftstauglich gestalten

Niedersachsen wird seine Bildungsausgaben weiter auf hohem Niveau halten, um damit die Zukunftschancen der nachwachsenden Generationen zu gewährleisten. Die Stärkung der frühkindlichen Bildung und die Stärkung des allgemein bildenden und berufsbildenden Schulwesens sind ein besonderes Anliegen des Landes.

Im Bereich der **frühkindlichen Bildung** und der Tagespflege finanziert Niedersachsen insbesondere das beitragsfreie Kindergartenjahr vor der Einschulung und unterstützt die Kooperation von Schule und Kindergarten.

Für das beitragsfreie Kindergartenjahr vor der Einschulung stehen jährlich 99 Mio. EUR zur Verfügung. Das Ziel, auch das erste und zweite Kindergartenjahr beitragsfrei zu stellen, bleibt grundsätzlich bestehen. Allerdings müssen hierzu zunächst die Auswirkungen der Finanzkrise überwunden sein und die Spielräume für dauerhafte und solide Finanzen zurück gewonnen werden.

Für die Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen für Kinder mit Defiziten in der deutschen Sprache ab dem 3. Lebensjahr (vorrangig Kinder mit Migrationshintergrund) stehen jedes Jahr 6 Mio. EUR zur Verfügung. Die flächendeckende, schulgesetzlich verankerte Sprachförderung im letzten Jahr vor der Einschulung für alle Kinder mit Defiziten wird durch Lehrkräfte durchgeführt. Hierfür werden jährlich ca. 10.000 Lehrerstunden eingesetzt (ca. 15 Mio. EUR).

Niedersachsen setzt die Ergebnisse des Krippengipfels aus 2007 von Bund, Ländern und Kommunen weiter um. Bis 2013 soll in Niedersachsen ein Betreuungsangebot für 35 % der unter Dreijährigen in Kindertagesstätten und in der Kindertagespflege geschaffen werden. Dafür müssen bis 2013 insgesamt rd. 62.000 Plätze zur Verfügung stehen, d.h. es mussten und müssen von 2008 bis 2013 ca. 45.000 neue Plätze, davon ca. 29 000 in Kindertagesstätten und ca. 16.000 Betreuungsplätze in der Kindertagespflege, geschaffen werden. Seit Beginn des Ausbauprogramms 2008 hat das Land bereits fast 12.000 neue Krippenplätze und rund 1.500 Plätze in der Kindertagespflege für unter Dreijährige bewilligt.

Insgesamt fallen von 2008 bis 2013 für Land, Kommunen und Bund Investitions- und Betriebskosten von ca. 1,3 Mrd. EUR an. Auf Investitionen entfallen hiervon 238 Mio. EUR, auf Betriebskosten 1.054 Mio. EUR. Das Land beteiligt sich hieran mit erheblichen eigenen Mitteln.

Für Krippenplätze betragen die Gesamtkosten (ohne Elternanteil) bis 2013 rd. 935 Mio. EUR. Davon trägt das Land rd. 340 Mio. EUR (36 %). Die Kommunen beteiligen sich mit rd. 323 Mio. EUR (34 %). Zum Kindergartenjahr 2010/2011 wird die erhöhte Betriebskostenförderung des Landes auf 43% statt der ansonsten vorgegebenen 20 % steigen.

Für Investitionen in neue Betreuungsplätze und Betriebskosten im Bereich der Kindertagespflege gilt Entsprechendes, die Gesamtaufwendungen bis 2013 sind auf ca. 370 Mio. EUR kalkuliert.

Schwerpunkt ist hier die Betriebskostenförderung, für die von 2009 bis 2013 insgesamt rd. 120 Mio. EUR Landesmittel vorgesehen sind. Zukünftig soll die Beteiligung des Landes an den Betriebskosten der Tagespflege im Rahmen des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder in Niedersachsen mit geregelt werden.

Ab 2014 wird das Land für die Betriebskosten für die Kindertagespflege und die Krippen einen jährlichen Betrag von 136 Mio. EUR im Jahr aufzuwenden haben.

Der Bund unterstützt den Ausbau der Kinderbetreuung in Niedersachsen bis 2013 mit einer Investitions- und Betriebskostenförderung in Höhe von 388 Mio. EUR. Ab 2014 beteiligt er sich jährlich mit einem Betrag in Höhe von 73 Mio. EUR an den Betriebskosten.

Inklusive der Finanzhilfen für die Träger von Tageseinrichtungen für Kinder einschließlich der Bundesmittel, die zum Ausbau des Betreuungsangebots für unter Dreijährige zur Verfügung gestellt werden, betragen die Ausgaben im Aufgabenfeld 07.1 (Maßnahmenbündel 0100 - Förderung von Tageseinrichtungen für Kinder) im Mipla-Zeitraum 365,8 / 432,9 / 463,7 / 501,1 / 470,0 Mio. EUR.

Im **allgemein bildenden und berufsbildenden Schulwesen** wird die qualitative Weiterentwicklung der Arbeit und die Förderung der Durchlässigkeit des Schulwesens durch sachgerechte Stundentafeln, insbesondere in den Kernfächern, durch Leistungstests und verbindliche Abschlussprüfungen, durch das Abitur nach Jahrgang 12 sowie durch Nutzung der Kompetenzen vor Ort unter Ausbau der Eigenverantwortlichkeit der Schulen erreicht. Die Anstrengungen der Schulen werden begleitet von der Arbeit der Schulinspektion und dem Beratungs- und Unterstützungssystem der Schulverwaltung, die den veränderten Anforderungen entsprechend neugestaltet vorgehalten wird.

Unter Berücksichtigung des demografischen Wandels wird das Land weiterhin wohnortnahe, vielfältig gegliederte schulische Angebote vorhalten, um die Potenziale jeder einzelnen Schülerin und jedes einzelnen Schülers optimal zu fördern. Die vorhandenen Ganztagsangebote an über 1100 und damit mehr als ein Drittel der öffentlich allgemein bildenden Schulen werden vom Land auch in den nächsten Jahren weiter gefördert. Das Land investiert 2011 in die Ganztagschulen 85 Mio. EUR.

Im berufsbildenden Bereich sollen die guten Erfahrungen aus dem Modellprojekt ProReKo auf alle berufsbildenden Schulen übertragen werden.

Mit der Option zur Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen für angehende Lehrkräfte sorgt das Land vor, um die aufgrund der Pensionierungen in den nächsten Jahren notwendig werdenden Neubesetzungen von Stellen in den niedersächsischen Schulen durchführen zu können.

Trotz zurückgehender Schülerzahlen hat das Land 86.000 Lehrerinnen und Lehrer an seinen Schulen und damit mehr als jemals zuvor seit Bestehen des Landes Niedersachsen. Die aufgrund sinkender Schülerzahlen frei werdenden Ressourcen sollen helfen, die Unterrichtsversorgung auf dem bisherigen hohen Niveau sicherstellen zu können und die Qualität von schulischer Bildung weiter zu verbessern.

Die für den Schulbereich erforderlichen Personalausgaben sind im Aufgabenfeld 07.2 (Maßnahmenbündel 0100) berücksichtigt und betragen im Mipla-Zeitraum 3.962,5 / 3.888,8 / 3.916,1 / 3.932,8 / 3.927,7 Mio. EUR.

Die Gesamtausgaben im Aufgabenbereich 07 betragen im Mipla-Zeitraum 4.736,1 / 4.735,3 / 4.782,2 / 4.814,1 / 4.778,3 Mio. EUR.

3.2 Wettbewerbsfähigkeit von Hochschulen und Forschung sichern

Niedersachsen setzt trotz wirtschaftlich schwieriger Rahmenbedingungen ein klares Zeichen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit seiner Hochschulen: Der am 22.06.2010 unterzeichnete Zukunftsvertrag II gibt den Hochschulen bis 2015 für weitere fünf Jahre Planungssicherheit auf dem Niveau von 2010. Zusätzlich übernimmt das Land die aus Besoldungs- und Tarifsteigerungen resultierenden höheren Personalkosten der Hochschulen. Die Einnahmen aus Studienbeiträgen stehen den Hochschulen auch künftig in vollem Umfang zusätzlich zu der Finanzierung des Landes für die Verbesserung der Lehre und der Studienbedingungen zur Verfügung.

Die Universitäten verpflichten sich im Gegenzug zu einer Erhöhung der Lehrverpflichtung von Professorinnen und Professoren um insgesamt durchschnittlich eine Semesterwochenstunde. Mit diesem Beitrag der Hochschulen werden während der Vertragslaufzeit rechnerisch insgesamt etwa 5.000 zusätzliche Studienanfängerplätze geschaffen, die der Lehrkapazität von rund 200 Universitätsprofessoren mit der derzeitigen Lehrverpflichtung entsprechen.

Zudem verfolgen die Hochschulen weiterhin folgende Ziele: Profilierung ihrer Schwerpunkte, Weiterentwicklung des Studienangebotes, verbesserte landesweite Vernetzung, Stärkung der Lehrerbildung, gezielte Qualitätsentwicklung sowie Öffnung für neue Zielgruppen. Verwaltungsprozesse an den niedersächsischen Hochschulen werden weiter verschlankt und interne Abläufe entbürokratisiert. Die hierdurch erzielten Einsparungen verbleiben unmittelbar bei den Hochschulen und dienen dem Ausgleich von Sachkostensteigerungen und zur Finanzierung profildbildender Vorhaben.

Der Zukunftsvertrag II sichert Leistungsfähigkeit und Attraktivität der niedersächsischen Hochschulen sowie die Zukunftschancen der jungen Generation. Vorrangiges Ziel ist es, der wachsenden Zahl von Studienberechtigten die Aufnahme eines Studiums an einer international wettbewerbsfähigen niedersächsischen Hochschule zu ermöglichen und damit das Potenzial der jungen Generation in Niedersachsen umfassend zu fördern und zu nutzen.

Zentrale Herausforderung im Hochschulbereich bleibt weiterhin die Umsetzung des zwischen Ländern und Bund vereinbarten Hochschulpakts 2020. Er dient dazu, dem durch die

doppelten Abiturjahrgänge und demografisch bedingten starken Anstieg der Studienberechtigtenzahlen mit einem entsprechenden Ausbau des Lehrangebotes zu begegnen. Die niedersächsischen Hochschulen haben sich verpflichtet, in der ersten Phase des Hochschulpakts bis 2010 insgesamt 11.210 zusätzliche Studienanfänger im 1. Hochschulsemester aufzunehmen. Dafür standen für die Jahre 2007 bis einschließlich 2010 Landesmittel in Höhe von 54,1 Mio. EUR bereit; der Bund stellt eine entsprechende Summe in gleicher Höhe zur Verfügung.

Für den Zeitraum 2011 bis 2015 steht die zweite Phase des Hochschulpakts 2020 an. Diese ist insbesondere vor dem Hintergrund des doppelten Abiturjahrganges 2011 dringend erforderlich. Deshalb hat das Land Niedersachsen bereits 2008 ein Zeichen gesetzt, indem es durch die Einplanung entsprechender zusätzlicher Mittel für die zweite Phase des Hochschulpakts in der Mipla Vorsorge getroffen hat.

Die Vereinbarung zum Hochschulpakt 2020 basiert auf der Prognose der Kultusministerkonferenz (KMK) über die Entwicklung der künftigen Studienanfängerzahlen. In der zweiten Programmphase des Hochschulpakts mit der Laufzeit von 2011 bis 2015 sollen bundesweit ca. 275.000 zusätzliche Studienanfängerinnen und Studienanfänger aufgenommen werden. Entsprechend den zwischen Bund und Ländern im Zusammenhang mit der Fortschreibung des Hochschulpakts konsentierten Modellrechnungen ist davon auszugehen, dass allein in Niedersachsen in diesem Zeitraum 35.550 zusätzliche Studierende ihr Studium aufnehmen werden. Grundlage hierfür ist die Vorausberechnung der KMK vom 18.09.2008. Maßgeblich für die Berechnung des Bundesbudgets und der Ansprüche der Länder gegen den Bund sind die gegenüber der Studienanfängerzahl 2005 nach Hochschulstatistik nachgewiesenen zusätzlichen Studienanfänger.

Entsprechend den Verhandlungsergebnissen zur Fortführung des Hochschulpakts gestaltet sich der Aufwuchs in Niedersachsen gegenüber dem Basisjahr 2005 wie folgt:

Jahr	2011	2012	2013	2014	2015	gesamt
zusätzl. StudAnf. 1. HS (Plan)	9.270	8.570	6.170	5.870	5.670	35.550

Für den Hochschulpakt 2020 (Phase I und deren Ausfinanzierung nach 2010 sowie Phase II) sind in den Jahren 2010 bis 2014 folgende Beträge eingeplant: 47,7 / 88,6 / 118,7 / 135,6 / 149,1 Mio. EUR.

Mit der Differenzierung der Förderbeträge je zusätzlichem Studienanfänger nach mit den Hochschulen einvernehmlich definierten Clusterpreisen setzt Niedersachsen bewusst den Anreiz, auch in teureren Studiengängen der Ingenieur- und Naturwissenschaften zusätzliche Studienmöglichkeiten zu schaffen. Für Vereinbarungen, die sich auf Studienanfänger der Jahre 2011 ff. beziehen, kommen neue Clusterpreise zur Anwendung. Diese tragen der Erhöhung des in der Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern pro zusätzlichem Studienanfänger für erforderlich gehaltenen Betrags um 18 % Rechnung. Die derzeit gültigen Finanzierungsmodalitäten und (alten) Clusterpreise bleiben im Grundsatz gültig für die Vereinbarungen der zusätzlichen Studienanfänger in den Jahren 2009 und 2010 sowie deren Ausfinanzierung.

Bei den in der zweiten Phase des Hochschulpakts zu vereinbarenden Studienanfängerzahlen handelt es sich um einen rein temporären Aufwuchs: Deshalb soll vor allem das Instrument der vorgezogenen Berufung auf Professuren genutzt werden.

Um das Interesse von Schülerinnen und Schülern an Natur- und Ingenieurwissenschaften weiterhin zu stärken, stellt das Land Niedersachsen auch für die in den Jahren 2011 und 2013 geplante Ideen-Expo jeweils 2,5 Mio. EUR Landesmittel zur Verfügung.

Für den Hochschulbereich sind in der Mipla 2010 - 2014 im Aufgabenfeld 06.1 insgesamt folgende Beträge aufgenommen: 1.864,7 / 1.881,1 / 1.912,6 / 1.915,6 / 1.930,8 Mio. EUR.

Für die Forschungseinrichtungen in Niedersachsen und die überregionale Forschungsförderung stehen im Aufgabenfeld 06.2 (Maßnahmenbündel 0100 und 0200 sowie 0450) von 2010 - 2014 insgesamt 219,2 / 249,3 / 248,1 / 255,1 / 256,0 Mio. EUR zur Verfügung.

3.3 Kulturförderung

Kunst und Kultur sind wichtig für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung unseres Landes. Auch der „freien“ Kulturszene garantiert das Land Niedersachsen weiterhin Planungssicherheit im Rahmen der gebildeten vier Säulen der Kulturförderung. So sind die Zielvereinbarungen mit den in den Säulen Kultur und Bildung, Kulturelles Erbe, Musikland Niedersachsen sowie Literatur organisierten Kulturfachverbänden neu gefasst und bis Ende 2013 verlängert worden. Zudem wird die Regionalisierung der Kulturförderung durch die Landschaften, Landschaftsverbände, die Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz und die Region Hannover mit Zielvereinbarungen bis Ende 2013 fortgeführt. Diese Zielvereinbarungen sind mit Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von zusammen fast 15 Mio. EUR abgesichert.

Niedersachsen versteht sich insbesondere als Musikland. Unter dem Begriff „Musikland Niedersachsen“ bündelt das Land alle musikalischen Aktivitäten und fördert sie in ihrer Vielfalt. Musikland Niedersachsen steht für den Wert und die Bedeutung, die Musik und musikalisches Leben für die Menschen in Niedersachsen haben. Die zukunftsorientierte und nachhaltige Musikförderung des Landes berücksichtigt daher ebenso regionale wie historisch gewachsene Schwerpunkte künstlerischen Schaffens wie auch Herausforderungen des demografischen Wandels, der Globalisierung sowie der Vermittlung von Musik. Um insbesondere mehr Kindern und Jugendlichen den Zugang zu musikalischer Bildung zu eröffnen, läuft seit 2009 das Niedersächsische Musikalisierungsprogramm "Wir machen die Musik". Für die Fortführung des bis 2016 angelegten Musikalisierungsprogramms sind im Jahr 2010 und 2011 jeweils 1,15 Mio. EUR eingeplant, anwachsend im Jahr 2012 auf 1,35 Mio. EUR und im Jahr 2013 auf 1,55 Mio. EUR.

Insgesamt sind für das Aufgabenfeld 06.3 (Kunst und Kultur) in der Mipla 2010 - 2014 folgende Beträge vorgesehen: 188,1 / 187,0 / 188,8 / 190,0 / 190,5 Mio. EUR.

4. Förderung familienfreundlicher Infrastrukturen

Die Landesregierung baut ihr familienpolitisches Engagement mit der Förderung familienfreundlicher Infrastrukturen weiter aus. Dabei sollen die veränderten familiären Bedürfnisse Berücksichtigung finden, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert und die kindliche Entwicklung gefördert werden. Das Programm „Familien mit Zukunft“ trägt damit auch den Betreuungserfordernissen nach Einführung des Elterngeldes ab 01.01.2007 Rechnung. Ein wichtiger Baustein neben der Kindertagespflege selbst ist dabei die Stärkung der Infrastrukturen vor Ort mit einer familiennahen Beratung aus einer Hand und der Unterstützung von Maßnahmen für besondere Zielgruppen. Mit der Einrichtung und dem Betrieb von mittlerweile rund 280 Familien- und Kinderservicebüros in Niedersachsen wurde im Rahmen des Landesprogramms „Familien mit Zukunft“ eine Infrastruktur geschaffen, die eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft fördert.

5. Integration von Menschen mit Migrationshintergrund

5.1 Integration als Querschnittsaufgabe

In Niedersachsen leben rd. 1,3 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund. Die Integration von Zugewanderten ist eine politische und gesellschaftliche Aufgabe von herausragender Bedeutung. Mit Beschluss vom 27.04.2010 hat die Landesregierung die ressortübergreifende Koordinierung und Steuerung integrationspolitischer Belange dem Sozialministerium übertragen. Integration als Querschnittsaufgabe erfordert tragfähige Netzwerke und stabile Strukturen. Das Land stärkt vorhandene Netzwerke, entwickelt die niedersächsischen Integrationsstrukturen weiter und baut sie zukunftsorientiert aus.

Zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von Migrantinnen und Migranten leistet das Integrationslotsenprojekt einen wichtigen Beitrag. Zudem setzt das Land mit einem im Bereich der Jugendfeuerwehr angesiedelten Modellprojekt auf die interkulturelle Öffnung eines klassischen Bereichs des freiwilligen Engagements.

Künftig sollen verstärkt Familien befähigt werden, ihre Selbsthilfepotentiale zu nutzen.

Ab 2011 stehen für diese Maßnahmen im Geschäftsbereich des Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration im Aufgabenfeld 05.6 (Maßnahme 0210) 2,6 Mio. EUR p. a. zur Verfügung.

5.2 Förderung der Integration in Bildung, Ausbildung und Arbeit

In den Ballungsräumen stellen in der Gruppe der jüngeren Jahrgänge die Menschen mit Migrationshintergrund bald die Hälfte der Einwohnerschaft. Mehr als jeder fünfte ausländische Jugendliche verlässt die Schule ohne Abschluss. Rd. 40 % der hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund besitzt keine abgeschlossene Berufsausbildung. Sprache und Bildung als Schlüssel für die Erwerbstätigkeit sind daher die Kernelemente niedersächsischer Integrationspolitik.

Der Übergang von der Schule in den Beruf erfordert dabei besondere Aufmerksamkeit. Das Pilotprojekt: „Chancen nutzen – Perspektiven schaffen“ bietet Schülerinnen und Schülern nicht nur eine berufsbezogene Kompetenzfeststellung, sondern auch eine Sprachförderung und vertiefte Berufsorientierung. Sprache und Bildung als Schlüssel für eine Ausbildungs- und Erwerbstätigkeit sind die Kernelemente der niedersächsischen Integrationspolitik.

Für akademisch gebildete Zuwanderinnen und Zuwanderer sind spezielle Angebote zur Nachqualifizierung geschaffen worden. Für Migrantinnen und Migranten, die bereits in ihrem Herkunftsland ein Studium absolviert haben, hat Niedersachsen verschiedene Studiengänge eingerichtet, um auf einem spezifischen Weg einen deutschen Hochschulabschluss zu erwerben.

Zuwanderinnen und Zuwanderer werden in vielen Fällen unterhalb ihrer mitgebrachten Qualifikation beschäftigt. Als eine Ursache dafür wird die Nichtanerkennung dieser Berufsabschlüsse gewertet, weil auch bei der Vermittlung von Arbeitskräften nur anerkannte Abschlüsse berücksichtigt werden können. Die Anerkennung von im Herkunftsland erworbenen Bildungs- und Berufsabschlüssen stellt für Migrantinnen und Migranten nach wie vor eine wesentliche Voraussetzung ihrer beruflichen Integration in Deutschland dar, häufig aber auch die größte Hürde. Die Möglichkeiten zur Verbesserung der Anerkennung von ausländischen Abschlüssen sollen auch mit den Partnern der Qualifizierungsinitiative Niedersachsen abgestimmt werden. Eine interministerielle Arbeitsgruppe wird den Regelungsbedarf beim Bund und im Land feststellen und Vorschläge zum weiteren Vorgehen hinsichtlich eines Verfahrens zur Prüfung und Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungs- und Berufsabschlüssen machen.

6. Sicherheit

6.1 Innere Sicherheit stärken I - Technische Innovation in der Polizei

Im Rahmen des sogenannten 1000er-Programms werden in den Jahren 2009 bis 2011 jeweils weitere 100 Polizeikommissare zusätzlich eingestellt. Die Personalkosten für diese Maßnahmen sind im Aufgabenfeld 03.1 (Maßnahme 0101) berücksichtigt. Die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Zukunft der niedersächsischen Polizei sind damit insbesondere in personeller Hinsicht geschaffen.

Die Qualität der polizeilichen Aufgabenerfüllung hängt daneben aber auch in einem hohen Maße von einer professionellen und modernen technischen Ausstattung ab. Deshalb wird die Landesregierung auch in den nächsten Jahren weiter in die Polizeitechnik investieren, damit die Sicherheitsbehörde erfolgreich den veränderten Aufgaben gegenüber treten kann. Schwerpunkte sind hier u. a. die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Internetkriminalität, insbesondere durch die erhebliche technische Aufrüstung zur Telekommunikationsüberwachung neuer Medien. Daneben werden die zentralen DV-Systeme um NIVADIS weiter ausgebaut, hiermit werden insbesondere bundes- und europaweite Zielsetzungen zur Bekämpfung des Terrorismus und der Schwerestrafkriminalität wirksam unterstützt (z.B. die Integration von Lifescan-Systemen zur automatisierten Erkennungsdienstlichen Behandlung, Modernisierung des Datawarehouses und die Einführung der Elektronischen Kriminalakte sowie ein direkter Anschluss an europaweite Fahndungs- und Auskunftssysteme). Die wirksame Professionalisierung der niedersächsischen Kriminaltechnik wird weiter vorangetrieben. Hierfür wird zielgerichtet in eine moderne Ausstattung des LKA investiert.

Um zukünftig planungssicher die erforderliche und zeitgemäße Ausstattung und Technik bereitstellen zu können, wurde ein strategisches Konzept erstellt, das in einem Stufenplan bis 2015 den Modernisierungsprozess darstellt. Im Rahmen der bestehenden Finanzierungsmöglichkeiten wird dieses Konzept in den nächsten Jahren umgesetzt und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Inneren Sicherheit. Mittel hierfür finden sich im Aufgabenfeld 03.1 (Maßnahme 0204).

6.2 Innere Sicherheit stärken II - Optimierung der zentralen Kriminalitätsbekämpfung

Das derzeit auf acht Liegenschaften innerhalb Hannovers verteilte Landeskriminalamt Niedersachsen soll zukünftig in den Räumen der früheren Bezirksregierung Hannover, dem heutigen Behördenhaus, und einem Neubau für das Kriminaltechnische Institut (KTI) auf dem dortigen Gelände untergebracht werden. Damit werden die Möglichkeiten der dort beschäftigten Spezialisten für Verbrechensbekämpfung im Rahmen der abteilungsübergreifenden Zusammenarbeit, die Reaktionsfähigkeit in polizeilichen Sondereinsatzlagen und das Ressourcenmanagement im Interesse der Inneren Sicherheit weiter deutlich verbessert.

6.3 Einführung eines digitalen Sprech- und Datenfunksystems für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS)

Aufgrund wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Überlegungen sowie internationaler Verpflichtungen aus dem Schengener Übereinkommen wird der bisherige Analogfunk durch ein bundesweit einheitliches Digitalfunknetz ersetzt. Dabei hat sich der Bund verpflichtet, ein funktionsfähiges Kernnetz bereit zu stellen. Die Errichtung und den Betrieb des sogenannten Ausführungsnetzes finanzieren für die Fläche des Landes Niedersachsen der Bund und das Land gemeinsam im Verhältnis 48:52. Dieses gilt für eine Versorgung nach einem bundesweit abgestimmten Mindestversorgungsstandard (Standard GAN). Etwaige

Standarderhöhungen sind vollständig vom Land zu tragen. Die Errichtung des Funknetzes in Niedersachsen hat in 2007 begonnen und wird voraussichtlich in 2013 abgeschlossen sein.

Es ist das erklärte Ziel von Bund und Ländern, dass auch die Kommunen das Netz für ihre BOS nutzen sollen. Der Beitritt der Kommunen in Niedersachsen ist freiwillig. Die Regelungen zum Beitritt der Kommunen wurden in einer Absichtserklärung zwischen dem Innenministerium und den Kommunalen Spitzenverbänden im Mai 2010 vereinbart.

Auf der Grundlage eines koordinierten Einsatzmanagements werden Polizei, Feuerwehr und Rettungs- bzw. Sanitätsdienste künftig anlassbezogen direkt miteinander kommunizieren und so wirkungsvoller aufeinander abgestimmte Maßnahmen veranlassen können.

Im Aufgabenfeld 03.1 (Maßnahmenbündel 0200) sind für diese Maßnahme in den Jahren 2010 bis 2014 insgesamt 12,9 / 36,9 / 22,9 / 13,5 / 13,5 Mio. EUR berücksichtigt.

6.4 Neuordnung der Leitstellenstruktur der niedersächsischen Gefahrenabwehrbehörden

Mit der Einrichtung Kooperativer Regionalleitstellen werden neue Standards für ein professionelleres Einsatzmanagement von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst geschaffen. Die derzeitige Leitstellenstruktur soll sowohl durch Zentralisierung als auch durch die Zusammenlegung in Form Kooperativer Regionalleitstellen den wirtschaftlichen Verfahrensweisen auf der Grundlage der neuen Technologien angepasst werden. In diesen Leitstellen sollen Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst künftig unter Nutzung gemeinsamer Infrastruktur zusammenwirken. Die bisherige Eigenständigkeit in organisatorischer Hinsicht soll dabei gewahrt bleiben.

Für die Errichtung einer Kooperativen Regionalleitstelle in Oldenburg sind insgesamt 11,6 Mio. EUR, für die kooperative Leitstelle in Lüneburg 4,8 Mio. EUR im Aufgabenfeld 29.1 (Maßnahme 0502) als Baukosten veranschlagt. Nach derzeitigem Stand ist die Einrichtung von insgesamt sechs Kooperativen Regionalleitstellen sowie zwei polizeilichen Regionalleitstellen geplant.

7. EU-Förderperiode 2007 - 2013

Die in der EU-Förderperiode 2007 - 2013 zur Verfügung stehenden EU-Strukturfondsmittel können durch entsprechende Prioritätensetzungen im Rahmen der in den Ressorthaushalten bereitstehenden Ansätze gebunden werden, sodass Niedersachsen im Planungszeitraum EU-Fördermittel in folgender Höhe verausgaben kann:

Gesamtsumme 2011 - 2013	2011	2012	2013
1.165 Mio. EUR	388 Mio. EUR	389 Mio. EUR	388 Mio. EUR

hiervon:

- in Mio. EUR -

	2011	2012	2013
EFRE (Europ. Regionalfonds)	173	170	167

ESF (Europ. Sozialfonds)	63	62	61
ELER* (Europ. Landwirtschafts- fonds f. d. Entwicklung des ländl. Raumes)	148	153	156
EFF (Europ. Fischereifonds)	4	4	4

* Hinweis für ELER: Die aufgeführten Beträge setzen sich zusammen aus den Ansätzen für MU, ML und das Land Bremen. In dieser Übersicht ist der aktuelle Stand dargestellt. Diese Beträge weichen von den Ansätzen im Datenbestand des HPS ab.

Die EU-Strukturfondsmittel werden entsprechend dem jeweiligen Kofinanzierungsanteil aus einer Vielzahl von Landesprogrammen gefinanziert.

a) EFRE- und ESF- Programme

Niedersachsen verfügt in der Förderperiode 2007 - 2013 über ein Konvergenzgebiet, da der ehemalige Regierungsbezirk Lüneburg, bestehend aus den Landkreisen Lüchow-Dannenberg, Uelzen, Cuxhaven, Lüneburg, Osterholz, Soltau-Fallingb., Celle, Rotenburg, Harburg, Verden und Stade, im Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2003 ein Bruttoinlandsprodukt von weniger als 75 % des EU15-Durchschnitts aufwies. Der Kofinanzierungsanteil von Projekten im Ziel Konvergenz beträgt mindestens 25 %. Nur im „Schwerpunkt 5“ (S5 s. u.) des ESF-Programms - Transnationale Maßnahmen - beträgt der Kofinanzierungsanteil mindestens 15 %.

Im Gegensatz zur bisherigen Förderperiode ist in der Förderperiode 2007 - 2013 der gesamte Raum der drei ehemaligen Regierungsbezirke Braunschweig, Hannover und Weser-Ems Fördergebiet des Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung (RWB)“. D. h. in ganz Niedersachsen - mit Ausnahme des Raumes Lüneburg - sind RWB-Projekte durchführbar. Der Kofinanzierungsanteil von Projekten im Ziel RWB beträgt mindestens 50 %.

Die Europäische Kommission hat die EFRE - Programme „Konvergenz“ und „RWB“ am 07.08. bzw. 09.08.2007 genehmigt. Die Genehmigung der ESF - Programme „Konvergenz“ und „RWB“ ist am 24.07. bzw. 13.07.2007 erfolgt.

In der Förderperiode 2007 - 2013 erhält Niedersachsen EU-Strukturfondsmitteln aus EFRE und ESF in folgender Höhe:

Gesamtsumme 2007 - 2013	Konvergenz Lüneburg EFRE	RWB EFRE	Konvergenz Lüneburg ESF	RWB ESF
1.675 Mio. EUR	589 Mio. EUR	639 Mio. EUR	210 Mio. EUR	237 Mio. EUR

Die EFRE-Mittel sind im Aufgabenfeld 08.1 (Maßnahme 0410) und die ESF-Mittel im Aufgabenfeld 08.2 (Maßnahme 0150) enthalten. Die EFRE-Programme in den Zielgebieten Konvergenz und RWB umfassen folgende Schwerpunkte:

- S1: Steigerung der betrieblichen Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung insbesondere von KMU,
- S2: Entwicklung der Innovationskapazitäten und gesellschaftlicher Wissenspotenziale,
- S3: Unterstützung spezifischer Infrastrukturen für nachhaltiges Wachstum,
- S4: Umwelt und Nachhaltige Stadtentwicklung,
- S5: Technische Hilfe.

Die ESF-Programme in den Zielgebieten Konvergenz und RWB umfassen folgende Schwerpunkte:

- S1: Steigerung der Anpassungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmen,
- S2: Verbesserung des Humankapitals,
- S3: Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung sowie der sozialen Eingliederung von benachteiligten Personen,
- S4: Technische Hilfe,
- S5: Transnationale Maßnahmen (nur im Zielgebiet Konvergenz).

b) ELER - Programm

Für die neue EU-Förderperiode hat Niedersachsen gemeinsam mit Bremen das Programm zur Förderung im ländlichen Raum Niedersachsen und Bremen 2007 - 2013 „PROFIL“ auf Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20.9.2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER; Amtsblatt der EG Nr. L 277, S. 1) aufgestellt. Dieses wurde von der Europäischen Kommission am 26.10.2007 genehmigt. Das Programm beinhaltet sektorbezogene wie sektorübergreifende Maßnahmen zur Verbesserung

- der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft,
- der Umwelt und der Landschaft,
- der Lebensqualität im ländlichen Raum und der Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft.

Niedersachsen und Bremen erhalten in der Förderperiode 2007 - 2013 für das gemeinsame Programm ursprünglich 815 Mio. EUR an Fördermitteln von der EU. Für die Jahre 2009-2013 erhöht sich dieser Betrag um rd. 160 Mio. EUR, die sich zusammensetzen aus den zusätzlichen Modulationsmitteln aufgrund des geänderten Modulationsschlüssels für Deutschland, den Modulationsmitteln im Rahmen des sog. Health Checks, den Mitteln aus den gekürzten Direktzahlungen sowie den Mitteln aus dem EU-Konjunkturpaket. Die Mittel sind im Wesentlichen im Einzelplan 09 (Aufgabenfeld 09.3, Maßnahme 0160: rd. 750 Mio. EUR) veranschlagt. Ein Anteil von rd. 20 % entfällt auf den Einzelplan 15, der insbesondere zur Umsetzung von Maßnahmenprogrammen nach den Anforderungen der EG – Wasserrahmenrichtlinie und zur Erfüllung von Verpflichtungen aus NATURA 2000 verwendet wird (Aufgabenfeld 15.4, Maßnahme 0110). Der Anteil Bremens an den EU – Mitteln beläuft sich auf rd. 1,6 %. Die Haushaltsmittel können als Projektförderung im Zeitraum vom 01.01.2007 bis 31.12.2015 (n+2-Regelung gem. VO (EG) 1290/2005) bewilligt und ausgezahlt werden.

c) Programm zur Förderung der Fischwirtschaft eines Küstenbundeslandes

Seit 2007 erhält Niedersachsen auf Grundlage des von der EU genehmigten Operationellen Programms „Gemeinschaftsprogramm Fischerei“ jährlich bis zu 4 Mio. EUR aus dem Europäischen Fischereifonds (EFF). Die Haushaltsmittel werden als Projektförderung im Zeitraum 01.01.2007 bis 31.12.2015 bewilligt. Die Kofinanzierung wird –

wie im vorherigen Strukturprogramm FIAF – vorwiegend aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ erfolgen. Im Rahmen von Förderrichtlinien sollen auch weiterhin Zuschüsse bis zur Höhe von 100 % der zuschussfähigen Ausgaben gewährt werden können. Die Mittel sind im Aufgabenfeld 09.2 (Maßnahme 0410) enthalten.

8. Wichtige Infrastrukturmaßnahmen

8.1 Vorfinanzierung der Planungskosten Y-Trasse

Niedersachsen stellt für die Planung der Y-Trasse (Schienenverbindung zwischen Hannover und Bremen/Hamburg) in den Jahren 2013 und 2014 insgesamt 15 Mio. EUR zur Verfügung. Von diesem Betrag übernehmen Bremen und Hamburg insgesamt 5 Mio. EUR, die in 2013 und 2014 anteilig erstattet werden. Die gesamten Planungskosten werden den Ländern vom Bund erstattet. Diese Erstattung erfolgt jedoch mit einer zeitlichen Verzögerung, die im Haushalt nicht dargestellt werden kann, da die Tilgung erst jenseits des Betrachtungszeitraumes der Mipla beginnen wird. Die Mittel sind im Aufgabenfeld 08.5 (Maßnahme 0150) enthalten. Der Realisierung durch die Deutsche Bahn AG steht somit seitens des Landes nichts im Wege.

8.2 Investitionen für die niedersächsischen Seehäfen

Der Bau des Tiefwasserhafens Wilhelmshaven, der bereits im Haushaltsplan 2004 abgesichert worden ist (Aufgabenfeld 08.6, Maßnahme 0361), ist eines der größten Infrastrukturprojekte des Landes. Im Betrieb wird der Hafen rund 2.000 neue Arbeitsplätze schaffen. Die Region Wilhelmshaven und das Land Niedersachsen werden damit einen enormen Aufschwung erleben. Die Landesregierung hat deshalb für den Bau des Hafens im Haushalt 2011 entsprechend dem Baufortschritt 32,3 Mio. EUR veranschlagt.

Daneben werden mit dem Haushalt 2011 weitere Investitionsmaßnahmen in den niedersächsischen Seehäfen zur Stärkung der Wirtschaftsachsen an der Küste finanziert: NPorts stehen insgesamt 44,4 Mio. EUR Landesmittel zur Weiterentwicklung und zur Substanzerhaltung der landeseigenen Häfen zur Verfügung. Die erforderlichen Mittel sind im Aufgabenfeld 08.6 (Maßnahme 0720) eingestellt.

9. Küsten- und Hochwasserschutz

Um den Herausforderungen des zu erwartenden Klimawandels gerecht werden zu können, stehen für die Deichsicherheit an der Küste und auf den Ostfriesischen Inseln seit dem Haushaltsjahr 2010 über den Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe und den Sonderrahmenplan „Maßnahmen des Küstenschutzes infolge des Klimawandels“ zusammen jährlich 61,6 Mio. EUR zur Verfügung. Hinzu kommen für die Jahre 2011 bis 2013 jährlich rd. 6,6 Mio. EUR aus den EU-Förderprogrammen ELER und EFRE zur Verbesserung der Sturmflutsicherheit, sodass die Finanzierung des jährlich notwendigen und realisierbaren Investitionsvolumens gemäß dem Generalplan Küstenschutz nahezu vollständig abgesichert ist.

Die Förderung des Hochwasserschutzes im Binnenland aus der Gemeinschaftsaufgabe wird für den Mipla - Zeitraum ab 2011 intensiviert, indem über die bisherigen Planungen hinaus rd. 12,5 Mio. EUR Bundes- und Landesmittel investiert werden. Mit insgesamt rd. 48 Mio. EUR aus der Gemeinschaftsaufgabe zuzüglich rd. 15 Mio. EUR aus den EU-Förderprogrammen ELER und EFRE können die am Ende des Jahres 2010 auslaufenden Förderungen aus dem „Fonds Aufbauhilfe“ und des Konjunkturpakets II zum Teil

kompensiert werden. Um den darüber hinausgehenden Anforderungen an einen wirksamen Schutz der Umwelt vor Hochwassergefahren gerecht werden zu können, wird es notwendig sein eine weitere Aufstockung der Haushaltsmittel aus der Gemeinschaftsaufgabe anzustreben.

Auf die Ausführungen der Mittelfristigen Planung zum Konjunkturpaket II wird im Übrigen verwiesen.

10. „Initiative Niedersachsen“ - Umsetzung der Konjunkturpakete I und II in Niedersachsen

10.1 Konjunkturpaket I

Zur Gegenfinanzierung von Bundesmitteln im Rahmen des Konjunkturpakets I sind mit dem 1. und 3. Nachtragshaushalt 2009 bei Maßnahmen der Städtebauförderung zusätzliche Landesmittel in Höhe von rd. 43,7 Mio. EUR bereitgestellt worden. Die Finanzierung der Maßnahmen erfolgt über fünf Jahre (2009 bis 2013). Die Landesmittel verteilen sich auf die Programme „Investitionspakt zur energetischen Sanierung von Gebäuden der Sozialen Infrastruktur“, „Städtebauförderungsprogramm; Programmbereich Städtebaulicher Denkmalschutz und Programmbereich Stadtumbau West“ sowie „Investitionen in nationale UNESCO- Welterbestätten“.

10.2 Konjunkturpaket II

Die Niedersächsische Landesregierung hat das Konjunkturpaket II früh und zügig umgesetzt. Bereits in dem Entwurf des 1. Nachtragshaushaltsplans 2009 wurde eine zentrale und der Zweckbestimmung nach globale Veranschlagung der notwendigen Ausgabe- und Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen.

Haushaltsmittel zur Realisierung von Maßnahmen des Konjunkturpakets II finden sich ausschließlich im Kap. 13 98 des Einzelplans 13 („Allgemeine Finanzverwaltung“).

Die im Haushaltsvollzug zur Umsetzung der Maßnahmen erforderliche Mittelverteilung in die fachlich zutreffenden Einzelpläne wird wie bereits im Haushaltsjahr 2009 durch eine entsprechende haushaltsgesetzliche Regelung (§ 12 Haushaltsgesetz 2010) gewährleistet. Hiermit wird das Finanzministerium ermächtigt, die im Kap. 13 98 veranschlagten Mittel und Verpflichtungsermächtigungen nach Maßgabe des in der Veranschlagung bestimmten Zwecks („Ausgaben für Investitionen des Landes aus dem Konjunkturpaket II“ sowie „Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände aus dem Konjunkturpaket II“) in entsprechende Kapitel anderer Einzelpläne umzusetzen. Die Maßnahmen der „Initiative Niedersachsen“ werden dabei stets in einem gesonderten Kapitel jedes Einzelplans dargestellt. Die Kapitelbezeichnung endet durchgängig auf „...98“. Entsprechend der von der Landesregierung festgelegten und vom Landtag unterstützten programmatischen Ausrichtung der sog. „Niedersachseninitiative“ können die Ressorts über die ihnen zugeordneten Mittel bzw. Ermächtigungen anteilig verfügen.

Insgesamt standen/steht dem Land im Rahmen der „Initiative Niedersachsen“ (Konjunkturpaket II und landesfinanziertes Aufstockungsprogramm) Haushaltsmittel in Höhe von 1.227 Mio. EUR zur Verfügung, die ausschließlich im Aufgabenfeld 29.6 berücksichtigt sind. Durch die hinzutretenden kommunalen Finanzierungsbeiträge erhöht sich das im Förderzeitraum erreichte Programmvolumen der „Initiative Niedersachsen“ auf zusammen 1.390 Mio. EUR. Da überdies zahlreiche Maßnahmen mit zusätzlichen Eigenmitteln

aufgestockt werden, zeichnet sich bereits heute ein Gesamtinvestitionsvolumen von deutlich über 1.500 Mio. EUR ab.

11. Hochbau

Die Landesregierung hat am 3. März 2009 im Rahmen der „Initiative Niedersachsen“ zur Verteilung der Mittel aus dem Konjunkturpaket II zusätzliche Hochbaumaßnahmen im Umfang von insgesamt rd. 59 Mio. EUR mit Baubeginn 2009 beschlossen. Hiervon entfallen rd. 33 Mio. EUR auf die sog. Landesmaßnahmen, die zu 25 % (rd. 8,25 Mio. EUR) aus Landesmitteln finanziert werden und bis Ende 2011 abgeschlossen sein müssen. Weitere Maßnahmen im Umfang von rd. 26 Mio. EUR fallen unter das sog. Aufstockungsprogramm (reine Landesmittel).

Im Aufgabenfeld 29.1 sind für Hochbaumaßnahmen des Einzelplans 20 – ohne Konjunkturpaket II – in den Jahren 2010 - 2014 folgende Beträge veranschlagt: 149,5 / 99,4 / 78,4 / 48,7 / 48,7 Mio. EUR. Angesichts der Konsolidierungsnotwendigkeiten ist im Datenbestand u. a. ein Verzicht auf die Einplanung zusätzlicher neuer großer Baumaßnahmen über das Jahr 2012 hinaus auch für die Jahre 2013 und 2014 berücksichtigt. Gewährleistet ist allerdings eine – wenn auch zeitlich gestreckte – Realisierung aller bislang veranschlagten, aber noch nicht begonnenen Vorhaben, wie z. B. die Neukonzeption des Plenarbereichs des Niedersächsischen Landtages.

Zu den Ausgabeansätzen im Hochbauhaushalt selbst treten noch die Ansätze für die im Wissenschaftshaushalt veranschlagten Hochschulbaumaßnahmen. Diese Ausgaben sind im Aufgabenfeld 06.1 (Maßnahmenbündel 0400) enthalten.

Neben den konventionell finanzierten Hochbaumaßnahmen hatte die Landesregierung bereits im Rahmen der Kabinettsklausur vom 22./23.02.2009 ein Arbeitsprogramm zum „Nachhaltigen Immobilienmanagement“, u. a. mit den Arbeitsfeldern „Öffentlich-Private-Partnerschaften“ und „Contracting“ beschlossen.

Aufgabenbereich des MI

MI 03.1

Polizei

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen	1.NHPE 2010	HPE 2011	2012	Planung 2013	2014
0100 Personal und Heilfürsorge					
0101 Personal	886,5	890,8	901,4	901,7	901,1
0102 Heilfürsorge	24,1	23,8	23,8	23,8	23,8
0103 Aus- und Fortbildung	0,6				
Summe Maßnahmenbündel	911,2	914,6	925,2	925,6	924,9
0200 Ausstattung und Betrieb					
0202 Haltung von Fahrzeugen	22,3	21,5	21,5	21,5	21,5
0203 Übrige Aufwendungen	151,5	150,5	150,4	150,4	148,2
0204 Investitionen	43,8	67,8	50,9	41,5	41,5
Summe Maßnahmenbündel	217,7	239,9	222,8	213,4	211,2
Summe Aufgabenfeld	1.128,9	1.154,5	1.148,0	1.138,9	1.136,2

MI 03.2

Brandschutz, Katastrophenschutz, Zivile Verteidigung, Kampfmittelbeseitigung

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen	1.NHPE 2010	HPE 2011	2012	Planung 2013	2014
0100 Katastrophenschutz und zivile Verteidigung					
0101 Förderung der im Kat-Schutz mitwirkenden Hilfsorganisationen	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5
0102 Übrige Aufgaben	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7
Summe Maßnahmenbündel	3,3	3,3	3,3	3,3	3,3
0200 Brandschutz					
0201 Förderung des kommunalen Brandschutzes	25,5	25,6	25,6	25,6	25,6
0202 Landesfeuerwehrschulen Celle und Loy	5,7	5,5	5,5	5,5	5,5
0203 Übrige Aufgaben	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5
Summe Maßnahmenbündel	36,7	36,6	36,6	36,6	36,6

Fortsetzung

MI 03.2

Fortsetzung						
Ausgaben (in Mio. EUR)		1.NHPE	HPE		Planung	
Vorhaben und Maßnahmen		2010	2011	2012	2013	2014
0300 Kampfmittelbeseitigung						
0301	Kosten der Kampfmittelbeseitigung	8,4	8,3	8,3	8,3	8,3
Summe Maßnahmenbündel		8,4	8,3	8,3	8,3	8,3
Summe Aufgabenfeld		48,5	48,1	48,1	48,1	48,1

MI 03.3

Amtliche Statistik, Öffentliche Wahlen

Ausgaben (in Mio. EUR)		1.NHPE	HPE		Planung	
Vorhaben und Maßnahmen		2010	2011	2012	2013	2014
0200 Amtliche Statistik						
0201	Kosten der amtlichen Statistik	35,0	54,1	30,8	23,2	22,7
Summe Maßnahmenbündel		35,0	54,1	30,8	23,2	22,7
0300 Öffentliche Wahlen						
0301	Durchführung öffentlicher Wahlen	1,4	0,1	2,2	15,6	5,6
Summe Maßnahmenbündel		1,4	0,1	2,2	15,6	5,6
Summe Aufgabenfeld		36,4	54,2	33,0	38,8	28,3

MI 03.4

Vermessungs- und Katasterverwaltung

Ausgaben (in Mio. EUR)		1.NHPE	HPE		Planung	
Vorhaben und Maßnahmen		2010	2011	2012	2013	2014
0200 Vermessungs- und Katasterverwaltung						
0210	Landesbetrieb "Landesvermessung und Geobasisinformation Niedersachsen"	19,3	20,7	20,7	20,7	20,7
0220	Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften	112,2	106,5	104,0	100,7	97,2
Summe Maßnahmenbündel		131,5	127,2	124,7	121,3	117,9
Summe Aufgabenfeld		131,5	127,2	124,7	121,3	117,9

Asylbewerber, Spätaussiedler, Flüchtlinge

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen	1.NHPE 2010	HPE 2011	2012	Planung 2013	2014
0100 Vertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge					
0101 Aufnahme, Eingliederung, Betreuung und Kulturpflege	16,4	15,0	14,7	14,7	14,7
Summe Maßnahmenbündel	16,4	15,0	14,7	14,7	14,7
0200 Durchführung des Lastenausgleichs					
0201 Zuweisung zu den Verwaltungskosten der kommunalen Ausgleichsbehörden sowie an den Ausgleichsfonds	2,7	2,4	1,8	0,7	0,5
Summe Maßnahmenbündel	2,7	2,4	1,8	0,7	0,5
0300 Asylbewerber					
0301 Kosten für Asylbewerber und ausländische Flüchtlinge	112,2	89,3	96,6	99,3	103,9
Summe Maßnahmenbündel	112,2	89,3	96,6	99,3	103,9
Summe Aufgabenfeld	131,4	106,7	113,1	114,6	119,1

Sport

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen	1.NHPE 2010	HPE 2011	2012	Planung 2013	2014
0100 Sportstättenbau					
0110 Förderung von Investitionen nieders. Sportorganisationen und -vereine und übrige Sportstättenförderung	6,2	6,2	3,7	3,7	3,7
Summe Maßnahmenbündel	6,2	6,2	3,7	3,7	3,7
0200 Sportförderung					
0210 Förderung der niedersächsischen Spor- torganisationen und -vereine für lfd. Zwecke	23,5	23,5	23,5	23,5	23,5
0220 Förderung von Sportschulen und Leis- tungszentren sowie sonstige Sportför- derung	0,5	0,6	0,5		
Summe Maßnahmenbündel	24,0	24,0	24,0	23,5	23,5
Summe Aufgabenfeld	30,2	30,2	27,7	27,2	27,2

Sonstige Aufgaben des MI

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen	1.NHPE 2010	HPE 2011	2012	Planung 2013	2014
0100 Aus- und Fortbildung					
0110 Kosten der Aus- und Fortbildung	4,1	3,8	3,8	3,8	3,8
Summe Maßnahmenbündel	4,1	3,8	3,8	3,8	3,8
0200 Verwaltungsmodernisierung					
0201 Durchführung der Verwaltungsmodernisierung	1,6	0,5	0,5	0,5	0,5
Summe Maßnahmenbündel	1,6	0,5	0,5	0,5	0,5
0300 Wiedergutmachung					
0301 Leistungen nach dem BEG, HEG und Nds. SHG	19,9	18,3	16,8	16,0	15,1
0302 Sonstige Zahlungen	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6
Summe Maßnahmenbündel	22,5	20,9	19,4	18,6	17,7
0400 Verfassungsschutz					
0401 Kosten des Verfassungsschutzes	16,8	16,4	16,4	16,5	16,5
Summe Maßnahmenbündel	16,8	16,4	16,4	16,5	16,5
0500 Ministerium für Inneres und Sport					
0501 Kosten des Ministeriums für Inneres und Sport	48,4	46,2	46,1	45,9	47,6
0502 Datenschutzbeauftragter	1,3	1,7	1,7	1,7	1,7
0503 Sonstiges	12,5	12,0	11,4	10,7	9,4
0550 Globale Minderausgabe für den gesamten Epl.	-9,0	-9,5	-11,4	-2,4	
Summe Maßnahmenbündel	53,3	50,5	47,8	55,9	58,7
0600 Zentrales IT-Management, Landesweite Infrastruktur					
0601 Zentraler Betrieb der Informations- und Kommunikationstechnik	30,4	32,3	32,4	32,0	32,0
0602 Zentrale Maßnahmen der Informations- und Kommunikationstechnik	1,5	1,1	1,1	1,1	1,1
Summe Maßnahmenbündel	31,9	33,4	33,5	33,1	33,1
Summe Aufgabenfeld	130,2	125,4	121,5	128,4	130,2
Summe Aufgabenbereich	1.637,1	1.646,4	1.616,1	1.617,4	1.606,9

Aufgabenbereich des MF

MF 04.1

Finanzverwaltung

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen	1.NHPE 2010	HPE 2011	2012	Planung 2013	2014
0100 Steuerverwaltung					
0102 Finanzämter und Oberfinanzdirektion	547,6	547,5	546,6	545,2	546,0
Summe Maßnahmenbündel	547,6	547,5	546,6	545,2	546,0
0200 Aus- und Fortbildung					
0201 Steuerakademie Niedersachsen	6,7	7,3	7,6	7,6	7,6
Summe Maßnahmenbündel	6,7	7,3	7,6	7,6	7,6
Summe Aufgabenfeld	554,3	554,8	554,2	552,7	553,6

MF 04.2

Sonstige Aufgaben des MF

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen	1.NHPE 2010	HPE 2011	2012	Planung 2013	2014
0100 Staatliches Baumanagement Niedersachsen					
0110 Bauämter und sonstige Hochbauverwaltung	145,6	147,4	137,4	138,7	139,6
Summe Maßnahmenbündel	145,6	147,4	137,4	138,7	139,6
0200 Landesamt für Bezüge und Versorgung					
0201 Landesamt für Bezüge und Versorgung	46,4	45,1	45,1	45,1	45,1
Summe Maßnahmenbündel	46,4	45,1	45,1	45,1	45,1
0400 Sonstige Maßnahmen					
0401 Neue Steuerungsinstrumente und Personalkostenbudgetierung	2,3	1,9	1,9	1,9	1,9
0402 Haushaltsvollzugssystem (HVS)	12,2	11,9	11,9	11,9	12,0
0403 Personalmanagementverfahren (PMV)	2,7	2,1	1,9	1,9	1,9
0404 Haushaltsplanaufstellung, Zentrale Haushaltsführung und Haushaltsrechnung (HPS, HFS, HRS)	1,4	1,3	1,3	1,3	1,3
0405 Elektronisches Reisemanagementverfahren (eRNie)	1,0	0,9	0,9	0,9	0,9
Summe Maßnahmenbündel	19,6	18,1	18,0	18,0	18,1

Fortsetzung

MF 04.2

Fortsetzung						
Ausgaben (in Mio. EUR)		1.NHPE	HPE	Planung		
Vorhaben und Maßnahmen		2010	2011	2012	2013	2014
0500	Finanzministerium					
0501	Finanzministerium	39,6	41,3	41,4	41,5	41,5
0550	Globale Minderausgabe für den gesamten Epl.	-3,2	-3,3	-2,4	-5,0	-7,5
	Summe Maßnahmenbündel	36,5	38,0	39,0	36,4	33,9
0600	Liegenschaftsfonds -Liegenschaftsverwaltung					
0601	Liegenschaftsfonds -Liegenschaftsverwaltung	3,0	2,6	2,7	2,7	2,7
	Summe Maßnahmenbündel	3,0	2,6	2,7	2,7	2,7
	Summe Aufgabenfeld	251,1	251,2	242,2	241,0	239,4
	Summe Aufgabenbereich	805,4	806,0	796,3	793,8	793,1

Aufgabenbereich des MS

MS 05.1

Gesundheit

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen	1.NHPE 2010	HPE 2011	2012	Planung 2013	2014
0100 Vorsorge Ambulante und stationäre Versorgung					
0110 Unterstütz. gesundheitsfördernder Aktivit., Förderung von Maßnahmen für Suchtkranke, Verhütung und Bekämpfung von Aids	10,4	10,5	10,5	10,5	10,4
0115 Gesundheitsschutz	20,2	0,2	0,2	0,2	0,3
0120 Hilfen für psychisch Kranke	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
0130 Landeskrankenhäuser	1,6	1,5	1,5	1,5	1,5
0150 Neu- und Umbau von Krankenhäusern und Wiederbeschaffung von mittelfristigen Anlagegütern nach § 9 (1) KHG	156,0	116,9	107,4	124,0	133,4
0160 Fördermittel nach § 9 (2) KHG für Darlehen, Kosten für Ankauf, Umstellung und Schließung	5,0	4,5	4,5	4,5	4,5
0170 Fördermittel nach den §§ 9 (3) und 10 KHG für die Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter	118,3	117,5	117,4	123,4	123,4
Summe Maßnahmenbündel	312,3	251,7	242,1	264,6	274,1
0400 Sonstige Einrichtungen des Gesundheitswesens					
0410 Gesundheitsverwaltung des Landes Landesgesundheitsamt	12,0	12,4	12,4	12,5	12,5
0450 Erstattungen für die Wahrnehmung des hafenärztlichen Dienstes	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
0490 Sonstiges (Kooperation auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, Aufbau und Betrieb eines Krebsregisters und Hebammenfortbildung)	3,7	3,7	3,7	3,7	3,7
Summe Maßnahmenbündel	16,2	16,6	16,6	16,7	16,7

Fortsetzung

MS 05.1

Fortsetzung						
Ausgaben (in Mio. EUR)		1.NHPE	HPE	Planung		
Vorhaben und Maßnahmen		2010	2011	2012	2013	2014
9000	Übrige Maßnahmen					
9010	Leistungen nach dem Infektionsschutzgesetz, Krankenversorgung nach dem Lastenausgleichsgesetz	9,6	9,9	10,1	10,2	10,4
9030	Landesprüfungsamt für die Sozialversicherung, Unfallversicherung für Schüler usw. und Zuschüsse zur Unfallversicherung der Küstenfischer	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8
9090	Sonstiges (Erstattungen nach dem Anti-D-Hilfegesetz)	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Summe Maßnahmenbündel		11,5	11,8	12,0	12,1	12,2
Summe Aufgabenfeld		340,0	280,1	270,7	293,4	303,0

MS 05.2

Jugend und Familie

Ausgaben (in Mio. EUR)		1.NHPE	HPE	Planung		
Vorhaben und Maßnahmen		2010	2011	2012	2013	2014
0100	Jugendhilfe					
0110	Nds. Landesamt für Soziales, Jugend und Familie - Fachgruppe Jugend und Familie	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
0120	Öffentliche Erziehungshilfe	4,9	4,6	4,6	4,6	4,6
0130	Sonstiges	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Summe Maßnahmenbündel		5,3	5,0	5,0	5,0	5,0
0200	Kinder- und Jugendschutz und Gender Mainstreaming in der Kinder- und Jugendhilfe					
0210	Kinder- und Jugendschutz	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5
0230	Gender Mainstreaming in der Kinder- und Jugendhilfe	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Summe Maßnahmenbündel		2,6	2,6	2,6	2,6	2,6

Fortsetzung

Fortsetzung						
Ausgaben (in Mio. EUR)		1.NHPE	HPE	Planung		
Vorhaben und Maßnahmen		2010	2011	2012	2013	2014
0300	Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, generationsübergreifende Projekte					
0310	Förderung der Jugendarbeit nach dem JFG	7,5	7,6	7,7	7,8	7,8
0330	Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten und generationsübergreifender Projekte	3,5	4,1	4,3	3,4	3,0
0340	Jugendsozialarbeit	15,4	15,2	15,2	15,2	15,2
0350	Förderung von niedersächsischen Kooperations- und Bildungsprojekten (NiKo)	1,8	1,8			
0360	Förderung der sozialpädagogischen Betreuung jugendlicher Straftäter	1,8	1,8	1,8		
0370	Deutsch-Französisches und Deutsch-Polnisches Jugendwerk	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
0380	Weitere Jugendförderung aus Konzessionsabgaben und Spielbankmitteln	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8
	Summe Maßnahmenbündel	33,9	34,4	32,9	30,3	29,9
0400	Familie					
0410	Förderung von Familienbildungsstätten	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2
0420	Förderung von familienbezogenen Maßnahmen und familienfreundlichen Infrastrukturen (ab 2011 teilweise bei 0710.0110)	44,7	0,7	0,7	0,7	0,7
0430	Weitere Förderung von familienbezogenen Maßnahmen aus Konzessionsabgaben	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
0440	Familienpolitik / Mehrgenerationenhäuser	0,2	0,1	0,0	0,0	0,0
0450	Kosten nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	83,5	83,3	83,3	83,3	83,3
	Summe Maßnahmenbündel	130,4	86,0	86,0	86,0	86,0
	Summe Aufgabenfeld	172,2	128,1	126,6	124,0	123,5

Besondere Hilfen für soziale Gruppen

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen	1.NHPE 2010	HPE 2011	2012	Planung 2013	2014
0100 Allgemeine Maßnahmen für behinderte Menschen					
0130 Unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen - Fahrgeldausfälle der Verkehrsträger -	22,6	23,1	23,7	24,4	25,1
0170 Kriegsopterfürsorge	38,2	35,9	34,9	33,9	32,9
Summe Maßnahmenbündel	60,9	59,0	58,6	58,3	58,0
0200 Besondere Maßnahmen für Hörgeschädigte und Blinde					
0210 Landesbildungszentren für Hörgeschädigte	26,9	26,7	26,7	26,7	26,7
0251 Landesbildungszentrum für Blinde; Zuschuss an den Verein zur Förderung der Blindenbildung Hannover	13,0	13,0	13,0	13,0	13,0
0253 Landesblindengeld (Kapitel 0536 Titel 633 10) und Härtefallfonds für blinde Menschen (Kapitel 0536 Titel 681 10)	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0
0254 Blindenhilfe gem. SGB XII (Kap. 05 30 Tit. 633 29)	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0
Summe Maßnahmenbündel	69,9	69,7	69,7	69,8	69,7
0300 Sozialhilfeleistungen nach dem SGB XII					
0310 Kostenerstattung im Quotalen System	1.539,0	1.570,9	1.634,9	1.701,3	1.770,3
0340 Hilfe zur Pflege	105,4	107,5	109,6	111,8	114,1
0360 Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten Sozialhilfe für Deutsche im Ausland	36,9	35,2	35,8	36,3	36,9
0380 Sonstige Kostenerstattungen	1,8	1,7	1,8	1,8	1,8
Summe Maßnahmenbündel	1.683,1	1.715,3	1.782,1	1.851,3	1.923,1 Fortsetzung

Fortsetzung					
Ausgaben (in Mio. EUR)	1.NHPE	HPE		Planung	
Vorhaben und Maßnahmen	2010	2011	2012	2013	2014
0500 Ältere Menschen, Zentrale Soziale Aufgaben, Übrige Maßnahmen					
0520 Investitionsfolgekostenförderung nach dem Nds. Pflegegesetz (NPflegeG) sowie Förderung nach §§ 13, 14 NPflegeG	38,1	34,0	35,0	35,9	36,9
0525 Aktivierung der Altenpflegeausbildung und Qualitätssicherung in der Altenpflege	8,0	6,5	6,5	6,5	6,5
0530 Nds. Landesamt für Soziales, Jugend und Familie	89,1	92,8	93,4	94,8	96,0
0540 Unterbringung von Straffälligen in psych. Krankenhäusern - Maßregelvollzug -	102,6	104,4	106,3	108,3	110,3
0541 Toto-Lotto-Mittel für Aufgaben der Verbände der freien Wohlfahrtspflege	20,3	20,3	20,3	20,3	20,3
0544 Wohlfahrtspflegerische Einzelmaßnahmen	1,7	1,7	1,7	1,7	1,7
0550 Zuweisungen an die kommunalen Träger gem. § 5 Nds. AG SGB II - Landeszuschuss - sowie des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft und Heizung	520,3	532,1	540,6	545,0	549,6
0560 Förderung der Nichtsesshaftenhilfe	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
0580 Förderung aus dem Aufkommen der Spielbankabgabe	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1
0590 Sonstiges	4,2	4,1	4,0	3,8	3,5
Summe Maßnahmenbündel	786,8	798,4	810,2	818,8	827,3
Summe Aufgabenfeld	2.600,7	2.642,3	2.720,6	2.798,2	2.878,2

MS 05.4

Frauen

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen	1.NHPE 2010	HPE 2011	2012	Planung 2013	2014
0100 Frauen in Ausbildung, Beruf, Familie und Gesellschaft					
0130 Maßnahmen zur Beratung und zum Schutz von Mädchen und Frauen in Problemsituationen	4,8	4,6	4,6	4,6	4,6
0140 Maßnahmen zur Integration von Frauen und Mädchen in das Erwerbsleben	1,9	2,2	2,2	2,2	2,2
0150 Förderung von Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5
0180 Kostenerstattungen bei nichtindizierten straffreien Schwangerschaftsabbrüchen	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0
0190 Sonstige Förderungen	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9
Summe Maßnahmenbündel	19,0	19,1	19,1	19,1	19,1
Summe Aufgabenfeld	19,0	19,1	19,1	19,1	19,1

MS 05.5

Städtebau und Wohnungswesen

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen	1.NHPE 2010	HPE 2011	2012	Planung 2013	2014
0100 Städtebau					
0110 Städtebauförderungsprogramm	39,0	47,5	59,9	71,2	76,3
0120 Sonstige Maßnahmen	31,5	28,9	18,9	10,4	
Summe Maßnahmenbündel	70,5	76,4	78,7	81,6	76,3
0200 Einzelmaßnahmen im Rahmen des Wohnungsbaus					
0210 Maßnahmen zur Förderung der Kriminalprävention im Städtebau	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
0270 Wohngeld	202,0	186,0	186,0	186,0	186,0
0290 Sonstiges	2,0	0,9	1,0	0,9	1,0
Summe Maßnahmenbündel	204,1	187,0	187,1	187,0	187,1 Fortsetzung

Fortsetzung						
Ausgaben (in Mio. EUR)		1.NHPE	HPE		Planung	
Vorhaben und Maßnahmen		2010	2011	2012	2013	2014
0300	Wohnungsbau, Bauaufsicht, übrige Maßnahmen					
0310	Wohnungsbauprogramme	45,7	35,0	27,7	17,5	10,6
0320	Förderung der energetischen Wohngebäudesanierung	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5
0330	Personal im Städtebau und Bauaufsicht	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Summe Maßnahmenbündel		46,7	35,9	28,6	18,5	11,5
Summe Aufgabenfeld		321,2	299,3	294,4	287,1	274,9

Sonstige Aufgaben des MS

Fortsetzung						
Ausgaben (in Mio. EUR)		1.NHPE	HPE		Planung	
Vorhaben und Maßnahmen		2010	2011	2012	2013	2014
0100	Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration (MS)					
0130	Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration	26,0	26,5	25,2	24,0	22,7
0150	Globale Minderausgaben für den gesamten Epl.	-29,1	-30,8		-7,7	-14,5
Summe Maßnahmenbündel		-3,1	-4,4	25,2	16,3	8,2
0200	Integration					
0210	Integration von Menschen mit Migrationshintergrund (bis 2010 bei Afg. 0350 0101)		2,6	2,6	2,6	2,6
Summe Maßnahmenbündel			2,6	2,6	2,6	2,6
Summe Aufgabenfeld		-3,1	-1,8	27,8	18,9	10,7
Summe Aufgabenbereich		3.450,1	3.367,1	3.459,2	3.540,6	3.609,3

Aufgabenbereich des MWK

MWK 06.1

Hochschulen

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen	1.NHPE 2010	HPE 2011	2012	Planung 2013	2014
0100 Hochschulen (Zuführungen für laufende Aufgaben)					
0110 Hochschulen (ohne Hochschulmedizin)	1.048,7	1.034,4	1.030,5	1.025,9	1.022,8
0120 Fachhochschulen	230,4	228,7	228,5	228,6	228,5
0130 Hochschulmedizin Göttingen und Hannover	296,4	293,2	290,8	290,8	290,8
0140 Zuwendungen für anerkannte Hochschulen gemäß § 66 NHG	1,5	1,4	1,4	1,4	1,4
0190 Personal und Sachkosten; besondere Maßnahmen	96,4	141,3	170,3	189,3	195,7
Summe Maßnahmenbündel	1.673,4	1.699,0	1.721,5	1.735,9	1.739,2
0300 Zuführung für Investitionen in den Hochschulen					
0310 Hochschulen (ohne Hochschulmedizin)	9,9	9,9	13,8	13,8	13,8
0320 Fachhochschulen	2,5	2,4			
0330 Hochschulmedizin Göttingen und Hannover	16,2	16,2	14,7	14,7	14,7
0390 Investitionen bei besonderen Maßnahmen	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2
Summe Maßnahmenbündel	29,7	29,7	29,7	29,7	29,7
0400 Investitionen gemäß Art. 91 b und 143 c GG					
0410 Großgeräte Natur-, Ingenieur- und Geisteswissenschaften, Medizin	13,2	11,3	11,3	11,3	11,3
0490 Sonstige Baumaßnahmen	146,3	138,9	147,9	136,5	148,4
Summe Maßnahmenbündel	159,5	150,2	159,2	147,8	159,7
0900 Wissenschaftsadministration					
0910 Hochschulrektorenkonferenz u.a.	2,1	2,2	2,2	2,2	2,2
Summe Maßnahmenbündel	2,1	2,2	2,2	2,2	2,2
Summe Aufgabenfeld	1.864,7	1.881,1	1.912,6	1.915,6	1.930,8

Hochschulnahe Forschung und überregionale Bibliotheken

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen	1.NHPE 2010	HPE 2011	2012	Planung 2013	2014
0100 Forschungseinrichtungen in Niedersachsen					
0110 Großforschungseinrichtungen	13,5	13,7	14,8	15,6	15,6
0120 Forschungseinrichtungen der Blauen Liste	24,3	44,1	33,7	31,9	35,1
0130 Sonstige überregional finanzierte For- schungs- und Serviceeinrichtungen	7,3	9,1	7,5	7,6	4,1
0140 Landesunmittelbare Forschungsein- richtungen	11,0	10,9	10,9	10,9	10,9
0190 Sonstige wissenschaftliche Einrichtun- gen	15,5	14,3	14,3	14,3	14,3
Summe Maßnahmenbündel	71,6	92,1	81,1	80,3	80,0
0200 Überregionale Forschungsförderung					
0210 Max-Planck-Gesellschaft	61,7	65,2	69,4	72,8	72,8
0221 Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) - allgemein -	60,3	63,3	66,5	69,8	69,8
0240 Akademienprogramm	2,6	2,9	3,0	3,2	3,2
0290 Sonstige Förderungen	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2
Summe Maßnahmenbündel	125,9	132,7	140,2	147,1	147,1
0300 Besondere Förderung von Forschung und Lehre					
0310 Nds. Vorab der VW-Stiftung	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Summe Maßnahmenbündel	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
0400 Landesbibliotheken und überregionale Bibliotheksförderung					
0410 Nieders. Landesbibliothek Hannover	7,3	7,3	7,4	7,4	7,4
0420 Landesbibliothek Oldenburg	2,6	2,6	2,5	2,5	2,5
0450 Technische Informationsbibliothek, Hannover	21,7	24,5	26,8	27,7	28,9
0490 Sonstige Förderungen einschl. Förde- rung öffentlicher Bibliotheken	3,7	3,2	3,3	3,3	3,3
Summe Maßnahmenbündel	35,3	37,5	40,0	40,9	42,1
Summe Aufgabenfeld	272,7	302,3	301,4	308,2	309,2

Kunst und Kultur

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen	1.NHPE 2010	HPE 2011	2012	Planung 2013	2014
0100 Theater					
0110 Staatstheater Braunschweig	26,6	26,6	26,5	26,4	26,3
0120 Oldenburgisches Staatstheater	20,8	21,0	20,6	20,5	20,5
0130 Nieders. Staatstheater Hannover GmbH	51,9	51,9	54,0	55,1	55,1
0140 Förderung kommunaler Theater	17,7	17,7	16,7	16,7	16,7
0150 Förderung der Landesbühnen	2,9	2,9	2,9	2,9	2,9
0160 Förderung sonstiger Bühnen	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Summe Maßnahmenbündel	120,6	120,7	121,4	122,3	122,1
0200 Museen und Sammlungen					
0210 Staatliche Museen	17,9	18,0	18,5	19,4	19,3
0230 Förderung nichtstaatlicher Museen	6,8	6,4	6,9	6,5	8,0
Summe Maßnahmenbündel	24,7	24,3	25,4	25,9	27,3
0300 Denkmalpflege					
0310 Personal- und Sachkosten des Landesamtes für Denkmalpflege	7,7	7,6	7,6	7,6	7,2
0320 Erfassung und Erhaltung von Bau-, Kunst- und Bodendenkmälern	2,6	2,4	2,4	2,4	2,5
0330 Öffentliche Schlossgärten	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Summe Maßnahmenbündel	11,0	10,7	10,7	10,7	10,4
0400 Weitere Kunst- und Kulturförderung					
0411 Kultur- und Heimatpflege	4,1	4,1	4,2	4,2	4,3
0420 Förderung der Bildenden Kunst	1,6	1,1	1,1	1,2	1,2
0430 Förderung der Musik und der Literatur	5,9	5,9	5,9	6,1	6,1
0460 Stiftung Preußischer Kulturbesitz	2,3	2,3	2,3	2,3	2,3
0471 Bundesakademie für kulturelle Bildung	1,0	1,1	1,1	1,1	1,1
0473 Kulturelle Zusammenarbeit mit anderen Ländern	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
0490 Sonstige Kulturförderung	2,1	2,0	2,0	1,5	1,0
Summe Maßnahmenbündel	17,4	16,8	16,9	16,7	16,3

Fortsetzung

MWK 06.3

Fortsetzung						
Ausgaben (in Mio. EUR)		1.NHPE	HPE	Planung		
Vorhaben und Maßnahmen		2010	2011	2012	2013	2014
0500	Sonstiges					
0510	Klosterkammer	5,4	5,4	5,4	5,4	5,4
0520	Zusätzl.Förd.der Kunst-, Kultur- u.Heimatspflege einschl.der nicht-staatl.Theater, Museen und Denkmalpflege aus Spielbankmitteln	5,7	5,7	5,7	5,7	5,7
0530	Zusätzliche Förderung der Kunst-, Kultur- und Heimatspflege aus Toto-/Lotto-Mitteln sowie aus Zusatzlotterien	3,3	3,3	3,3	3,3	3,3
Summe Maßnahmenbündel		14,4	14,4	14,4	14,4	14,4
Summe Aufgabenfeld		188,1	187,0	188,8	190,0	190,5

MWK 06.4

Sonstige Aufgaben des MWK

Ausgaben (in Mio. EUR)		1.NHPE	HPE	Planung		
Vorhaben und Maßnahmen		2010	2011	2012	2013	2014
0100	Erwachsenenbildung					
0110	Leistungen nach dem Erwachsenenbildungsgesetz / Neustrukturierung und Förderung von Akademien und Zuschüsse an Sonstige	49,2	47,3	47,3	47,2	47,2
0120	Frühkindliche Bildung und Erziehung	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5
0130	Offene Hochschule	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
Summe Maßnahmenbündel		55,5	53,6	53,6	53,5	53,5
0300	Schüler- und Studierendenförderung					
0320	Ausbildungsförderung (BAFöG)	195,7	179,2	260,8	264,5	267,2
0340	Finanzhilfe für die Studentenwerke	14,5	14,5	14,5	14,5	14,5
0390	Sonstige Studierendenförderung	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Summe Maßnahmenbündel		210,6	194,0	275,6	279,3	282,0

Fortsetzung

MWK 06.4

Fortsetzung						
Ausgaben (in Mio. EUR)		1.NHPE	HPE	Planung		
Vorhaben und Maßnahmen		2010	2011	2012	2013	2014
0400	Ministerium für Wissenschaft und Kultur					
0401	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	14,6	14,8	14,8	14,9	14,9
0402	Globale Minderausgaben für den gesamten Einzelplan	-12,5	-13,3	-1,4	-1,9	-8,1
	Summe Maßnahmenbündel	2,0	1,6	13,5	13,0	6,8
	Summe Aufgabenfeld	268,2	249,2	342,6	345,9	342,3
	Summe Aufgabenbereich	2.593,7	2.619,5	2.745,3	2.759,6	2.772,8

Aufgabenbereich des MK

Elementarbereich

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen	1.NHPE 2010	HPE 2011	2012	Planung 2013	2014
0100 Förderung von Tageseinrichtungen für Kinder					
0110 Finanzhilfen gem. Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder	329,5	386,7	418,7	457,0	461,6
0190 Sonstige Förderungen von Tageseinrichtungen für Kinder u.a.	36,3	46,2	45,0	44,1	8,4
Summe Maßnahmenbündel	365,8	432,9	463,7	501,1	470,0
Summe Aufgabenfeld	365,8	432,9	463,7	501,1	470,0

Schule und Berufsausbildung

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen	1.NHPE 2010	HPE 2011	2012	Planung 2013	2014
0100 Personal im Schulbereich					
0110 Lehrkräfte an allgemein- und berufsbildenden Schulen	3.635,1	3.565,7	3.582,7	3.590,8	3.578,4
0130 Sonstiges Personal an Schulen (u.a. Schulassistenten, päd. Mitarbeiter und Personal an landeseigenen Schulen)	37,1	32,7	32,7	32,8	32,8
0140 Förderung der Schulen in freier Trägerschaft (u.a. Finanzhilfe)	277,8	278,0	288,2	296,7	304,0
0150 Erstattung von Gastschulbeiträgen	12,4	12,5	12,5	12,5	12,5
Summe Maßnahmenbündel	3.962,5	3.888,8	3.916,1	3.932,8	3.927,7
0200 Sachaufwendungen und Investitionen im Schulbereich					
0210 Sachaufwendungen und Investitionen im Schulbereich	21,4	21,5	21,5	21,5	21,5
0230 Schulen in Niedersachsen online	5,2	5,2	5,2	5,2	5,2
Summe Maßnahmenbündel	26,5	26,7	26,7	26,6	26,6
0300 Schulaufsicht					
0310 Landesschulbehörde	33,1	35,2	35,3	35,4	35,4
0330 Sachausgaben und Investitionen der Landesschulbehörde	5,3	5,4	5,3	5,3	5,3
Summe Maßnahmenbündel	38,4	40,6	40,6	40,7	40,7

Fortsetzung

MK 07.2

Fortsetzung					
Ausgaben (in Mio. EUR)	1.NHPE	HPE		Planung	
Vorhaben und Maßnahmen	2010	2011	2012	2013	2014
0400 Aus-, Fort- und Weiterbildung im Schulbereich					
0410 Anwärterbezüge	68,7	69,9	69,9	69,9	69,9
0420 Personal in Studienseminaren	9,7	9,6	9,6	9,6	9,6
0430 Sachausgaben und Investitionen in Studienseminaren	7,9	7,8	7,8	7,8	7,8
0440 Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie Medienpädagogik (ohne Studienseminare)	8,9	8,3	8,4	8,4	8,3
Summe Maßnahmenbündel	95,2	95,6	95,7	95,7	95,6
0500 Außerschulische Berufsbildung					
0510 Kursfinanzierung und übrige laufende Förderung	3,8	3,2	3,2	3,2	3,2
0520 Förderung von Investitionen in Ausbildungszentren	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7
Summe Maßnahmenbündel	4,6	3,9	3,9	3,9	3,9
0600 Schülerförderung					
0610 Lernmittelhilfe	4,6	3,4	3,4	3,4	3,4
0630 Sonstige Maßnahmen	1,3	1,0	1,0	1,0	1,0
Summe Maßnahmenbündel	5,8	4,4	4,4	4,4	4,4
0700 Schulinspektion					
0710 Schulinspektion	4,7	4,1	4,1	4,1	4,1
0730 Sachausgaben/Investitionen der Schulinspektion	1,0	0,9	0,9	0,9	0,9
Summe Maßnahmenbündel	5,6	4,9	5,0	5,0	5,0
0900 Übrige Maßnahmen					
0910 Unfallversicherung	4,5	4,6	4,6	4,6	4,6
0920 Landeselternrat; Landesschülerrat	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
0930 Schulsport	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4
0960 Arbeitssicherheit an Schulen	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
0990 Sonstige Maßnahmen (u.a. Versuche und Modelle, Lehrplanarbeit)	5,1	5,0	4,8	4,2	4,2
Summe Maßnahmenbündel	11,1	10,9	10,8	10,2	10,2
Summe Aufgabenfeld	4.149,7	4.075,9	4.103,3	4.119,4	4.114,2

Sonstige Aufgaben des MK

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen	1.NHPE 2010	HPE 2011	2012	Planung 2013	2014
0100 Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften					
0110 Zuschüsse an Religions- und Weltan- schauungsgemeinschaften	41,3	41,1	41,1	41,1	41,1
Summe Maßnahmenbündel	41,3	41,1	41,1	41,1	41,1
0200 Politische und kulturelle Bildung					
0210 Politische Stiftungen	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
0220 Gedenkstättenarbeit einschl. Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten	2,6	2,4	2,3	2,1	2,1
Summe Maßnahmenbündel	3,1	2,8	2,7	2,6	2,6
0300 Kultusministerium					
0310 Kultusministerium	16,7	16,9	16,9	16,9	16,9
0350 Globale Minderausgabe für den gesam- ten Epl.	-9,2	-9,7	-20,9	-42,2	-41,7
0390 Sonstige Maßnahmen (u.a. Beihilfen und Personalkosteneinsparungen des gesamten Aufgabenbereichs des MK)	168,7	175,3	175,3	175,3	175,3
Summe Maßnahmenbündel	176,2	182,6	171,4	150,0	150,5
Summe Aufgabenfeld	220,6	226,5	215,2	193,6	194,2
Summe Aufgabenbereich	4.736,1	4.735,3	4.782,2	4.814,1	4.778,3

Gewerbliche Wirtschaft, Technologie, wirtschaftsnahe Forschung, Wirtschaft und Umwelt

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen	1.NHPE 2010	HPE 2011	2012	Planung 2013	2014
0100 Betriebliche und infrastrukturelle Förderung					
0110 Förderung aus der GA	75,3	73,3	60,0	39,2	39,0
0120 Innovationsförderungen an die niedersächsischen Seeschiffswerften	2,7	2,6	2,3	1,3	
Summe Maßnahmenbündel	78,0	75,9	62,3	40,5	39,0
0400 Förderung aus EU-Strukturfondsmitteln (EFRE)					
0410 Förderung aus Mitteln des EFRE	175,7	173,0	170,0	166,8	100,0
0420 Landesmittel zur Kofinanzierung der EU-Mittel	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8
Summe Maßnahmenbündel	178,5	175,7	172,8	169,6	102,8
0500 Sonstige Förderungsmaßnahmen					
0510 Landesgesellschaft NGlobal (Wirtschaftsförderfonds Kap. 5081 TGr. 71)*	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5
0520 Deutsche Management-Akademie Niedersachsen und übrige Anwendungen	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
0530 Wirtschaftswerbung (Wirtschaftsförderfonds) Kap. 50 81 TGr. 70)*	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
0540 Tourismusförderung (Wirtschaftsförderfonds Kap. 50 81 TGr. 73)*	2,6	3,0	3,0	3,2	3,2
0550 Zuschuss an die GISMA	1,2	1,2			
Summe Maßnahmenbündel (teilweise*) * = Zahlungen aus einem Sondervermögen	9,5	9,9	8,7	8,9	8,9
0600 Kleine und mittlere Unternehmen					
0620 Mittelstandsförderung (Wirtschaftsförderfonds Kap. 50 81 TGr. 72)*	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9
0630 Verbesserung der Wirtschaftskraft und -struktur; NBank (Wirtschaftsförderfonds Kap. 50 81 TGr. 68 und 69)*	10,9	9,2	8,6	8,6	8,6
0640 Förderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz	16,9	18,2	18,4	18,4	18,4
Summe Maßnahmenbündel (teilweise*) * = Zahlungen aus einem Sondervermögen	29,7	29,3	28,9	28,9	28,9

Fortsetzung

Fortsetzung						
Ausgaben (in Mio. EUR)		1.NHPE	HPE		Planung	
Vorhaben und Maßnahmen		2010	2011	2012	2013	2014
0700 Wirtschaftsförderfonds						
0720	Zuführung an den Fonds für Investitionen - Kapitel 5081	43,7	45,0	45,0	45,0	45,0
0730	Zuführung an den Fonds für Investitionen - Kapitel 5084	8,0	7,0	7,0	7,0	7,0
Summe Maßnahmenbündel		51,7	52,0	52,0	52,0	52,0
0800 Technologie und wirtschaftsnahe Forschung						
0810	Innovationsförderung, Medienwirtschaft (Wirtschaftsförderfonds Kap. 5081 TGr. 65 und 66)*	24,2	26,8	27,4	27,3	27,3
0830	Innovationsfonds	20,0				
0840	Luft- und Raumfahrt	20,0	20,0	20,0	10,0	
Summe Maßnahmenbündel (teilweise*) * = Zahlungen aus einem Sondervermögen		64,2	46,8	47,4	37,3	27,3
Summe Aufgabenfeld (teilweise*) * = Zahlungen aus einem Sondervermögen		411,6	389,7	372,1	337,1	258,7

Arbeit und Qualifizierung

Ausgaben (in Mio. EUR)		1.NHPE	HPE		Planung	
Vorhaben und Maßnahmen		2010	2011	2012	2013	2014
0100 Maßnahmen für Arbeitnehmer						
0110	Arbeitsförderung - Ausbildung, Arbeit und Qualifizierung für den ersten Arbeitsmarkt	11,2	9,2	6,2	6,2	6,2
0130	Arbeitsförderung, sonstige Maßnahmen	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
0150	Förderung aus EU-Strukturfondsmitteln (ESF)	64,1	63,1	62,1	61,0	50,1
Summe Maßnahmenbündel		75,6	72,6	68,6	67,5	56,6
Summe Aufgabenfeld		75,6	72,6	68,6	67,5	56,6

MW 08.3

Bergbau, Energie und Geologie

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen	1.NHPE 2010	HPE 2011	2012	Planung 2013	2014
0200 Bergbau, Energie und Geologie					
0210 Personal-, Sach- und sonstige Kosten des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie - Landesaufgaben	20,9	20,1	20,2	20,2	20,2
0220 Leibniz-Institut für Angewandte Geo- physik (LIAG)	6,6	6,4	6,7	7,2	7,5
Summe Maßnahmenbündel	27,6	26,5	26,8	27,4	27,7
Summe Aufgabenfeld	27,6	26,5	26,8	27,4	27,7

MW 08.4

Straßen

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen	1.NHPE 2010	HPE 2011	2012	Planung 2013	2014
0100 Bundesstraßen und Bundesautobahnen					
0120 Betrieb und Unterhaltung des Auto- bahnfernmeldenetzes	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9
0130 Unterhaltung und Instandsetzung der Bundesfernstraßen	48,4	48,4	48,4	48,4	48,4
Summe Maßnahmenbündel	49,3	49,3	49,3	49,3	49,3
0200 Straßenbauverwaltung					
0210 Personal-, Sach- und sonstige Kosten der Straßenbauverwaltung	175,2	168,6	167,5	166,0	166,0
Summe Maßnahmenbündel	175,2	168,6	167,5	166,0	166,0
0300 Unterhaltung der Landesstraßen					
0310 Betrieb und Unterhaltung	22,0	17,2	13,0	12,5	11,5
Summe Maßnahmenbündel	22,0	17,2	13,0	12,5	11,5
0400 Landesstraßen					
0420 Investitionen Landesstraßen	73,5	59,5	63,5	63,5	59,5
0430 Landesanteil Kommunale Entlastungs- straßen	2,8	1,5	1,5	1,5	1,5
Summe Maßnahmenbündel	76,3	61,0	65,0	65,0	61,0

Fortsetzung

Fortsetzung						
Ausgaben (in Mio. EUR)		1.NHPE	HPE	Planung		
Vorhaben und Maßnahmen		2010	2011	2012	2013	2014
0600	Kommunaler Straßenbau					
0610	Förderung des kommunalen Straßenbaus nach dem EntflechtG einschließlich Sondermaßnahmen	74,1	74,1	74,1	74,1	74,1
	Summe Maßnahmenbündel	74,1	74,1	74,1	74,1	74,1
0900	Übrige Straßenbaumaßnahmen					
0910	Förderung von Baumaßnahmen an Bahnübergängen im Zusammenhang mit öffentlichen Straßen	3,1	2,1	2,0	1,0	1,0
0940	Ausbau der Autobahn A1	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5
0950	Planungskosten für beschleunigten Autobahneubau (Netzschlüsse)	19,4	17,7	13,3	13,3	
	Summe Maßnahmenbündel	26,0	23,3	18,8	17,8	4,5
	Summe Aufgabenfeld	422,8	393,5	387,7	384,6	366,3

Öffentlicher Nahverkehr

Ausgaben (in Mio. EUR)		1.NHPE	HPE	Planung		
Vorhaben und Maßnahmen		2010	2011	2012	2013	2014
0100	Eisenbahnbetrieb					
0110	Nichtbundeseigene Eisenbahnen	5,1	5,1	5,1	5,2	5,2
0120	Förderung von Investitionen der nichtbundeseigenen Eisenbahnen	2,7	2,7	2,7	2,7	2,7
0130	Zuschüsse an nichtbundeseigene Eisenbahnen zur Verbesserung der Hinterlandanbindung der Seehäfen	2,5	2,0			
0150	Vorfinanzierung der Planungskosten für die sogenannte Y-Trasse	1,0			8,0	7,0
	Summe Maßnahmenbündel	11,3	9,8	7,8	15,9	14,9

Fortsetzung

MW 08.5

Fortsetzung					
Ausgaben (in Mio. EUR)	1.NHPE	HPE		Planung	
Vorhaben und Maßnahmen	2010	2011	2012	2013	2014
0500 Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs					
0510 Förderung von Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs nach dem EntflechtG - Landesplafond -	49,4	49,4	49,4	49,4	49,4
0511 Förderung von Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs auf der Grundlage des GVFG - Bundesplafond	13,5	38,9	38,9	36,1	36,1
0520 Förderung von Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs nach dem Regionalisierungsgesetz	54,0	92,3	96,1	100,0	104,0
0521 Förderung sonstiger Maßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs nach dem Regionalisierungsgesetz	49,7	49,3	49,9	50,5	51,1
0530 Zuschüsse zur Aufrechterhaltung des SPNVAngebots, gesetzliche Ausgleichszahlungen	412,7	384,9	390,7	396,6	402,5
0540 Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs im Ausbildungsverkehr - gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen -	82,0	81,0	80,0	79,0	78,0
Summe Maßnahmenbündel	661,3	695,8	705,0	711,6	721,1
Summe Aufgabenfeld	672,6	705,6	712,9	727,5	736,0

MW 08.6

Seehäfen und Binnenschifffahrt

Ausgaben (in Mio. EUR)	1.NHPE	HPE		Planung	
Vorhaben und Maßnahmen	2010	2011	2012	2013	2014
0300 Landeseigene Häfen					
0361 Tiefwasserhafen Wilhelmshaven	76,8	32,3	4,9		
Summe Maßnahmenbündel	76,8	32,3	4,9		
0500 Wasserstraßen					
0510 Förderung des Ausbaus des Mittellandkanals	8,3	8,3	8,3	8,3	8,3
Summe Maßnahmenbündel	8,3	8,3	8,3	8,3	8,3
0600 Häfen- und Schifffahrtsverwaltung					
0610 Sonstige Kosten der Häfen- und Schifffahrtsverwaltung	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
Summe Maßnahmenbündel	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5

Fortsetzung

Fortsetzung						
Ausgaben (in Mio. EUR)		1.NHPE	HPE		Planung	
Vorhaben und Maßnahmen		2010	2011	2012	2013	2014
0700	Niedersachsen Ports GmbH & Co. KG (NPorts)					
0710	Aufwendungen für die Betriebsführung	7,4	14,2	13,4	9,0	6,3
0720	Förderung von Investitionen	108,2	44,4	27,0	11,6	14,3
Summe Maßnahmenbündel		115,6	58,6	40,4	20,7	20,7
Summe Aufgabenfeld		202,2	100,7	55,1	30,4	30,4

Sonstige Aufgaben des MW

Ausgaben (in Mio. EUR)		1.NHPE	HPE		Planung	
Vorhaben und Maßnahmen		2010	2011	2012	2013	2014
0100	Verbraucherbelange					
0110	Förderung der Verbraucherzentrale Niedersachsen e.V.	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Summe Maßnahmenbündel		1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
0200	Mess- und Eichwesen					
0210	Zuführungen für laufende Ausgaben und Investitionen	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9
Summe Maßnahmenbündel		0,9	0,9	0,9	0,9	0,9
0300	Materialprüfanstalten					
0310	Zuführungen für laufende Ausgaben und Investitionen	0,5	0,2	0,2	0,2	0,2
Summe Maßnahmenbündel		0,5	0,2	0,2	0,2	0,2
0400	Luftverkehr					
0410	Zuschuss des Landes als Gesellschafter an der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH	0,4				
0420	Luftaufsicht und Sicherheitsmaßnahmen	1,0	1,1	1,1	1,1	1,1
Summe Maßnahmenbündel		1,4	1,1	1,1	1,1	1,1

Fortsetzung

MW 08.7

Fortsetzung						
Ausgaben (in Mio. EUR)		1.NHPE	HPE	Planung		
Vorhaben und Maßnahmen		2010	2011	2012	2013	2014
0500	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr					
0501	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	23,1	23,7	23,8	23,8	23,8
0502	Kosten für die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie	0,9	0,1	0,0	0,0	0,0
0503	Maßnahmen zur Unfallverhütung im Straßenverkehr	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
0504	Förderung von Verkehrsprojekten im Rahmen von EU-Programmen	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
0550	Globale Minderausgabe für den gesamten Epl.	-14,7	-15,5			
	Summe Maßnahmenbündel	10,1	9,1	24,6	24,7	24,7
	Summe Aufgabenfeld	13,9	12,2	27,7	27,8	27,8
	Summe Aufgabenbereich (teilweise*)	1.826,4	1.700,8	1.650,8	1.602,3	1.503,6
	* = Zahlungen aus einem Sondervermögen					

Aufgabenbereich des ML

Verbraucherschutz, Tiergesundheit und Tierschutz

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen	1.NHPE 2010	HPE 2011	2012	Planung 2013	2014
0100 Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit					
0110 Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung, Futtermittelüberwachung, Tierschutz und Tiergesundheit	53,1	52,9	52,8	52,8	52,8
0120 Ernährungsberatung	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
0130 Tierseuchenbekämpfung	10,3	9,3	9,3	9,7	10,3
Summe Maßnahmenbündel	64,2	63,0	62,9	63,4	64,0
Summe Aufgabenfeld	64,2	63,0	62,9	63,4	64,0

Land-, Ernährungs- und Fischereiwirtschaft

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen	1.NHPE 2010	HPE 2011	2012	Planung 2013	2014
0100 Einzelbetriebliche Förderung zur strukturellen Verbesserung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit					
0110 Agrarinvestitionsförderungsprogramm - Zinszuschüsse - GAK	0,0				
0120 Agrarinvestitionsförderungsprogramm - Zuschüsse - GAK	29,3	19,5	24,5	23,7	23,7
0130 Einzelbetriebliche Managementsysteme -GAK-	1,1	1,0	1,0	1,0	1,0
0140 Hilfen für existenzgefährdete landwirtschaftliche Betriebe	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Summe Maßnahmenbündel	30,5	20,6	25,6	24,8	24,8

Fortsetzung

ML 09.2

Fortsetzung						
Ausgaben (in Mio. EUR)	1.NHPE	HPE		Planung		
Vorhaben und Maßnahmen	2010	2011	2012	2013	2014	
0200 Überbetriebliche Förderung zur strukturellen Verbesserung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit, ldw. Aus- und Weiterbildung						
0210 Landwirtschaftliche Beratung und Maßnahmen des ökologischen Landbaus	0,9	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
0220 Tierzucht und Durchführung von Ertrags- und Qualitätskontrollen in der tierischen Erzeugung	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1
0230 Forschung und sonstige Förderung der Landwirtschaft	1,2	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9
0240 Forschung und sonstige Förderung auf dem Gebiet nachwachsender Rohstoffe	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
0250 Zuschüsse an die DEULA-Lehranstalten für die ldw. Aus- und Weiterbildung	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3
0260 Umweltschützende und ökologische Weiterbildung	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Summe Maßnahmenbündel	8,5	7,9	7,9	7,9	7,9	7,9
0300 Verarbeitung und Vermarktung landw. Erzeugnisse						
0310 Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen in der Land- und Ernährungswirtschaft*	6,7	4,7	4,7	4,7	4,7	4,7
0320 Vermarktung nach besonderen Regeln erzeugter landw. Erzeugnisse	0,1					
0330 Zuschüsse aus Ulagemitteln aufgrund des Milch- und Fettgesetzes und der nds. Umlageverordnung in der Milchwirtschaft	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5
0350 Marketingmaßnahmen, Marktbeobachtung und Absatzförderung	1,8	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6
Summe Maßnahmenbündel (teilweise*)	12,1	9,8	9,8	9,8	9,8	9,8
* = Zahlungen aus einem Sondervermögen						

Fortsetzung

Fortsetzung						
Ausgaben (in Mio. EUR)		1.NHPE	HPE		Planung	
Vorhaben und Maßnahmen		2010	2011	2012	2013	2014
0400	Fischereiwirtschaft					
0410	Zuschüsse zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der nieders. Fischereiflotte, Binnenfischerei und Fischindustrie	6,2	9,6	10,8	11,8	9,6
0420	Sicherung der Seefischverarbeitung in Cuxhaven	0,8	0,5	0,5	0,5	0,5
Summe Maßnahmenbündel		7,0	10,1	11,3	12,3	10,1
Summe Aufgabenfeld (teilweise*)		58,1	48,4	54,6	54,8	52,5
* = Zahlungen aus einem Sondervermögen						

Entwicklung des ländlichen Raumes

Ausgaben (in Mio. EUR)		1.NHPE	HPE		Planung	
Vorhaben und Maßnahmen		2010	2011	2012	2013	2014
0100	Raumordnung und Landesentwicklung, Strukturverbesserung ländlicher Räume, Dorfentwicklung, ökologische Maßnahmen					
0110	Dienstleistungen Dritter im Rahmen von Flurbereinigungsverfahren	3,0	2,9	2,9	2,9	2,9
0120	Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung - GAK -	32,1	25,8	23,9	23,5	23,2
0140	Raumordnung und Landesentwicklung	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2
0160	Verbesserung der Entwicklung ländlicher Räume	114,2	116,6	119,5	121,4	1,1
0170	Nieders. Agrarumweltprogramme (NAU) - GAK	12,3	13,8	16,6	19,2	23,2
0190	Bodenschutz	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Summe Maßnahmenbündel		165,4	162,9	166,6	170,8	54,2
Summe Aufgabenfeld		165,4	162,9	166,6	170,8	54,2

Fachverwaltungen

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen	1.NHPE 2010	HPE 2011	2012	Planung 2013	2014
0100 Landwirtschaftsministerium und übrige Fachverwaltungen					
0110 Landwirtschaftsministerium	19,7	19,7	19,8	20,0	20,0
0111 Landwirtschaftskammer	65,8	67,3	67,3	67,6	68,0
0112 Erstattungen von Verwaltungsausgaben an die landwirtschaftlichen Alterskas- sen	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
0120 Verwaltung für Landentwicklung	39,0	40,7	40,6	40,7	40,4
0130 Domänenverwaltung	12,7	12,3	12,3	12,3	12,3
0140 Staatl. Moorverwaltung	3,3	3,3	3,3	3,3	3,3
0160 Gestütverwaltung in Celle	6,9	6,9	6,9	6,9	6,9
0170 Fischereiverwaltung	1,2	1,0	1,0	1,0	1,0
0190 Globale Minderausgabe für den gesam- ten Epl. 09	-2,8	-3,0	-1,9	-3,7	-3,7
Summe Maßnahmenbündel	145,7	148,3	149,2	148,2	148,2
0200 Forstwirtschaft					
0210 Anstalt Niedersächsische Landesfors- ten	24,0	22,5	22,5	22,5	22,5
0220 Nordwestdeutsche Forstliche Versuchs- anstalt	5,5	5,3	5,3	5,3	5,3
0240 Förderung der Forst-, Holz- und Jagd- wirtschaft	14,4	14,0	14,3	14,1	14,3
Summe Maßnahmenbündel	43,9	41,8	42,1	41,9	42,1
Summe Aufgabenfeld	189,6	190,1	191,4	190,1	190,3
Summe Aufgabenbereich (teilweise*) * = Zahlungen aus einem Sondervermö- gen	477,2	464,3	475,4	479,0	361,0

Aufgabenbereich des MJ

Gerichte und Staatsanwaltschaften

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen	1.NHPE 2010	HPE 2011	2012	Planung 2013	2014
0100 Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften					
0110 Personal	427,1	418,3	419,3	419,8	420,3
0120 Ausstattung, Betrieb und sonstige Auf- gaben	320,6	312,8	311,9	311,6	311,5
Summe Maßnahmenbündel	747,7	731,1	731,2	731,4	731,8
0200 Niedersächsisches Finanzgericht					
0210 Personal	6,8	6,6	6,6	6,6	6,6
0220 Ausstattung, Betrieb und sonstige Auf- gaben	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1
Summe Maßnahmenbündel	7,9	7,7	7,7	7,7	7,7
0300 Verwaltungsgerichtsbarkeit					
0310 Personal	20,5	19,9	19,9	20,0	20,0
0320 Ausstattung, Betrieb und sonstige Auf- gaben	3,7	3,7	3,7	3,7	3,7
Summe Maßnahmenbündel	24,1	23,6	23,6	23,6	23,6
0400 Sozialgerichtsbarkeit					
0410 Personal	20,3	20,1	20,1	20,2	19,7
0420 Ausstattung, Betrieb und sonstige Auf- gaben	13,2	13,8	13,7	13,7	13,7
Summe Maßnahmenbündel	33,5	33,8	33,8	33,9	33,4
0500 Arbeitsgerichtsbarkeit					
0510 Personal	12,8	12,7	12,5	12,5	12,5
0520 Ausstattung, Betrieb und sonstige Auf- gaben	7,8	8,2	8,2	8,2	8,2
Summe Maßnahmenbündel	20,5	20,9	20,6	20,6	20,7
Summe Aufgabenfeld	833,8	817,0	817,0	817,2	817,1

MJ 11.2

Justizvollzug

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen	1.NHPE 2010	HPE 2011	2012	Planung 2013	2014
0100 Justizvollzugseinrichtungen					
0110 Personal	142,4	139,9	140,4	140,7	140,7
0120 Ausstattung, Betrieb und sonstige Aufgaben	52,7	52,9	63,4	63,4	63,4
0130 Arbeit, Aus- und Fortbildung der Gefangenen	7,3	4,8	4,8	4,8	4,8
0140 Versorgung der Gefangenen	8,2	10,5	10,5	10,5	10,5
Summe Maßnahmenbündel	210,6	208,2	219,2	219,5	219,5
Summe Aufgabenfeld	210,6	208,2	219,2	219,5	219,5

MJ 11.3

Sonstige Aufgaben des MJ

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen	1.NHPE 2010	HPE 2011	2012	Planung 2013	2014
0100 Aus- und Fortbildung in der Rechtspflege, Justizministerium sowie präventive Justizpolitik					
0110 Aus- und Fortbildung in der Rechtspflege	5,2	5,0	5,0	5,0	5,0
0115 Aus- und Fortbildung im Justizvollzug	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
0120 Justizministerium, präventive Justizpolitik	36,1	38,6	39,7	39,7	39,5
0150 Globale Minderausgabe für den gesamten Epl.	-4,9	-5,2	-1,8	-2,8	-2,7
Summe Maßnahmenbündel	37,1	39,0	43,6	42,6	42,6
Summe Aufgabenfeld	37,1	39,0	43,6	42,6	42,6
Summe Aufgabenbereich	1.081,5	1.064,2	1.079,8	1.079,3	1.079,2

Aufgabenbereich des MU

Wasserwirtschaft

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen	1.NHPE 2010	HPE 2011	2012	Planung 2013	2014
0100 Küsten- und Hochwasserschutz, Unterhaltung von Gewässern und Anlagen					
0110 Förderung des Küstenschutzes	62,7	62,7	62,7	62,7	62,7
0120 Förderung des Hochwasserschutzes im Binnenland	17,9	16,7	13,8	11,4	9,7
0130 Unterhaltungsmaßnahmen des Lan- des, Zuweisungen für die Gewässer II. Ordnung	12,5	10,0	11,0	11,0	11,0
Summe Maßnahmenbündel	93,0	89,4	87,6	85,1	83,4
0200 Abwasserbehandlung, Reinhaltung und Schutz der Gewässer					
0210 Förderung der Abwasserbehandlung	9,8	10,6	10,6	10,6	10,6
0220 Bekämpfung von Öl- und chemischen Verunreinigungen, Schiffsentsorgung	2,9	2,6	3,0	3,3	3,3
0230 Gewässerkundlicher Landesdienst	8,3	9,0	8,3	8,0	7,7
0240 Maßnahmen zur Umsetzung der EG- Wasserrahmenrichtlinie im Bereich Oberflächengewässer und EG-Meeress- strategierahmenrichtlinie	7,0	6,0	7,8	6,6	6,6
Summe Maßnahmenbündel	28,0	28,1	29,6	28,5	28,2
0300 Grundwasserschutz, Wasserversorgung					
0310 Trinkwasserschutz	15,8	15,9	15,9	15,9	15,9
0320 Maßnahmen zur Umsetzung der EG- Wasserrahmenrichtlinie im Bereich Grundwasser	1,7	2,4	4,5	4,5	4,5
0330 Erstattung des Verwaltungsaufwandes (Wasserentnahmegebühr und Abwas- serabgabe); Abführungen	26,0	26,0	18,8	9,8	10,1
Summe Maßnahmenbündel	43,5	44,2	39,1	30,1	30,5
Summe Aufgabenfeld	164,5	161,8	156,3	143,6	142,0

MU 15.2

Abfälle und Altlasten, Energie

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen	1.NHPE 2010	HPE 2011	2012	Planung 2013	2014
0100 Abfälle und Altlasten					
0110 Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen, SAD Mönchshagen, Abfall und Bodenschutz	1,6	1,9	2,0	1,9	1,9
0120 Atomrechtliche Genehmigungs- und Aufsichtsverfahren *	31,8	34,6	35,1	35,8	36,5
0130 Erneuerbare Energien *	6,1	5,2	5,2	5,2	5,2
Summe Maßnahmenbündel (teilweise*) * = Zahlungen aus einem Sondervermögen	39,4	41,8	42,3	42,9	43,6
Summe Aufgabenfeld (teilweise*) * = Zahlungen aus einem Sondervermögen	39,4	41,8	42,3	42,9	43,6

MU 15.3

Naturschutz und Landschaftspflege, Natura 2000

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen	1.NHPE 2010	HPE 2011	2012	Planung 2013	2014
0100 Maßnahmen des Naturschutzes					
0110 Ausweisung, Entwicklung und Pflege der Naturschutzgebiete sowie der Natura 2000-Gebiete	6,2	6,1	6,1	6,1	6,1
0120 Erschwernisausgleich und Vertragsnaturschutz	7,1	4,9	4,9	4,9	4,9
0130 Gewässerbezogene Naturschutzprogramme	1,6	2,2	2,2	2,2	2,2
0140 Schutz stark gefährdeter Arten und Schaffung eines Biotopverbundsystems	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1
Summe Maßnahmenbündel	15,9	14,2	14,2	14,2	14,2
0200 Nationalparke, Biosphärenreservate					
0210 Nationalpark Nieders. Wattenmeer	3,7	3,5	3,4	3,4	3,4
0220 Nationalpark Harz	7,6	7,3	7,2	7,2	7,2
0230 Biosphärenreservat Niedersächsische Elbetalaue	1,7	1,7	1,8	1,8	1,8
Summe Maßnahmenbündel	12,9	12,5	12,3	12,4	12,4
Summe Aufgabenfeld	28,8	26,7	26,6	26,6	26,6

Übergreifende Umweltschutzaufgaben und Verwaltung

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen	1.NHPE 2010	HPE 2011	2012	Planung 2013	2014
0100 Fördermaßnahmen					
0110 EU-Förderung (ELER und LIFE)	29,2	30,9	31,8	34,2	0,9
0120 Freiwilliges ökologisches Jahr	1,1	1,0	1,1	1,1	1,1
0140 Bingostiftung für Umwelt und Entwicklungszusammenarbeit	5,4	5,4	5,4	5,4	5,4
0150 Klimaschutz, Klimafolgen und Nachhaltigkeit	2,0	1,8	1,8	1,8	1,8
Summe Maßnahmenbündel	37,7	39,1	40,0	42,5	9,1
0200 Verwaltung					
0210 Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN)	63,3	61,9	60,1	60,2	60,2
0220 Ministerium für Umwelt und Klimaschutz	26,1	25,2	25,2	24,3	24,3
0230 Gewerbeaufsichtsämter	43,1	41,9	42,1	42,2	42,4
0240 Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz	1,9	1,9	2,0	2,1	2,1
0250 Globale Minderausgabe	-2,6	-2,7	-1,0	-1,3	-2,1
Summe Maßnahmenbündel	131,8	128,2	128,5	127,4	126,7
Summe Aufgabenfeld	169,5	167,3	168,5	169,8	135,8
Summe Aufgabenbereich (teilweise*) * = Zahlungen aus einem Sondervermögen	402,2	397,7	393,6	383,0	348,0

Querschnittsaufgaben

29.1

Zentrale Institutionen

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen	1.NHPE 2010	HPE 2011	2012	Planung 2013	2014
0100 Landtag					
0101 Aufwendungen für Abgeordnete	18,2	18,5	18,5	18,4	18,4
0102 Aufwendungen für frühere Abgeordnete und deren Hinterbliebene	8,5	8,7	8,7	10,4	8,7
0103 Staatliche Mittel für Parteien und Einzelbewerber	1,7	1,7	1,7	2,0	2,0
0104 Zahlungen an die Fraktionen des Landtages	6,9	7,0	7,0	7,0	7,0
0105 Landtagsverwaltung	13,4	12,6	12,4	12,5	12,2
Summe Maßnahmenbündel	48,7	48,5	48,2	50,3	48,3
0200 Staatskanzlei					
0201 Staatskanzlei	20,4	20,3	20,4	20,4	20,4
0212 Unterstützung der europäischen Integration, Vertretung des Landes bei der EU, Interregionale Beziehungen	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
0213 Internationale Beziehungen und Entwicklungszusammenarbeit, Humanitäre Hilfen	1,0	0,8	0,8	0,8	0,8
0220 Landesarchiv	11,3	10,8	10,8	10,8	10,8
0250 Globale Minderausgabe für den gesamten Epl.	-0,2	-0,2			
Summe Maßnahmenbündel	33,2	32,4	32,6	32,7	32,7
0300 Landesrechnungshof					
0301 Landesrechnungshof	11,5	11,7	11,5	11,5	11,5
Summe Maßnahmenbündel	11,5	11,7	11,5	11,5	11,5
0400 Staatsgerichtshof					
0401 Staatsgerichtshof in Bückeburg	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
Summe Maßnahmenbündel	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2

Fortsetzung

Fortsetzung					
Ausgaben (in Mio. EUR)	1.NHPE	HPE		Planung	
Vorhaben und Maßnahmen	2010	2011	2012	2013	2014
0500 Landeseigene Hochbaumaßnahmen - Einzelplan 20 -					
0501 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	45,4	31,2	37,0	37,0	37,0
0502 Hochbaumaßnahmen	104,2	68,2	41,4	11,7	11,7
Summe Maßnahmenbündel	149,5	99,4	78,4	48,7	48,7
Summe Aufgabenfeld	243,1	192,2	170,8	143,4	141,4

Kommunaler Finanzausgleich

Ausgaben (in Mio. EUR)	1.NHPE	HPE		Planung	
Vorhaben und Maßnahmen	2010	2011	2012	2013	2014
0100 Finanzausweisungen innerhalb des Steuerverbundes					
0103 Bedarfszuweisungen wegen außergewöhnlicher Lage oder aus Anlass besonderer Aufgaben	43,0	43,8	46,1	48,0	49,8
0105 Zuweisungen für Aufgaben des übertragene Wirkungskreises, investive Finanzhilfen und Schlüsselzuweisungen	2.672,2	2.716,6	2.858,0	2.976,5	3.088,5
0106 Sonstige Maßnahmen (z.B. Steuerverbundabrechnung)	-205,5				
Summe Maßnahmenbündel	2.509,7	2.760,3	2.904,1	3.024,5	3.138,3
0200 Sonstiger Finanzausgleich					
0201 Entschuldungshilfen für Gemeinden und Gemeindeverbände			35,0	35,0	20,0
0202 Ausgleichsleistungen aufgrund des Konnexitätsprinzips	24,4	26,9	27,0	27,0	27,0
Summe Maßnahmenbündel	24,4	26,9	62,0	62,0	47,0
Summe Aufgabenfeld	2.534,1	2.787,2	2.966,1	3.086,5	3.185,4

29.3

Zinsausgaben

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen	1.NHPE 2010	HPE 2011	2012	Planung 2013	2014
0100 Zinsen und Geldbeschaffungskosten					
0101 Zinsen für Kreditmarktmittel	1.880,3	2.124,5	2.389,3	2.456,2	2.432,7
0102 Geldbeschaffungskosten	33,2	45,1	25,8	20,5	36,7
Summe Maßnahmenbündel	1.913,5	2.169,6	2.415,1	2.476,6	2.469,4
0200 Zinsausgaben für sonstige Kredite					
0202 Sonstige Zinsausgaben	10,2	7,4	10,5	13,1	13,5
Summe Maßnahmenbündel	10,2	7,4	10,5	13,1	13,5
Summe Aufgabenfeld	1.923,8	2.177,0	2.425,5	2.489,7	2.482,9

29.4

Beamtenversorgung

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen	1.NHPE 2010	HPE 2011	2012	Planung 2013	2014
0100 Beamtenversorgung					
0101 Versorgungsbezüge	2.316,5	2.378,7	2.443,0	2.516,5	2.606,8
0102 Beihilfen, Unterstützungen, Unfallfürsorge	336,7	360,5	384,6	411,1	439,1
Summe Maßnahmenbündel	2.653,2	2.739,1	2.827,6	2.927,6	3.045,9
0200 Globale Personalmehrausgaben					
0201 Globale Personalmehrausgaben (teilweise in 2950 0408)			24,2	49,3	75,6
Summe Maßnahmenbündel			24,2	49,3	75,6
Summe Aufgabenfeld	2.653,2	2.739,1	2.851,8	2.976,9	3.121,5

Sonstige Aufgaben der allgemeinen Finanzverwaltung

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen	1.NHPE 2010	HPE 2011	2012	Planung 2013	2014
0100 Vermögens- und Beteiligungsverwaltung					
0101 Anspruch der Stiftung Volkswagen- werk auf den Dividendengegenwert	37,8	48,4	48,4	48,4	48,4
0102 Ablieferung der Bundesanteile an Zins- und Tilgungsrückflüssen aus dem Agrarbereich	9,0	8,9	8,9	8,8	8,8
0104 Sonstige Leistungen	1,5	1,6	1,5	1,2	1,2
Summe Maßnahmenbündel	48,3	58,9	58,8	58,4	58,4
0200 Liegenschaftsverwaltung					
0201 Liegenschaftsverwaltung	19,4	20,1	20,2	20,4	20,5
Summe Maßnahmenbündel	19,4	20,1	20,2	20,4	20,5
0300 Niedersächsische Staatsbäder					
0310 Aufwendungen für die Betriebsführung und Förderung von Investitionen der Staatsbäder	17,6	19,4	17,8	14,0	14,0
Summe Maßnahmenbündel	17,6	19,4	17,8	14,0	14,0
0400 Übrige Aufwendungen					
0402 Nachversicherung für ausscheidende Bedienstete	29,0	29,0	20,0	20,0	20,0
0403 Unfallversicherung für Angestellte und Arbeiter des Landes	8,1	8,1	8,1	8,1	8,1
0406 Verpflichtungen und Aufwendungen zur Vermeidung von Verlusten aus Bürgschaften	32,5	32,8	32,8	32,8	32,8
0408 Globale Mehr- und Minderausgaben	-125,5	-100,7	-320,3	-371,0	-372,1
0409 Sonstige Maßnahmen	11,4	12,4	31,7	50,2	71,6
Summe Maßnahmenbündel	-44,5	-18,5	-227,7	-259,8	-239,6
Summe Aufgabenfeld	40,8	79,9	-131,0	-167,1	-146,7

Konjunkturpaket II

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen	1.NHPE 2010	HPE 2011	2012	Planung 2013	2014
0100 Umsetzung des Konjunkturpaketes II					
0101 Investitionen des Landes aus dem Konjunkturpaket II	105,2				
0102 Zuweisungen an Kommunen aus dem Konjunkturpaket II	385,6				
Summe Maßnahmenbündel	490,8				
Summe Aufgabenfeld	490,8				
Summe Aufgabenbereich	7.885,7	7.975,5	8.283,3	8.529,5	8.784,4
Summe insgesamt (teilweise*)	24.895,4	24.776,8	25.282,1	25.598,6	25.636,6
* = Zahlungen aus einem Sondervermögen Abweichungen von den korrekten Beträgen durch Runden von Zahlen möglich					

Teil III

Tabellenanhang

Finanzierung der Ausgaberrahmen

Tabelle 1

- in Mio. EUR und Veränderung gegenüber Vorjahr -
(siehe auch Tabellen 6 und 8)

Art der Einnahmen		NHPE	HPE	Planungsjahre		
		2010	2011	2012	2013	2014
1. Steuern (HGr .0 ohne OGr. 09)	RV+NV P			16.774 0	17.540 0	18.253 0
	Summe	15.496,0	15.885,0 2,5 %	16.774 5,6 %	17.540 4,6 %	18.253 4,1 %
2. Steuerähnliche Abgaben (OGr. 09)	RV+NV P			115 0	106 0	106 0
	Summe	122,9	122,4 -0,4 %	115 -5,7 %	106 -7,8 %	106 0,0 %
3. Länderfinanzausgleich -LFA- (Gr. 212)	RV+NV P			304 0	342 0	373 0
	Summe	169,0	260,0 53,8 %	304 16,9 %	342 12,5 %	373 9,1 %
4. Bundesergänzungszuweisung - BEZ (Gr. 211 ohne Kfz-Steuer-Kompensation) -	RV+NV P			157 0	180 0	198 0
	Summe	64,0	130,0 103,1 %	157 20,8 %	180 14,6 %	198 10,0 %
5. Bundesmittel - ohne BEZ - (Gr. 151, 171, 211 (Kfz-Steuer- Kompensation), 221, 231, 291, 311 u. 331)	RV+NV P			2.865 37	2.842 75	2.822 117
	Summe	2.727,9	2.842,4 4,2 %	2.902 2,1 %	2.917 0,5 %	2.939 0,7 %
6. Sonstige Einnahmen (ohne Kreditmarktmittel und Entnahme aus der allgemeinen Rücklage)	RV+NV P			2.734 0	2.723 0	2.465 0
	Summe	3.232,8	3.287,0 1,7 %	2.734 -16,8 %	2.723 -0,4 %	2.465 -9,5 %
Summe 1 - 6	RV+NV P			22.949 37	23.734 75	24.217 117
	Summe	21.812,6	22.526,7 3,3 %	22.987 2,0 %	23.809 3,6 %	24.334 2,2 %
7. Entnahme aus der allgem. Rücklage		730,0	247,0	0	0	0
8. Nettokrediteinnahme gem. HG		2.300,0	1.950,0 -15,2 %	1.600 -17,9 %	1.250 -21,9 %	900 -28,0 %
9. Gesamteinnahmen	RV+NV P			22.949 1.637	24.984 1.325	25.117 1.017
	Summe	24.842,6	24.723,7 -0,5 %	24.587 -0,6 %	25.059 1,9 %	25.234 0,7 %

nachrichtlich:

10. Nettokrediteinnahme gemäß Ziff. 8		2.300	1.950 -15,2 %	1.600 -17,9 %	1.250 -21,9 %	900 -28,0 %
11. Refinanzierung der Tilgungen		6.648	5.984 -10,0 %	5.152 -13,9 %	4.092 -20,6 %	6.437 57,3 %
12. Bruttokreditaufnahme		8.948	7.934 -11,3 %	6.752 -14,9 %	5.342 -20,9 %	7.337 37,3 %

Abweichungen durch Runden der Zahlen

Tabelle 2

Entwicklung der Ausgaben und Ausgaberrahmen
- in Mio. EUR und Veränderung gegenüber Vorjahr -

Art der Ausgaben		NHPE	HPE	Planungsjahre		
		2010	2011	2012	2013	2014
1. Persönliche Verwaltungsausgaben (HGr. 4)	RV+NV P			9.805 0	10.014 0	10.215 0
	Summe	9.548,0	9.606,0 0,6 %	9.805 2,1 %	10.014 2,1 %	10.215 2,0 %
2. Sächliche Verwaltungsausgaben (OGr. 51-54)	RV+NV P			1.345 2	1.353 2	1.340 3
	Summe	1.421,6	1.342,4 -5,6 %	1.347 0,3 %	1.355 0,6 %	1.343 -0,9 %
3. Schuldendienst (OGr. 56-59)	RV+NV P			2.426 0	2.490 0	2.483 0
	Summe	1.923,8	2.177,0 13,2 %	2.426 11,4 %	2.490 2,6 %	2.483 -0,3 %
4. Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke mit Ausnahme für Investitionen (HGr. 6)	RV+NV P			10.211 52	10.468 62	10.616 69
	Summe	9.545,9	9.864,9 3,3 %	10.263 4,0 %	10.530 2,6 %	10.685 1,5 %
5. Bauausgaben (HGr. 7)	RV+NV P			128 8	46 77	42 77
	Summe	279,5	189,3 -32,3 %	136 -27,9 %	123 -9,7 %	119 -3,1 %
6. Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (HGr. 8)	RV+NV P			1.296 78	1.209 121	1.081 191
	Summe	1.987,4	1.428,3 -28,1 %	1.375 -3,8 %	1.331 -3,2 %	1.272 -4,4 %
7. Besondere Finanzierungsvorgänge (HGr. 9)	RV+NV P			-122	-297 0	-534 1
	Summe	136,3	115,9 -15,0 %	-122 -205,7 %	-297 -142,2 %	-533 -79,7 %
<u>davon:</u>						
- Zuführung an die allgem. Rücklage (Gr. 911)		0,0	0,0	0	0	0
- Globale Minderausgaben (Gr. 972)		-221,0	-246,2	-481	-647	-730
- haushaltstechn. Verrechng. (OGr. 98)		204,7	208,2	201	189	188
- Fehlbetragsabdeckung Vorj. (Gr. 960)		0,0	0,0	0	0	0
8. Gesamtausgaben	RV+NV P			25.088 141	25.283 263	25.243 341
	Summe	24.842,6	24.723,7 -0,5 %	25.229 2,0 %	25.546 1,3 %	25.584 0,1 %
abzüglich Gesamteinnahmen Tab.1 Ziff.9		24.842,6	24.723,7	24.587	25.059	25.234
Differenz		0,0	0,0	-642	-487	-349

Abweichungen durch Runden der Zahlen

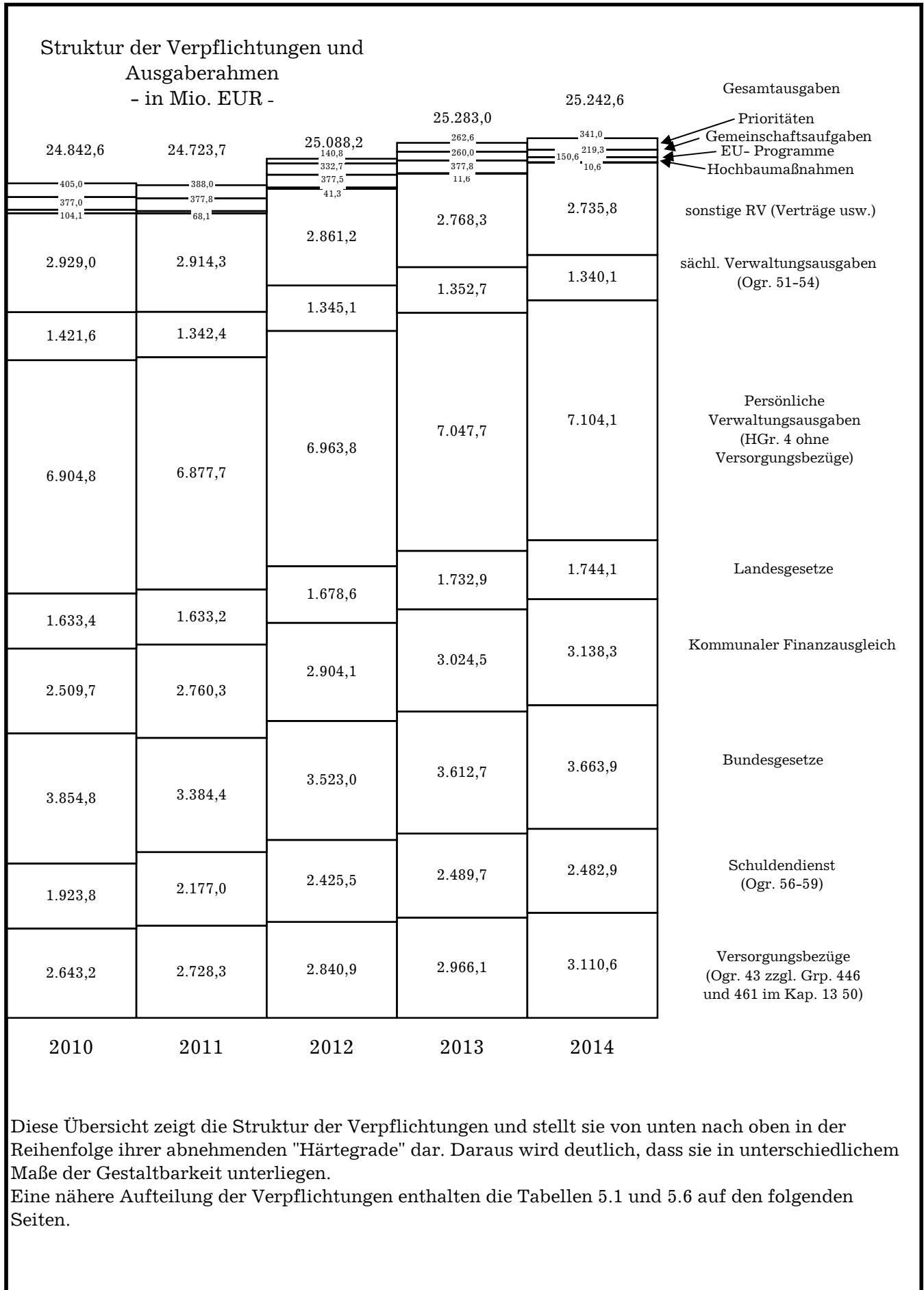
Struktur der Ausgaben (RV+NV+P)

- in Mio. EUR und Anteile -

	NHPE		HPE		Planungsjahre					
	2010		2011		2012		2013		2014	
	Betrag	%	Betrag	%	Betrag	%	Betrag	%	Betrag	%
Gesamtausgaben (formal)	24.842,6	100,0	24.723,7	100,0	25.229	100,0	25.546	100,0	25.584	100,0
<u>davon:</u>										
Personalausgaben (HGr.4)	9.548,0	38,4	9.606,0	38,9	9.805	38,9	10.014	39,2	10.215	39,9
KFA (Zahlungen innerhalb des Steuerverbundes)	2.509,7	10,1	2.760,3	11,2	2.904	11,5	3.025	11,8	3.138	12,3
Zinsausgaben (OGr. 56 + 57)	1.923,3	7,7	2.176,6	8,8	2.425	9,6	2.489	9,7	2.483	9,7
Sächliche Verw.-Ausgaben	1.421,6	5,7	1.342,4	5,4	1.347	5,3	1.355	5,3	1.343	5,2
<u>ohne HGr.4 und OGr. 51-57:</u>										
Sozialhilfe (05 30)	1.743,0	7,0	1.786,9	7,2	1.862	7,4	1.936	7,6	2.012	7,9
Zuweisungen an Universitäten, Fachhochschulen u. Uni-Kliniken (ohne GA)	1.640,9	6,6	1.626,7	6,6	1.610	6,4	1.605	6,3	1.597	6,2
Hartz IV (Zuweis. Komm.Träger)	466,0	1,9	466,0	1,9	466	1,8	466	1,8	466	1,8
Förderung des ÖPNV										
- nach dem AEG (Bahnreform)	215,3	0,9	208,7	0,8	210	0,8	211	0,8	212	0,8
- nach dem EntflechtG/GVFG	62,9	0,3	88,3	0,4	88	0,3	85	0,3	85	0,3
- Regionalisierungsgesetz	54,0	0,2	92,3	0,4	96	0,4	100	0,4	104	0,4
-sonst. ÖPNV- u. SPNV-Förderung	56,5	0,2	56,0	0,2	57	0,2	57	0,2	58	0,2
Offensive "Kinder- und familienfreundliches Niedersachsen"										
-Finanzhilfen gem. Gesetz über KiTa	329,5	1,3	386,7	1,6	419	1,7	457	1,8	462	1,8
-Inv.Programm des Bundes 2008-2013	36,0	0,1	35,3	0,1	35	0,1	34	0,1	0	0,0
-Sonstige Förderungen	43,5	0,2	10,5	0,0	10	0,0	10	0,0	8	0,0
Gemeinschaftsaufgaben (GA)	405,0	1,6	388,0	1,6	389	1,5	358	1,4	370	1,4
Leistungen an Privatschulen	279,8	1,1	279,1	1,1	289	1,1	298	1,2	305	1,2
Krankenhausfinanzierung	279,2	1,1	238,7	1,0	229	0,9	252	1,0	261	1,0
Ausbildungsförderung (06 05)	209,8	0,8	193,4	0,8	275	1,1	279	1,1	281	1,1
Überregionale Forschungsförderung	167,2	0,7	197,7	0,8	194	0,8	200	0,8	200	0,8
Wohngeld	202,0	0,8	186,0	0,8	186	0,7	186	0,7	186	0,7
Regionale Wirtschaftsförderprogr. 2007-2013	170,1	0,7	167,4	0,7	164	0,7	161	0,6	98	0,4
Bauausgaben (HGr.7 ohne GA, ohne Tiefwasserhafen)	181,9	0,7	131,8	0,5	109	0,4	99	0,4	95	0,4
EU-Mittel, u.a. für ELER und EGFL	145,1	0,6	149,7	0,6	153	0,6	158	0,6	4	0,0
Theaterförderung	119,8	0,5	120,0	0,5	122	0,5	123	0,5	122	0,5
Hochschulpakt 2020	47,7	0,2	88,6	0,4	119	0,5	136	0,5	149	0,6
Maßregelvollzug	102,6	0,4	104,4	0,4	106	0,4	108	0,4	110	0,4
Wohnungsbau / Städtebau	116,6	0,5	111,8	0,5	107	0,4	100	0,4	87	0,3
Umsetzung des Konjunkturpaketes II	490,8	2,0		0,0		0,0		0,0		0,0
Unterhaltsvorschüsse und -ausfälle	83,5	0,3	83,3	0,3	83	0,3	83	0,3	83	0,3
Kommunaler Straßenbau und Landesstraßenbau (HGr. 8)	83,4	0,3	81,0	0,3	81	0,3	80	0,3	80	0,3
Landesbetrieb f. Wasserwirtschaft	81,0	0,3	77,6	0,3	77	0,3	77	0,3	77	0,3
Kosten für Asylbewerber (03 26)	86,5	0,3	65,8	0,3	73	0,3	76	0,3	81	0,3
Landwirtschaftskammer, Deula - Verwaltungskosten u.a. -	67,4	0,3	69,0	0,3	69	0,3	69	0,3	70	0,3
Zuweisungen u.a. aus den Gemeinschaftsinitiativen der EU-Förderung für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	72,9	0,3	70,0	0,3	66	0,3	65	0,3	55	0,2
Erwachsenenbildung	55,3	0,2	53,4	0,2	53	0,2	53	0,2	53	0,2
Niedersachsen Ports GmbH & Co. KG	115,6	0,5	58,6	0,2	40	0,2	21	0,1	21	0,1
Investitionen für die Landespolizei	43,8	0,2	67,8	0,3	51	0,2	41	0,2	41	0,2
Dividendenanspruch VW-Stiftung	37,8	0,2	48,4	0,2	48	0,2	48	0,2	48	0,2
Wirtschaftsförderfonds - Zuführung	43,7	0,2	45,0	0,2	45	0,2	45	0,2	45	0,2
Religionsgemeinschaften	41,3	0,2	41,0	0,2	41	0,2	41	0,2	41	0,2
Landespflegegesetz	38,1	0,2	34,0	0,1	35	0,1	36	0,1	37	0,1
zusammen	23.817,9	95,9	23.794,3	96,2	24.539	97,3	25.037	98,0	25.185	98,4

Abweichungen durch Runden der Zahlen

4. Grafik



Übersichten über die Verpflichtungen

Tabelle 5.1

Struktur der Verpflichtungen

- in Mio. EUR -

	NHPE*) 2010		HPE *) 2011		Planungsjahre					
	Mio. €	Anteil in v.H.	Mio. €	Anteil in v.H.	2012		2013		2014	
					Mio. €	Anteil in v.H.	Mio. €	Anteil in v.H.	Mio. €	Anteil in v.H.
Persönliche Verwaltungsausgaben (HGr. 4)	9.548,0	38,4	9.606,0	38,9	9.804,8	39,1	10.013,7	39,6	10.214,7	40,5
Sächliche Verwaltungsausgaben (OGr. 51 – 54)	1.421,6	5,7	1.342,4	5,4	1.345,1	5,4	1.352,7	5,4	1.340,1	5,3
Schuldendienst (OGr. 56 – 59)	1.923,8	7,7	2.177,0	8,8	2.425,5	9,7	2.489,7	9,8	2.482,9	9,8
Kommunaler Finanzausgleich (13 12 TGr. 81 bis 84 und 13 12 - 633 13)	2.509,7	10,1	2.760,3	11,2	2.904,1	11,6	3.024,5	12,0	3.138,3	12,4
Gemeinschaftsauf- gaben (Tabelle 5.2)	405,0	1,6	388,0	1,6	332,7	1,3	260,0	1,0	219,3	0,9
Bundesgesetze (Tabelle 5.3)	3.854,8	15,5	3.384,4	13,7	3.523,0	14,0	3.612,7	14,3	3.663,9	14,5
Landesgesetze (Tabelle 5.4)	1.633,4	6,6	1.633,2	6,6	1.678,6	6,7	1.732,9	6,9	1.744,1	6,9
Hochbaumaßnahmen – Epl. 20 – (ohne GA)	104,1	0,4	68,1	0,3	41,3	0,2	11,6	0,0	10,6	0,0
Sonstige Rechts- verpflichtungen – Verträge, VE usw. (Tabelle 5.5)	2.929,0	11,8	2.914,3	11,8	2.861,2	11,4	2.768,3	10,9	2.735,8	10,8
EU-Programme (Förderperiode 2007- 2013 s. auch Teil II – Aufgabenplanung)	377,0	1,5	377,8	1,5	377,5	1,5	377,8	1,5	150,6	0,6
Besondere Finan- zierungsvorgänge (Se. HGr. 9 soweit oben nicht enthalten)	-41,4	-0,2	-66,5	-0,3	-301,7	-1,2	-451,0	-1,8	-534,7	-2,1
Sonstige	177,8	0,7	138,6	0,6	96,1	0,4	90,0	0,4	76,8	0,3
Summe: (RV/NV – Ansätze lt. Mipla)	24.842,6	100,0	24.723,7	100,0	25.088,2	100,0	25.283,0	100,0	25.242,6	100,0
Nachrichtlich: Gesamtausgaben = Ausgabenrahmen	24.842,6		24.723,7		25.229,0		25.545,6		25.583,6	

Abweichungen durch Runden der Zahlen

Die Zahlen dieser Tabelle sind ebenfalls in der Grafik – Struktur der Verpflichtungen und Rahmen – auf der vorhergehenden Seite dargestellt.

*) Haushaltsansatz enthält teilweise auch Prioritäten

Tabelle 5.2

Gemeinschaftsaufgaben
- in Mio. EUR -

Maßnahme (Epl.)		NHPE 2010		HPE 2011		2012		Planung 2013		2014	
		EBM	ABM + ALM	EBM	ABM + ALM	EBM	ABM + ALM	EBM	ABM + ALM	EBM	ABM + ALM
Hochschulbau/ Forschungsbau und Großgeräte (Epl. 06)	RV/NV P	91,2	159,5	114,1	150,2	123,5	159,2	131,0	147,8	135,8	159,7
	Se	91,2	159,5	114,1	150,2	123,5	159,2	131,0	147,8	135,8	159,7
Verbesserung der der regionalen Wirtschaftsstruktur (Epl. 08)	RV/NV P	41,0	81,9	39,8	79,6	28,9 4,4	57,9 8,8	23,0 0,2	46,1 0,3	14,0 9,3	27,9 18,6
	Se	41,0		39,8		33,3	66,7	23,2	46,4	23,2	46,5
Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (Epl. 09/15)	RV/NV P	104,3	163,6	101,1	158,2	73,4 30,9	115,7 47,9	41,0 63,3	66,2 97,4	19,4 84,9	31,6 132,0
	Se	104,3		101,1		104,3	163,6	104,3	163,6	104,3	163,6
Gesamtvolumen	RV/NV P	236,5	405,0	255,0	388,0	225,9 35,3	332,7 56,7	195,3 63,5	260,0 97,8	169,1 94,2	219,3 150,5
	Se	236,5	405,0	255,0	388,0	261,2	389,5	258,5	357,7	263,3	369,8

EBM = Einnahmen (Bundesmittel), ABM + ALM = Ausgaben (Bundes- und Landesmittel)
Abweichungen durch Runden der Zahlen

Verpflichtungen aufgrund von Bundesgesetzen (ohne HGr. 4 und 5)

- in Mio. EUR -

Haushaltsstelle	Bezeichnung	NHPE*)	HPE *)	Planungsjahre **)		
		2010	2011	2012	2013	2014
01 01 - 684 10	Staatliche Finanzierung der Parteien	1,7	1,7	1,7	2,0	2,0
03 02 - 633 10	Erstattungen gem. Gräbergesetz	2,2	2,2	2,2	2,2	2,2
03 02 - 633 12	Zuweis. an Gemeinden (1.SED UnBerG)	6,6	6,6	6,6	6,6	6,6
03 02 - 634 10	Finanzzuweisungen an den Lastenausgleichsfonds	1,2	1,0	0,8	0,7	0,5
Kapitel 03 15	Wiedergutmachung (Bundesentschädigungsgesetz)	20,0	18,3	16,9	16,0	15,1
Kapitel 03 28	Zentrale Aufnahme- u. Ausländerbehörde	2,3	2,0	1,9	1,9	1,9
	nachrichtlich Prioritätsbeträge			0,1	0,1	0,1
05 02 - 636 10	Unfallversicherung f. Schüler	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
05 02 - 636 11	Unfallversicherung f. Küstenfischer	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
05 05 TGr. 62/63	Wohngeld	202,0	186,0	186,0	186,0	186,0
05 05 TGr. 66	Grundsicherung (Bundesanteil)	330,0	330,0	330,0	330,0	330,0
05 07 - 663 10	Neue Wohnungsbauprogramme	29,9	26,0	19,8	10,0	3,3
05 11 TGr. 68	Förderung von Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5
05 11 TGr. 73	Hilfe für Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0
05 20 - 636 10	Ersatz an Krankenkassen gem. § 20 BVG	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4
05 20 TGr. 67	Leistungen nach dem OEG	19,2	20,1	21,0	21,9	22,8
05 22 / 05 23	Leistungen nach dem BSHG an Schülerinnen und Schüler der Landesbildungszentren für Hörgeschädigte oder des Landesbildungszentrum für Blinde	5,5	5,3	4,1	4,1	4,1
	nachrichtlich Prioritätsbeträge			1,2	1,2	1,2
Kapitel 05 30	Sozialhilfe, Quotales System	1.743,0	1.786,9	1.862,1	1.935,8	2.012,3
05 36 - 631 10	Abführungen der Eigenbeteiligungsbeträge der Schwerbehinderten für die unentgeltliche Beförderung an Bund	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
05 36 - 682 10	Erstattung von Fahrgeldausfall an die Verkehrsträger für die Beförderung von Schwerbehinderten	21,6	22,1	22,7	23,4	24,1
Kapitel 05 38	Kriegsopferfürsorge	38,2	35,9	35,9	33,9	33,9
05 40 - 633 10	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Gemeinden (GV) für die Wahrnehmung des hafenäztlichen Dienstes	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
05 40 - TGr. 62	Leistungen nach dem Infektionsschutzgesetz	8,9	9,1	9,3	9,4	9,6
05 40 TGr. 67/68 bis 74/75	Gesetz über die wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser (KHG)	279,2	238,7	229,1	251,7	261,1
05 72 - 633 11	Jugendhilfe; Erstattung an Gemeinden (GV) für Hilfen an Minderjährige	4,9	4,6	4,6	4,6	4,6
05 74 TGr. 66	Investitionsprogramm des Bundes „Kinderbetreuungsfinanzierung“	10,8				
05 74 TGr. 72	Unterhaltsvorschüsse und -ausfälle	83,5	83,3	83,3	83,3	83,3
06 02 - 636 01	Unfallversicherung für Studierende an den vom Land getragenen Hochschulen und Stiftungen	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5

*) Haushaltsansatz enthält teilweise auch Prioritäten

**) Die Planungsjahre wurden um die im Datenbestand enthaltenen Prioritätsbeträge i.H.v. 4,5 / 3,9 / 3,9 Mio. € bereinigt, da in dieser Tabelle im Gegensatz zur Aufgabenplanung im Teil II nur Verpflichtungen dargestellt werden.

Tabelle 5.3

Verpflichtungen aufgrund von Bundesgesetzen (ohne HGr. 4 und 5)

- in Mio. EUR -

Haushaltsstelle	Bezeichnung	NHPE*)	HPE *)	Planungsjahre **)		
		2010	2011	2012	2013	2014
06 05 TGr. 61/62	Ausbildungsförderung (BAföG) für Schüler	75,1	35,7	35,7	35,7	35,7
06 05 TGr. 61/62	Ausbildungsförderung (BAföG) für Studierende	108,8	129,9	202,0	205,8	208,4
06 05 TGr. 64	Besondere Kosten der Ausbildungsförderung	11,1	13,0	22,4	22,4	22,4
07 02 - 636 01	Unfallversicherung für Schüler und Studenten	4,5	4,6	4,6	4,6	4,6
07 74 TGr. 74	Investitionsprogramm des Bundes „Kinderbetreuungsfinanzierung“	25,2	35,3	34,6	33,9	
08 01 TGr. 62	Kosten der Flugaufsicht	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
08 02 TGr. 61	Maßnahmen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)	16,9	18,2	18,4	18,4	18,4
08 03 TGr. 63	Gesetzliche Ausgleichszahlungen an nicht bundeseigene Eisenbahnen	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4
08 03 TGr. 84	Förderung von Investitionen des ÖPNV, Grundlage GVFG (Baumaßnahmen Bundesplafond)	13,5	38,9	38,9	36,1	36,1
08 03 TGr. 85	Förderung des ÖPNV nach dem EntflechtG	31,3	28,7	30,8	46,4	46,4
08 03 TGr. 86	Förderung des ÖPNV - gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen	82,0	81,0	80,0	79,0	78,0
08 03 TGr. 87	Förderung sonstiger Maßnahmen zur Verbesserung des ÖPNV	49,4	48,9	49,6	50,2	50,8
08 03 TGr. 89	Förderung des ÖPNV - Fahrzeugbeschaffung	18,1	20,7	18,6	3,0	3,0
08 03 TGr. 90	Förderung des ÖPNV nach dem Regionalisierungsgesetz - Baumaßnahmen	34,0	60,5	78,9	100,0	104,0
08 03 - 891 91	Förderung des ÖPNV nach dem Regionalisierungsgesetz - Fahrzeugbeschaffungsprogramm	20,0	31,8	17,2		
08 20 - 883 10	Zuweisungen an Gemeinden f. Straßenbaumaßnahmen/Eisenbahnkreuzung nachrichtlich Prioritätsbeträge	3,1	2,1	0,4 1,6	0 1,0	0 1,0
09 02 - 671 20	Ausgaben - Registrierungspflicht	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
09 02 - 686 63	Ausgaben - Bundesbodenschutzgesetz	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5
09 03 TGr. 92 bis 95	Zuschüsse an Privatwaldbesitzer nachrichtlich Prioritätsbeträge	2,4	2,0	0,5 1,6	0,2 1,6	0,3 1,7
11 16 bis 11 21 - 681 11	Entschädigungen/Strafsachen	3,4	3,3	3,3	3,3	3,3
13 02 - 681 59	Ausgaben im Zusammenhang mit Erbschaften	2,7	4,2	4,2	4,2	4,2
13 50 TGr. 65	Erstattung von anteiligen Versorgungsbezügen (G-131 sowie BWGöD)	7,7	8,7	8,7	8,7	8,7
13 98 - TGr. 61	Investitionsausgaben im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket II	490,8				
15 01 TGr. 61	Abzuführende Endlagerpauschale	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
15 52 TGr. 84 u.a.	Verwendung der Abwasserabgabe	13,7	14,5	14,7	14,9	14,9
15 54 TGr. 62	Beseitigung von Hochwasserschäden (Aufbauhilfefonds)	7,8				
	Summe	3.854,8	3.384,4	3.523,0	3.612,7	3.663,9
	nachrichtlich Prioritätsbeträge			4,5	3,9	3,9

Abweichungen durch Runden der Zahlen

*) Haushaltsansatz enthält teilweise auch Prioritäten

**) Die Planungsjahre wurden um die im Datenbestand enthaltenen Prioritätsbeträge i.H.v. 4,5 / 3,9 / 3,9 Mio. € bereinigt, da in dieser Tabelle im Gegensatz zur Aufgabenplanung im Teil II nur Verpflichtungen dargestellt werden.

Verpflichtungen aufgrund von Landesgesetzen (ohne HGr. 4 und 5)
 - in Mio. EUR -

Haushaltsstelle	Bezeichnung	NHPE*)	HPE *)	Planungsjahre **)		
		2010	2011	2012	2013	2014
01 01 - 684 11	Zahlungen an die Fraktionen	6,9	7,0	7,0	7,0	7,0
03 02 - 633 11	Verwaltungskosten der Ausgleichsbehörden	1,5	1,5	1,0		
03 02 - 685 12	Landeszuschuss Kommunalprüfungsanstalt	4,5	4,2	3,9	3,6	3,3
03 02 TGr. 61	Erstattung von Wahlkosten	1,4	0	2,2	15,5	5,2
03 02 TGr. 69	Suchtprävention-Glücksspielwesen	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9
Kapitel 03 07	Brandschutz nachrichtlich Prioritätsbeträge	31,2	31,1	30,6 0,5	30,6 0,5	30,6 0,5
Kapitel 03 26	Kosten für Asylbewerber, Asylberechtigte und ausländische Flüchtlinge	86,5	65,8	73,2	76,3	81,3
05 02 - 633 10	Ausgleichsleistungen aufgrund des Nds. Behindertengleichstellungsgesetzes	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
05 05 - 613 66	Grundsicherung (Landesanteil)	136,0	136,0	136,0	136,0	136,0
Kapitel 05 07	Sozialer Wohnungsbau	16,4	9,5	8,3	8,1	7,8
05 36 - 633 10	Landesblindengeld	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0
05 36 - 671 12	Nds. Maßregelvollzugsgesetz	102,6	104,4	106,3	108,3	110,3
05 36 TGr. 86 bis 88 und 90 bis 92	Zuschüsse zu den Investitionsfolgekosten nach dem Nds. Landespflegegesetz nachrichtlich Prioritätsbeträge	38,1	34,0	34,3 0,6	33,5 2,4	34,5 2,4
05 40 TGr. 90	Kooperation der norddeutschen Länder durch gemeinsame Aufgabewahrnehmung auf verschiedenen Gebieten des Gesundheitswesens	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3
05 73 - 684 10	Zuschüsse gem. §§ 6 und 7 Jugendförderungsgesetz (JFG)	6,4	6,5	6,6	6,7	6,7
06 05 - 685 01	Finanzhilfe für die Studentenwerke gem. § 70 NHG	14,5	14,5	14,5	14,5	14,5
Kapitel 06 75	Förderung der Kunst, Kultur- und Heimatpflege allgemein	16,6	16,0	16,1	15,9	15,4
Kapitel 06 80	Erwachsenenbildung	55,5	53,6	53,6	53,5	53,5
	Leistungen nach dem NSchG					
07 07 - 684 13 u.a.	- an allgemeinbildende Schulen	139,0	137,5	144,6	150,3	154,8
07 07 - 684 14	- an berufsbildende Schulen	62,0	61,9	63,2	63,8	64,4
07 07 - 684 16 und 684 17	- an Ersatzschulen (Konkordatsschulen)	26,0	25,4	25,7	25,9	26,2
07 07 - 684 18	- für Sonderschulen	52,3	53,5	55,9	57,8	59,7
07 74 TGr. 70/71	Kindertagesstätten	329,5	386,7	418,7	457,0	461,6
07 85 - 684 10 u.a.	Stiftung Nieders. Gedenkstätten	2,5	2,2	2,2	2,0	2,0
08 02 - 884 10 u.a.	Zuführung an den Wirtschaftsförderfonds	51,7	52,0	52,0	52,0	52,0
08 02 - 831 80	Kapitalzuführung an die Stiftung Zukunfts- und Innovationsfonds Nds.	20,0				
08 03 TGr. 64	Zuschüsse zu den Betriebskosten von Eisenbahnunternehmen des privaten Rechts im Rahmen der Bahnreform	133,3	127,7	129,6	131,6	133,6

*) Haushaltsansatz enthält teilweise auch Prioritäten

**) Die Planungsjahre wurden um die im Datenbestand enthaltenen Prioritätsbeträge i.H.v. 3,9 / 6,2 / 6,8 Mio. € bereinigt, da in dieser Tabelle im Gegensatz zur Aufgabenplanung im Teil II nur Verpflichtungen dargestellt werden.

Tabelle 5.4

Verpflichtungen aufgrund von Landesgesetzen (ohne HGr. 4 und 5)
- in Mio. EUR -

Haushaltsstelle	Bezeichnung	NHPE*)	HPE *)	Planungsjahre **)		
		2010	2011	2012	2013	2014
09 02 TGr. 81	Erstattung an die Tierseuchenkasse nachrichtlich Prioritätsbeträge	9,8	8,8	6,1 2,7	6,1 3,1	6,1 3,7
09 03 - 685 11 u.a.	Zuschüsse an die Landwirtschafts- kammer und Deula-Lehranstalten nachrichtlich Prioritätsbeträge	67,1	68,6	68,5 0	68,9 0,1	69,2 0,1
09 03 - 686 13	Zuschüsse an Rennvereine	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
09 03 TGr. 81	Förderung der Milchwirtschaft	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5
09 03 TGr. 83	Absatzförderung ernährungs- wirtschaftlicher Erzeugnisse nachrichtlich Prioritätsbeträge	0,4	0,3	0,1 0,1	0 0,2	0 0,2
09 03 TGr. 91	Förderung des Jagdwesens	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9
09 80 - 682..	Finanzhilfen für die Anstalt der niedersächsischen Landesforsten	24,0	22,5	22,5	22,5	22,5
13 12 - 633 12	Zusatzleistungen für Systembetreuung an Schulen	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
13 12 - 633 14	Ausgleichsleistungen aufgrund des Konnexitätsprinzips	24,4	26,9	27,0	27,0	27,0
13 50 - 633 11	Erstattung von Versorgungslasten gem. §§ 107b und 107c BeamtVG	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
15 20 - 683 12	Erschwernisausgleich gem. § 52 NNatG	1,8	1,2	1,2	1,2	1,2
15 20 TGr. 62	Naturschutzprogramm	1,6	2,2	2,2	2,2	2,2
15 20 TGr. 65	Für Bestandserfassung an NLWKN	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3
15 20 TGr. 67/70	Ausweisung, Entwicklung und Pflege der Naturschutz- und Natur 2000- Gebiete einschließlich Naturschutzstationen	3,3	3,7	3,7	3,7	3,7
15 24 - 632 02	Nationalpark Harz, Zusammenarbeit mit Sachsen-Anhalt	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
15 52 - TGr. 70 u.72	Umsetzung von Maßnahmen gem. WRRL	4,8	5,7	9,5	9,0	9,0
15 56 - 631 10 u.a.	Verwendung der Wasserentnahme- gebühr	43,8	43,9	36,3	27,1	27,4
Epl. 02, 03, 05, 06, 13 und 15	Zweckgebundene Verwendung der Toto-Lotto-Mittel	70,5	70,6	68,0	67,5	67,5
Epl. 05, 06, und 15	Zweckgebundene Verwendung der Spielbankabgabe	8,5	8,7	8,7	8,7	8,7
	Summe nachrichtlich Prioritätsbeträge	1.633,4	1.633,2	1.678,6 3,9	1.732,9 6,2	1.744,1 6,8

Abweichungen durch Runden der Zahlen

*) Haushaltsansatz enthält teilweise auch Prioritäten

**) Die Planungsjahre wurden um die im Datenbestand enthaltenen Prioritätsbeträge i.H.v. 3,9 / 6,2 / 6,8 Mio. € bereinigt, da in dieser Tabelle im Gegensatz zur Aufgabenplanung im Teil II nur Verpflichtungen dargestellt werden.

Verpflichtungen aufgrund von Verträgen, Verpflichtungsermächtigungen usw. (ohne HGr. 4 und 5)
 - in Mio. EUR -

Haushaltsstelle	Bezeichnung	NHPE*)	HPE*)	Planungsjahre **)		
		2010	2011	2012	2013	2014
03 02 - 632 10	Zuweisungen an die Hochschule in Speyer	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
03 02 - 685 11	Zuschüsse zur Betreuung jüdischer Friedhöfe	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
03 02 TGr. 64	Zuweisungen für den Katastrophenschutz nachrichtlich Prioritätsbeträge	2,9	2,9	2,9 0,0	2,9 0,0	2,9 0,0
03 02 TGr. 81 bis 85	Integration und Betreuung von Ausländern	2,9	0,4	0,1	0,1	0,1
03 17 - 682 .. und 891 ..	Zuschuss an den Landesbetrieb „Landesvermessung und Geobasisinformation Niedersachsen“	18,9	20,3	20,3	20,3	20,3
03 18 - 812 10	Investitionen der Vermessungs- und Katasterverwaltung	1,4	1,0	1,0	1,0	1,0
03 20 - 632 10	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder (Polizei)	3,1	3,0	3,0	3,0	3,0
03 20 - 81. ..	Erwerb beweglicher Sachen für die Polizei	43,8	67,8	50,9	41,5	41,5
03 21 - 682 10	Zuführung an den Landesbetrieb „Logistikzentrum Niedersachsen“	2,6	2,0	1,5	1,0	0,0
03 33 - 682 10	Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie	35,0	54,1	30,8	23,2	22,7
04 06 - 632 01	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Bundesländer	1,8	1,7	1,7	1,7	1,7
04 06 - 81. ..	Erwerb von Geräten (Finanzämter) nachrichtlich Prioritätsbeträge	10,9	10,1	0,1 11,4	0,1 5,3	0,1 5,3
04 10 - 81. ..	Erwerb von Geräten (Hochbauverwaltung)	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3
05 05 - 685 21	Zuschuss Institut für Bautechnik	0,5	0,6	0,6	0,6	0,6
Kapitel 05 08	Städtebausanierung nachrichtlich Prioritätsbeträge	70,4	76,3	75,0 3,7	58,9 22,6	30,8 45,4
05 21 - 682 10	Zuführungen an die Landeskrankenhäuser	1,6	1,5	1,5	1,5	1,5
05 40 - 685 11	Zuschüsse zur gesundheitlichen Aufklärung nachrichtlich Prioritätsbeträge	0,3	0,3	0,0 0,3	0,0 0,3	0,0 0,3
05 40 - 685 15	Zuschüsse an die Akademie für öffentl. Gesundheitswesen	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
05 40 TGr. 85	Maßnahmen zur AIDS-Bekämpfung nachrichtlich Prioritätsbeträge	1,5	1,5	0,0 1,5	0,0 1,5	0,0 1,5
05 40 TGr. 88	Maßnahmen zur Suchtbekämpfung nachrichtlich Prioritätsbeträge	7,2	7,2	0,0 7,2	0,0 7,1	0,0 7,1
05 73 TGr. 75 und 80	Förderung des Gesamtprogramms der Jugendsozialarbeit/Jugendarbeitslosigkeit	15,1	15,1	15,1	15,1	15,1
06 02 - 632 01	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die ZVS	0,9				
06 02 - 685 27	Zuschuss des Landes Niedersachsen zu den Kosten der Büchereizentrale Lüneburg	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0

*) Haushaltsansatz enthält teilweise auch Prioritäten

**) Die Planungsjahre wurden um die im Datenbestand enthaltenen Prioritätsbeträge i.H.v. 38,7 / 116,7 / 139,3 Mio. € bereinigt, da in dieser Tabelle im Gegensatz zur Aufgabenplanung im Teil II nur Verpflichtungen dargestellt werden.

Tabelle 5.5

Verpflichtungen aufgrund von Verträgen, Verpflichtungsermächtigungen usw. (ohne HGr. 4 und 5)

- in Mio. EUR -

Haushaltsstelle	Bezeichnung	NHPE*)	HPE*)	Planungsjahre **)		
		2010	2011	2012	2013	2014
06 02 TGr. 87	Förderung wissensch. Bibliotheken	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2
06 06 - 682 01 und 891 01	Zuschüsse an den Landesbetrieb Verbundzentrale des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes (GBV)	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1
Kapitel 06 07	Förderung von Einrichtungen der wissenschaftlichen Forschung	186,4	213,9	210,5	216,5	216,2
06 08 HGr. 6	Förderung der Wissenschaft, Zuschüsse an Hochschulen und Sonstige	83,0	121,2	149,3	168,2	179,7
06 08 - 812..	Erwerb von Geräten (Wissenschaft allgemein)	1,1	1,1	12,4	12,4	12,4
06 09 - 682 76	Zuschüsse für laufende Zwecke an Landesbetriebe aus Zuschüssen der „VolkswagenStiftung“	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Diverse Haushaltsstellen Epl. 06	Zuweisungen an Universitäten, Fachhochschulen und Uni-Kliniken (Stiftungen, Landesbetriebe)	1.593,4	1.579,3	1.562,5	1.558,0	1.549,8
06 51 - 682 01 und 891 01	Zuführungen an den Landesbetrieb Technische Informationsbibliothek an der Universität Hannover	21,7	24,5	26,8	27,7	28,9
06 60 - 682 .. und 891 ..	Zuschüsse an den Landesbetrieb Staatstheater Braunschweig	26,6	26,6	26,5	26,4	26,3
06 61 - 682 .. und 891 ..	Zuschüsse an den Landesbetrieb Oldenburgisches Staatstheater	20,8	21,0	20,6	20,5	20,5
06 65 - 81. ..	Erwerb von Geräten (Staatliche Museen)	0,3	0,2	0,3	0,3	0,3
06 65 TGr. 72	Förderung der nichtstaatlichen Museen	6,4	6,0	6,0	5,6	7,6
06 74 TGr. 61 und 66	Förderung der nichtstaatlichen Theater aus Landesmitteln	72,2	72,2	74,3	75,3	75,3
06 74 TGr. 81	Förderung der Soziokultur	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Kap. 06 76	Förderung der Denkmalpflege	3,1	2,8	2,8	2,8	3,0
07 02 - 686 51	Zuschüsse im Rahmen der Ausbildungsoffensive	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
07 02 TGr. 64	Zuweisungen für Einrichtungen der KMK und über sie geförderte Einrichtungen	2,3	2,2	2,2	2,2	2,2
07 02 TGr. 67	Förderung der außerschulischen Berufsbildung	4,3	3,2	3,2	3,2	3,2
07 07 - 632 12, 632 13 und 632 14	Erstattung der Finanzhilfe und Ausgleichszahlungen für nds. Schüler an Bremen und Hamburg	6,7	6,7	6,7	6,7	6,7
07 07 - 633 11 u. 633 12	Erstattung von Gastschulbeiträgen	5,7	5,8	5,8	5,8	5,8
07 20 - 633 22	Erstattung von Schülerentgelten		0,9	0,9	0,9	0,9
07 65 - 684 31	Staatsleistungen an die Ev. Landeskirche	31,3	31,3	31,3	31,3	31,3
07 65 - 684 33	Staatsleistungen an die Diözesen	7,8	7,9	7,9	7,9	7,9
07 65 - 684 34 und 894 10	Zuschüsse an die Jüdischen Gemeinden	1,6	1,3	1,3	1,3	1,3

*) Haushaltsansatz enthält teilweise auch Prioritäten

**) Die Planungsjahre wurden um die im Datenbestand enthaltenen Prioritätsbeträge i.H.v. 38,7 / 116,7 / 139,3 Mio. € bereinigt, da in dieser Tabelle im Gegensatz zur Aufgabenplanung im Teil II nur Verpflichtungen dargestellt werden.

Verpflichtungen aufgrund von Verträgen, Verpflichtungsermächtigungen usw. (ohne HGr. 4 und 5)
- in Mio. EUR -

Haushaltsstelle	Bezeichnung	NHPE*)	HPE*)	Planungsjahre **)		
		2010	2011	2012	2013	2014
07 74 TGr. 75	Kindertageseinrichtungen - Kofinanzierung des Landes	1,4	2,0	1,9	1,9	
08 02 TGr. 74	Zuschuss an die Deutsche Managementakademie nachrichtlich Prioritätsbeträge	0,7	0,7	0,0 0,7	0,0 0,7	0,0 0,7
08 02 TGr. 88	Wettbewerbshilfen an die Seeschiffswerften	2,7	2,6	2,3	1,3	
08 02 TGr. 95	INTERREG – Landesmittel regionale Wirtschaftsförderung nachrichtlich Prioritätsbeträge	2,3	2,3	2,1 0,2	2,1 0,2	1,4 0,9
08 03 TGr. 61	Zuschüsse an nicht bundeseigene Eisenbahnen nachrichtlich Prioritätsbeträge	2,7	2,7	1,0 1,7	0,0 2,7	0,0 2,7
Kapitel 08 04	Beschäftigungsinitiative zur Entlastung des Arbeitsmarktes, ohne EU- Programme nachrichtlich Prioritätsbeträge	11,2	9,2	5,5 0,7	2,1 4,1	0,5 5,7
Kapitel 08 13	Materialprüfanstalten	0,5	0,2	0,2	0,2	0,2
08 20 – 671 10	Zuweisungen an die Straßenbauverwaltung	3,2	5,0	4,9	3,2	3,2
08 20 – 812 10	Erwerb von Geräten (Straßenbauverwaltung) nachrichtlich Prioritätsbeträge	3,3	3,3	0,3 3,0	0,3 3,0	0,3 3,0
08 20 TGr. 61	Investitionsbudget Landesstraßenbauplafond nachrichtlich Prioritätsbeträge	76,3	61,0	63,5 1,5	4,0 61,0	4,0 57,0
08 20 TGr. 62	Transferbudget EntflechtG	74,1	74,1	74,1	74,1	74,1
08 30 – 881 10	Ausbau des Mittellandkanals	8,3	8,3	8,3	8,3	8,3
08 30 TGr. 61	Bau eines Tiefwasserhafens in Wilhelmshaven	75,0	30,2	2,8		
08 30 TGr. 62	Niedersachsen Ports GmbH & Co KG	115,6	58,6	40,4	20,7	20,7
09 02 – 636 11	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die landwirtschaftliche Alterskasse	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
09 03 – 683 72	Versuchsanlage und Forschung nachrichtlich Prioritätsbeträge	0,7	0,6	0,6 0,1	0,4 0,2	0,4 0,3
09 06 TGr.66 u.68	Landesentwicklung - Metropolregion nachrichtlich Prioritätsbeträge	1,6	1,6	1,5 0,1	1,4 0,2	1,3 0,2
09 30 – 711 01	Kleine Neu- und Umbauten der Domänenverwaltung	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
Kapitel 09 41	LAVES nachrichtlich Prioritätsbeträge	7,5	7,0	3,7 3,4	3,7 3,4	3,7 3,4
09 61 TGr. 63	Sicherung des Seefischverarbeitungs- standortes Cuxhaven nachrichtlich Prioritätsbeträge	0,8	0,5	0,4 0,1	0,4 0,1	0,4 0,1
11 02 – 686 16	Anlaufstellen für Straffällige	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3
11 02 – 812 99	Erwerb von Geräten / Justiz	8,1	7,4	7,6	7,6	7,6
11 05 – 686 10 und 812 10	Sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke und Investitionen im Justizvollzug	5,4	6,0	5,7	5,7	5,7

*) Haushaltsansatz enthält teilweise auch Prioritäten

**) Die Planungsjahre wurden um die im Datenbestand enthaltenen Prioritätsbeträge i.H.v. 38,7 / 116,7 / 139,3 Mio. € bereinigt, da in dieser Tabelle im Gegensatz zur Aufgabenplanung im Teil II nur Verpflichtungen dargestellt werden.

Tabelle 5.5

Verpflichtungen aufgrund von Verträgen, Verpflichtungsermächtigungen usw. (ohne HGr. 4 und 5)
 - in Mio. EUR -

Haushaltsstelle	Bezeichnung	NHPE*)	HPE*)	Planungsjahre **)		
		2010	2011	2012	2013	2014
11 05 – 686 11	Sonstige Zuschüsse für Arbeit, Aus- und Fortbildung im Justizvollzug	7,0	4,5	4,5	4,5	4,5
13 02 – 682 11 und 682 13	Personalverstärkungsmittel für Landesbetriebe u. Stiftungshochschulen			12,2	24,4	36,8
13 12 – 623 11	Entschuldungshilfen für Kommunen			35,0	35,0	20,0
13 20 – 686 12	Anspruch der Stiftung Volkswagenwerk auf den Dividendengegenwert	37,8	48,4	48,4	48,4	48,4
13 20 TGr. 65	Zuschüsse an die Staatsbäder	17,6	19,4	17,8	14,0	14,0
13 25 – 870 11	Inanspruchnahme aus Bürgschaften etc.	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
13 99 – 671 11	Erstattung der Kosten des Landeskreditausschusses	2,5	2,8	2,8	2,8	2,8
15 01 – 671 64	Zwischenlagerung/Endkonditionierung von schwachradioaktiven Abfällen	0,2	0,5	0,6	1,4	2,0
15 20 – 683 13 und 683 14	Vertragsnaturschutz nach § 29 Abs. 3 NNatG	5,3	3,6	3,6	3,6	3,6
15 25 TGr. 64	Nationalpark Wattenmeer - Informations- und Öffentlichkeitsarbeit	1,1	1,1	1,0	1,0	1,0
15 55 – 682 .. und 891..	Zuführungen und Zuschüsse an den Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz nachrichtlich Prioritätsbeträge	81,0	77,6	73,5 3,3	72,5 4,3	71,0 5,8
	Summe	2.929,0	2.914,3	2.861,2	2.768,3	2.735,8
	nachrichtlich Prioritätsbeträge			38,7	116,7	139,3

Abweichungen durch Runden der Zahlen

*) Haushaltsansatz enthält teilweise auch Prioritäten

**) Die Planungsjahre wurden um die im Datenbestand enthaltenen Prioritätsbeträge i.H.v. 38,7 / 116,7 / 139,3 Mio. € bereinigt, da in dieser Tabelle im Gegensatz zur Aufgabenplanung im Teil II nur Verpflichtungen dargestellt werden.

Belastungen (VE) nach Einzelplänen

Durch Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen sind Rechtsverpflichtungen entstanden bzw. können entstehen in den Haushaltsjahren

- in Mio. EUR -

Einzelplan		2009	2010	2011	2012	2013	2014ff
<u>Einzelplan 01</u> Landtag	bis 2009	0,120	0,120	0,120	0,060	0,000	0,000
	2010		0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
	2011			0,000	0,000	0,000	0,000
	Se:	0,120	0,120	0,120	0,060	0,000	0,000
<u>Einzelplan 02</u> Staatskanzlei	bis 2009	0,055	0,055	0,055	0,055	0,037	0,036
	2010		0,040	0,000	0,000	0,000	0,000
	2011			0,040	0,000	0,000	0,000
	Se:	0,055	0,095	0,095	0,055	0,037	0,036
<u>Einzelplan 03</u> Ministerium für Inneres und Sport	bis 2009	42,834	22,408	16,106	14,889	14,608	85,598
	2010		21,050	0,820	0,520	15,520	8,320
	2011			17,800	0,400	0,000	0,000
	Se:	42,834	43,458	34,726	15,809	30,128	93,918
<u>Einzelplan 04</u> Finanzministerium	bis 2009	10,473	12,457	12,444	12,390	12,228	13,578
	2010		0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
	2011			0,000	0,000	0,000	0,000
	Se:	10,473	12,457	12,444	12,390	12,228	13,578
<u>Einzelplan 05</u> Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration	bis 2009	204,472	248,842	200,950	107,912	254,360	171,505
	2010		56,396	73,222	58,995	6,512	1,616
	2011			53,001	59,946	34,752	18,668
	Se:	204,472	305,238	327,173	226,853	295,624	191,789
<u>Einzelplan 06</u> Ministerium für Wissenschaft und Kultur	bis 2009	248,542	228,408	169,822	42,540	3,600	0,000
	2010		122,195	100,047	103,443	105,409	144,338
	2011			33,652	6,300	3,500	1,000
	Se:	248,542	350,603	303,521	152,283	112,509	145,338
<u>Einzelplan 07</u> Kultusministerium	bis 2009	19,380	1,468	0,369	0,152	0,152	0,745
	2010		17,673	2,004	2,379	1,061	0,561
	2011			3,500	0,000	0,000	0,000
	Se:	19,380	19,141	5,873	2,531	1,213	1,306
<u>Einzelplan 08</u> Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	bis 2009	634,849	375,088	305,053	288,477	3,000	13,500
	2010		99,559	41,645	36,349	0,450	0,000
	2011			57,457	21,767	23,350	0,000
	Se:	634,849	474,647	404,155	346,593	26,800	13,500

noch Tabelle 5.6

Belastungen (VE) nach Einzelplänen

Durch Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen sind Rechtsverpflichtungen entstanden bzw. können entstehen in den Haushaltsjahren

- in Mio. EUR -

Einzelplan		2009	2010	2011	2012	2013	2014ff
<u>Einzelplan 09</u> Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung	bis 2009	69,130	36,715	25,768	18,071	12,409	14,678
	2010		35,590	22,781	10,369	5,417	13,991
	2011			34,590	24,173	10,873	14,800
	Se:	69,130	72,305	83,139	52,613	28,699	43,469
<u>Einzelplan 11</u> Justizministerium	bis 2009	10,223	4,500	4,264	4,050	3,217	11,231
	2010		3,339	1,114	1,114	0,764	3,779
	2011			5,568	3,635	3,635	0,448
	Se:	10,223	7,839	10,946	8,799	7,616	15,458
<u>Einzelplan 12</u> Staatsgerichtshof	bis 2009	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
	2010		0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
	2011			0,000	0,000	0,000	0,000
	Se:	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
<u>Einzelplan 13</u> Allgemeine Finanzverwaltung	bis 2009	491,600	0,800	0,800	0,500	0,500	93,579
	2010		5,000	39,000	35,000	20,000	90,000
	2011			0,000	0,000	0,000	0,000
	Se:	491,600	5,800	39,800	35,500	20,500	183,579
<u>Einzelplan 14</u> Landesrechnungshof	bis 2009	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
	2010		0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
	2011			0,000	0,000	0,000	0,000
	Se:	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
<u>Einzelplan 15</u> Ministerium für Umwelt und Klimaschutz	bis 2009	62,819	38,774	22,230	5,197	2,041	2,640
	2010		36,435	29,327	15,492	10,632	12,862
	2011			37,865	24,562	16,354	15,691
	Se:	62,819	75,209	89,422	45,251	29,027	31,193
<u>Einzelplan 20</u> Hochbau	bis 2009	68,551	45,912	18,120	10,550	3,735	0,000
	2010		28,000	38,000	13,200	5,200	0,000
	2011			0,000	0,000	0,000	0,000
	Se:	68,551	73,912	56,120	23,750	8,935	0,000
<u>Gesamtsummen</u>	bis 2009	1.863,048	1.015,547	776,101	504,843	309,887	407,090
	2010		425,277	347,960	276,861	170,965	275,467
	2011			243,473	140,783	92,464	50,607
	Se:	1.863,048	1.440,824	1.367,534	922,487	573,316	733,164

Abweichungen durch Runden der Zahlen

VE-Beträge des laufenden Haushaltsjahres können durch nachfolgende Haushalte hinsichtlich ihrer Belastungswirkung verändert werden

Struktur der Einnahmen
 - Finanzierung der Ausgaberrahmen gem. Tab. 1 -
 - in Mio. EUR -

Tabelle 6

Art der Einnahmen	NHPE 2010	HPE 2011	Planungsjahre		
			2012	2013	2014
1. Steuern (HGr. 0 ohne OGr. 09)	15.496,0	15.885,0	16.774	17.540	18.253
2. Steuerähnliche Abgaben (OGr. 09)	122,9	122,4	115	106	106
davon:					
09 03 - 099 81 Abgabe der Molkereien	3,5	3,5	3	3	3
09 03 - 099 91 Jagdabgabe	1,9	1,9	2	2	2
13 99 - 093 11 Spielbankabgabe	18,4	18,4	18	18	18
13 99 - 093 14 Zusatzleistungen zur Spielbankabgabe	6,1	7,6	8	8	8
15 52 - 099 95 Abwasserabgabe	33,0	33,0	33	33	33
15 56 - 099 10 Wasserentnahmegebühr	60,0	58,0	51	42	42
3. Länderfinanzausgleich -LFA- (Kap. 13 10 Tit. 212 11)	169,0	260,0	304	342	373
4. Bundesergänzungszuw. -BEZ- (Gr. 211 ohne Kfz-Steuer-Kompensation)	64,0	130,0	157	180	198
5. Bundesmittel -ohne BEZ-	2.727,9	2.842,4	2.902	2.917	2.939
davon:					
Gemeinschaftsaufgaben (GA) (Se.)	236,5	255,0	261	259	263
- Hochschulbau/ Forschungsbau und Großgeräte	91,2	114,1	124	131	136
- Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur	41,0	39,8	33	23	23
- Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes	104,3	101,1	104	104	104
03 02 - 231 10 Erstattung für die Erhaltung von Gräbern auf Grund des Gräbergesetzes vom Bund	2,2	2,2	2	2	2
03 02 - 231 12 Erstattung SED-Unrechtsbereinigung	4,3	4,3	4	4	4
03 02 - 231 61 Erstattung von Wahlkosten	1,4	0,0	0	8	6
03 07 - 231 67 Brandschutz in Häfen u. BuWasserStr.	0,9	0,9	1	1	1
03 11 - 231 10) Erstattung der Kosten für	4,8	4,8	5	5	5
231 61) Kampfmittelbeseitigung					
03 24 - 231 10 Grenzdurchgangslager Friedland	4,1	4,1	4	4	4
04 10 - 231 11 Zuführung von Baunebenkosten	0,0	69,2	69	69	69
05 05 - 231 62 Miet- und Lastenzuschüsse nach dem Wohngeldgesetz	101,0	93,0	93	93	93
05 05 - 231 66 Unterkunft u. Heizung (Hartz IV)	330,0	330,0	330	330	330
05 07 - 311 11 Aufwendungsdarlehen im WoBau	0,2	0,1	0	0	0
05 08 - 331 11) Förderung städtebaulicher Sanierungs-	7,5	0,0	0	0	0
- 331 13) u. Entwicklungsmaßnahmen	8,2	0,0	0	0	0
- 331 14)	5,9	0,0	0	0	0
- 331 16)	2,4	0,0	0	0	0
- 331 17)	1,1	0,0	0	0	0
- 331 63)	0,0	26,4	29	33	35
- 331 72)	13,5	13,3	8	4	0
- 331 74)	2,3	0,0	0	0	0
05 20 - 231 67 Entschädigung f. Opfer v. Gewalttaten	4,2	4,4	5	5	5
05 30 - 231 11 Grundsicherungsgesetz (SGB XII)	52,8	64,6	73	77	82
05 38 - 231 10 Erstattungen für Aufwendungen in der Kriegsofferfürsorge	27,3	26,0	25	24	24
05 74 - 331 66 Investitionsprogramm "Kinderbetreuungsfinanzierung" 2008-2013	10,8	0,0	0	0	0
05 74 - 231 72 Erstattung des Bundesanteils gem. Unterhaltsvorschussgesetz	32,0	31,7	32	32	32
06 05 - 231 61 Ausbildungsförderung - Schüler	48,8	23,2	23	23	23
- 231 62 Ausbildungsförderung - Studierende	60,7	72,9	117	117	117
06 07 - 231 01 Zuweisungen des Bundes für die Einrichtungen der Blauen Liste - Betrieb -	10,2	14,6	12	13	14
06 07 - 331 01 Zuweisungen des Bundes für die Einrichtungen der Blauen Liste - Investitionen -	1,5	6,9	4	2	3
06 08 - 231 96 Hochschulpakt 2020	23,9	44,3	59	68	75

Tabelle 6

Struktur der Einnahmen
- Finanzierung der Ausgaberrahmen gem. Tab. 1 -
- in Mio. EUR -

Art der Einnahmen	NHPE 2010	HPE 2011	Planungsjahre		
			2012	2013	2014
06 51 - 231 01 Zuweisungen an die Technische Informationsbibliothek	6,1	6,8	7	8	8
07 02 - 231 75 Projekte d. Bildungsplanung (EntflechtG)	1,2	1,2	1	1	1
07 74 - 331 74 Investitionsprogramm "Kinderbetreuungsfinanzierung" 2008-2013	25,2	35,3	35	34	0
08 02 - 231 61 Zuweisungen gem. Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)	11,9	12,8	13	13	13
08 03 - 231 64 Gem. Regionalisierungsgesetz zur Bestellung von SPNV-Betriebsleistungen	405,0	377,0	383	388	394
08 03 - 231 86 Gem. Reg.G. gemeinwirtsch. Verpflicht.	82,0	81,0	80	79	78
08 03 - 231 87 Gem. Regionalisierungsgesetz zur Förderung insb. des Schienennahverkehrs	49,7	49,3	50	51	51
08 03 - 331 84) Gem. EntflechtG zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs	13,5	38,9	39	36	36
331 85) öffentliche Personennahverkehrs	31,3	28,7	31	46	46
08 03 - 331 89 Fahrzeugbeschaffungen (EntflechtG)	18,1	20,7	19	3	3
08 03 - 331 90 Gemäß Regionalisierungsgesetz für Investitionen (Baumaßnahmen)	34,0	60,5	79	100	104
08 03 - 331 91 Gemäß Regionalisierungsgesetz für Fahrzeugbeschaffungen	20,0	31,8	17	0	0
08 20 - 231 10 Auftragsverwaltung - Straßenbau	18,8	13,7	14	14	14
08 20 - 231 11) Erstattungen von Personalkosten für die	48,4	48,4	48	48	48
- 231 12) Unterhaltung u. Instandsetzung der Bundesfernstraßen und Fernmeldenetz	0,9	0,9	1	1	1
08 20 - 331 62 Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden (EntflechtG)	74,1	74,1	74	74	74
08 30 - 331 61 Tiefwasserhafen Wilhelmshaven	2,0	2,0	2	2	2
11 05 - 231 10 Justizvollzug- Erstatt.aus dem öff. Bereich	0,9	0,9	1	1	1
13 02 - 331 11 Zuweisungen für Investitionen	0,0	0,0	0	0	40
13 10 - 211 12 Kfz-Steuer-Kompensation	896,0	896,0	896	896	896
13 50 - 231 61 Erstattungen von anteiligen Versorgungsbezügen	10,0	10,0	10	10	10
13 99 - 231 63 Erstatt. Unfallversicherungsleistungen	0,6	0,6	1	1	1
15 01 - 231 64 Zwischenlagerung schwachrad. Abfälle	0,2	0,6	1	1	2
6. Sonstige Einnahmen (ohne Kreditmarktmittel und Entnahmen aus der allgem. Rücklage), davon:	3.232,8	3.287,0	2.734	2.723	2.465
OGr. 11 - Verwaltungseinnahmen	624,3	617,3	618	618	618
davon: Epl. 03	57,6	63,6	60	60	60
Epl. 04	75,3	68,6	73	73	73
Epl. 05	19,9	19,6	20	20	20
Epl. 06	24,4	24,8	25	25	25
Epl. 07	5,8	7,2	7	7	7
Epl. 08	10,3	10,4	10	10	10
Epl. 09	10,2	11,6	11	11	11
Epl. 11	361,4	347,1	347	347	347
Epl. 13	10,6	12,5	13	13	13
Epl. 15	47,9	51,0	51	51	51
Epl. 02, 12, 14 und 20	0,9	1,0	1	1	1
OGr. 12 - Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen (ohne Zinsen)	1.074,0	799,9	802	796	798
davon: Gewinne aus Unternehmen u. Beteilig. (Gr.121)	54,2	55,6	57	53	51
Konzessionsabgaben (Gr.122)	868,0	590,8	591	591	591
davon:					
08 18 - 122 10 Förderabgaben gem. § 31 BuBergG	720,0	450,0	450	450	450
13 02 - 122 11 Konzessionsabg. d. Toto-Lotto-Nds.	147,9	140,8	141	141	141
Mieten und Pachten (Gr. 124)	139,4	140,9	141	141	141

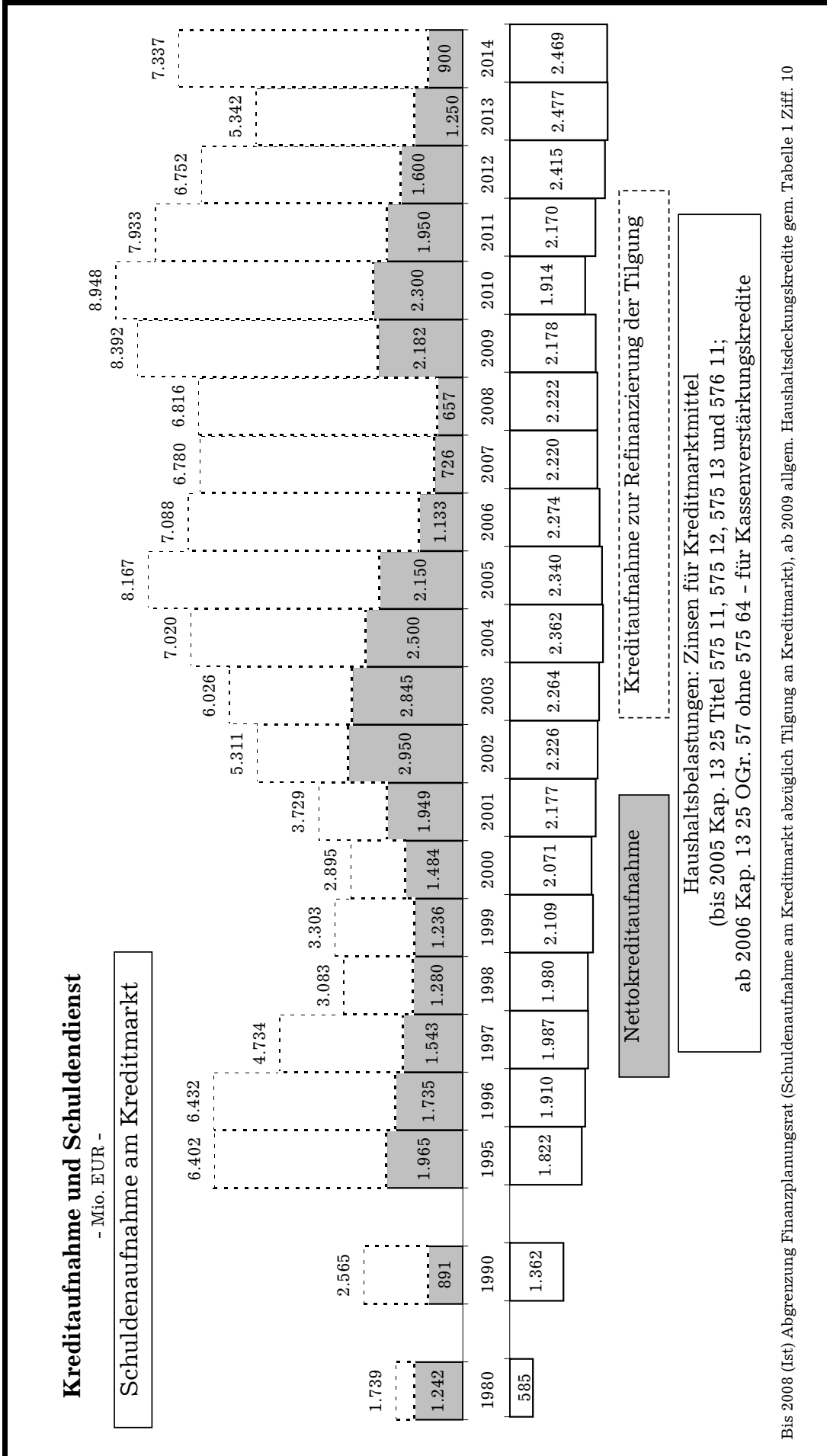
Struktur der Einnahmen
- Finanzierung der Ausgaberrahmen gem. Tab. 1 -
- in Mio. EUR -

Tabelle 6

Art der Einnahmen	NHPE 2010	HPE 2011	Planungsjahre		
			2012	2013	2014
OGr. 13 - Einnahmen aus Vermögensveräußerungen	10,9	711,8	211	207	190
OGr. 14 - Einn. aus Inanspruchnahme v. Gewährleistungen	24,7	24,7	25	24	14
OGr. 15 u.16 - Zinseinnahmen	4,0	3,7	4	4	4
OGr. 17 u. 18 - Darlehnsrückflüsse aus öffentl. u. sonstigen Bereichen	17,3	15,8	16	15	15
OGr. 21 - Allgem. Finanzzuweisungen aus dem öff. Bereich	25,0	25,0	25	25	25
OGr. 23 - sonstige Zuweisungen aus dem öffentl. Bereich	61,4	66,5	66	70	70
davon: von Gemeinden (Gr. 233)	36,2	35,8	36	36	36
OGr. 26 - Schuldendiensthilfen von Verwaltungsausgaben aus sonstige Bereichen	146,4	76,0	76	76	72
davon:					
04 06 - 261 01 für Verwaltung der Kirchensteuer	27,1	27,3	29	31	33
04 06 - 261 04 für Verwaltung der Kfz-Steuer	14,7	12,9	11	9	4
04 10 - 261 10 Zuführung von Baunebenkosten	27,1	27,6	28	28	28
04 10 - 261 11 Zuf. von Baunebenkosten durch den Bund	69,2				
OGr. 27 - Zuschüsse von der EU	383,8	384,0	384	383	152
davon:					
08 02 - 272 68 EFRE 2007-2013/Konvergenz	84,6	80,0	75	70	0
08 02 - 272 69 EFRE 2007-2013/reg. Wettbewerb	91,2	93,0	95	97	100
08 04 - 272 62 Einnahmen aus dem ESF/Konvergenz	30,2	28,5	27	25	0
08 04 - 272 63 Einnahmen aus dem ESF/reg. Wettbewerb	33,8	34,5	35	36	50
09 02 - 272 92 / EGFL 2007-2013 ELER	112,5	115,5	118	120	0
272 93					
15 02 - 271 92 / EGFL 2007-2013 ELER/LIFE	28,4	29,6	31	33	0
271 93					
OGr. 28 - Sonstige Zuschüsse aus sonstigen Bereichen	108,1	110,2	111	111	111
davon: Erst. von anteil. Versorgungsbezügen (Kap.13 50)	79,2	79,8	80	80	80
06 01 - 281 17 Erst. der Landesbetr. f. Beihilfeleistungen	7,1	8,5	9	9	9
06 79 - 281 10 Erst. durch die Klosterkammer Hannover	4,8	4,8	5	5	5
OGr. 33 - Zuweisungen f. Investitionen aus dem öff. Bereich	484,9	84,7	71	81	86
davon: Beiträge der kreisfreien Städte u. Landkreise nach dem KHG (05 40 - 333..)	112,3	83,3	70	79	83
13 98 - 334 61 Konjunkturpaket II	368,6	0,0	0	0	0
OGr. 34 - Beiträge u. sonstige Zuschüsse f. Investitionen	48,9	44,4	46	46	44
davon:					
06 09 - 342 01 v. Volkswagen-Stiftung zur zus. Förderung v. Wissenschaft u. Technik in Forsch./Lehre	40,0	40,0	40	40	40
OGr. 35 - Entnahmen aus Rücklagen, Fonds u. Stöcken (ohne Entnahme aus der allgem. Rücklage 13 02 - 351 11)	14,4	64,8	29	28	28
OGr. 37 - Globale Mehreinnahmen	0,0	50,0	50	50	50
OGr. 38 - Haushaltstechnische Verrechnungen	204,7	208,2	201	189	188
Summe Ziff. 1 - 6	21.812,6	22.526,7	22.987	23.809	24.334
Gesamteinnahmen	24.842,6	24.723,7	24.587	25.059	25.234

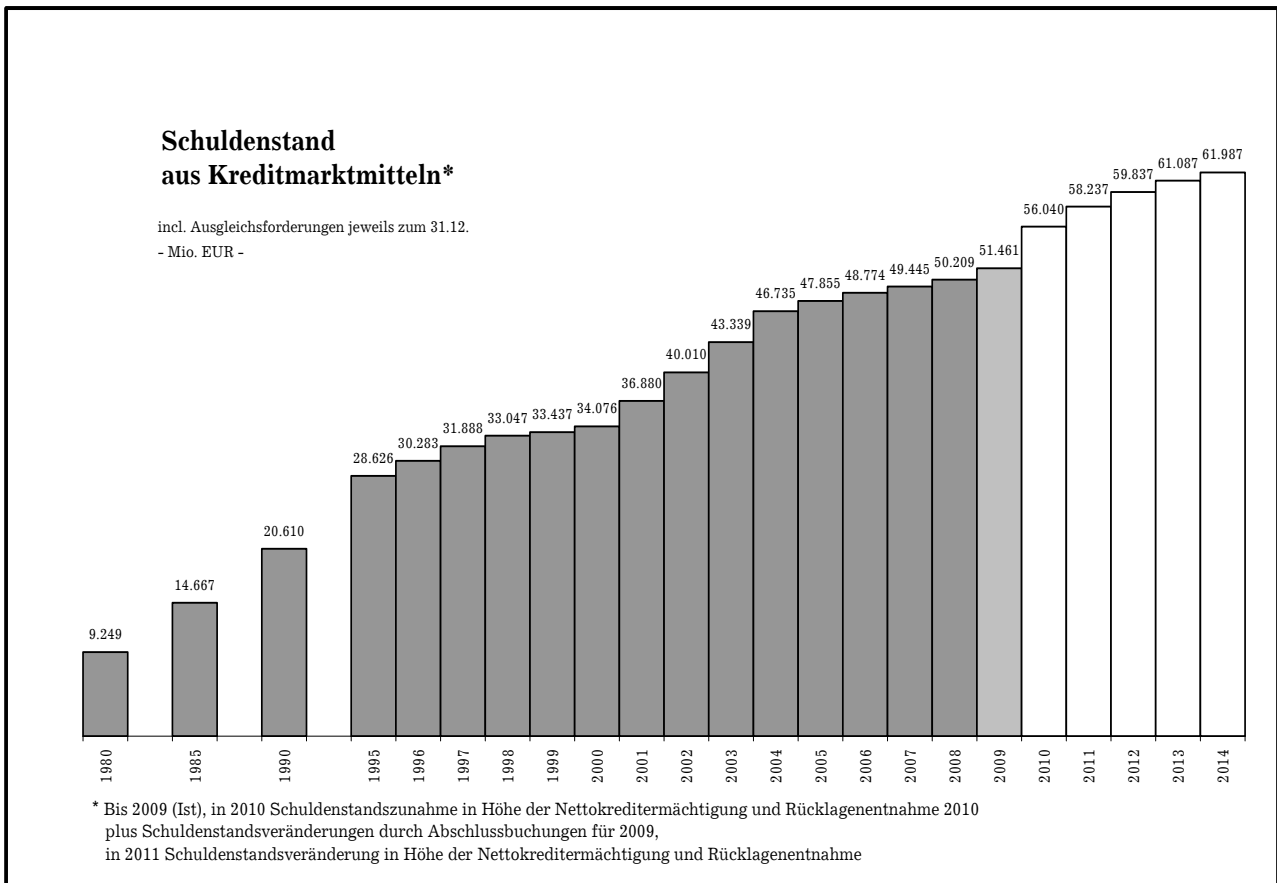
Abweichungen durch Runden von Zahlen

7 A Grafik



Bis 2008 (Ist) Abgrenzung Finanzplanungsrat (Schuldenaufnahme am Kreditmarkt abzüglich Tilgung an Kreditmarkt), ab 2009 allgem. Haushaltsdeckungskredite gem. Tabelle 1 Ziff. 10

Die Grafik zeigt oben die Bruttokreditaufnahme als Summe der Kreditaufnahmen zum jährlichen Haushaltsausgleich (Neuerschuldung)



Der Schuldenstand des Landes wächst entsprechend der jeweiligen Nettokreditaufnahme, die zum jährlichen Haushaltsausgleich verwendet wird, an. Steigende Zinsbelastungen des Landeshaushalts sind die Folge. Unter der Voraussetzung, dass die gesamtwirtschaftliche Wachstumsschwäche in Deutschland überwunden wird, ist ein stufenweises Abbremsen des Schuldenzuwachses möglich.

Tabelle 8

Steuerschätzung 2010 bis 2014

- in Mio. EURO -

Steuerart	NHPE	HPE	Planungsjahre		
	2010	2011	2012	2013	2014
Lohnsteuer Landesanteil	4.200,0	4.438,0	4.668,0	4.895,0	5.117,0
Veranlagte Einkommensteuer Landesanteil	900,0	878,0	1.058,0	1.200,0	1.275,0
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag Landesanteil	312,0	350,0	400,0	438,0	478,0
Körperschaftsteuer Landesanteil	268,0	320,0	380,0	400,0	425,0
Abgeltungsteuer Landesanteil	352,0	320,0	350,0	401,0	440,0
Umsatzsteuer	8.240,0	8.221,0	8.520,0	8.770,0	9.050,0
Gewerbsteuerumlage(Landesanteil) innerhalb des FAG	152,0	148,0	159,0	170,0	181,0
außerhalb des FAG	264,0	255,0	267,0	287,0	297,0
Summe A (Landesanteile)	14.688,0	14.930,0	15.802,0	16.561,0	17.263,0
Vermögensteuer	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Erbschaftsteuer	277,0	314,0	327,0	335,0	346,0
Grunderwerbsteuer altes Recht	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Grunderwerbsteuer neues Recht	329,0	448,0	452,0	452,0	452,0
Kraftfahrzeugsteuer	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Totalisatorsteuer	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Sonstige Rennwettsteuer	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Lotteriesteuer	137,0	130,0	130,0	130,0	130,0
Feuerschutzsteuer	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0
Biersteuer	30,0	28,0	28,0	27,0	27,0
Summe B	808,0	955,0	972,0	979,0	990,0
Summe A + B	15.496,0	15.885,0	16.774,0	17.540,0	18.253,0
Länderfinanzausgleich (LFA)	169,0	260,0	304,0	342,0	373,0
Bundesergänzungszuweisungen (BEZ)	64,0	130,0	157,0	180,0	198,0
KFZ- Steuer Kompensation	896,0	896,0	896,0	896,0	896,0
Steuern, LFA, BEZ	16.625,0	17.171,0	18.131,0	18.958,0	19.720,0

Tabelle 9 Einnahmen und Ausgaben nach Arten für 2010 bis 2014 (Gesamtsumme Planung)
(Mio. EUR)

Nr.	Einnahmen	1.NHPE	HPE	Planung		
		2010	2011	2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6	7
1	Einnahmen der laufenden Rechnung (Ziff. 11 - 17)	20.536,0	20.789,4	21.818,7	22.664,1	23.209,3
11	Steuern und EU-Eigenmittel	15.496,0	15.885,0	16.774,0	17.540,0	18.253,0
1101	Lohnsteuer	4.200,0	4.438,0	4.668,0	4.895,0	5.117,0
1102	veranlagte Einkommensteuer	900,0	878,0	1.058,0	1.200,0	1.275,0
1103	nicht veranlagte Steuer vom Ertrag, Körperschaftsteuer	932,0	990,0	1.130,0	1.239,0	1.343,0
1104	Umsatzsteuer	8.240,0	8.221,0	8.520,0	8.770,0	9.050,0
1105	Gewerbsteuerumlage	416,0	403,0	426,0	457,0	478,0
1106	Gewerbsteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsockel (abzüglich Gewerbesteuerumlage)					
1111	Vermögenssteuer					
1112	Kraftfahrzeugsteuer					
1113	Biersteuer	30,0	28,0	28,0	27,0	27,0
1114	sonstige Landessteuern	778,0	927,0	944,0	952,0	963,0
12	Steuerähnliche Abgaben (ohne Münzeinnahmen)	122,9	122,4	115,4	106,4	106,4
13	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	1.074,0	799,9	801,9	795,9	798,0
14	Zinseinnahmen	4,0	3,7	3,8	3,7	3,7
141	vom öffentlichen Bereich					
1411	von Ländern					
1412	von Gemeinden (GV)					
1413	von Zweckverbänden					
1414	vom sonstigen öffentlichen Bereich					
142	von anderen Bereichen	4,0	3,7	3,8	3,7	3,7
15	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Schuldendiensthilfen)	3.437,2	3.639,7	3.783,9	3.878,3	3.712,3
151	vom öffentlichen Bereich	2.576,5	2.790,9	2.934,3	3.029,3	3.094,9
1511	vom Bund	2.321,1	2.439,5	2.539,5	2.592,7	2.627,2
1512	Länderfinanzausgleich	169,0	260,0	304,0	342,0	373,0
1513	sonstige von Ländern	23,4	29,2	28,5	32,3	32,4
1514	von Gemeinden (GV)	61,2	60,8	60,7	60,7	60,8
1515	von Zweckverbänden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1516	von Sozialversicherungsträgern	1,8	1,5	1,5	1,5	1,5
1517	vom sonstigen öffentlichen Bereich	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
152	von anderen Bereichen	860,7	848,8	849,7	849,0	617,5
16	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben	146,4	76,0	76,3	76,4	72,4
161	Schuldendiensthilfen vom öffentlichen Bereich					
1611	vom Bund					
1612	von Ländern					
1613	vom sonstigen öffentlichen Bereich					
162	Schuldendiensthilfen und Erstattung von Verwaltungsausgaben von anderen Bereichen	146,4	76,0	76,3	76,4	72,4

noch Tabelle 9

**Einnahmen und Ausgaben nach Arten für 2010 bis 2014 (Gesamtsumme Planung)
(Mio. EUR)**

Nr.	Einnahmen	1.NHPE	HPE	Planung		
		2010	2011	2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6	7
17	Sonstige Einnahmen der laufenden Rechnung	255,5	262,7	263,4	263,4	263,4
171	Gebühren, sonstige Entgelte	95,6	102,8	103,8	103,8	103,8
172	sonstige Einnahmen	160,0	159,9	159,5	159,5	159,6
2	<u>Einnahmen der Kapitalrechnung (Ziff. 21 - 25)</u>	1.057,5	1.414,3	888,4	877,7	858,8
21	Veräußerung von Sachvermögen	1,6	2,3	1,7	1,7	1,7
22	Vermögensübertragungen	1.004,3	661,9	636,8	630,9	639,5
221	Zuweisungen für Investitionen vom öffentlichen Bereich	955,4	617,5	591,1	585,3	595,1
2211	vom Bund	470,5	532,8	519,8	503,9	509,5
2212	von Ländern			0,6	2,5	2,9
2213	von Gemeinden (GV)	116,4	84,7	70,8	78,9	82,7
2214	von Sozialversicherungsträgern					
2215	vom sonstigen öffentlichen Bereich	368,6				
222	Zuschüsse für Investitionen von anderen Bereichen	48,9	44,4	45,6	45,6	44,4
223	sonstige Vermögensübertragungen					
2231	vom Bund					
2232	von Ländern					
2233	von Gemeinden (GV)					
2234	von anderen Bereichen					
23	Darlehensrückflüsse	42,0	40,5	40,3	39,8	29,6
231	vom öffentlichen Bereich	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2311	von Ländern					
2312	von Gemeinden (GV)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2313	von Zweckverbänden					
2314	vom sonstigen öffentlichen Bereich					
232	von anderen Bereichen	42,0	40,5	40,3	39,8	29,6
2321	von Sonstigen im Inland	42,0	40,5	40,3	39,8	29,6
2322	vom Ausland					
24	Veräußerung von Beteiligungen u. dgl.	9,3	709,6	209,6	205,0	188,0
25	Schuldenaufnahme beim öffentlichen Bereich	0,2	0,1	0,1	0,2	
251	vom Bund	0,2	0,1	0,1	0,2	
252	von Ländern					
253	von Gemeinden (GV)					
254	vom sonstigen öffentlichen Bereich					
3	<u>Globale Mehr-/Mindereinnahmen</u> - soweit nicht aufgeteilt -		50,0	50,0	50,0	50,0
4	<u>Bereinigte Einnahmen</u> (Einnahmen ohne besondere Finanzierungsvorgänge - Ziff. 1 bis 3 -)	21.593,5	22.253,7	22.757,1	23.591,8	24.118,1

noch Tabelle 9

Einnahmen und Ausgaben nach Arten für 2010 bis 2014 (Gesamtsumme Planung)
(Mio. EUR)

Nr.	Einnahmen	1.NHPE	HPE	Planung		
		2010	2011	2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6	7
5	<u>Besondere Finanzierungsvorgänge</u>	3.044,4	2.261,8	1.628,8	1.277,6	927,6
51	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	2.300,0	1.950,0	1.600,0	1.250,0	900,0
52	Entnahme aus Rücklagen	744,4	311,8	28,8	27,6	27,6
53	Überschüsse aus Vorjahren					
6	<u>Zusetzungen</u>	204,7	208,2	200,6	189,2	188,4
64	Nettostellungen (Verrechnungen u. ä.)	204,7	208,2	200,6	189,2	188,4
7	<u>Abschlusssummen der Haushalte (Ziff. 4 + 5 + 6)</u>	24.842,6	24.723,7	24.586,6	25.058,6	25.234,1
	Abweichungen von den korrekten Beträgen durch Runden von Zahlen möglich.					

noch Tabelle 9

Einnahmen und Ausgaben nach Arten für 2010 bis 2014 (Gesamtsumme Planung)
(Mio. EUR)

Nr.	Ausgaben	1.NHPE	HPE	Planung		
		2010	2011	2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6	7
1	Ausgaben der laufenden Rechnung (Ziff. 11 - 15)	22.438,8	22.989,9	23.840,1	24.388,2	24.725,6
11	Personalausgaben	9.548,0	9.606,0	9.804,9	10.013,9	10.214,9
12	Laufender Sachaufwand	1.676,0	1.610,7	1.614,6	1.616,4	1.595,4
121	sächliche Verwaltungsausgaben	1.421,6	1.342,4	1.346,9	1.355,1	1.343,1
123	Erstattungen an andere Bereiche	148,5	153,7	156,0	157,3	160,6
124	sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	105,9	114,6	111,7	104,0	91,8
13	Zinsausgaben	1.923,3	2.176,6	2.425,3	2.489,5	2.482,6
131	an öffentlichen Bereich	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1311	an Bund	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1312	an Sondervermögen					
1313	an sonstigen öffentlichen Bereich					
132	an andere Bereiche	1.923,3	2.176,6	2.425,2	2.489,5	2.482,6
1321	für Ausgleichsforderungen					
1322	für Kreditmarktmittel	1.923,3	2.176,6	2.425,2	2.489,5	2.482,6
1323	an Sozialversicherungsträger	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
14	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Schuldendiensthilfen)	9.200,4	9.514,1	9.878,2	10.156,6	10.339,1
141	an öffentlichen Bereich	5.654,2	5.900,2	6.136,3	6.352,4	6.526,5
1411	an Bund	20,0	19,4	19,0	18,8	18,5
1412	Länderfinanzausgleich					
1413	sonstige an Länder	32,3	30,8	30,9	30,8	30,8
1414	allg. Finanzzuweisungen an Gemeinden (GV)	2.850,2	2.895,3	3.039,1	3.159,5	3.273,3
1415	sonstige an Gemeinden (GV)	2.664,9	2.874,0	2.966,0	3.061,0	3.120,7
1416	an Sondervermögen	1,2	1,0	0,8	0,7	0,5
1417	an Zweckverbände	77,5	71,7	72,7	73,7	74,7
1418	an Sozialversicherungsträger	8,2	8,0	8,0	8,0	7,9
142	an andere Bereiche	3.546,2	3.614,0	3.741,9	3.804,2	3.812,6
1422	sonstige an Unternehmen und öffentliche Einrichtungen	2.568,4	2.633,5	2.653,3	2.678,7	2.683,6
1423	Renten, Unterstützungen u. ä.	306,4	286,1	354,1	355,0	356,0
1424	an soziale und ähnliche Einrichtungen	658,6	682,2	723,2	759,8	762,8
1425	an Ausland	12,8	12,2	11,2	10,7	10,2
	.					
15	Schuldendiensthilfen	91,1	82,5	117,1	111,8	93,5
151	an öffentlichen Bereich			35,0	35,0	20,0
1511	an Länder					
1512	an Gemeinden (GV)			35,0	35,0	20,0
1513	an sonstigen öffentlichen Bereich					
	.					
152	an andere Bereiche	91,1	82,5	82,1	76,8	73,5
1521	an Unternehmen und öffentliche Einrichtungen	58,1	53,5	59,2	63,9	67,2
1522	an Sonstige im Inland	33,0	29,0	22,8	13,0	6,3
1523	an Ausland					
	.					

noch Tabelle 9

Einnahmen und Ausgaben nach Arten für 2010 bis 2014 (Gesamtsumme Planung)
(Mio. EUR)

Nr.	Ausgaben	1.NHPE	HPE	Planung		
		2010	2011	2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6	7
2	Ausgaben der Kapitalrechnung (Ziff. 21 - 25)	2.267,2	1.617,7	1.511,3	1.453,9	1.391,0
21	Sachinvestitionen	368,7	298,6	240,3	212,2	207,6
211	Baumaßnahmen	279,5	189,3	136,4	123,2	119,4
212	Erwerb von unbeweglichen Sachen	0,5	1,2	0,6	1,2	0,6
213	Erwerb von beweglichen Sachen	88,7	108,2	103,3	87,8	87,6
22	Vermögensübertragungen .	1.846,8	1.288,6	1.240,5	1.203,3	1.146,2
221	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich	857,6	389,3	389,2	389,7	337,0
2211	an Länder	105,8	0,6	0,8	1,1	1,1
2212	an Gemeinden (GV)	691,9	328,5	328,1	328,3	275,6
2213	an Zweckverbände					
2214	an sonstigen öffentlichen Bereich	59,9	60,3	60,3	60,3	60,3
222	Zuschüsse für Investitionen an andere Bereiche	989,2	899,2	851,4	813,6	809,2
223	sonstige Vermögensübertragungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2231	an Länder					
2232	an Gemeinden (GV)					
2233	an Bund					
2234	an andere Bereiche	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
23	Darlehen	31,3	30,2	30,1	38,2	37,0
231	an öffentlichen Bereich					
2311	an Länder					
2312	an Gemeinden (GV)					
2313	an Zweckverbände					
2314	an sonstigen öffentlichen Bereich					
232	an andere Bereiche	31,3	30,2	30,1	38,2	37,0
2321	an Sonstige im Inland	31,3	30,2	30,1	38,2	37,0
2322	an Ausland					
24	Erwerb von Beteiligungen u. ä.	20,2	0,2	0,2	0,2	0,2
25	Schuldentilgung an öffentlichen Bereich	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1
251	an Bund	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1
252	an Sondervermögen					
253	an sonstigen öffentlichen Bereich					
3	Globale Mehr-/Minderausgaben - soweit nicht aufgeteilt -	-79,0	-100,2	-330,7	-492,8	-729,4
4	Bereinigte Ausgaben (Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge - Ziff. 1 bis 3 -)	24.627,0	24.507,4	25.020,6	25.349,3	25.387,2

noch Tabelle 9

Einnahmen und Ausgaben nach Arten für 2010 bis 2014 (Gesamtsumme Planung)
(Mio. EUR)

Nr.	Ausgaben	1.NHPE	HPE	Planung		
		2010	2011	2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6	7
5	<u>Besondere Finanzierungsvorgänge</u>	10,8	8,1	7,8	7,1	7,9
51	Tilgungsausgaben an Kreditmarkt	0,3	0,2	0,2	0,1	0,1
511	für Kreditmarktmittel	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
512	für Ausgleichsforderungen					
513	an Sozialversicherungsträger	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1
514	an Sonstige					
52	Zuführungen an Rücklagen	10,6	7,9	7,6	6,9	7,8
53	Deckung von Vorjahresfehlbeträgen					
6	<u>Zusetzungen</u>	204,7	208,2	200,6	189,2	188,4
64	Bruttostellungen (Verrechnungen u. ä.)	204,7	208,2	200,6	189,2	188,4
7	<u>Abschlusssummen der Haushalte (Ziff. 4 + 5 + 6)</u>	24.842,6	24.723,7	25.229,0	25.545,6	25.583,6
	Abweichungen von den korrekten Beträgen durch Runden von Zahlen möglich.					

Tabelle 10

Übersicht über die Gesamtausgaben (in Mio.EUR)

Aufgabenfelder		1.NHPE	HPE	Planung		
		2010	2011	2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6	7
03.1	Polizei	1.128,9	1.154,5	1.148,0	1.138,9	1.136,2
03.2	Brandschutz, Katastrophenschutz, Zivile Verteidigung, Kampfmittelbeseitigung	48,5	48,1	48,1	48,1	48,1
03.3	Amtliche Statistik, Öffentliche Wahlen	36,4	54,2	33,0	38,8	28,3
03.4	Vermessungs- und Katasterverwaltung	131,5	127,2	124,7	121,3	117,9
03.5	Asylbewerber, Spätaussiedler, Flüchtlinge	131,4	106,7	113,1	114,6	119,1
03.6	Sport	30,2	30,2	27,7	27,2	27,2
03.8	Sonstige Aufgaben des MI	130,2	125,4	121,5	128,4	130,2
03 .	Summe 03 (MI)	1.637,1	1.646,4	1.616,1	1.617,4	1.606,9
04.1	Finanzverwaltung	554,3	554,8	554,2	552,7	553,6
04.2	Sonstige Aufgaben des MF	251,1	251,2	242,2	241,0	239,4
04 .	Summe 04 (MF)	805,4	806,0	796,3	793,8	793,1
05.1	Gesundheit	340,0	280,1	270,7	293,4	303,0
05.2	Jugend und Familie	172,2	128,1	126,6	124,0	123,5
05.3	Besondere Hilfen für soziale Gruppen	2.600,7	2.642,3	2.720,6	2.798,2	2.878,2
05.4	Frauen	19,0	19,1	19,1	19,1	19,1
05.5	Städtebau und Wohnungswesen	321,2	299,3	294,4	287,1	274,9
05.6	Sonstige Aufgaben des MS	-3,1	-1,8	27,8	18,9	10,7
05 .	Summe 05 (MS)	3.450,1	3.367,1	3.459,2	3.540,6	3.609,3
06.1	Hochschulen	1.864,7	1.881,1	1.912,6	1.915,6	1.930,8
06.2	Hochschulnahe Forschung und überregionale Bibliotheken	272,7	302,3	301,4	308,2	309,2
06.3	Kunst und Kultur	188,1	187,0	188,8	190,0	190,5
06.4	Sonstige Aufgaben des MWK	268,2	249,2	342,6	345,9	342,3
06 .	Summe 06 (MWK)	2.593,7	2.619,5	2.745,3	2.759,6	2.772,8
07.1	Elementarbereich	365,8	432,9	463,7	501,1	470,0
07.2	Schule und Berufsausbildung	4.149,7	4.075,9	4.103,3	4.119,4	4.114,2
07.4	Sonstige Aufgaben des MK	220,6	226,5	215,2	193,6	194,2
07 .	Summe 07 (MK)	4.736,1	4.735,3	4.782,2	4.814,1	4.778,3

Übersicht über die Gesamtausgaben (in Mio.EUR)

Aufgabenfelder		1.NHPE	HPE	Planung		
		2010	2011	2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6	7
08.1	Gewerbliche Wirtschaft, Technologie, wirtschaftsnahe Forschung, Wirtschaft und Umwelt	367,1	343,8	326,2	291,3	212,9
08.2	Arbeit und Qualifizierung	75,6	72,6	68,6	67,5	56,6
08.3	Bergbau, Energie und Geologie	27,6	26,5	26,8	27,4	27,7
08.4	Straßen	422,8	393,5	387,7	384,6	366,3
08.5	Öffentlicher Nahverkehr	672,6	705,6	712,9	727,5	736,0
08.6	Seehäfen und Binnenschifffahrt	202,2	100,7	55,1	30,4	30,4
08.7	Sonstige Aufgaben des MW	13,9	12,2	27,7	27,8	27,8
08 .	Summe 08 (MW)	1.781,9	1.654,9	1.605,0	1.556,5	1.457,7
09.1	Verbraucherschutz, Tiergesundheit und Tierschutz	64,2	63,0	62,9	63,4	64,0
09.2	Land-, Ernährungs- und Fischereiwirtschaft	57,9	48,2	54,4	54,6	52,3
09.3	Entwicklung des ländlichen Raumes	165,4	162,9	166,6	170,8	54,2
09.4	Fachverwaltungen	189,6	190,1	191,4	190,1	190,3
09 .	Summe 09 (ML)	477,0	464,1	475,2	478,8	360,8
11.1	Gerichte und Staatsanwaltschaften	833,8	817,0	817,0	817,2	817,1
11.2	Justizvollzug	210,6	208,2	219,2	219,5	219,5
11.3	Sonstige Aufgaben des MJ	37,1	39,0	43,6	42,6	42,6
11 .	Summe 11 (MJ)	1.081,5	1.064,2	1.079,8	1.079,3	1.079,2
15.1	Wasserwirtschaft	164,5	161,8	156,3	143,6	142,0
15.2	Abfälle und Altlasten, Energie	33,3	36,6	37,1	37,7	38,4
15.3	Naturschutz und Landschaftspflege, Natura 2000	28,8	26,7	26,6	26,6	26,6
15.4	Übergreifende Umweltschutzaufgaben und Verwaltung	167,5	165,5	166,7	168,0	134,0
15 .	Summe 15 (MU)	394,1	390,6	386,6	376,0	341,0

noch Tabelle 10

Übersicht über die Gesamtausgaben (in Mio.EUR)

Aufgabenfelder		1.NHPE	HPE	Planung		
		2010	2011	2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6	7
29.1	Zentrale Institutionen	243,1	192,2	170,8	143,4	141,4
29.2	Kommunaler Finanzausgleich	2.534,1	2.787,2	2.966,1	3.086,5	3.185,4
29.3	Zinsausgaben	1.923,8	2.177,0	2.425,5	2.489,7	2.482,9
29.4	Beamtenversorgung	2.653,2	2.739,1	2.851,8	2.976,9	3.121,5
29.5	Sonstige Aufgaben der allgemeinen Finanzverwaltung	40,8	79,9	-131,0	-167,1	-146,7
29.6	Konjunkturpaket II	490,8				
29 .	Summe 29	7.885,7	7.975,5	8.283,3	8.529,5	8.784,4
insgesamt		24.842,6	24.723,7	25.229,0	25.545,6	25.583,6
Abweichungen von den korrekten Beträgen durch Runden von Zahlen möglich						

Tabelle 11

Zahlungen des Landes an den kommunalen Bereich (in Mio.EUR)

Aufgabenfelder		1.NHPE	HPE	Planung		
		2010	2011	2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6	7
03.2	Brandschutz, Katastrophenschutz, Zivile Verteidigung, Kampfmittelbeseitigung	27,9	27,9	27,9	27,9	27,9
03.3	Amtliche Statistik, Öffentliche Wahlen	1,4		2,2	15,3	5,2
03.5	Asylbewerber, Spätaussiedler, Flüchtlinge	94,5	73,8	80,7	82,8	87,8
03.6	Sport	2,5	2,5			
03.8	Sonstige Aufgaben des MI	2,6	2,2	2,2	2,2	2,2
03 .	Summe 03 (MI)	128,9	106,4	113,0	128,2	123,1
04.2	Sonstige Aufgaben des MF					
04 .	Summe 04 (MF)					
05.1	Gesundheit	77,7	75,6	76,8	84,3	87,5
05.2	Jugend und Familie	136,9	91,3	90,4	89,9	89,9
05.3	Besondere Hilfen für soziale Gruppen	2.257,3	2.297,9	2.371,9	2.444,4	2.519,7
05.4	Frauen	0,4	0,9	0,9	0,9	0,9
05.5	Städtebau und Wohnungswesen	170,7	258,5	260,0	262,0	256,0
05.6	Sonstige Aufgaben des MS		0,1	0,1	0,1	0,1
05 .	Summe 05 (MS)	2.643,0	2.724,3	2.800,1	2.881,6	2.954,0
06.1	Hochschulen					
06.2	Hochschulnahe Forschung und überregionale Bibliotheken					
06.3	Kunst und Kultur	4,1	4,2	4,7	4,7	4,2
06.4	Sonstige Aufgaben des MWK	25,1	25,5	27,8	27,8	27,8
06 .	Summe 06 (MWK)	29,3	29,7	32,5	32,5	32,0
07.1	Elementarbereich	197,7	242,2	248,0	254,1	218,4
07.2	Schule und Berufsausbildung	24,8	25,4	25,4	25,4	25,4
07 .	Summe 07 (MK)	222,5	267,6	273,4	279,5	243,8
08.1	Gewerbliche Wirtschaft, Technologie, wirtschaftsnahe Forschung, Wirtschaft und Umwelt	100,8	96,0	95,2	79,6	60,7
08.2	Arbeit und Qualifizierung	11,7	11,6	11,5	11,4	7,9
08.4	Straßen	80,1	77,7	77,6	76,6	76,6
08.5	Öffentlicher Nahverkehr	206,7	198,1	202,7	220,7	223,2
08.6	Seehäfen und Binnenschifffahrt					
08 .	Summe 08 (MW)	399,3	383,5	387,1	388,3	368,4

noch Tabelle 11

Zahlungen des Landes an den kommunalen Bereich (in Mio.EUR)

Aufgabenfelder		1.NHPE	HPE	Planung		
		2010	2011	2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6	7
09.1	Verbraucherschutz, Tiergesundheit und Tierschutz					
09.2	Land-, Ernährungs- und Fischereiwirtschaft	0,0				
09.3	Entwicklung des ländlichen Raumes	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1
09 .	Summe 09 (ML)	1,2	1,1	1,1	1,1	1,1
15.1	Wasserwirtschaft	12,3	13,3	12,5	12,5	12,5
15.2	Abfälle und Altlasten, Energie					
15.3	Naturschutz und Landschaftspflege, Natura 2000	3,5	3,4	3,3	3,3	3,3
15.4	Übergreifende Umweltschutzaufgaben und Verwaltung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
15 .	Summe 15 (MU)	15,8	16,7	15,8	15,8	15,8
29.1	Zentrale Institutionen					
29.2	Kommunaler Finanzausgleich	2.534,1	2.787,2	2.966,1	3.086,5	3.185,4
29.4	Beamtenversorgung	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
29.5	Sonstige Aufgaben der allgemeinen Finanzverwaltung	0,8	0,9	0,8	0,5	0,5
29.6	Konjunkturpaket II	385,6				
29 .	Summe 29	2.921,0	2.788,7	2.967,5	3.087,6	3.186,4
insgesamt		6.361,0	6.317,9	6.590,4	6.814,6	6.924,7
Abweichungen von den korrekten Beträgen durch Runden von Zahlen möglich						

Übersicht über Personalausgaben (in Tsd. EUR), Beschäftigungsvolumen (BV) und Stellen einschließlich der Landesbetriebe (LB)

Einzelpläne Gesamt	NHPE 2010		HPE 2011		Planung 2012		Planung 2013		Planung 2014	
	HGr 4	LB *)	HGr 4	LB	HGr 4	LB	HGr 4	LB	HGr 4	LB
Personalausgaben	9.548.024 €	1.478.405 €	9.606.017 €	1.535.521 €	9.804.948 €	1.573.772 €	10.013.909 €	1.599.006 €	10.214.916 €	1.607.388 €
davon:										
Bezüge	6.567.735 €	1.453.691 €	6.487.858 €	1.510.888 €	6.500.219 €	1.549.139 €	6.506.702 €	1.574.373 €	6.489.717 €	1.582.755 €
- Personalkostenbudget	6.226.213 €	192.668 €	6.147.834 €	208.534 €	6.157.172 €	216.751 €	6.164.475 €	225.049 €	6.143.112 €	233.431 €
- Sonstige Personalausgaben	245.238 €	1.261.023 €	255.441 €	1.302.354 €	248.353 €	1.332.388 €	247.656 €	1.349.324 €	252.116 €	1.349.324 €
- Titelgruppen	96.284 €	- €	84.583 €	- €	94.694 €	- €	94.571 €	- €	94.489 €	- €
Abgeordnete	30.585 €	- €	31.056 €	- €	30.962 €	- €	32.650 €	- €	30.955 €	- €
Versorgungsbezüge	2.307.741 €	24.146 €	2.368.990 €	24.146 €	2.433.360 €	24.146 €	2.506.849 €	24.146 €	2.597.117 €	24.146 €
Beihilfen (zusammen in HGr. 4 veranschlagt)	606.077 €	- €	641.482 €	- €	673.178 €	- €	707.270 €	- €	742.862 €	- €
Sonstige personalbezogene Ausgaben	28.886 €	568 €	25.933 €	487 €	26.006 €	487 €	26.015 €	487 €	26.015 €	487 €
Globale Mehr- und Minderausgaben	7.000 €	- €	50.698 €	- €	141.223 €	- €	234.423 €	- €	328.250 €	- €
Summe Personalausgaben	11.026.429 €		11.141.538 €		11.378.720 €		11.612.915 €		11.822.304 €	
Beschäftigungsvolumen	131.332,16	-	130.681,97	-	130.459,38	-	130.308,50	-	130.111,15	-
Summe Beschäftigungsvolumen	131.332,16		130.681,97		130.459,38		130.308,50		130.111,15	
Stellen PKB-Bereich	113.144	110	112.931	110	112.927	110	112.925	110	112.911	110
Stellen nicht-PKB-Bereich	10.159	5.314	10.009	5.372	10.009	5.371	9.769	5.364	9.519	5.358
Summe Stellen **)	128.727		128.422		128.417		128.168		127.898	
Personalkostenbudgetierung										
Personalkostenbudget	6.226.213 €		6.147.834 €		6.157.172 €		6.164.475 €		6.143.112 €	
Beschäftigungsvolumen in VZE	131.332,16		130.681,97		130.459,38		130.308,50		130.111,15	
Stellen PKB-Bereich	113.144		112.931		112.927		112.925		112.911	

*) (EPL 06 (MWK) Die Personalausgaben der Landesbetriebe entsprechen dem Stand des HP 2010.

***) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen (die Veranschlagung von Tarifstellen ist mit dem HP 2008 entfallen).

Tabelle 12

Übersicht über Personalausgaben (in Tsd. EUR), Beschäftigungsvolumen (BV) und Stellen einschließlich der Landesbetriebe (LB)

	NHPE 2010		HPE 2011		Planung 2012		Planung 2013		Planung 2014	
	HGr 4	LB	HGr 4	LB	HGr 4	LB	HGr 4	LB	HGr 4	LB
	Personalausgaben davon:	35.620 €	0 €	36.006 €	0 €	35.970 €	0 €	37.694 €	0 €	35.999 €
Bezüge	8.725 €	0 €	8.617 €	0 €	8.676 €	0 €	8.714 €	0 €	8.714 €	0 €
- Personalkostenbudget	8.451 €	- €	8.397 €	- €	8.456 €	- €	8.494 €	- €	8.494 €	- €
- Sonstige Personalausgaben	274 €	- €	220 €	- €	220 €	- €	220 €	- €	220 €	- €
- Titelgruppen	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
Abgeordnete	26.705 €	- €	27.238 €	- €	27.143 €	- €	28.829 €	- €	27.134 €	- €
Versorgungsbezüge	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
Beihilfen (zusammen in HGr. 4 veranschlagt)	186 €	- €	147 €	- €	147 €	- €	147 €	- €	147 €	- €
Sonstige personalbezogene Ausgaben	4 €	- €	4 €	- €	4 €	- €	4 €	- €	4 €	- €
Globale Mehr- und Minderausgaben										
Summe Personalausgaben	35.620 €		36.006 €		35.970 €		37.694 €		35.999 €	
Beschäftigungsvolumen	162,71	-	162,04	-	162,04	-	162,04	-	162,04	-
Summe Beschäftigungsvolumen	162,71		162,04		162,04		162,04		162,04	
Stellen PKB-Bereich	76	-	76	-	76	-	76	-	76	-
Stellen nicht-PKB-Bereich	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Stellen **)	76		76		76		76		76	
Personalkostenbudgetierung										
Personalkostenbudget	8.451 €		8.397 €		8.456 €		8.494 €		8.494 €	
Beschäftigungsvolumen in VZE	162,71		162,04		162,04		162,04		162,04	
Stellen PKB-Bereich	76		76		76		76		76	

**) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen (die Veranschlagung von Tarifstellen ist mit dem HP 2008 entfallen).

Tabelle 12

Übersicht über Personalausgaben (in Tsd. EUR), Beschäftigungsvolumen (BV) und Stellen einschließlich der Landesbetriebe (LB)

	NHPE 2010		HPE 2011		Planung 2012		Planung 2013		Planung 2014	
	HGr 4	LB	HGr 4	LB	HGr 4	LB	HGr 4	LB	HGr 4	LB
Personalausgaben	21.317 €	0 €	21.074 €	0 €	21.135 €	0 €	21.161 €	0 €	21.166 €	0 €
davon:										
Bezüge	20.776 €	0 €	20.586 €	0 €	20.647 €	0 €	20.673 €	0 €	20.678 €	0 €
- Personalkostenbudget	19.693 €	- €	19.748 €	- €	19.804 €	- €	19.825 €	- €	19.825 €	- €
- Sonstige Personalausgaben	811 €	- €	565 €	- €	565 €	- €	565 €	- €	565 €	- €
- Titelgruppen	272 €	- €	273 €	- €	278 €	- €	283 €	- €	288 €	- €
Abgeordnete	1 €	- €	1 €	- €	1 €	- €	1 €	- €	1 €	- €
Versorgungsbezüge	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
Beihilfen (zusammen in HGr. 4 veranschlagt)	438 €	- €	385 €	- €	385 €	- €	385 €	- €	385 €	- €
Sonstige personalbezogene Ausgaben	102 €	- €	102 €	- €	102 €	- €	102 €	- €	102 €	- €
Globale Mehr- und Minderausgaben										
Summe Personalausgaben	21.317 €		21.074 €		21.135 €		21.161 €		21.166 €	
Beschäftigungsvolumen	379,50	-	377,48	-	377,08	-	376,48	-	376,48	-
Summe Beschäftigungsvolumen	379,50		377,48		377,08		376,48		376,48	
Stellen PKB-Bereich	200	-	200	-	200	-	200	-	200	-
Stellen nicht-PKB-Bereich	5		5		5		5		5	
Summe Stellen **)	205		205		205		205		205	
Personalkostenbudgetierung										
Personalkostenbudget	19.693 €		19.748 €		19.804 €		19.825 €		19.825 €	
Beschäftigungsvolumen in VZE	379,50		377,48		377,08		376,48		376,48	
Stellen PKB-Bereich	200		200		200		200		200	

**) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen (die Veranschlagung von Tarifstellen ist mit dem HP 2008 entfallen).

Tabelle 12

Übersicht über Personalausgaben (in Tsd. EUR), Beschäftigungsvolumen (BV) und Stellen einschließlich der Landesbetriebe (LB)

	NHPE 2010		HPE 2011		Planung 2012		Planung 2013		Planung 2014	
	HGr 4	LB	HGr 4	LB	HGr 4	LB	HGr 4	LB	HGr 4	LB
Personalausgaben	1.085.101 €	71.977 €	1.082.617 €	83.059 €	1.089.666 €	83.059 €	1.086.227 €	83.059 €	1.081.470 €	83.059 €
davon:										
Bezüge	1.043.001 €	71.977 €	1.040.900 €	83.059 €	1.047.954 €	83.059 €	1.044.515 €	83.059 €	1.039.758 €	83.059 €
-Personalkostenbudget	1.016.456 €	71.861 €	1.012.932 €	82.993 €	1.018.448 €	82.993 €	1.015.638 €	82.993 €	1.008.444 €	82.993 €
-Sonstige Personalausgaben	22.834 €	116 €	24.305 €	66 €	25.843 €	66 €	25.214 €	66 €	27.651 €	66 €
-Titelgruppen	3.711 €	- €	3.663 €	- €	3.663 €	- €	3.663 €	- €	3.663 €	- €
Abgeordnete	74 €	- €	74 €	- €	74 €	- €	74 €	- €	74 €	- €
Versorgungsbezüge	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
Beihilfen (zusammen in HGr. 4 veranschlagt)	40.954 €	- €	40.642 €	- €	40.642 €	- €	40.642 €	- €	40.642 €	- €
Sonstige personalbezogene Ausgaben	1.072 €	- €	1.001 €	- €	996 €	- €	996 €	- €	996 €	- €
Globale Mehr- und Minderausgaben										
Summe Personalausgaben	1.157.078 €		1.165.676 €		1.172.725 €		1.169.286 €		1.164.529 €	
Beschäftigungsvolumen	24.190,51	-	24.221,72	-	24.189,72	-	24.073,72	-	23.907,72	-
Summe Beschäftigungsvolumen	24.190,51		24.221,72		24.189,72		24.073,72		23.907,72	
Stellen PKB-Bereich	19.937	-	19.991	-	19.991	-	19.991	-	19.991	-
Stellen nicht-PKB-Bereich	1.901	375	1.796	408	1.796	408	1.796	408	1.796	408
Summe Stellen **)	22.213		22.195		22.195		22.195		22.195	
Personalkostenbudgetierung										
Personalkostenbudget	1.016.456 €		1.012.932 €		1.018.448 €		1.015.638 €		1.008.444 €	
Beschäftigungsvolumen in VZE	24.190,51		24.221,72		24.189,72		24.073,72		23.907,72	
Stellen PKB-Bereich	19.937		19.991		19.991		19.991		19.991	

**) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen (die Veranschlagung von Tarifstellen ist mit dem HP 2008 entfallen).

Tabelle 12

Übersicht über Personalausgaben (in Tsd. EUR), Beschäftigungsvolumen (BV) und Stellen einschließlich der Landesbetriebe (LB)

	NHPE 2010		HPE 2011		Planung 2012		Planung 2013		Planung 2014	
	HGr 4	LB	HGr 4	LB	HGr 4	LB	HGr 4	LB	HGr 4	LB
Personalausgaben	571.739 €	0 €	572.546 €	0 €	569.228 €	0 €	569.070 €	0 €	569.399 €	0 €
davon:										
Bezüge	549.651 €	0 €	548.985 €	0 €	545.589 €	0 €	545.422 €	0 €	545.751 €	0 €
- Personalkostenbudget	539.501 €	- €	537.435 €	- €	533.622 €	- €	533.546 €	- €	533.275 €	- €
- Sonstige Personalausgaben	9.230 €	- €	10.436 €	- €	10.736 €	- €	10.636 €	- €	11.236 €	- €
- Titelgruppen	920 €	- €	1.114 €	- €	1.231 €	- €	1.240 €	- €	1.240 €	- €
Abgeordnete	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
Versorgungsbezüge	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
Beihilfen (zusammen in HGr. 4 veranschlagt)	21.106 €	- €	22.577 €	- €	22.577 €	- €	22.577 €	- €	22.577 €	- €
Sonstige personalbezogene Ausgaben	982 €	- €	984 €	- €	1.062 €	- €	1.071 €	- €	1.071 €	- €
Globale Mehr- und Minderausgaben	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
Summe Personalausgaben	571.739 €	- €	572.546 €	- €	569.228 €	- €	569.070 €	- €	569.399 €	- €
Beschäftigungsvolumen	12.907,01	-	12.821,89	-	12.722,36	-	12.693,94	-	12.687,02	-
Summe Beschäftigungsvolumen	12.907,01	-	12.821,89	-	12.722,36	-	12.693,94	-	12.687,02	-
Stellen PKB-Bereich	10.197	-	10.199	-	10.199	-	10.199	-	10.199	-
Stellen nicht-PKB-Bereich	938	-	938	-	938	-	938	-	938	-
Summe Stellen **)	11.135	-	11.137	-	11.137	-	11.137	-	11.137	-
Personalkostenbudgetierung										
Personalkostenbudget	539.501 €		537.435 €		533.622 €		533.546 €		533.275 €	
Beschäftigungsvolumen in VZE	12.907,01		12.821,89		12.722,36		12.693,94		12.687,02	
Stellen PKB-Bereich	10.197		10.199		10.199		10.199		10.199	

**) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen (die Veranschlagung von Tarifstellen ist mit dem HP 2008 entfallen).

Tabelle 12

Übersicht über Personalausgaben (in Tsd. EUR), Beschäftigungsvolumen (BV) und Stellen einschließlich der Landesbetriebe (LB)

	NHPE 2010		HPE 2011		Planung 2012		Planung 2013		Planung 2014	
	HGr 4	LB	HGr 4	LB	HGr 4	LB	HGr 4	LB	HGr 4	LB
	Personalausgaben davon:	101.066 €	50.994 €	102.518 €	54.779 €	100.564 €	54.779 €	99.488 €	54.779 €	97.979 €
Bezüge	98.918 €	50.994 €	101.781 €	54.779 €	101.129 €	54.779 €	101.355 €	54.779 €	101.148 €	54.779 €
-Personalkostenbudget	96.824 €	50.994 €	99.724 €	54.779 €	99.007 €	54.779 €	99.201 €	54.779 €	99.151 €	54.779 €
-Sonstige Personalausgaben	2.011 €	- €	1.926 €	- €	1.991 €	- €	2.023 €	- €	1.866 €	- €
-Titelgruppen	83 €	- €	131 €	- €	131 €	- €	131 €	- €	131 €	- €
Abgeordnete	75 €	- €	75 €	- €	75 €	- €	75 €	- €	75 €	- €
Versorgungsbezüge	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
Beihilfen (zusammen in HGr. 4 veranschlagt)	2.054 €	- €	1.945 €	- €	1.945 €	- €	1.945 €	- €	1.945 €	- €
Sonstige personalbezogene Ausgaben	19 €	- €	19 €	- €	19 €	- €	19 €	- €	19 €	- €
Globale Mehr- und Minderausgaben	- €	- €	1.302 €	- €	2.604 €	- €	3.906 €	- €	5.208 €	- €
Summe Personalausgaben	152.060 €		157.297 €		155.343 €		154.267 €		152.758 €	
Beschäftigungsvolumen	1.859,60	-	1.895,37	-	1.894,85	-	1.894,33	-	1.893,81	-
Summe Beschäftigungsvolumen	1.859,60		1.895,37		1.894,85		1.894,33		1.893,81	
Stellen PKB-Bereich	932	-	952	-	952	-	952	-	952	-
Stellen nicht-PKB-Bereich	13	349	13	329	13	329	13	329	13	329
Summe Stellen **)	1.294		1.294		1.294		1.294		1.294	
Personalkostenbudgetierung										
Personalkostenbudget	96.824 €		99.724 €		99.007 €		99.201 €		99.151 €	
Beschäftigungsvolumen in VZE	1.859,60		1.895,37		1.894,85		1.894,33		1.893,81	
Stellen PKB-Bereich	932		952		952		952		952	

**) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen (die Veranschlagung von Tarifstellen ist mit dem HP 2008 entfallen).

Tabelle 12

Übersicht über Personalausgaben (in Tsd. EUR), Beschäftigungsvolumen (BV) und Stellen einschließlich der Landesbetriebe (LB)

	NHPE 2010		HPE 2011		Planung 2012		Planung 2013		Planung 2014	
	HGr 4	LB *)	HGr 4	LB	HGr 4	LB	HGr 4	LB	HGr 4	LB
Personalausgaben	60.518 €	1.272.558 €	62.342 €	1.313.987 €	62.387 €	1.344.021 €	62.479 €	1.360.957 €	62.493 €	1.360.957 €
davon:										
Bezüge	50.995 €	1.248.388 €	51.216 €	1.289.817 €	51.261 €	1.319.851 €	51.353 €	1.336.787 €	51.367 €	1.336.787 €
- Personalkostenbudget	36.827 €	4.040 €	36.917 €	4.040 €	36.962 €	4.040 €	37.056 €	4.040 €	37.056 €	4.040 €
- Sonstige Personalausgaben	12.109 €	1.244.348 €	12.220 €	1.285.777 €	12.220 €	1.315.811 €	12.220 €	1.332.747 €	12.234 €	1.332.747 €
- Titelgruppen	2.059 €	- €	2.079 €	- €	2.079 €	- €	2.077 €	- €	2.077 €	- €
Abgeordnete	44 €	- €	44 €	- €	44 €	- €	44 €	- €	44 €	- €
Versorgungsbezüge	- €	24.146 €	- €	24.146 €	- €	24.146 €	- €	24.146 €	- €	24.146 €
Beihilfen (zusammen in HGr. 4 veranschlagt)	9.444 €	- €	11.047 €	- €	11.047 €	- €	11.047 €	- €	11.047 €	- €
Sonstige personalbezogene Ausgaben	35 €	24 €	35 €	24 €	35 €	24 €	35 €	24 €	35 €	24 €
Globale Mehr- und Minderausgaben										
Summe Personalausgaben	1.333.076 €		1.376.329 €		1.406.408 €		1.423.436 €		1.423.450 €	
Beschäftigungsvolumen	723,94	-	722,17	-	720,94	-	720,94	-	720,94	-
Summe Beschäftigungsvolumen	723,94		722,17		720,94		720,94		720,94	
Stellen PKB-Bereich	291	-	292	-	292	-	292	-	292	-
Stellen nicht-PKB-Bereich	72	4.316	72	4.364	72	4.363	72	4.356	72	4.350
Summe Stellen **)	4.679		4.728		4.727		4.720		4.714	
Personalkostenbudgetierung										
Personalkostenbudget	36.827 €		36.917 €		36.962 €		37.056 €		37.056 €	
Beschäftigungsvolumen in VZE	723,94		722,17		720,94		720,94		720,94	
Stellen PKB-Bereich	291		292		292		292		292	

*) (EPL. 06 (MWK) Die Personalausgaben der Landesbetriebe entsprechen dem Stand des HP 2010.
 **) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen (die Veranschlagung von Tarifstellen ist mit dem HP 2008 entfallen).

Tabelle 12

Übersicht über Personalausgaben (in Tsd. EUR), Beschäftigungsvolumen (BV) und Stellen einschließlich der Landesbetriebe (LB)

	NHPE 2010		HPE 2011		Planung 2012		Planung 2013		Planung 2014	
	HGr 4	LB	HGr 4	LB	HGr 4	LB	HGr 4	LB	HGr 4	LB
	Personalausgaben davon:	3.972.128 €	0 €	3.907.847 €	0 €	3.925.041 €	0 €	3.933.201 €	0 €	3.920.691 €
Bezüge	3.806.047 €	0 €	3.735.048 €	0 €	3.752.242 €	0 €	3.760.402 €	0 €	3.747.892 €	0 €
-Personalkostenbudget	3.636.229 €	- €	3.567.848 €	- €	3.575.053 €	- €	3.583.260 €	- €	3.570.825 €	- €
-Sonstige Personalausgaben	86.422 €	- €	95.361 €	- €	95.361 €	- €	95.361 €	- €	95.361 €	- €
-Titelgruppen	83.396 €	- €	71.839 €	- €	81.828 €	- €	81.781 €	- €	81.706 €	- €
Abgeordnete	83 €	- €	94 €	- €	94 €	- €	94 €	- €	94 €	- €
Versorgungsbezüge	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
Beihilfen (zusammen in HGr. 4 veranschlagt)	165.627 €	- €	172.333 €	- €	172.333 €	- €	172.333 €	- €	172.333 €	- €
Sonstige personalbezogene Ausgaben	371 €	- €	372 €	- €	372 €	- €	372 €	- €	372 €	- €
Globale Mehr- und Minderausgaben										
Summe Personalausgaben	3.972.128 €		3.907.847 €		3.925.041 €		3.933.201 €		3.920.691 €	
Beschäftigungsvolumen	72.002,28	-	71.551,64	-	71.496,30	-	71.498,30	-	71.502,30	-
Summe Beschäftigungsvolumen	72.002,28		71.551,64		71.496,30		71.498,30		71.502,30	
Stellen PKB-Bereich	67.540	-	67.171	-	67.173	-	67.173	-	67.176	-
Stellen nicht-PKB-Bereich	4.830		4.830		4.830		4.590		4.340	
Summe Stellen **)	72.370		72.001		72.003		71.763		71.516	
Personalkostenbudgetierung										
Personalkostenbudget	3.636.229 €		3.567.848 €		3.575.053 €		3.583.260 €		3.570.825 €	
Beschäftigungsvolumen in VZE	72.002,28		71.551,64		71.496,30		71.498,30		71.502,30	
Stellen PKB-Bereich	67.540		67.171		67.173		67.173		67.176	
Stellen nicht-PKB-Bereich	4.830		4.830		4.830		4.590		4.340	
Summe Stellen **)	72.370		72.001		72.003		71.763		71.516	

*) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen (die Veranschlagung von Tarifstellen ist mit dem HP 2008 entfallen).

Tabelle 12

Übersicht über Personalausgaben (in Tsd. EUR), Beschäftigungsvolumen (BV) und Stellen einschließlich der Landesbetriebe (LB)

	NHPE 2010		HPE 2011		Planung 2012		Planung 2013		Planung 2014	
	HGr 4	LB	HGr 4	LB	HGr 4	LB	HGr 4	LB	HGr 4	LB
Personalausgaben	185.313 €	17.103 €	185.380 €	16.974 €	184.443 €	16.974 €	184.680 €	16.974 €	184.644 €	16.974 €
davon:										
Bezüge	182.233 €	16.559 €	182.305 €	16.511 €	181.368 €	16.511 €	181.605 €	16.511 €	181.569 €	16.511 €
- Personalkostenbudget	129.861 €	- €	130.169 €	- €	129.244 €	- €	129.481 €	- €	129.481 €	- €
- Sonstige Personalausgaben	51.114 €	16.559 €	51.058 €	16.511 €	51.046 €	16.511 €	51.046 €	16.511 €	51.046 €	16.511 €
- Titelgruppen	1.258 €	- €	1.078 €	- €	1.078 €	- €	1.078 €	- €	1.042 €	- €
Abgeordnete	5 €	- €	5 €	- €	5 €	- €	5 €	- €	5 €	- €
Versorgungsbezüge	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
Beihilfen (zusammen in HGr. 4 veranschlagt)	2.052 €	- €	2.047 €	- €	2.047 €	- €	2.047 €	- €	2.047 €	- €
Sonstige personalbezogene Ausgaben	1.023 €	544 €	1.023 €	463 €	1.023 €	463 €	1.023 €	463 €	1.023 €	463 €
Globale Mehr- und Minderausgaben										
Summe Personalausgaben	202.416 €		202.354 €		201.417 €		201.654 €		201.618 €	
Beschäftigungsvolumen	2.492,02	-	2.472,13	-	2.445,33	-	2.443,63	-	2.443,33	-
Summe Beschäftigungsvolumen	2.492,02		2.472,13		2.445,33		2.443,63		2.443,33	
Stellen PKB-Bereich	764	110	772	110	772	110	770	110	770	110
Stellen nicht-PKB-Bereich	65		65		65		65		65	
Summe Stellen **)	839		947		947		945		945	
Personalkostenbudgetierung										
Personalkostenbudget	129.861 €		130.169 €		129.244 €		129.481 €		129.481 €	
Beschäftigungsvolumen in VZE	2.492,02		2.472,13		2.445,33		2.443,63		2.443,33	
Stellen PKB-Bereich	764		772		772		770		770	

**) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen (die Veranschlagung von Tarifstellen ist mit dem HP 2008 entfallen).

Tabelle 12

Übersicht über Personalausgaben (in Tsd. EUR), Beschäftigungsvolumen (BV) und Stellen einschließlich der Landesbetriebe (LB)

	NHPE 2010		HPE 2011		Planung 2012		Planung 2013		Planung 2014	
	HGr 4	LB	HGr 4	LB	HGr 4	LB	HGr 4	LB	HGr 4	LB
Personalausgaben davon:	94.951 €	385 €	96.335 €	400 €	96.436 €	400 €	96.683 €	400 €	96.668 €	400 €
Bezüge	92.744 €	385 €	94.217 €	400 €	94.318 €	400 €	94.565 €	400 €	94.550 €	400 €
-Personalkostenbudget	88.090 €	385 €	88.880 €	400 €	88.949 €	400 €	89.236 €	400 €	89.221 €	400 €
-Sonstige Personalausgaben	3.279 €	- €	3.943 €	- €	3.943 €	- €	3.943 €	- €	3.943 €	- €
-Titelgruppen	1.375 €	- €	1.394 €	- €	1.426 €	- €	1.386 €	- €	1.386 €	- €
Abgeordnete	1 €	- €	1 €	- €	1 €	- €	1 €	- €	1 €	- €
Versorgungsbezüge	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
Beihilfen (zusammen in HGr. 4 veranschlagt)	1.976 €	- €	1.887 €	- €	1.887 €	- €	1.887 €	- €	1.887 €	- €
Sonstige personalbezogene Ausgaben	230 €	- €	230 €	- €	230 €	- €	230 €	- €	230 €	- €
Globale Mehr- und Minderausgaben										
Summe Personalausgaben	95.336 €		96.735 €		96.836 €		97.083 €		97.068 €	
Beschäftigungsvolumen	1.710,78	-	1.707,57	-	1.703,54	-	1.703,18	-	1.702,82	-
Summe Beschäftigungsvolumen	1.710,78		1.707,57		1.703,54		1.703,18		1.702,82	
Stellen PKB-Bereich	792	-	788	-	788	-	788	-	788	-
Stellen nicht-PKB-Bereich	123		93		93		93		93	
Summe Stellen **)	915		881		881		881		881	
Personalkostenbudgetierung										
Personalkostenbudget	88.090 €		88.880 €		88.949 €		89.236 €		89.221 €	
Beschäftigungsvolumen in VZE	1.710,78		1.707,57		1.703,54		1.703,18		1.702,82	
Stellen PKB-Bereich	792		788		788		788		788	

**) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen (die Veranschlagung von Tarifstellen ist mit dem HP 2008 entfallen).

Tabelle 12

Übersicht über Personalausgaben (in Tsd. EUR), Beschäftigungsvolumen (BV) und Stellen einschließlich der Landesbetriebe (LB)

	NHPE 2010		HPE 2011		Planung 2012		Planung 2013		Planung 2014	
	HGr 4	LB	HGr 4	LB	HGr 4	LB	HGr 4	LB	HGr 4	LB
Personalausgaben	664.594 €	280 €	654.636 €	465 €	656.060 €	465 €	657.005 €	465 €	656.970 €	465 €
davon:										
Bezüge	613.351 €	280 €	603.868 €	465 €	605.292 €	465 €	606.237 €	465 €	606.246 €	465 €
- Personalkostenbudget	585.922 €	280 €	577.962 €	465 €	579.386 €	465 €	580.331 €	465 €	578.951 €	465 €
- Sonstige Personalausgaben	27.368 €	- €	25.845 €	- €	25.845 €	- €	25.845 €	- €	27.234 €	- €
- Titelgruppen	61 €	- €	61 €	- €	61 €	- €	61 €	- €	61 €	- €
Abgeordnete	3.500 €	- €	3.427 €	- €	3.427 €	- €	3.427 €	- €	3.427 €	- €
Versorgungsbezüge	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
Beihilfen (zusammen in HGr. 4 veranschlagt)	22.803 €	- €	25.315 €	- €	25.315 €	- €	25.315 €	- €	25.271 €	- €
Sonstige personalbezogene Ausgaben	24.940 €	- €	22.026 €	- €	22.026 €	- €	22.026 €	- €	22.026 €	- €
Globale Mehr- und Minderausgaben										
Summe Personalausgaben	664.874 €		655.101 €		656.525 €		657.470 €		657.435 €	
Beschäftigungsvolumen	13.593,98	-	13.465,75	-	13.458,01	-	13.455,21	-	13.431,47	-
Summe Beschäftigungsvolumen	13.593,98		13.465,75		13.458,01		13.455,21		13.431,47	
Stellen PKB-Bereich	11.433	-	11.514	-	11.508	-	11.508	-	11.491	-
Stellen nicht-PKB-Bereich	2.182		2.167		2.167		2.167		2.167	
Summe Stellen **)	13.615		13.681		13.675		13.675		13.658	
Personalkostenbudgetierung										
Personalkostenbudget	585.922 €		577.962 €		579.386 €		580.331 €		578.951 €	
Beschäftigungsvolumen in VZE	13.593,98		13.465,75		13.458,01		13.455,21		13.431,47	
Stellen PKB-Bereich	11.433		11.514		11.508		11.508		11.491	

**) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen (die Veranschlagung von Tarifstellen ist mit dem HP 2008 entfallen).

Tabelle 12

Übersicht über Personalausgaben (in Tsd. EUR), Beschäftigungsvolumen (BV) und Stellen einschließlich der Landesbetriebe (LB)

	NHPE 2010		HPE 2011		Planung 2012		Planung 2013		Planung 2014	
	HGr 4	LB	HGr 4	LB	HGr 4	LB	HGr 4	LB	HGr 4	LB
	Personalausgaben davon:	151 €	0 €	151 €	0 €	152 €	0 €	154 €	0 €	154 €
Bezüge	70 €	0 €	70 €	0 €	70 €	0 €	70 €	0 €	70 €	0 €
- Personalkostenbudget	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
- Sonstige Personalausgaben	70 €	- €	70 €	- €	70 €	- €	70 €	- €	70 €	- €
- Titelgruppen	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
Abgeordnete	81 €	- €	81 €	- €	82 €	- €	84 €	- €	84 €	- €
Versorgungsbezüge	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
Beihilfen (zusammen in HGr. 4 veranschlagt)	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
Sonstige personalbezogene Ausgaben	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
Globale Mehr- und Minderausgaben	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
Summe Personalausgaben	151 €		151 €		152 €		154 €		154 €	
Beschäftigungsvolumen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Beschäftigungsvolumen	0,00		0,00		0,00		0,00		0,00	
Stellen PKB-Bereich	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Stellen nicht-PKB-Bereich	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Stellen **)	0		0		0		0		0	
Personalkostenbudgetierung										
Personalkostenbudget	0 €		0 €		0 €		0 €		0 €	
Beschäftigungsvolumen in VZE	0,00		0,00		0,00		0,00		0,00	
Stellen PKB-Bereich	0		0		0		0		0	

**) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen (die Veranschlagung von Tarifstellen ist mit dem HP 2008 entfallen).

Tabelle 12

Übersicht über Personalausgaben (in Tsd. EUR), Beschäftigungsvolumen (BV) und Stellen einschließlich der Landesbetriebe (LB)

	NHPE 2010		HPE 2011		Planung 2012		Planung 2013		Planung 2014	
	HGr 4	LB	HGr 4	LB	HGr 4	LB	HGr 4	LB	HGr 4	LB
Personalausgaben	2.682.766 €	0 €	2.812.533 €	0 €	2.991.448 €	8.217 €	3.193.555 €	16.515 €	3.414.612 €	24.897 €
davon:										
Bezüge	31.348 €	0 €	31.054 €	0 €	22.076 €	8.217 €	22.100 €	16.515 €	22.124 €	24.897 €
- Personalkostenbudget	- €	- €	- €	- €	- €	8.217 €	- €	16.515 €	- €	24.897 €
- Sonstige Personalausgaben	29.000 €	- €	29.000 €	- €	20.000 €	- €	20.000 €	- €	20.000 €	- €
- Titelgruppen	2.348 €	- €	2.054 €	- €	2.076 €	- €	2.100 €	- €	2.124 €	- €
Abgeordnete	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
Versorgungsbezüge	2.307.741 €	- €	2.368.990 €	- €	2.433.360 €	- €	2.506.849 €	- €	2.597.117 €	- €
Beihilfen (zusammen in HGr. 4 veranschlagt)	336.675 €	- €	360.488 €	- €	392.184 €	- €	426.276 €	- €	461.912 €	- €
Sonstige personalbezogene Ausgaben	2 €	- €	1 €	- €	1 €	- €	1 €	- €	1 €	- €
Globale Mehr- und Minderausgaben	7.000 €		52.000 €		143.827 €		238.329 €		333.458 €	
Summe Personalausgaben	2.682.766 €		2.812.533 €		2.999.665 €		3.210.070 €		3.439.509 €	
Beschäftigungsvolumen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Beschäftigungsvolumen	0,00		0,00		0,00		0,00		0,00	
Stellen PKB-Bereich	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Stellen nicht-PKB-Bereich	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Stellen **)	0		0		0		0		0	
Personalkostenbudgetierung										
Personalkostenbudget	0 €		0 €		0 €		0 €		0 €	
Beschäftigungsvolumen in VZE	0,00		0,00		0,00		0,00		0,00	
Stellen PKB-Bereich	0		0		0		0		0	

**) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen (die Veranschlagung von Tarifstellen ist mit dem HP 2008 entfallen).

Tabelle 12

Übersicht über Personalausgaben (in Tsd. EUR), Beschäftigungsvolumen (BV) und Stellen einschließlich der Landesbetriebe (LB)

	NHPE 2010		HPE 2011		Planung 2012		Planung 2013		Planung 2014	
	HGr 4	LB	HGr 4	LB	HGr 4	LB	HGr 4	LB	HGr 4	LB
	Personalausgaben davon:	10.465 €	0 €	10.467 €	0 €	10.504 €	0 €	10.522 €	0 €	10.522 €
Bezüge	10.045 €	0 €	10.088 €	0 €	10.125 €	0 €	10.143 €	0 €	10.143 €	0 €
- Personalkostenbudget	10.045 €	- €	10.088 €	- €	10.125 €	- €	10.143 €	- €	10.143 €	- €
- Sonstige Personalausgaben	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
- Titelgruppen	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
Abgeordnete	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
Versorgungsbezüge	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
Beihilfen (zusammen in HGr. 4 veranschlagt)	415 €	- €	374 €	- €	374 €	- €	374 €	- €	374 €	- €
Sonstige personalbezogene Ausgaben	5 €	- €	5 €	- €	5 €	- €	5 €	- €	5 €	- €
Globale Mehr- und Minderausgaben										
Summe Personalausgaben	10.465 €		10.467 €		10.504 €		10.522 €		10.522 €	
Beschäftigungsvolumen	177,29	-	177,29	-	177,29	-	177,29	-	177,29	-
Summe Beschäftigungsvolumen	177,29		177,29		177,29		177,29		177,29	
Stellen PKB-Bereich	165	-	165	-	165	-	165	-	165	-
Stellen nicht-PKB-Bereich										
Summe Stellen **)	165		165		165		165		165	
Personalkostenbudgetierung										
Personalkostenbudget	10.045 €		10.088 €		10.125 €		10.143 €		10.143 €	
Beschäftigungsvolumen in VZE	177,29		177,29		177,29		177,29		177,29	
Stellen PKB-Bereich	165		165		165		165		165	

**) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen (die Veranschlagung von Tarifstellen ist mit dem HP 2008 entfallen).

Tabelle 12

Übersicht über Personalausgaben (in Tsd. EUR), Beschäftigungsvolumen (BV) und Stellen einschließlich der Landesbetriebe (LB)

	NHPE 2010		HPE 2011		Planung 2012		Planung 2013		Planung 2014	
	HGr 4	LB	HGr 4	LB	HGr 4	LB	HGr 4	LB	HGr 4	LB
Personalausgaben	62.295 €	65.108 €	61.565 €	65.857 €	61.914 €	65.857 €	61.990 €	65.857 €	62.149 €	65.857 €
davon:										
Bezüge	59.831 €	65.108 €	59.123 €	65.857 €	59.472 €	65.857 €	59.548 €	65.857 €	59.707 €	65.857 €
- Personalkostenbudget	58.314 €	65.108 €	57.734 €	65.857 €	58.116 €	65.857 €	58.264 €	65.857 €	58.246 €	65.857 €
- Sonstige Personalausgaben	716 €	- €	492 €	- €	513 €	- €	513 €	- €	690 €	- €
- Titelgruppen	801 €	- €	897 €	- €	843 €	- €	771 €	- €	771 €	- €
Abgeordnete	16 €	- €	16 €	- €	16 €	- €	16 €	- €	16 €	- €
Versorgungsbezüge	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
Beihilfen (zusammen in HGr. 4 veranschlagt)	2.347 €	- €	2.295 €	- €	2.295 €	- €	2.295 €	- €	2.295 €	- €
Sonstige personalbezogene Ausgaben	101 €	- €	131 €	- €	131 €	- €	131 €	- €	131 €	- €
Globale Mehr- und Minderausgaben	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
Summe Personalausgaben	127.403 €		127.422 €		127.771 €		127.847 €		128.006 €	
Beschäftigungsvolumen	1.132,54	-	1.106,92	-	1.111,92	-	1.109,44	-	1.105,93	-
Summe Beschäftigungsvolumen	1.132,54		1.106,92		1.111,92		1.109,44		1.105,93	
Stellen PKB-Bereich	817	-	811	-	811	-	811	-	811	-
Stellen nicht-PKB-Bereich	30	274	30	271	30	271	30	271	30	271
Summe Stellen **)	1.121		1.112		1.112		1.112		1.112	
Personalkostenbudgetierung										
Personalkostenbudget	58.314 €		57.734 €		58.116 €		58.264 €		58.246 €	
Beschäftigungsvolumen in VZE	1.132,54		1.106,92		1.111,92		1.109,44		1.105,93	
Stellen PKB-Bereich	817		811		811		811		811	

**) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen (die Veranschlagung von Tarifstellen ist mit dem HP 2008 entfallen).

Tabelle 12

Tabelle 13

Ausgaben für Investitionen und investitionsfördernde Zuweisungen und Zuschüsse (in Mio.EUR)

Aufgabenfelder		1.NHPE	HPE	Planung		
		2010	2011	2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6	7
03.1	Polizei	43,8	67,8	50,9	41,5	41,5
03.2	Brandschutz, Katastrophenschutz, Zivile Verteidigung, Kampfmittelbeseitigung	28,6	28,4	28,4	28,4	28,4
03.3	Amtliche Statistik, Öffentliche Wahlen					
03.4	Vermessungs- und Katasterverwaltung	1,7	1,3	1,3	1,3	1,3
03.5	Asylbewerber, Spätaussiedler, Flüchtlinge	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
03.6	Sport	6,2	6,2	3,7	3,7	3,7
03.8	Sonstige Aufgaben des MI	1,1	0,4	0,4	0,4	0,4
03 .	Summe 03 (MI)	81,7	104,3	84,8	75,4	75,4
04.1	Finanzverwaltung	11,0	10,4	11,5	5,4	5,4
04.2	Sonstige Aufgaben des MF	2,2	1,6	1,6	1,6	1,6
04 .	Summe 04 (MF)	13,2	11,9	13,0	7,0	7,0
05.1	Gesundheit	239,2	204,7	194,0	216,6	226,0
05.2	Jugend und Familie	12,4	1,0	1,0	1,0	1,0
05.3	Besondere Hilfen für soziale Gruppen	39,9	35,8	36,7	37,6	38,7
05.4	Frauen					
05.5	Städtebau und Wohnungswesen	73,9	74,3	74,6	76,4	70,1
05.6	Sonstige Aufgaben des MS	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
05 .	Summe 05 (MS)	365,7	316,1	306,7	331,9	336,1
06.1	Hochschulen	189,1	179,8	188,8	177,4	189,4
06.2	Hochschulnahe Forschung und überregionale Bibliotheken	9,7	24,1	17,7	14,2	12,4
06.3	Kunst und Kultur	8,6	7,3	7,8	6,8	8,0
06.4	Sonstige Aufgaben des MWK	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
06 .	Summe 06 (MWK)	207,5	211,4	214,5	198,5	209,8
07.1	Elementarbereich	26,6	37,2	36,5	35,8	
07.2	Schule und Berufsausbildung	1,4	0,7	0,7	0,7	0,6
07.4	Sonstige Aufgaben des MK	0,4	0,1	0,1	0,1	0,1
07 .	Summe 07 (MK)	28,3	38,0	37,2	36,5	0,7

noch Tabelle 13

Ausgaben für Investitionen und investitionsfördernde Zuweisungen und Zuschüsse (in Mio.EUR)

Aufgabenfelder		1.NHPE	HPE	Planung		
		2010	2011	2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6	7
08.1	Gewerbliche Wirtschaft, Technologie, wirtschaftsnahe Forschung, Wirtschaft und Umwelt	268,8	245,7	229,2	204,2	162,6
08.3	Bergbau, Energie und Geologie	1,3	1,1	1,1	1,1	1,1
08.4	Straßen	156,9	140,5	144,4	143,4	139,4
08.5	Öffentlicher Nahverkehr	123,1	185,3	187,1	196,2	199,2
08.6	Seehäfen und Binnenschifffahrt	189,3	82,1	37,3	19,9	22,6
08.7	Sonstige Aufgaben des MW	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
08 .	Summe 08 (MW)	739,9	655,2	599,6	565,4	525,5
09.1	Verbraucherschutz, Tiergesundheit und Tierschutz	4,6	3,7	3,6	3,6	3,6
09.2	Land-, Ernährungs- und Fischereiwirtschaft	42,2	29,6	34,8	34,0	34,0
09.3	Entwicklung des ländlichen Raumes	33,2	26,4	24,5	24,1	23,8
09.4	Fachverwaltungen	12,2	12,0	12,0	12,1	12,0
09 .	Summe 09 (ML)	92,2	71,8	74,9	73,8	73,5
11.1	Gerichte und Staatsanwaltschaften	9,2	8,5	7,6	7,6	7,6
11.2	Justizvollzug	2,4	2,7	2,4	2,4	2,4
11.3	Sonstige Aufgaben des MJ	0,1	0,1	1,2	1,2	1,2
11 .	Summe 11 (MJ)	11,7	11,3	11,2	11,2	11,2
15.1	Wasserwirtschaft	87,6	84,9	85,3	83,0	81,4
15.2	Abfälle und Altlasten, Energie	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
15.3	Naturschutz und Landschaftspflege, Natura 2000	1,9	2,3	2,2	2,2	2,2
15.4	Übergreifende Umweltschutzaufgaben und Verwaltung	4,8	3,5	3,1	3,6	3,1
15 .	Summe 15 (MU)	94,8	91,2	91,0	89,3	87,1
29.1	Zentrale Institutionen	105,2	68,9	41,8	32,2	32,0
29.2	Kommunaler Finanzausgleich	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
29.5	Sonstige Aufgaben der allgemeinen Finanzverwaltung	35,0	36,5	35,4	31,7	31,7
29.6	Konjunkturpaket II	490,8				
29 .	Summe 29	632,0	106,4	78,2	64,9	64,8
insgesamt		2.266,9	1.617,5	1.511,1	1.453,8	1.390,9
Abweichungen von den korrekten Beträgen durch Runden von Zahlen möglich						

